98-84469- 3

Budge, Siegfried

Der kapitalprofit

Jena

1920

98-84469-3
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED -- EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

330.11
Op52

Budge, Siegfried.
Der kapitalprofit; eine kritische untersuchung unter besonderer berücksichtigung der theorie Franz Oppenheimers, von Siegfried Budge. Jena, Fischer, 1920.
xi, 155 p. 21½ cm.

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35 mm REDUCTION RATIO: 12:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 1/30/98 INITIALS: M.V.

TRACKING #: 33442

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

2.0 mm

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

1.5 mm

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

PM-MGP
METRIC GENERAL PURPOSE TARGET
PHOTOGRAPHIC

200 mm

150 mm

100 mm

A3

A4

A5

1.0

1.1

1.25

1.4

1.6

1.8

2.0

2.2

2.5

2.8

3.2

3.6

4.0

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

1.0 mm

1.5 mm

2.0 mm

2.5 mm

PRECISION℠ RESOLUTION TARGETS

A & P International
8030 Old Cedar Ave. So., Ste. #215
Bloomington, MN 55425

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

4.5 mm

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

3.5 mm

Der Kapitalprofit

Eine kritische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Theorie Franz Oppenheimers

Von

Siegfried Budge
Dr. rer. pol.

Jena
Verlag von Gustav Fischer
1920

330.11 O52
Columbia University
in the City of New York
LIBRARY

Der Kapitalprofit

Eine kritische Untersuchung
unter besonderer Berücksichtigung
der Theorie Franz Oppenheimers

Von

Siegfried Budge
Dr. rer. pol.

Jena
Verlag von Gustav Fischer
1920

Alle Rechte vorbehalten.

Meiner lieben Frau.

Vorwort.

Eine wissenschaftliche Untersuchung über den Kapitalprofit erscheint gerade unter den heutigen Verhältnissen als ein Wagnis. Denn sie befaßt sich mit einem Problem, das nicht nur im Mittelpunkte der wissenschaftlichen Erörterung steht, sondern gleichzeitig den Zankapfel im Streite der verschiedenen Gesellschaftsklassen und der politischen Parteien untereinander bildet. Sicherlich ein Zeichen dafür, daß alle Versuche, welche seither gemacht wurden, dieses Problem einer Lösung zuzuführen, zu einem allseitig befriedigenden Resultat nicht gelangt sind. Um so vermessener muß jeder neue Lösungsversuch erscheinen.

Der Verfasser geht in der vorliegenden Abhandlung auf dem Wege vor, daß er die Ausbeutungstheorie des Profits in ihrer modernsten Variante einer kritischen Prüfung unterzieht. Es ist dies die Theorie Franz Oppenheimers. Dieser Lehre versucht der Verfasser seine eigene Theorie des Profits gegenüberzustellen.

Es ist eine überaus undankbare Aufgabe, einem Schriftsteller von solch glänzenden Eigenschaften, wie Oppenheimer sie besitzt, als Kritiker gegenübertreten zu müssen, um so mehr, als die Theorie, welche der Verfasser auf Grund seiner wissenschaftlichen Überzeugung der Oppenheimerschen Lehre entgegenzusetzen gezwungen ist, sich nicht nur nicht an Originalität mit derselben messen kann, sondern im Grunde der Originalität überhaupt entbehrt. Denn der Gedanke, daß der Profit einmal mit der produktionsfördernden Wirkung des „Kapitals" zusammenhängt, und daß ferner bei seiner Herleitung das Zeitmoment eine erhebliche Rolle spielt, ist heute Gemeingut der gesamten Theorie, ausgenommen die Ausbeutungstheoretiker, und ist es eigentlich von jeher gewesen. Es kann sich tatsächlich nur darum handeln „den Zwischenweg erklärend darzulegen, auf welchem jene Ursachen dieses Wirkungsbild hervorrufen sollen" (Böhm-Bawerk). Darauf hinaus laufen denn auch die neusten „bürgerlichen" Profittheorien von Oswalt und Cassel, mit denen sich der hier vorliegende Versuch in einer Reihe von Punkten berührt, während er, wie der kundige Leser alsbald herausfinden wird, in anderen Punkten sich nicht unerheblich von ihnen unterscheidet.

Einen Gedanken allerdings glaubt der Verfasser insofern für sich in Anspruch nehmen zu können, als er ihn, soweit er sehen kann,

zu n mindesten schärfer zum Ausdruck gebracht hat, als dies seither ge schehen ist. Er erblickt nämlich die Ursache aller Schwierigkeiten, w lche das Profitproblem bietet, darin, daß das „Kapital" zwar unumgängliche Voraussetzung einer Steigerung des Produktionsertrages ist daß es aber das Mehrprodukt, eben weil es kein technisches Pr oduktivgut ist, nicht selbst zu schaffen vermag; daß es als wirtschaftliches Produktivgut zwar einen Wert haben muß, der als Mehrwert über den Wert seiner naturalen Substrate hinaus in die Erscheinung tritt, daß es aber diesen Mehrwert in der Gestalt eines Mehrprodukts aus den soeben erwähnten Gründen nicht selbst zur Entstehung gelangen lassen kann, daß hierzu vielmehr „Mehrarbeit" erforderlich ist, so daß sich in dieser Mehrarbeit das Wesen des Kapitals als eines wirtschaftlichen Gutes nach außen hin gewissermaßen manifestiert.

Der Verfasser ist freilich der Meinung, daß dieser Gedanke bereits den großen Klassikern vorgeschwebt hat, wenn sie ihn auch nicht völlig klar zum Ausdruck gebracht haben.

Daß Franz Oppenheimer, dessen Theorie hier vornehmlich angegriffen wird, den Klassikern so nahe steht, wie kaum ein anderer der zurzeit lebenden deutschen Nationalökonomen und zwar keineswegs nur in der Methode, das bringt ihn auch dem Verfasser trotz aller Gegensätze wissenschaftlich nahe. Er ist, gleich Oppenheimer, überzeugter Deduktivist, Objektivist und Anhänger der freien Marktwirtschaft. Gerade aus der Tatsache, daß der Verfasser in diesen grundlegenden Fragen mit Oppenheimer einig geht, glaubte er die Berechtigung schöpfen zu dürfen, sich mit seiner Theorie auseinanderzusetzen. Dabei mußte sich der Verfasser freilich vielfach in Anbetracht der Papierknappheit kürzer fassen, als es im Interesse der Klarheit der Gedankenführung erwünscht gewesen wäre.

Am Schlusse dieses Vorworts mögen die schönen Worte stehen, mit denen Böhm-Bawerk seine Kritik gegen die Theorie von Rodbertus abschließt: Die Natur meiner kritischen Aufgabe hat es mit sich gebracht, daß ich vorzugsweise und einseitig auf die Irtümer hinweisen mußte, in die Oppenheimer verfallen ist. Ich glaube es diesem bedeutenden Manne schuldig zu sein, ebenso unumwunden seine hervorragenden Verdienste um die nationalökonomische Theorie anzuerkennen.

Frankfurt a. M., den 5. Oktober 1920.

Dr. Siegfried Budge.

Inhaltsverzeichnis.

I. Buch.

Das Problem des Profits und der Oppenheimersche Lösungsversuch.

I. Kapitel.

Die seitherigen Lösungsversuche.

Seite

I. Objektive und subjektive Werttheorie. Unzulänglichkeit der letzteren für die Lösung des sozialökonomischen Problems. Monopol- und Konkurrenzgüter. Die originären Produktivgüter. Die „Kosten". Das wirtschaftliche Prinzip. Die Tauschäquivalenz und das Kostenprinzip 1

II. Scheinbarer Widerspruch des Profitphänomens mit dem Kostenprinzip und dem Prinzip des Äquivalententausches. Letzteres Prinzip bleibt intakt infolge des Ausgleiches der Profitraten in der „Statik". Auch Kostenprinzip bleibt aufrecht erhalten, da Profit ein Bestandteil der Produktionskosten sein muß. Die beiden Alternativen bei Erfassung des Profits als Kostenbestandteil 5

III. Der Profit in der älteren objektiven Wertlehre. Die Klassiker. Smith, Malthus und Ricardo. Die Epigonen. Produktivitäts- und Nutzungstheorie. Die Abstinenztheorie Seniors. Unbefriedigendes Resultat der seitherigen Versuche, den Profit aus der ersten Alternative zu erklären. Die zweite Alternative. Die Theorie von Karl Marx. Grundgebrechen derselben. Abwendung von der objektiven Werttheorie 7

IV. Der Profit und die subjektive Wertlehre. Die „Zurechnung". Menger und Wieser. Böhm-Bawerk. Kritik seiner Lehre. Schumpeter. Die Hypersubjektivisten. Notwendige Rückwendung zur objektivistischen Werttheorie. Abermals die Wahl zwischen den zwei objektiven Erklärungsalternativen. Die zweite Alternative bei Rodbertus und Düring. Franz Oppenheimer 11

II. Kapitel.

Die Lehre Franz Oppenheimers.

I. Darstellung der Oppenheimerschen Lehre 24

II. Übereinstimmung des Verfassers mit Franz Oppenheimer in folgenden Punkten: Deduktive Methode. Objektive Werttheorie. Scheidung von

Seite

Statik und Dynamik; jedoch Vorbehalt gegen Überschätzung des Erklärungswertes der Statik. Mechanische und biologische Dynamik. Definition von Konkurrenz und Monopol; Vorbehalt gegen die Oppenheimersche Auffassung der freien Konkurrenz. Das „Klassenmonopol" . . . 27

III Seitherige Kritiken der Oppenheimerschen Theorie. Schumpeter, Liefmann, Oswalt 31

II. Buch.

Der Profit ein Monopoleinkommen?

I. Kapitel.

Das Bodenmonopol.

I. Der Boden als Produktivgut oder die „Bodenkraft". Diese ein drei- nicht ein zweidimensionales Gut. Die Bodenkraft als freies Gut. Die qualifizierte Bodenkraft als Monopolgut. Deren Preis: Die Grundrente . . . 35

II. Keine Einwirkung des Privateigentums auf den Charakter der Bodenkraft als freies Gut. Die Nachfrage nach Bodenkraft 38

III. Der Profit als angeblicher Monopolpreis der Bodenkraft bei Oppenheimer. Gegenbeweis. Ergebnis: der Profit kann nicht Monopolpreis der Bodenkraft sein 39

IV. Die 2. Variante der Oppenheimerschen Theorie. Das „Einkaufsmonopol der Bodenbesitzer. Mängel dieser Konstruktion. Der Begriff der „Zurechnung" bei Oppenheimer 41

V. Der industrielle Profit bei Oppenheimer. Unzureichende Ableitung aus dem landwirtschaftlichen Profit 45

VI. Die Ausgleichung der Profitrate. Stellung von Marx dazu. Oppenheimers Erklärung des Phänomens. Keine Erklärung, sondern eine unzutreffende Analogie 47

VII. Zusammenfassung und Ergebnis. Die Lehre vom Profit als Folge eines Bodenmonopols bereits jetzt als unhaltbar dargetan. Zwei mögliche Einwendungen Oppenheimers gegen die Darstellung seiner Lehre. Monopollohn und Monopolpreis. Bodenkraft und Grundstück. Oppenheimer und Turgot 51

II. Kapitel.

Der Profit als Preis des „Kapitals".

I. Die zwiefache Gestalt des Profits als Mehrwert und als Mehrprodukt. Die Auffassung des Kapitals als „gesellschaftliches Verhältnis". Kein direkter Kausalzusammenhang zwischen Kapital in diesem Sinne und dem Profit in seiner zwiefachen Gestalt. Volkswirtschaftliches und privatwirtschaftliches Kapital. Mängel dieser Zweiteilung. Kein zureichender Zusammenhang zwischen volkswirtschaftlichem Kapital und Mehrwert 58

Das Kapital als akkumulierter Güterwert; in der isolierten Einzelwirtschaft; in der kommunistischen Wirtschaftsgesellschaft; in der Gesellschaft des freien Austauschs 63

II. Kapital und Subsistenzmittel. Kapital und Beschaffungsgut. Drei wichtige Konsequenzen unserer Kapitaldefinition. Kapital als Lohnfonds . . . 68

Seite

IV. Oppenheimer und die Lohnfondstheorie. Widerlegung seiner Einwendungen gegen dieselbe. Die Grundrente kein Bestandteil des akkumulierten Kapitals 71

V. Das Kapital als wirtschaftliches Gut. Die horizontale und die vertikale Kapitalakkumulation. Das Kapital kein Monopol-, sondern ein Konkurrenzgut 74

VI. Wesen und Form des Profits. Der Profit als Mehrwert. Zeitliche Bindung des Kapitals und absolute Profithöhe. Einfluß der Dauerhaftigkeit des Beschaffungsguts. Böhm-Bawerk und Oswalt 77

VII. Ergebnis der seitherigen Untersuchung. Der Profit als statischer Einkommenszweig. Unsere weitere Aufgabe 78

III. Buch.

Arbeitslohn und Profit.

I. Kapitel.

Der Produktivfaktor „Arbeit" und sein statischer Konkurrenzpreis.

I. Die Arbeitszeittheorie des Wertes. Der Arbeitsaufwand als Wertgegenstand bei Oppenheimer. Innere Unmöglichkeit dieser Auffassnng. Notwendige Scheidung von „Arbeit" als Marktgut und Arbeitsaufwand. Arbeit als Marktgut = Arbeitskraft im Sinne von Marx. Ricardos und Adam Smiths Stellung zu der zwiefachen Bedeutung der „Arbeit". Die Arbeit als „Dienst" im Sinne Oppenheimers 82

II. Einwände Oppenheimers gegen die Scheidung von Arbeitskraft als Marktware und Arbeitsaufwand. Die Marxsche Gleichung nnd ihre Konversion. Miete und Kauf. Nutzung und Substanz. Überstunden und Feiertagsarbeit. Dienstleistungen höherer Art 86

III. Oppenheimers Grundirrtum bei Bestimmung des Wertes der „Arbeit": Identifikation der Arbeitskraft als Marktware mit dem Arbeitsaufwand (lebendige Arbeit) und dieser wiederum mit der vergegenständlichten Arbeit. Verhältnis von Identität und Tauschäquivalenz. Vergegenständlichte Arbeit und Warenwert. Begrenzte Richtigkeit der Arbeitsmengentheorie des Warenwertes. Modifizierender Einfluß der Qualifikation der Arbeitskraft und des Kapitals. Widerspruch zwischen Arbeitsmengentheorie und Ausgleichung der Profitrate. Die Lösung des Widerspruchs beruhend auf der Eigenart des Kapitals als Produktivgut 87

IV. Die Arbeitskraft als wertvolles Produktivgut. Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskraft und nach Kapital zueinander. Angebot von Arbeitskraft und Bevölkerungsziffer. Das Malthussche Bevölkerungsgesetz. Seine Konsequenz: Anpassung des Angebots von Arbeitskraft an das Angebot von Kapital auf Grundlage des sozialen Existenzminimums in der Statik. Veränderung des sozialen Existenzminimums in der Dynamik. Der statische Arbeitslohn als Ergebnis der Konkurrenz der Arbeiter untereinander 94

V. Oppenheimers Stellung zu dieser Lehre. Die Marxsche Theorie vom Arbeitslohn, Gebrechen derselben. Oppenheimers Stellung zur Marx-

INTENT ONAL SECOND EXPOSURE

Seite

Statik und Dynamik; jedoch Vorbehalt gegen Überschätzung des Erklärungswertes der Statik. Mechanische und biologische Dynamik. Definition von Konkurrenz und Monopol; Vorbehalt gegen die Oppenheimersche Auffassung der freien Konkurrenz. Das „Klassenmonopol" . . . 27

II. Seitherige Kritiken der Oppenheimerschen Theorie. Schumpeter, Liefmann, Oswalt 31

II. Buch.

Der Profit ein Monopoleinkommen?

I. Kapitel.

Das Bodenmonopol.

I. Der Boden als Produktivgut oder die „Bodenkraft". Diese ein drei- nicht ein zweidimensionales Gut. Die Bodenkraft als freies Gut. Die qualifizierte Bodenkraft als Monopolgut. Deren Preis: Die Grundrente . . . 35

II. Keine Einwirkung des Privateigentums auf den Charakter der Bodenkraft als freies Gut. Die Nachfrage nach Bodenkraft 38

III. Der Profit als angeblicher Monopolpreis der Bodenkraft bei Oppenheimer. Gegenbeweis. Ergebnis: der Profit kann nicht Monopolpreis der Bodenkraft sein 39

IV. Die 2. Variante der Oppenheimerschen Theorie. Das „Einkaufsmonopol der Bodenbesitzer. Mängel dieser Konstruktion. Der Begriff der „Zurechnung" bei Oppenheimer 41

V. Der industrielle Profit bei Oppenheimer. Unzureichende Ableitung aus dem landwirtschaftlichen Profit 45

VI. Die Ausgleichung der Profitrate. Stellung von Marx dazu. Oppenheimers Erklärung des Phänomens. Keine Erklärung, sondern eine unzutreffende Analogie 47

VII. Zusammenfassung und Ergebnis. Die Lehre vom Profit als Folge eines Bodenmonopols bereits jetzt als unhaltbar dargetan. Zwei mögliche Einwendungen Oppenheimers gegen die Darstellung seiner Lehre. Monopollohn und Monopolpreis. Bodenkraft und Grundstück. Oppenheimer und Turgot 51

II. Kapitel.

Der Profit als Preis des „Kapitals".

I. Die zwiefache Gestalt des Profits als Mehrwert und als Mehrprodukt. Die Auffassung des Kapitals als „gesellschaftliches Verhältnis". Kein direkter Kausalzusammenhang zwischen Kapital in diesem Sinne und dem Profit in seiner zwiefachen Gestalt. Volkswirtschaftliches und privatwirtschaftliches Kapital. Mängel dieser Zweiteilung. Kein zureichender Zusammenhang zwischen volkswirtschaftlichem Kapital und Mehrwert 58

Das Kapital als akkumulierter Güterwert; in der isolierten Einzelwirtschaft; in der kommunistischen Wirtschaftsgesellschaft; in der Gesellschaft des freien Austauschs 63

III. Kapital und Subsistenzmittel. Kapital und Beschaffungsgut. Drei wichtige Konsequenzen unserer Kapitaldefinition. Kapital als Lohnfonds . . . 68

Seite

IV. Oppenheimer und die Lohnfondstheorie. Widerlegung seiner Einwendungen gegen dieselbe. Die Grundrente kein Bestandteil des akkumulierten Kapitals 71

V. Das Kapital als wirtschaftliches Gut. Die horizontale und die vertikale Kapitalakkumulation. Das Kapital kein Monopol-, sondern ein Konkurrenzgut 74

VI. Wesen und Form des Profits. Der Profit als Mehrwert. Zeitliche Bindung des Kapitals und absolute Profithöhe. Einfluß der Dauerhaftigkeit des Beschaffungsguts. Böhm-Bawerk und Oswalt 77

VII. Ergebnis der seitherigen Untersuchung. Der Profit als statischer Einkommenszweig. Unsere weitere Aufgabe 78

III. Buch.

Arbeitslohn und Profit.

I. Kapitel.

Der Produktivfaktor „Arbeit" und sein statischer Konkurrenzpreis.

I. Die Arbeitszeittheorie des Wertes. Der Arbeitsaufwand als Wertgegenstand bei Oppenheimer. Innere Unmöglichkeit dieser Auffassung. Notwendige Scheidung von „Arbeit" als Marktgut und Arbeitsaufwand. Arbeit als Marktgut = Arbeitskraft im Sinne von Marx. Ricardos und Adam Smiths Stellung zu der zwiefachen Bedeutung der „Arbeit". Die Arbeit als „Dienst" im Sinne Oppenheimers 82

II. Einwände Oppenheimers gegen die Scheidung von Arbeitskraft als Marktware und Arbeitsaufwand. Die Marxsche Gleichung und ihre Konversion. Miete und Kauf. Nutzung und Substanz. Überstunden und Feiertagsarbeit. Dienstleistungen höherer Art 86

III. Oppenheimers Grundirrtum bei Bestimmung des Wertes der „Arbeit": Identifikation der Arbeitskraft als Marktware mit dem Arbeitsaufwand (lebendige Arbeit) und dieser wiederum mit der vergegenständlichten Arbeit. Verhältnis von Identität und Tauschäquivalenz. Vergegenständlichte Arbeit und Warenwert. Begrenzte Richtigkeit der Arbeitsmengentheorie des Warenwertes. Modifizierender Einfluß der Qualifikation der Arbeitskraft und des Kapitals. Widerspruch zwischen Arbeitsmengentheorie und Ausgleichung der Profitrate. Die Lösung des Widerspruchs beruhend auf der Eigenart des Kapitals als Produktivgut 87

IV. Die Arbeitskraft als wertvolles Produktivgut. Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskraft und nach Kapital zueinander. Angebot von Arbeitskraft und Bevölkerungsziffer. Das Malthussche Bevölkerungsgesetz. Seine Konsequenz: Anpassung des Angebots von Arbeitskraft an das Angebot von Kapital auf Grundlage des sozialen Existenzminimums in der Statik. Veränderung des sozialen Existenzminimums in der Dynamik. Der statische Arbeitslohn als Ergebnis der Konkurrenz der Arbeiter untereinander 94

V. Oppenheimers Stellung zu dieser Lehre. Die Marxsche Theorie vom Arbeitslohn, Gebrechen derselben. Oppenheimers Stellung zur Marx-

Seite

schen Theorie. Das Grundgebrechen der Oppenheimerschen Lohntheorie 100

II. Kapitel.

Die Höhe des statischen Profits.

I. Verhältnis von Arbeitslohn und Profit zueinander. Die optimale Arbeitszeit. Oppenheimers Ableitung des statischen Monopollohns der Arbeit. Oppenheimers dynamische Lohntheorie. Oppenheimers Gleichung von der Profithöhe. Der Subtrahend L. 103

II. Der Minuend E der Oppenheimerschen Gleichung. Er ist nicht ohne weiteres gegeben, sondern resultiert erst aus der Höhe der Differenz p als Resultat der Konkurrenz der Kapitalien untereinander 110

III. Versuch einer exakten Ableitung des statischen Profits. Der Profit als Wertüberschuß über den Wert der Lohngüter. Oppenheimer und Ricardo. Kein regressus infinitus bei Ricardo. Die Urproduktion als maßgebende Produktionssphäre. Das geozentrische Grundgesetz. Der Profit in der isolierten und in der komparativen Statik 112

IV. Der Profit zugleich Preis- und Überschußgröße. Böhm-Bawerk gegen Ricardo. Seine Ableitung der Profithöhe. Der Profit als Preis des Kapitals kann nicht nur, sondern muß eine Überschußgröße sein. Einfluß von Produktionstechnik und Bevölkerungszahl. Einfluß des Profits einer früheren Statik auf die Profithöhe der gegebenen Statik. Grenzen der rein statischen Betrachtungsweise 119

V. (Exkurs.) Theorie und Empirie. Scheinbarer Widerspruch der vorgetragenen Lehre zu der Bewegung des Zinsfußes in Deutschland in den letzten 20 Jahren vor dem Kriege. Ursachen dieser Bewegung, Lösung des Widerspruchs im Gegensatz von Statik und Dynamik 125

IV. Buch.

Die Gegenprobe.

Der Profit in der reinen Ökonomie.

I. Die Oppenheimersche reine Ökonomie als gegeben und seine Theorie des Wertes der „Arbeit“ als zutreffend unterstellt. Ableitung des statischen Konkurrenzpreises der Arbeit (E) bei Oppenheimer. Die Produktionsgrenze. Die „Gesellschaft der Gleichen“. Unzulässige Abstraktion von der Verschiedenheit der Bodenqualität. Oppenheimer und Thünen. Die natürliche Produktionsgrenze. Entscheidende Frage, ob dieselbe in der reinen Ökonomie erreicht werden kann. Im verneinenden Falle ist das Profitproblem wieder aufgerollt.

Die „Tendenz zur natürlichen Hufengröße“ als weitere notwendige Prämisse der Größe E als statischen Konkurrenzpreis der Arbeit bei Oppenheimer. Sie vermag als solche nicht zu leisten, was Oppenheimer ihr zumutet 129

II. Die praktischen Konsequenzen der Oppenheimerschen Theorie: Verdampfen des Mehrwertes infolge innerer Kolonisation? Voraussetzung gesteigerter Maschinenverwendung. Nachfrage nach Beschaffungsgut und Nachfrage nach Kapital. Einfluß der Verteilung des Grund und Bodens auf die Nahrungsmittelüberschüsse der Landwirtschaft 137

Seite

V. Buch.

Das Verteilungsproblem.

I. Einkommensverteilung und Wesen der verschiedenen Einkommenszweige. Letzteres das wesentliche und primäre Problem. Es ist ein Preisproblem. Einwirkung früherer Gewaltanwendung auf die heutige Marktkonstellation für die originären Produktivgüter und damit auf deren Preise. Einwirkung der Marktkonstellation auf die Besitzunterschiede 144

II. Das Verteilungsproblem als ein Problem der Kaufkraftverteilung. Nochmals die Vorbedingungen der Maschinenverwendung und damit einer Produktivitätssteigerung. Rentabilität und Produktivität 146

III. Das Verteilungsproblem außerhalb der theoretischen Ökonomie. Historisches, wirtschaftspolitisches, ethisches, kulturelles und sozialpolitisches Problem. Das historische Problem der Verteilung. Die „Kinderfibel von der ursprünglichen Akkumulation“. Das Verteilungsproblem als wirtschaftspolitisches Problem. Die kapitalistische Austauschwirtschaft begünstigt starke Kapitalakkumulation unter Wahrung der persönlichen Freiheit . . 150

Erstes Buch.

Das Problem des Profits und der Oppenheimersche Lösungsversuch.

I. Kapitel.

Die seitherigen Lösungsversuche.

I.

Das Problem des Kapitalprofits ist heute wieder das gleiche, als welches es sich vor einem Jahrhundert den Klassikern darstellte. Es lautet: Wie kann Kapitalprofit entstehen auf der Grundlage der objektiven Werttheorie und des Äquivalententausches? Auf der Grundlage der objektiven Werttheorie: Denn alle Anzeichen sprechen heute dafür, daß der werttheoretische Subjektivismus den Zenith seiner Machtstellung überschritten hat. Es mehren sich die Stimmen, welche teils frei und offen, teils noch mehr oder minder zaghaft es aussprechen, daß die subjektive Theorie sich zwar um die eingehende Analyse der Nachfrage unbestreitbare Verdienste erworben hat, daß sie aber damit eben nur bis an die Schwelle des zentralen Problems unserer Wissenschaft gelangt ist, und daß sie für dessen Klärung so gut wie nichts geleistet hat. Denn das sozialökonomische Problem ist doch das, die Gesetze zu bestimmen, welche die denkbar größtmögliche Befriedigung des Gesamtbedarfs der zum Zwecke gemeinschaftlicher Bedarfsbefriedigung kooperierenden Einzelwirtschaften, mit anderen Worten einer Wirtschaftsgesellschaft beherrschen. Das aber bedeutet: Das Problem der Sozialökonomik ist nicht ein Problem der Nachfrage, sondern ein solches des Angebots. Gewiß ist das subjektive Bedürfnis und damit die Nachfrage nach den Mitteln seiner Befriedigung die ursprüngliche Ursache aller derjenigen Handlungen, welche wir mit dem Namen „Wirtschaften" bezeichnen. Aber diese Nachfrage ist

schlechthin grenzenlos. Stünden uns die Güter, d. h. die Mittel der Bedarfsbefriedigung in unbegrenzter Menge zur Verfügung, wären sie sämtlich „freie Güter", so gäbe es keine Ökonomik, weder Personal- noch Sozialökonomik und somit auch keine ökonomischen Probleme. Aber die Güter sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, knapp und eben in dieser Knappheit, in der Knappheit mithin des Güterangebots liegt die Ursache, warum wir mit ihnen „wirtschaften", d. h. in der Art verfahren müssen, daß jedes Gut bei seiner Verwendung dem jeweils dringendsten Bedürfnis zugeführt wird, daß es an die Stelle gelangt, wo es den größten Nutzen stiftet. Das Güterangebot mithin bildet im Gegensatz zur Güternachfrage das ökonomische Problem. Es liegt aber auf der Hand, daß die Ursachen, aus denen sich die Beschränktheit des Güterangebots ergibt, durchaus objektiver Natur sind. Diese objektiven Gründe des Güterangebots zu finden, mit andern Worten die Gesetze zu ergründen, welchen dasselbe unterworfen ist, das ist das primäre und zentrale ökonomische Problem, sowohl für den isolierten Einzelwirt wie für die zusammenarbeitenden Einzelwirtschaften einer Wirtschaftsgesellschaft, mag dieselbe im übrigen wie immer organisiert sein.

Indessen gibt es eine Anzahl Güter, deren Angebot zwar knapp ist, ohne aber daß diese Knappheit ein Problem im eigentlich ökonomischen Sinne des Wortes bilden würde. Hierher gehören zunächst alle diejenigen Güter, die von Natur unvermehrbar sind, deren Menge also von Haus aus gegeben ist. Bei ihnen bedarf die Beschränktheit des Angebots keiner weiteren Begründung. Ähnlich liegt der Fall, wenn das Angebot bestimmter Güter durch Rechtssatzung oder durch einen Willensakt der Produzenten künstlich beschränkt wird. In beiden Fällen reden wir von einem Monopol. Liegt ein solches vor, dann kann von ökonomischen Gesetzen, welche das Angebot derartiger Monopolgüter beherrschen, nicht wohl gesprochen werden; korrekter gesagt: im ersten Falle überhaupt nicht, im letzteren nur insofern, als die quantitative Beschränkung ihres Angebots beeinflußt werden kann durch das Angebot anderer, in ihrer Menge nicht willkürlich beschränkter Güter.

Ein ökonomisches Problem ist somit nur hinsichtlich derjenigen Güter vorhanden, deren Angebot zwar auch knapp ist, ohne daß aber diese Knappheit durch natürliche oder willkürliche Beschränkung des Angebots verursacht wäre. Wir pflegen sie „beliebig reproduzierbare" oder „Konkurrenzgüter" zu nennen. Es folgt daraus, wie unberechtigt der der objektiven Theorie seitens der Subjektivisten gemachte Vorwurf ist, daß sie nur eine Teiltheorie des

Güterangebots gebe. Die Ursache ist einfach die, daß nur die Knappheit der beliebig reproduzierbaren Güter wahrhaft ein Problem für unsere Wissenschaft darstellt, daß für den Theoretiker der Wirtschaft daher nur die das Angebot solcher Güter beherrschenden Gesetze von Interesse sind.

Das ökonomische Problem ist ein Angebotsproblem. Aber damit ist nicht gesagt, daß nicht auch die Nachfrage für die Ökonomie Interesse hätte. Sie hat es insofern, als sie in ihrer Intensität und Quantität von dem Faktor des Angebots beeinflußt wird. Denn in Anbetracht der Begrenztheit des Angebots einerseits, der Unterschiede in der Dringlichkeit der Bedürfnisse andererseits, muß der Nachfrage ein um so größerer Entfaltungsspielraum zur Verfügung stehen, je mehr das Angebot sich ausdehnt. Je reichlicher das Angebot an Gütern dringlichen Bedarfs, um so stärker im allgemeinen die Nachfrage nach diesen Gütern, um so ausdehnungsfähiger aber auch die Nachfrage nach Gütern minder dringlichen Bedarfs.

Worin beruht nun die letzte Ursache der Knappheit des Angebots beliebig reproduzierbarer Güter? Sie liegt darin, daß alle Güter zu ihrer Entstehung sowohl wie zu ihrer Heranbringung an den Konsumenten der Mitwirkung gewisser originärer Produktivkräfte bedürfen. Als eine solche ergibt sich auf den ersten Blick die hervorbringende Kraft der freien Natur, der Erde, oder wie man zumeist sagt: des Bodens. Dazu aber tritt die Befähigung des Menschen, vermittels seiner Tätigkeit die Güter von dem Boden, der sie hervorbringt oder sie beherbergt, zu trennen und ihnen diejenige Form zu geben, welche sie zur Befriedigung der Bedürfnisse geeignet macht. Diese originäre Produktivkraft bezeichnen wir als „Arbeit". Die originären Produktivkräfte sind nun gleichfalls keineswegs im Überfluß vorhanden; auch sie sind knapp. Das gilt zunächst ohne Einschränkung von der „Arbeit". In je höherem Grade die Güter beschaffende Tätigkeit ausgeübt wird, in um so höherem Grade schwindet die Befähigung dahin, diese Tätigkeit weiter auszuüben. Diese Befähigung bedarf daher in dem Maße, in welchem sie sich abnutzt, fortgesetzter Erneuerung. (Reproduktion.) Die Folge ist, daß wir genötigt sind, mit der „Arbeit" zu „wirtschaften", sie der jeweils nützlichsten Verwendung zuzuführen. Etwas anders liegt die Sache mit dem zweiten originären Produktivgut, dem Boden. Er ist, wie wir noch ausführlich sehen werden, als solcher keineswegs knapp. Es besteht auch heute noch selbst in dichtbevölkerten Ländern die Möglichkeit, brachliegenden Boden der Güterproduktion nutzbar zu machen. Aber der Ertrag des Bodens, wenn man ihn

zu Zwecken der Gütererzeugung mit der Arbeit kombiniert, wird zunehmend karger. Ist mithin auch nicht der Boden als solcher knapp, so sind es doch alle diejenigen Böden, welche ihrer Beschaffenheit nach einen reichlichen Ertrag von Gütern zu gewähren fähig sind. Auch solche Böden mithin sind Objekte des „Wirtschaftens".

Güter der jeweils nützlichsten Verwendung zuführen heißt, dieselben anderen Verwendungsmöglichkeiten entziehen, sie „opfern". Die Opferung eines wirtschaftlichen originären Produktivgutes bezeichnen wir als „Kosten", d. h. die Verwendung eines solchen Produktivgutes in der Produktion bestimmter Güter kostet alle anderen Verwendungsmöglichkeiten, zu denen dieses Produktivgut andernfalls hätte benutzt werden können. In Zeiten primitiver Wirtschaft, in denen Boden bester Qualität noch in Hülle und Fülle vorhanden war, war die Arbeit das einzige wirtschaftliche Produktivgut, und in diesem Sinne ist daher die so vielfach angerufene Behauptung richtig, daß sie ursprünglich das einzige Kostengut gewesen sei.

Wenn wir sagten, wirtschaften bedeute jedes Gut dahin zu bringen, wo es den größten Nutzen stifte, so ist das gleichbedeutend damit, daß jeder Nutzen mit dem jeweils geringstem Opfer, mit den jeweils geringsten „Kosten" erreicht werden muß. Diese Maxime nennen wir das „wirtschaftliche Prinzip" oder das Prinzip des „kleinsten Mittels" (zum größten Erfolge).

Dieses Prinzip beherrscht die Wirtschaft, sowohl den isolierten Einzelwirt als die Individualwirtschaft in der auf Privateigentum, Arbeitsteilung und als Folge beider auf dem Güteraustausch beruhenden Wirtschaftsgesellschaft. Kein Mitglied einer solchen Gesellschaft wird, sofern es wirtschaftlich handelt, im Austausch größere Quanten an originären Produktivkräften zur Beschaffung der von ihm begehrten Güter aufopfern, als es opfern müßte, wenn er das Gut selbst erzeugen und zum Austausch auf den Markt bringen müßte. Daraus folgt mit Notwendigkeit, daß für alle reproduzierbaren Güter, für alle Güter mithin, an denen nicht ein natürliches oder künstliches Monopol besteht, der Satz gilt, daß sich auf dem Markte gleiche Kostenaufwände austauschen müssen. Wäre es anders, so hätte das Prinzip des kleinsten Mittels keine Geltung. In den Kostenaufwänden, die zu ihrer Erlangung geopfert werden müssen, drückt sich die relative Knappheit der beliebig reproduziblen Güter, d. h. ihre Seltenheit im Verhältnis zu einem gegebenen Bedarf nach ihnen aus. Den Grad der relativen Knappheit der Güter nennen wir ihren wirtschaftlichen Wert. Bei beliebig reproduziblen Gütern ist mithin die Höhe des Wertes gleich dem Kostenaufwand, der zu ihrer Beschaffung erforderlich ist und zwar, da die Kostenaufwände für das gleiche Gut keineswegs immer die gleichen sind, gleich dem höchsten Kostenaufwand, der noch erforderlich ist, um den gegebenen Bedarf nach diesem Gute zu decken, dem Grenzkostenaufwand. Die Ursache, daß ein solcher Wert entsteht, liegt sicherlich in den Nutzenschätzungen der wirtschaftlichen Individuen. Es sind mithin die Voraussetzungen der Wertentstehung zweifelsohne subjektiver Natur. Kein wirtschaftlicher Wert ohne Vorhandensein eines „Gebrauchswertes". Aber dieser Gebrauchswert interessiert die Ökonomik nicht; er ist für sie etwas Gegebenes, Selbstverständliches. Ihr Problem ist, welche Kraft diejenigen, welche einen gegebenen Bedarf befriedigen, einen gegebenen Nutzen erzielen wollen, zwingt, mit ihren Schätzungen bis zu einer quantitativ bestimmten Höhe hinaufzugehen, um das begehrte Gut zu erlangen, und in welcher Höhe sie genötigt sind, ein Opfer zu bringen, wofern sie auf den Nutzen nicht verzichten wollen. Die Beantwortung dieses Problems aber ist ausschließlich von objektiv gegebenen Faktoren abhängig.

Tauschen sich gleiche Kostenaufwände aus, so hängt das Mengenverhältnis, in welchem sich die Güter auf dem Markt austauschen, ihre Tauschrelation oder ihr objektiver Tauschwert (relativer Wert), von dem Verhältnis der Kosten dieser Güter zueinander ab. Gütermengen, welche gleich hohe Kosten erfordern, stehen zueinander im Verhältnis der Tauschäquivalenz. In diesem Sinne herrscht auf dem Markte das Prinzip des Äquivalententausches. Diejenigen Gütermengen, welche im Austausch für eine bestimmte Menge anderer Güter auf dem Markte auf Grund des Äquivalententauschprinzips erlangbar sind, nennen wir ihren Preis. Wird dieser Preis in einem einheitlichen Preisgute, dem Gelde erlegt (Geld als Tauschmittel) und ausgedrückt (Geld als Wertmesser), so sprechen wir vom Preise im engeren Sinne des Wortes, d. h. vom Geldpreise der Güter.

II.

Dem Kostenprinzip und dem Prinzip des Äquivalententausches scheint nun das Phänomen des Kapitalprofits zu widersprechen. Denn dieser Einkommenzweig stellt sich, vom Standpunkte des einzelnen selbständigen Güterproduzenten aus betrachtet, als ein Überschuß über die Kosten, als ein „Reineinkommen", ein „Gewinn" dar. Die nähere Betrachtung freilich zeigt, daß das Aquivalenten-

tauschprinzip unter den selbständigen Produzenten tatsächlich nicht verletzt wird. Die Erfahrung lehrt nämlich, daß die Profitraten, d. h. das Verhältnis des Wertes des Profits zum Werte des Kapitals, aus dem er als Einkommen zu fließen scheint, dahin tendieren, sich auszugleichen, daß sie mithin in dem fingierten Gleichgewichtszustand des Wirtschaftsgetriebes, der „Statik" der Wirtschaft ausgeglichen sind. Es sind mithin die Wertüberschüsse über die Selbstkosten der Produzenten hinaus die gleichen, und es tauschen sich somit wiederum Wertäquivalente aus.

Aber ist nicht das Grundprinzip der objektiven Werttheorie, das Kostenprinzip, verletzt? Die Antwort wird schwerlich bejahend lauten können. Zwar ist infolge des Ausgleichs der Profitrate keiner der Produzenten benachteiligt, aber sie haben vom Bezug des Profits auch nicht den mindesten Vorteil, wenn sie sämtlich zu ihren Selbstkosten den gleichen Zuschlag erheben. Was sie als Produzenten gewinnen, verlieren sie als Konsumenten. Daraus folgt: Der Profit kann kein Zuschlag zu den Produktionskosten sein; der Bestandteil des Wertes, den der Profit ausmacht, muß selbst ein Teil des Kostenwertes sein, die Vergütung für einen Kostenaufwand. Von Hause aus läge es nahe, den Profit als Vergütung für die eigene Arbeit, sei sie rein geistig oder auch körperlich, die der selbständige Produzent in der Produktion leistet, zu betrachten. Aber dieser Weg ist uns von vornherein durch zwei Erfahrungstatsachen versperrt. Einmal wird der Profit in Form des Leihzinses auch von solchen Wirtschaftssubjekten bezogen, welche in keinerlei Weise aktiv bei der Produktion mitwirken. Und ferner erhalten auf der anderen Seite die angestellten Leiter eines Betriebes eine Vergütung, ohne daß dadurch der Eigentümer dieses Betriebes seinen Profit einbüßte.

Dann bleiben im Grunde nur zwei Möglichkeiten, den Profit zu erklären. Entweder er bildet die Vergütung eines neben Arbeit und Boden zur Produktion erforderlichen uns seither unbekannt gebliebenen Kostengutes. Oder der Profit bildet einen Teil des natürlichen Preises eines der beiden, uns bereits bekannten originären Produktivgüter, müßte mithin von rechtswegen demjenigen zufallen, der dieses Kostengut zu Markte bringt, wird ihm aber unrechtmäßigerweise entzogen. In diesem Falle wird das Kostenprinzip überhaupt nicht, das Prinzip des Äquivalententausches nicht auf dem Markte der Konsumgüter verletzt, wohl aber würde eine Verletzung des Äquivalententauschprinzips Platz greifen auf dem Markte der originären Produktivgüter. Trifft diese letztere Erklärung zu, dann kann der Benachteiligte nur der Verkäufer des originären

Produktivgutes „Arbeit" sein. Der Anbieter des Bodens kann es nicht sein, denn es werden bei der Produktion teilweise „Böden" herangezogen, welche völlig wertlos sind, und auch bei solchen Produktionen tritt der Profit in Erscheinung.

III.

Die klassische Nationalökonomie hat der ersten Erklärungsalternative den Vorzug gegeben. Zwar bei Adam Smith ist eine klare Stellungnahme zu dem Problem des Profits nicht zu finden. Es kommen bei ihm Stellen vor, welche mehr der ersten und andere, welche mehr der zweiten Alternative zuneigen. Es ist dies begreiflich in Anbetracht der Fülle der Probleme, die diesen großen Anreger beschäftigten. Bei Malthus und Ricardo aber finden wir es klar ausgesprochen, daß der Profit ein Bestandteil der Produktionskosten ist, mithin die Vergütung eines besonderen originären Kostengutes. Aber beide Denker waren derart durch das Problem der Höhe dieser Vergütung und ihres Verhältnisses zu der Höhe des Wertes des Produktivgutes „Arbeit" in Anspruch genommen, daß sie sich hinsichtlich der Frage, welcher Art denn das Produktivgut sei, für welches der Profit gezahlt werde, auf einige wenige, ganz kurze Andeutungen beschränkten. Vielleicht schien ihnen hier überhaupt ein Problem nicht vorzuliegen; sie waren sich möglicherweise über die Natur dieses Produktivgutes von vornherein derart im Klaren, daß sie annahmen, auch für den Laien liege die Erklärung offen zutage. Zwar wurden zu der Zeit, als die Werke der beiden Klassiker erschienen, schon sozialistische Stimmen laut; dieselben aber wandten sich vorwiegend gegen die Ungleichheit der Besitzverteilung im allgemeinen. Sie hatten um so weniger Veranlassung gerade die Institution des Kapitalprofits anzugreifen, als die reinliche Scheidung des Profits von anderen Besitzeinkommen insbesondere von dem Einkommen der Bodenbesitzer erst das Werk der klassischen Schule war.

Das aber wurde nun sehr bald anders. Gerade die Werttheorie Ricardos wurde der Ausgangspunkt für eine sozialistische Richtung, welche aus einer mißverstandenen Ricardo'schen Prämisse die Konsequenz zog, der Profit sei ein Abzug vom natürlichen Werte der Arbeit, dem natürlichen Arbeitslohn. So sahen sich denn die Epigonen der Klassiker genötigt, die Theorie, nach der der Profit ein selbständiges Kostenelement sei, näher zu begründen, und damit die Frage zu beantworten, welcher Art der Kostenaufwand sei, dessen

Vergütung der Profit bilden sollte. Allen diesen Theorien ist die übrigens auch schon bei den Klassikern selbst berücksichtigte Anschauung gemeinsam, daß das „Kapital", das Gut, für welches der Profit gezahlt werde, etwas zu tun habe mit der Steigerung des naturalen Ertrages der Produktion, mit der physischen Produktivität. Im übrigen aber variieren sie mannigfach sowohl in der Fassung des Kapitalbegriffes als in der Erklärung des Profits mit Hilfe desselben. Die „Produktivitätstheoretiker" identifizieren das Kapital ohne weiteres mit den Produktionswerkzeugen sowie den Roh- und Hilfsstoffen, also mit einer rein technischen Kategorie. Diese produzierten Produktionsmittel verhelfen zu einem höheren Produkt als es mit Hilfe von Arbeit und Boden allein erzielt werden könnte. Bei einer Reihe von Autoren wird nun dieses Mehrprodukt ohne weitere Erklärung zu einem Mehrwert, eben dem Profit. Andere gründlichere Denker sind bemüht, diesen Mehrwert noch zu erklären. Bald erscheint er als Lohn, der in den Kapitalgütern aufgespeicherten, der „vorgetanen" Arbeit, bald als Remuneration einer besonderen, von diesen Kapitalgütern selbst geleisteten Arbeitstätigkeit, bald als Entgelt einer durch diese Güter verursachten Arbeitsersparnis. Allen diesen Varianten der Produktivitätstheorie des Profits ist es gemeinsam, daß sie fortgesetzt Wert der Kapitalgüter mit dem Wert des Profits zusammenwerfen, Roh- und Reinzins nicht genau voneinander abzuscheiden vermögen.

Sahen diese Theoretiker den zu vergütenden Kostenaufwand in den Kapitalgütern selbst, beziehungsweise einer produktiven Leistung derselben, so verfochten andere die Meinung, daß neben den materiellen Kapitalgütern noch ein sozusagen immaterielles Gut in die Produktion eingehe. Dieses Gut wurde vorzugsweise von deutschen Gelehrten (von Hermann, Knieß) als die „Nutzung" des Kapitals bezeichnet. Schon diese Formulierung war unbefriedigend, weil sie vieldeutig ist. Es liegt ungemein nahe, unter Nutzung eines Gutes dessen Verbrauch zu verstehen, oder die Nutzleistung, die sein Verbrauch gewährt. Dann aber läßt sich der Einwand erheben und ist mit Recht erhoben worden, daß der Verbrauch eines Gutes nichts anderes sein kann, als die Nutzleistung desselben, womit ohne weiteres ein aus der „Nutzung" zu erklärender Mehrwert entfallen würde; ganz abgesehen davon, daß ja auf dem Markte nicht der Akt der Konsumtion eines Gutes bewertet wird, sondern das auf dem Markte angebotene Gut selbst als Gegenstand einer künftigen Konsumtion.

Als die wichtigste, weil einflußreichste dieser Profittheorien aus

dem nachklassischen Epigonenzeitalter ist die „Abstinenztheorie" Seniors zu betrachten, die dann von John Stuart Mill akzeptiert wurde und auch heute noch hervorragende Gelehrte zu ihren Anhängern zählt (so insbesondere Alfred Marshall). Diese Theorie ist deshalb von hervorragender Wichtigkeit, weil in ihr zum ersten Male die Bedeutung des zeitlichen Genußaufschubs zum Ausdruck kommt, welcher erforderlich ist, um in der Zukunft einen größeren naturalen Ertrag zu erzielen. In diesem Genußaufschub (Enthaltung „abstinence") erblickt diese Theorie ein Opfer und als solches einen gleich der Arbeit in Rechnung zu stellenden wertvollen Kostenaufwand, welcher Vergütung erheischt. Daß hierin ein richtiger Gedanke steckt, wird jedermann zugeben müssen, der unbefangen und voraussetzungslos an das Problem herantritt. Und doch wurde mit Recht das Unbefriedigende auch dieser Theorie herausgefühlt. Dazu bedarf es nicht einer Zustimmung zu den höhnischen und fulminanten Angriffen, welche Lasalle gegen dieselbe gerichtet hat. Es genügt die einfache Erwägung, daß Enthaltung und Genußaufschub zwar ohne Zweifel ein Opfer bedeuten, aber ein Opfer rein psychischer Natur, und daß solche psychischen Opfer nicht ohne weiteres Anspruch auf Honorierung auf dem Markte haben, wenn nicht andere sehr erhebliche Faktoren mitsprechen.

Wir sehen mithin: Es ist den Epigonen der klassischen Zeit nicht gelungen, eine befriedigende Erklärung des Profits zu finden. Kein Wunder daher, daß die zweite Erklärungsalternative zusehends an Einfluß gewann, die Anschauung nämlich, daß der Profit nicht die Vergütung eines besonderen Kostenaufwandes sei, sondern daß er ausschließlich beruhe auf einer Ausbeutung der unselbständigen Arbeiter, derjenigen, welche auf dem Markte nichts anzubieten hatten, als das originäre Produktivgut „Arbeit". Diese Auffassung mußte in um so höherem Grade an Einfluß gewinnen, als mit zunehmender Industrialisierung besonders der westeuropäischen Volkswirtschaften die Zahl der unselbständigen Arbeiter wuchs, deren Lebenslage, insbesondere im Anfange des Industriezeitalters den Charakter ausgesprochenster Dürftigkeit zeigte, und sich in der Ausnutzung der Arbeitskraft unleugbar schwere Mißstände herausstellten. Was aber dieser Lehre besonders zu gute kam, das war der Umstand, daß sich ihrer ein Theoretiker von außergewöhnlich genialer Begabung bemächtigte, der sie zu einem ebenso originellen wie logisch in sich schlüssigen Systeme ausbaute.

Dieser geniale Theoretiker war Karl Marx. Die Eigenart seiner Profiterklärung beruht darin, daß nach seiner Lehre der Profit

zwar entsteht als Folge einer Ausbeutung der Arbeiter, aber ohne daß dadurch das Prinzip des Äquivalententausches verletzt würde und zwar nicht nur des Äquivalententausches zwischen Produzenten und Konsumenten, bzw. der selbständigen Produzenten untereinander, sondern auch des Äquivalententausches zwischen Kapitalisten und Arbeiter. Er erblickt in der „Arbeit", d. h. in dem Arbeitsaufwand, gemessen an der Arbeitszeit die einzige Wertquelle, worin er irrtümlich Ricardo zu folgen glaubt. Was aber der Kapitalist auf dem Markte kauft, das ist nicht dieser Arbeitsaufwand oder die Arbeitsleistung, sondern die „Arbeitskraft". Deren Wert ist keineswegs gleich dem Wert des Arbeitsproduktes, bestimmt sich vielmehr ihrerseits wiederum nach derjenigen Arbeitszeit, welche erfordert wird, um sie zu reproduzieren. Es ist dies der Arbeitsaufwand, der benötigt wird um die notwendigen Unterhaltsmittel für den Arbeiter und seine Familie zu produzieren. Der Gebrauchswert der Arbeitskraft ist aber die Verausgabung lebendiger wertschaffender Arbeit und so kommt es, daß die Marktware „Arbeitskraft" gegenüber allen anderen Waren die Eigentümlichkeit besitzt, über ihren eigenen Wert hinaus einen Mehrwert zu schaffen. Diese Eigenart der Ware „Arbeitskraft" vermag der Kapitalist zu seinem Vorteil auszunutzen. Er läßt den Arbeiter über die zur Reproduktion seiner Arbeitskraft erforderliche Zeit hinaus arbeiten und steckt den auf diese Weise geschaffenen Mehrwert in die eigene Tasche. So wird die Arbeitskraft zu ihrem vollen Werte auf dem Markte verkauft. Die Ausbeutung des Arbeiters erfolgt außerhalb des Marktes, in der Werkstatt des Produzenten. Sie liegt in der erzwungenen Mehrarbeit über die „notwendige Arbeitszeit" hinaus. Sie erfolgt in der Produktions-, nicht in der Zirkulationssphäre.

Man wird nicht umhin können, den genialen Gedankenbau zu bewundern, wenn man einmal seine Prämisse, die ausschließlich wertschaffende Kraft der Arbeit, zugibt. Und doch leidet auch dieser Lösungsversuch an einem, schon rein formal betrachtet, schweren theoretischen Gebrechen. Der Mehrwert ist Wert und ist ein Bestandteil des Produktpreises. Betrachtet man ihn jedoch isoliert, so scheidet er als Preiselement vollständig aus. Er ist bei Marx weder Vergütung eines besonderen Kostengutes, noch Abzug vom natürlichen Arbeitslohn. Da ist dann allerdings die Frage berechtigt, was den Käufer des Produktes veranlassen soll, dem kapitalistischem Verkäufer diesen Mehrwert zu bezahlen. Denn die Tatsache, daß der Arbeiter durch seine Mehrarbeit den verarbeiteten Rohstoffen bzw. der Abnutzung der Werkzeuge Wert zusetzt, hat für den Käufer

nicht das mindeste Interesse. Er wird einen Mehrwert zu erlegen nur dann geneigt sein, wenn es gelingt, ihm klar zu machen, das dieser Mehrwert das Entgelt für ein Kostengut darstellt, ohne dessen Aufwand der Käufer das begehrte Produkt nicht erhalten kann.[1])

So war denn auch dieser hochbedeutsame Versuch, den Profit aus der Ausbeutung der Arbeiter zu erklären, nicht geglückt. Damit schienen die beiden Möglichkeiten der Profiterklärung auf der Grundlage des Kostenprinzips und des Äquivalententausches erschöpft.

Es kam, was kommen mußte: Die allgemeine Abwendung von der objektiven Werttheorie. Denn eine Theorie, die anscheinend nicht vermochte, ein so allgemeines und offenkundiges wirtschaftliches Phänomen wie den Kapitalprofit zu erklären, mußte notwendigerweise in Mißkredit geraten. Dazu kam noch, daß die objektive Theorie in der ausgeprägten Gestalt, die Marx ihr gegeben hatte, in zunehmendem Maße das Glaubensbekenntnis aller derer wurde, die auf ihrer Grundlage danach trachteten, die bestehende, für die Arbeiterklasse offensichtlich so ungünstige Gesell- und Wirtschaftsordnung durch eine andere zu ersetzen.

Ein erheblicher Teil der Volkswirtschaftslehrer, insbesondere in Deutschland wandte sich resigniert von der Wirtschaftstheorie ab aus Verzweiflung an deren Fähigkeit, Erkenntnisse zu vermitteln. So entstand die historische Schule, welche sich auf die induktive Feststellung von Einzeltatsachen beschränkte. Diejenigen Gelehrten aber, die diesen Weg nicht beschreiten wollten, weil sie an der Notwendigkeit einer Wirtschaftstheorie als Quelle zur Erkenntnis ökonomischer Zusammenhänge festhielten, versuchten nunmehr dem Problem auf einem anderen Wege beizukommen. Der Profit war, das stand fest, ein Bestandteil des Güterpreises. Hatte es sich als unmöglich herausgestellt, diesen Preisbestandteil mittels einer Analyse des Angebots befriedigend zu erklären, so blieb noch der Versuch, das Rätsel auf dem Wege einer Analyse der Nachfrage zu lösen. So entstand die subjektive Wertlehre.

IV.

Die subjektive Wertlehre ist um des Profitproblems willen ins Leben getreten. Ihr Grundgedanke ist der folgende: Die Erfahrung

[1]) Dieser Einwand richtet sich, wie wohl zu beachten ist, ausschließlich gegen die Marxsche Variante der Ausbeutungstheorie. Er trifft insbesondere diejenigen Theoretiker nicht, die im Profit einen Abzug vom natürlichen Arbeitslohn erblicken, ihn also als besonderes Einkommen in der Zirkulationssphäre zur Entstehung gelangen lassen.

lehrt, daß der Preis der Güter stets in der Höhe bemessen ist, daß ein Kapitalprofit in ihm enthalten ist. Der Preis hängt vom Werte ab. Der Güterwert aber ist nicht in erster Reihe durch objektive Faktoren bestimmt, sondern durch ein rein subjektives Moment, die Nutzenschätzung der Konsumenten. Und zwar ist für die Werthöhe maßgebend derjenige Nutzen, welcher von dem letzten, noch vorhandenen Exemplar eines angebotenen Gütervorrats abhängt, der „Grenznutzen" des Gutes. Dieser Grenznutzen ist in der Wirtschaftsgesellschaft gleich der Nutzenschätzung desjenigen Konsumenten, der für das letzte noch angebotene Exemplar der Gütergattung das höchste Angebot macht, es mithin am höchsten schätzt, des „Grenzkäufers". Nun stiften aber unmittelbaren Nutzen nur die Konsumgüter, die Güter „niederster" oder „erster Ordnung". Die Produktivgüter sind nur „mittelbar nützlich", indem mit ihrer Hilfe die Konsumgüter erzeugt und zu Markte gebracht werden. Ihr Nutzen und damit ihr Grenznutzen hängt mithin ab von dem geringsten Nutzen, den die infolge ihrer Mitwirkung bei der Produktion zu Markte gebrachten Konsumgüter zu stiften vermögen. Dies gilt dann letzten Endes auch von den originären Produktivgütern, zu welchen neben Arbeit und Boden auch das „Kapital" gerechnet wird. Zwar kann jedes Produkt nur infolge des Zusammenwirkens dieser drei Produktivfaktoren zu Markte gebracht werden. Aber es ist möglich, wenn auch nicht den physischen Grenzertrag jedes dieser drei Produktivgüter reinlich auszuscheiden, so doch den Grenzwertertrag jedes derselben. Dieser letztere ist dann gleich dem Grenznutzen des Produktivgutes. Es ist ihm als sein Wert „zuzurechnen". Die originären Produktivkräfte leiten ihren Wert von demjenigen der Genußgüter ab wie der Mond von der Sonne seine Leuchtkraft. Damit scheint zunächst eine Klippe der objektiven Werttheorie umschifft, welche den Tauschwert auf die Kosten zurückführt, die ihrerseits selbst wieder nur Tauschwert sind. Alle Tauschwerte scheinen, da sie letzten Endes in den Nutzenschätzungen der Konsumenten ihren Ursprung haben, auf Gebrauchswert restlos zurückgeführt zu sein. Und auf den ersten Blick hat es den Anschein, als lasse sich damit das Rätsel des Profits ganz zwanglos lösen.

Indessen stellt sich bei näherem Zusehen heraus, daß dieser Schein trügt. Mittels der Zurechnungstheorie kann eine rein formal betrachtet einwandsfreie Lösung des Problems des Wertes der originären Produktivkräfte „Arbeit und Boden" gefunden werden. Auch der Wert der in der Produktion vernützten produzierten Produktionsmittel, des „Beschaffungsgutes" findet eine auf den ersten Blick

plausible Erklärung. Der Profit jedoch stellt sich auch weiterhin als ein Wertüberschuß über den Wert dieser Kostengüter dar, und das bedeutet nichts anderes, als daß er unerklärt bleibt. Schon der Erklärungsversuch des hervorragendsten und einflußreichsten Gelehrten unter den Begründern der subjektiven Wertlehre, Carl Menger, läuft auf nichts anderes heraus, als daß der Profit eben da sei, und daß es daher irgendein originäres Produktivgut geben müsse, dem er zuzurechnen sei. Als solches bezeichnet er die zur Produktion erforderliche zeitliche Verfügung über Güterquantitäten, welche er mit dem ebenso beliebten wie vieldeutigen Namen der „Kapitalnutzung" versieht. Im Produktwert muß daher etwas für den Wert dieser Kapitalnutzung übrig bleiben, d. h. es kann den übrigen Kostengütern Arbeit, Boden und Beschaffungsgut der volle Wert des Produktes nicht zugerechnet werden. Es bedarf keiner näheren Ausführung, daß diese Erklärung des Profits nur eine Scheinlösung enthält.

Immerhin finden sich in diesem Lösungsversuch einzelne Gedanken, welche zur Grundlage einer Profittheorie dienen könnten. So insbesondere der Hinweis auf die zeitliche Bindung von Gütern in der Produktion. Weit unglücklicher ist der Erklärungsversuch von Wiesers, welchem vom Standpunkt der Subjektivisten aus betrachtet das Verdienst zukommt, die Zurechnungslehre bis ins Detail ausgebaut zu haben. Das „Kapital" wird von ihm mit den „Beschaffungsgütern" identifiziert und ist in diesem Sinne betrachtet ein Förderer der Produktivität. Ein solches Verdienst muß belohnt werden. So gut wie der Arbeit und dem Boden gebührt auch dem Kapital ein Anteil am „Reinertrag" der Produktion, ist ihm ein solcher Anteil zuzurechnen. Der Trugschluß liegt auf der Hand. Er beruht auf einer quaternio terminorum mit dem Begriff „Reinertrag". Weder der Preis der Arbeit noch der des Bodens sind in dem Sinne „Reinertrag", wie es der Profit ist. Sie sind Reinertrag nur vom Standpunkte dessen, der sie als Einkommen bezieht. Vom Standpunkt der Wirtschaftsgesellschaft aus betrachtet sind sie Kostenaufwand, ebensogut wie der Wert der in der Produktion verbrauchten Beschaffungsgüter. Der Profit jedoch erscheint prima vista als unerklärter Überschuß über den Produktionskostenaufwand, und es ist gerade das zu lösende Problem, wieso ein solcher „Überschuß" vorhanden ist.

So gelangt denn Mengers hervorragendster Schüler, Böhm-Bawerk zu der Erkenntnis, daß sich das Profitproblem mittels der Zurechnungstheorie nicht lösen lasse. Er versucht die Lösung daher

auf einem anderen Wege. Er erblickt die Ursache des Profits darin, daß man allgemein gegenwärtige Güter subjektiv höher schätze, ihnen einen höheren Wert beilege, als zukünftigen Gütern der gleichen Art und Zahl. Da aber diese subjektive Höherbewertung der Gegenwartsgüter eine allgemeine Erscheinung sei, so sei auch ihr objektiver Tauschwert ein höherer als der der Zukunftsgüter, und die Differenz sei der Profit. Hundert gegenwärtige Güter seien beispielsweise hundertfünf in einem Jahre lieferbaren Gütern gleicher Art objektiv äquivalent. Nach Böhm ist mithin der Profit ein Teiläquivalent, auf welches derjenige Anspruch hat, der Gegenwartsgüter feilbietet, um dafür Zukunftsgüter einzutauschen.

Die Böhmsche Theorie darf für sich in Anspruch nehmen, daß sie neben der Marxschen Variante der Ausbeutungstheorie denjenigen Lösungsversuch des Profitproblems darstellt, der den größten Einfluß auf die Nachkommenden ausgeübt hat. Sie erfreut sich auch heute noch weitverbreiteter Anerkennung und zwar merkwürdigerweise in höherem Maße in der ausländischen, als in der deutschen Literatur. Dieser Erfolg ist nicht unverdient. Denn die Böhmsche Theorie hat vor einer Reihe anderer Versuche drei Vorzüge: Sie erblickt im Profit ein Preiselement (im Gegensatz zur Marxschen Theorie, bei der wie gezeigt, der „Mehrwert" als Preiselement vollständig in der Luft schwebt); sie begnügt sich bei der Erörterung des Problems, für was der Profit als Preis gezahlt wird, nicht mit kurzen Schlagworten, wie „Nutzung" oder „Abstinenz", sondern sie widmet den dieses Preiselement begründenden Tatsachen eine minutiöse Untersuchung, sucht insbesondere für die Höhe des Profits nach exakten Bestimmungsgründen; sie hat endlich mit einer Schärfe, wie sie die vorausgehende Theorie nicht kannte, die Bedeutung des Zeitmomentes für Wesen und Entstehung des Profits herausgearbeitet und damit eine überaus wertvolle Vorarbeit für alle Nachfolgenden geleistet. Dennoch vermag auch die Böhmsche Theorie eine zureichende Erklärung des Profits nicht zu geben. Schon um der soeben hervorgehobenen Verdienste dieser Lehre willen erscheint es angezeigt, diese Behauptung etwas eingehender zu begründen.

Wir wollen dabei ganz davon absehen, daß die Theorie schon deshalb a limine abzulehnen ist, weil ihre grundlegende Prämisse nicht zutrifft. Jene subjektive Minderschätzung zukünftiger Güter existiert zwar sicherlich, aber längst nicht in der Allgemeinheit wie Böhm dies behauptet. Er operiert mit der Psychologie des sorglosen Verschwenders, nicht mit der des wirtschaftlich denkenden

und handelnden d. h. für Gegenwart und Zukunft in gleicher Weise vorsorgenden Menschen. Aber auch, wenn wir seine Prämisse als richtig unterstellen, folgt daraus nicht das, was Böhm folgern zu können glaubt.

Es ist unrichtig, daß die subjektive Minderschätzung zukünftiger Güter eine objektive Wertäquivalenz zwischen einer geringeren Menge gegenwärtiger Gütereinheiten und einer größeren Quantität zukünftiger Gütereinheiten zufolge hat. Am klarsten ergibt sich das beim abgeleiteten Profit, dem Leihzins. Böhm spricht an mehreren Stellen seines Werkes seine Verwunderung darüber aus, daß keinem seiner Vorgänger der Gedanke gekommen sei, daß beispielsweise 105 M., rückzahlbar nach einem Jahre nichts anderes seien als das objektive Wertäquivalent einer in der Gegenwart als Darlehen gegebene Summe von 100 M. Zu dieser Verwunderung liegt durchaus kein Grund vor; denn ist das Jahr abgelaufen, so sind jene 105 M., welche der Gläubiger zurückerhält, sofern der Wert des Geldes stabil geblieben ist, keineswegs das objektive Wertäquivalent der dargeliehenen 100 M., sondern sie sind dieser Geldsumme an Wert, d. h. an Kaufkraft überlegen. Gewiß sind jene 105 M. im Ablauf des Jahres zu Gegenwartsgütern geworden und infolgedessen in den Gegenwartswert hineingewachsen. Im Verlauf der Zeit ist ein Mehrwert entstanden. Warum aber, so müssen wir fragen, kommt dieser Mehrwert von 5 M. dem Gläubiger des Darlehns zugute? Es ist ja nicht nur die gesamte Geldsumme, sondern es ist jede einzelne Geldeinheit im Verlauf des Jahres an subjektivem Wert gestiegen. Mit dem gleichen Rechte, mit welchem Böhm sagt, ich schätze 100 gegenwärtige Mark gleich 105 M., die ich nach einem Jahre zurückerwarte, könnte er auch sagen, ich schätze 105 M., auf deren Erhalt nach einem Jahre ich am Jahresbeginn hoffe, gleich 100 M. in dem Augenblicke, in dem sie leibhaftig vor mir liegen, nachdem das Jahr abgelaufen ist. Das mag paradox klingen für denjenigen, der von der Existenz des erst zu erklärenden Zinses nicht zu abstrahieren vermag; es ist aber durchaus nicht paradox. Sieht man einmal von der Existenz des Zinses ab, dann ist es sehr wohl vorstellbar, daß jemand, der ein Jahr zuvor an 105 M. denkt, die er nach Ablauf des Jahres erhalten soll, sehr glücklich und zufrieden ist, wenn ihm am Jahresende leibhaftig 100 M. übergeben werden; ja noch mehr: daß dem so sein müßte, würde sich als notwendige Konsequenz aus der Böhmschen Prämisse selbst ergeben. Man wende nicht ein, der Darlehnsschuldner habe auf Grund seiner subjektiven Bewertung dem Gläubiger gegen

sofortigen Erhalt von 100 M. die Rückgabe von 105 M. nach einem Jahre versprochen. Denn in der Frage, ob irgendein Darlehnsschuldner auf Grund seiner subjektiven Empfindungen und in Erkenntnis der tatsächlichen soeben geschilderten Zusammenhänge sich zu einem solchen Versprechen veranlaßt sehen wird, steckt gerade das Zinsproblem.

Ganz sicher hat sich Böhm-Bawerk bei seiner Erklärung des Leihzinses offenbar nicht gefühlt. Denn er sieht sich genötigt, eine Hilfserklärung heranzuziehen: Infolge der größeren Dringlichkeit des Bedarfs nach Gegenwartsgütern ist die Nachfrage stets derart zugunsten dieser Güter, daß ihnen ein ständiger Vorrang im Tauschverkehr gesichert bleibt. Was aber bedeutet das? Doch nichts anderes, als daß die Anbieter der Gegenwartsgüter sich gegenüber denen, welche solche nachfragen und im Austausch Zukunftsgüter anbieten, in einer Monopolstellung befinden. Denn wäre es anders, dann müßte jedes, auch das geringste Agio auf Gegenwartsgüter die Produktion derselben so lange steigern und die Nachfrage nach ihnen so lange herabsetzen, andererseits das Angebot von Zukunftsgütern solange herabsetzen und die Nachfrage nach ihnen solange steigern, bis Gegenwarts- und Zukunftsgüter im Werte gleich wären, d. h. bis das Agio und damit der Zins auf Null herabgegangen wären. Mit anderen Worten: Die angebliche Agiotheorie Böhm-Bawerks läuft auf nichts anderes hinaus, als daß die glücklichen Anbieter von Gegenwartsgütern auf Grund der Beschränktheit ihres Angebots in der Lage sind, über die Produktionskosten hinaus einen Zuschlag auf den Preis, mithin einen Monopolgewinn, zu erheben, den die Anbieter von Zukunftsgütern zu tragen gezwungen sind. In dieser Gestalt aber ist die Lehre Böhm-Bawerks lediglich eine neue Variante der Ausbeutungstheorie.

Sollte etwa ein Anhänger Böhm-Bawerks einwenden, derjenige, welcher das Darlehn gegeben habe, habe einen Anspruch auf Entschädigung für den Entgang des zwischenzeitlichen Genusses der dargeliehenen Geld- oder Gütermenge, so ist darauf zu erwidern: einmal, daß ein Anspruch auf eine derartige Entschädigung keineswegs ohne weiteres selbstverständlich ist, dann aber, daß damit ein neues Moment in die Zinserklärung hineingetragen wird, das Moment der „Enthaltung" oder „Abstinenz".

Der Leihzins ist nun zweifelsohne ein abgeleitetes Einkommen. Er ist in seiner Höhe abhängig von der Höhe des Kapitalprofits in der Produktion. Diesen Profit erklärt Böhm-Bawerk wie folgt: Er identifiziert das Kapital im „volkswirtschaftlichen Sinne" mit dem

Beschaffungsgut, den produzierten Produktionsmitteln. Diese sind indessen keine originären Produktivgüter, sondern nur „Zwischenprodukte", die ihrerseits wieder auf die originären Produktivkräfte „Arbeit" und „Boden" zurückzuführen sind. Mit Hilfe dieser Zwischenprodukte ist ein höherer physischer Ertrag erzielbar, als er ohne dieselben möglich wäre. Aber dieser Vorteil muß erkauft werden mit einem Opfer an Zeit, er postuliert die Einschlagung eines „klug gewählten" Produktionsumweges, der mit fortschreitender Wirtschaft ständig größer werden muß. Das endgültige Produkt erscheint, vom Standpunkt des Produktionsbeginnes aus betrachtet, als Zukunftsgut und muß dementsprechend in der Gegenwart geringer geschätzt werden, als sein zukünftiger Wert betragen wird. Stellt man sich aber auf den Standpunkt der vollendeten Produktion, so können die Zwischenprodukte und letzten Endes die originären Produktivgüter, Arbeit und Boden, als Güter im Werdezustand und das heißt als Zukunftsgüter betrachtet werden, und es muß daher ihr Wert geringer sein, als der des vollendeten Produktes. Von beiden Standpunkten aus können die Anbieter der originären Produktivkräfte nicht den vollen Wert des Produkts erhalten. Zwischen diesem und ihrer Vergütung muß eine Differenz vorhanden sein, verursacht durch den Zeitablauf, und die Differenz ist der Profit.

Demgegenüber erhebt sich die Frage: Wenn wirklich nur Arbeit und Boden originäre Produktivkräfte sind, wenn somit das Endprodukt nur Erzeugnis der Arbeit und des Bodens ist, warum wird ihnen dann die Wertdifferenz nicht nachträglich nach Vollendung der Produktion in der Weise zugerechnet, daß ihre Anbieter zwar während des Produktionsprozesses zunächst gewissermaßen à conto nur den gegenwärtigen Wert ihres zukünftigen Produktes erhalten, nach Ablauf der Produktion aber, nachdem die „Wertschwellung" erfolgt ist, ihnen auch der Rest des Produktwertes zukommt. Wäre dies der Fall, dann könnte es nur Arbeitslohn und Grundrente geben, ein Profit als besonderer Einkommenzweig würde nicht existieren, und damit wäre die Existenz einer besonderen, von diesem Profit lebenden Kapitalistenklasse ausgeschlossen[1]). Was den Boden anlangt, so ist die Erklärung einfach[2]). Der Boden als solcher ist, wie wir sehen werden, im Überfluß vorhanden und daher wertlos. Wo

[1]) Es handelt sich hier nicht um die Frage, warum die Kapitalisten den bestehenden Profit beziehen, sondern warum ein Profit als selbständiger von Arbeitslohn und Grundrente geschiedener Einkommenszweig überhaupt vorhanden ist.

[2]) Die allerdings Böhm selbst nicht gibt.

INTENTIONAL SECOND EXPOSURE

sofortigen Erhalt von 100 M. die Rückgabe von 105 M. nach einem Jahre versprochen. Denn in der Frage, ob irgendein Darlehnsschuldner auf Grund seiner subjektiven Empfindungen und in Erkenntnis der tatsächlichen soeben geschilderten Zusammenhänge sich zu einem solchen Versprechen veranlaßt sehen wird, steckt gerade das Zinsproblem.

Ganz sicher hat sich Böhm-Bawerk bei seiner Erklärung des Leihzinses offenbar nicht gefühlt. Denn er sieht sich genötigt, eine Hilfserklärung heranzuziehen: Infolge der größeren Dringlichkeit des Bedarfs nach Gegenwartsgütern ist die Nachfrage stets derart zugunsten dieser Güter, daß ihnen ein ständiger Vorrang im Tauschverkehr gesichert bleibt. Was aber bedeutet das? Doch nichts anderes, als daß die Anbieter der Gegenwartsgüter sich gegenüber denen, welche solche nachfragen und im Austausch Zukunftsgüter anbieten, in einer Monopolstellung befinden. Denn wäre es anders, dann müßte jedes, auch das geringste Agio auf Gegenwartsgüter die Produktion derselben so lange steigern und die Nachfrage nach ihnen so lange herabsetzen, andererseits das Angebot von Zukunftsgütern solange herabsetzen und die Nachfrage nach ihnen solange steigern, bis Gegenwarts- und Zukunftsgüter im Werte gleich wären, d. h. bis das Agio und damit der Zins auf Null herabgegangen wären. Mit anderen Worten: Die angebliche Agiotheorie Böhm-Bawerks läuft auf nichts anderes hinaus, als daß die glücklichen Anbieter von Gegenwartsgütern auf Grund der Beschränktheit ihres Angebots in der Lage sind, über die Produktionskosten hinaus einen Zuschlag auf den Preis, mithin einen Monopolgewinn, zu erheben, den die Anbieter von Zukunftsgütern zu tragen gezwungen sind. In dieser Gestalt aber ist die Lehre Böhm-Bawerks lediglich eine neue Variante der Ausbeutungstheorie.

Sollte etwa ein Anhänger Böhm-Bawerks einwenden, derjenige, welcher das Darlehn gegeben habe, habe einen Anspruch auf Entschädigung für den Entgang des zwischenzeitlichen Genusses der dargeliehenen Geld- oder Gütermenge, so ist darauf zu erwidern: einmal, daß ein Anspruch auf eine derartige Entschädigung keineswegs ohne weiteres selbstverständlich ist, dann aber, daß damit ein neues Moment in die Zinserklärung hineingetragen wird, das Moment der „Enthaltung" oder „Abstinenz".

Der Leihzins ist nun zweifelsohne ein abgeleitetes Einkommen. Er ist in seiner Höhe abhängig von der Höhe des Kapitalprofits in der Produktion. Diesen Profit erklärt Böhm-Bawerk wie folgt: Er identifiziert das Kapital im „volkswirtschaftlichen Sinne" mit dem

Beschaffungsgut, den produzierten Produktionsmitteln. Diese sind indessen keine originären Produktivgüter, sondern nur „Zwischenprodukte", die ihrerseits wieder auf die originären Produktivkräfte „Arbeit" und „Boden" zurückzuführen sind. Mit Hilfe dieser Zwischenprodukte ist ein höherer physischer Ertrag erzielbar, als er ohne dieselben möglich wäre. Aber dieser Vorteil muß erkauft werden mit einem Opfer an Zeit, er postuliert die Einschlagung eines „klug gewählten" Produktionsumweges, der mit fortschreitender Wirtschaft ständig größer werden muß. Das endgültige Produkt erscheint, vom Standpunkt des Produktionsbeginnes aus betrachtet, als Zukunftsgut und muß dementsprechend in der Gegenwart geringer geschätzt werden, als sein zukünftiger Wert betragen wird. Stellt man sich aber auf den Standpunkt der vollendeten Produktion, so können die Zwischenprodukte und letzten Endes die originären Produktivgüter, Arbeit und Boden, als Güter im Werdezustand und das heißt als Zukunftsgüter betrachtet werden, und es muß daher ihr Wert geringer sein, als der des vollendeten Produktes. Von beiden Standpunkten aus können die Anbieter der originären Produktivkräfte nicht den vollen Wert des Produkts erhalten. Zwischen diesem und ihrer Vergütung muß eine Differenz vorhanden sein, verursacht durch den Zeitablauf, und die Differenz ist der Profit.

Demgegenüber erhebt sich die Frage: Wenn wirklich nur Arbeit und Boden originäre Produktivkräfte sind, wenn somit das Endprodukt nur Erzeugnis der Arbeit und des Bodens ist, warum wird ihnen dann die Wertdifferenz nicht nachträglich nach Vollendung der Produktion in der Weise zugerechnet, daß ihre Anbieter zwar während des Produktionsprozesses zunächst gewissermaßen à conto nur den gegenwärtigen Wert ihres zukünftigen Produktes erhalten, nach Ablauf der Produktion aber, nachdem die „Wertschwellung" erfolgt ist, ihnen auch der Rest des Produktwertes zukommt. Wäre dies der Fall, dann könnte es nur Arbeitslohn und Grundrente geben, ein Profit als besonderer Einkommenzweig würde nicht existieren, und damit wäre die Existenz einer besonderen, von diesem Profit lebenden Kapitalistenklasse ausgeschlossen[1]. Was den Boden anlangt, so ist die Erklärung einfach[2]. Der Boden als solcher ist, wie wir sehen werden, im Überfluß vorhanden und daher wertlos. Wo

[1]) Es handelt sich hier nicht um die Frage, warum die Kapitalisten den bestehenden Profit beziehen, sondern warum ein Profit als selbständiger von Arbeitslohn und Grundrente geschiedener Einkommenszweig überhaupt vorhanden ist.

[2]) Die allerdings Böhm selbst nicht gibt.

ein Bodenpreis vorhanden ist, da ist er stets nur Differentialeinkommen, beruhend auf besonderer Qualifikation des Bodens oder richtiger der Bodenkraft. Diese Differenzen der Qualifikation aber treten zum weitaus größten Teile erst als Folge der Umwegproduktion zutage. Der Anbieter qualifizierten Bodens erhält dann das volle ihm zukommende Differentialeinkommen, das gesamte der höheren Qualifikation der Bodenkraft zuzurechnende physische Mehrprodukt. Anders aber liegt die Sache für die Anbieter des Produktivgutes „Arbeit". Hinsichtlich ihrer hat Böhm keine andere Erklärung, als daß die Arbeiter Gegenwartsgüter dringend nötig haben, um leben zu können, daß sie „nicht warten können", während der Anbieter von Gegenwartsgütern, der Kapitalist, dazu in der Lage ist. Das heißt aber nichts anderes als: Der wahre Grund, warum der Arbeiter nicht den vollen Wert des nach Böhms eigener Prämisse der Arbeit zuzurechnenden Produktes erhält, ist nicht der Minderwert der Zukunftsgüter, sondern die Besitzlosigkeit des Arbeiters. Nur weil der Kapitalist im Besitze von Gegenwartsgütern ist, während der Arbeiter von solchen völlig entblößt ist, vermag der Kapitalist den im Verlaufe der Zeit entstehenden Mehrwert in seine Tasche zu stecken. Die Besitzverteilung ermöglicht es dem Kapitalisten, den „Arbeiter auszubeuten", ihm einen Teil des Wertes seines Produktes zu entziehen. Auch bei der Erklärung des Produktivprofites läuft somit die scheinbare Agiotheorie auf eine Ausbeutungstheorie hinaus [1]).

Fragen wir uns, wie Böhm zu seiner Zinserklärung gekommen ist, so erscheint die Antwort nicht schwierig. Böhm erkannte, daß der Mehrwert im Zeitverlauf sich bildet und zunimmt. So kam er auf den Gedanken, der Zeitablauf müsse den Mehrwert schaffen; denn darauf läuft ja seine Behauptung, gegenwärtige Güter seien im Vergleich zu künftigen Gütern höherwertig, hinaus. Dabei entging ihm aber eine erhebliche Tatsache, bzw. er legt ihr kein genügendes Gewicht bei. Wenn schon der Zeitablauf Mehrwert schaffen könnte, so könnte er doch niemals die technische Ursache des Mehrproduktes sein, in dem sich dieser Mehrwert, wenn der Kapitalist an ihm Interesse haben soll, realisieren muß. Es gibt freilich vereinzelte Fälle, in denen ausschließlich mit Hilfe der freien Kraft der

[1]) In seiner Polemik gegen Bernstein deutet Böhm-Bawerk einmal an, daß in der Schaffung und Erhaltung eines Güterstocks ein „Verdienst" des Kapitalisten liege. Vgl. Kapital usw. Bd. 1. 3. Aufl., S. 560: Aber diese Andeutung bleibt ohne Konsequenz für seine Theorie.

Natur im Verlaufe der Zeit ein Produkt höherer Qualität und damit ein Mehrwert entsteht. (Alte Bäume, lang lagernde Weine.) Auf diese Beispiele beruft sich Böhm für seine Theorie denn auch mit Vorliebe. Aber einmal stehen diesen seltenen Fällen andere gegenüber, in denen im Verlauf der Zeit gleichfalls durch das Walten der Natur ein Minderwert entsteht. Ferner kann in den weitaus meisten Fällen ein Mehrprodukt nur dann realisiert werden, wenn der Arbeiter über die zur Produktion seines Arbeitslohnes erforderliche Zeit hinaus arbeitet [1]). Dann ist nicht nur das Mehrprodukt, sondern auch der Mehrwert offensichtlich auf die Mehrarbeit zurückzuführen, da jede Mehrarbeit ein Kennzeichen dafür ist, daß das Produkt schwieriger zu erlangen, mit anderen Worten „seltener" ist. Naturgemäß aber kann der Mehrwert sein Dasein nicht gleichzeitig dem Zeitablauf und der Mehrarbeit verdanken.

So bietet denn weder die subjektivistische Zurechnungstheorie noch die subjektivistische Zwischenerklärung Böhm-Bawerks eine ausreichende Lösung des Profitproblems. Den Nachfolgern Böhm-Bawerks blieben zwei Wege offen. Wollte man die Brücke zur objektiven Kostenlehre, die mit der Lehre von der Zurechnung gegeben war, bestehen lassen, so ergab sich mit Notwendigkeit die Konsequenz, daß ein Einkommensbestandteil, der sich im Wege der Zurechnung nicht erklären ließ, im Gleichgewichtszustande der Wirtschaftsgesellschaft, in der „Statik" nicht vorhanden sein konnte. Diese Folgerung hat Schumpeter mit seiner Zinstheorie gezogen. Ihm ist der Profit ein nur in der „Dynamik" vorkommendes Friktionseinkommen, ein Abzug vom Konjunkturgewinn der Unternehmer, welchen diese als Preis des Leihgeldes den Banken zu zahlen haben. Es ist an diesem Orte unmöglich, ausführlicher auf diese höchst geistvolle und interessante Theorie einzugehen. Wollten wir das, so müßten wir die schwierigsten Probleme des Geld- und Bankwesens aufrollen. Aber es bedarf dessen auch nicht. Gelingt es zwanglos nachzuweisen, daß der Profit auch in der Statik vorkommen muß, so ist diese Theorie ohne weiteres widerlegt.

Es bot sich indessen scheinbar noch ein zweiter Weg zu einer subjektivistischen Erklärung des Profits. Versagte die Zurechnungstheorie, war mithin der Wert des Profits aus dem Grenznutzen eines Produktivgutes nicht erklärbar, so lag denen, welche die wahre Ur-

[1]) Nicht etwa allein schon infolge der technischen Mehrproduktivität des volkswirtschaftlichen Kapitals, da eine solche zu einer Verkürzung der Arbeitszeit ausgenutzt werden kann. Siehe dazu S. 92 u. 93.

sache des Wertes in Vorgängen der menschlichen Seele zu finden glaubten, nichts näher, als die Zurechnungstheorie zu verwerfen und damit die letzte Brücke zum Kostenprinzip und zum Prinzip des Austausches von Äquivalenten abzubrechen. Der Schluß schien sehr einfach. Ist wirklich der Gebrauchswert, der subjektive Nutzen eines Gutes, der einzig wahre Wert, dann findet ja ein Tausch von Äquivalenten überhaupt nicht statt. Denn dann hat ja jede der Tauschparteien infolge des Austausches einen Sondervorteil, jede mißt dem Gut, welches sie erwirbt, einen höheren Wert bei, als demjenigen, welches sie hingibt. Von da aus war es nicht weit zu der Schlußfolgerung, daß auch der Profit nichts anderes ist als der Ausdruck eines solchen Sondervorteils, eines Gewinnes an subjektivem Nutzen. Er tritt überall da in die Erscheinung, wo man eine Geldsumme hingibt, um eine Geldsumme dafür zurückzuerhalten, und objektiviert sich dann in einem Plus an Geldmenge. Eben um dieses Profits willen gibt man Gelddarlehen und investiert Geldsummen in der Produktion, der Profit ist der Ausgangspunkt des Tausches, die Ursache warum getauscht wird. In dieser Grundauffassung treffen sich die hypersubjektivistischen Profittheorien von Sax und Liefmann, die in Einzelheiten wiederum recht verschieden sind. Beide aber erblicken im Profit einen subjektiven Tausch- und Wohlfahrtsgewinn dessen, der ihn erzielt.

Die Tatsache, daß diese Lehren in unserer Zeit nicht nur möglich sind sondern sich einer gewissen Anhängerschaft erfreuen, scheint mir für die Theorie der Gesellschaftswirtschaft ein ernstes Warnungssignal zu sein. Sie zeigt uns, daß der Subjektivismus die Wirtschaftstheorie auf den Weg des schwersten Verfalls geführt hat, und daß es die höchste Zeit für dieselbe ist, auf diesem Wege umzukehren.

Schon die Prämisse dieser Hypersubjektivisten, daß in Wahrheit der Tausch kein Austausch von Äquivalenten sei, beruht auf einem schweren Trugschluß. Es ist selbstverständlich, daß, wenn zwei Wirtschaftssubjekte in Austausch miteinander treten, jeder von ihnen es nur deshalb tut, weil er das nachgefragte Gut subjektiv höher schätzt als dasjenige Gut, welches er zum Austausch anbietet. Wäre es anders, so würde jedes Motiv zum Tauschen fehlen, und ein Tausch daher nicht zustande kommen. Damit aber ist selbstverständlich das eigentliche Tauschproblem nicht gelöst. Dieses gipfelt in der Frage, warum sich gegebene Gütermengen in einer ganz bestimmten Proportion austauschen. Und wenn ein solcher Austausch stattfindet, so muß den Austauschobjekten irgend etwas quantitativ

Erfaßbares gemeinschaftlich sein, das ihnen in bestimmten Proportionen anhaftet. Dieses Gemeinsame aber kann unmöglich der subjektive Gebrauchswert sein; denn dieser ist ja einmal gerade verschieden und sodann quantitativ nicht erfaßbar. Von dieser Tatsache muß jede ökonomische Theorie ausgehen, wenn sie ihrem Ziele näher kommen will.

Aber damit nicht genug! Die Aufgabe ist, den Kapitalprofit, an dessen Vorhandensein niemand zweifelt, zu erklären. Und was antwortet uns die hypersubjektivistische Theorie? Nichts anderes, als daß jeder Unternehmer nur produziert, um des Profits willen, und daß zinsloser Kredit zwar hier und da aus persönlichem Wohlwollen oder aus gutherziger Charakterveranlagung gewährt wird, aber niemals aus Motiven, die mit wirtschaftlichen Erwägungen irgend etwas zu tun haben. Das aber sind schlechthin die Tatsachen der Erfahrung, die uns als Ausgangspunkt unserer Untersuchung gegeben sind, mit anderen Worten das Phänomen, das der Erklärung bedarf. Um das zu erfahren, dafür brauchte sich unsere Wissenschaft nicht nunmehr bereits über anderthalb Jahrhunderte mit diesem Problem abzuquälen. Und endlich! Indem die Hypersubjektivisten den gesamten tauschwirtschaftlichen Mechanismus aus psychischen Erwägungen der Einzelindividuen zu erklären versuchten, verloren sie das Zentralproblem der Gesellschaftswirtschaft, das Problem des einer Wirtschaftsgesellschaft quantitativ zur Verfügung stehenden Güterangebots vollkommen aus den Augen. Sahen schon die früheren Subjektivisten vor lauter Bäumen kaum mehr den Wald, so stellten jene Hypersubjektivisten das Vorhandensein eines Waldes als interessierendes Erkenntnisobjektes überhaupt in Abrede, für sie haben nur noch die einzelnen Bäume Interesse.

Kein Wunder, daß sich nach solchen Ergebnissen der subjektiven Wertlehre in steigendem Maße die Erkenntnis Bahn bricht, daß für die ökonomische Theorie die Parole lauten muß: ritornar al segno, Rückkehr zur objektiven Wertlehre. Indessen waren, wie wir wissen, die nachklassischen Versuche, mittels dieser Theorie den Profit befriedigend zu erklären, gleichfalls nicht geglückt. Von den beiden uns bereits bekannten objektivistischen Alternativerklärungen schien die Produktionskostentheorie um so mehr erledigt zu sein, als sie sich mit gewissen an Macht und Intensität zunehmenden ethischen und politischen Strömungen scheinbar nicht in Einklang befand. Man machte ihr ebenso wie den subjektiven Profittheorien den Vorwurf, daß es ihr weniger darauf ankomme, den Profit voraussetzungs-

los zu erklären, als den Bezug des Profits durch einzelne Wirtschaftssubjekte zu rechtfertigen.

Günstiger stand es um die andere Alternative, die Ausbeutungstheorie. Die Marxsche Lehre, das einzige in sich geschlossene System, über welches diese Theorie bisher verfügte, war für einen erheblichen Teil der Arbeiterklasse zu einer Art Dogma geworden und fand, wie jedes Dogma, seine Kirchenväter. Dem unvoreingenommenen Theoretiker aber konnten die schweren Gebrechen auch dieser Lehre, welche es in überaus kunstvoller Weise versucht hatte, den Profit aus der Ausbeutung der Arbeiter zu erklären ohne daß dadurch das Äquivalententauschprinzip verletzt wurde, unmöglich entgehen.

Es blieb nur noch ein Weg übrig. War einerseits der Profit mit dem Äquivalententausch nicht vereinbar, und mußte andererseits dieses Prinzip doch aufrechterhalten werden, so gab es keine andere Erklärungsmöglichkeit mehr als die: Der Profit verdankt seine Entstehung als gesonderten Einkommenszweig der Verletzung des Äquivalententausches auf einem Teilmarkte, während auf den übrigen Teilmärkten Äquivalente gegeneinander ausgetauscht werden. Dieser Teilmarkt kann dann nur der Arbeitsmarkt sein, da auf dem Märkte der Sachgüter dem Prinzip nach wenigstens und in der weitaus großen Mehrzahl der Fälle eine Verletzung des Äquivalententauschprinzips offenkundig nicht stattfindet. Daraus ergibt sich der Schluß: Der Profit ergibt sich als Folge der Ausbeutung des Arbeiters auf dem Markte; der Arbeiter erhält bei Verkauf seiner „Arbeit" nicht den vollen natürlichen Preis für dieses von ihm angebotene Produktivgut. Der Kapitalist steckt einen Teil des natürlichen Arbeitslohnes als „Mehrwert" oder „Profit" in die Tasche.

Ein Bedenken war noch zu überwinden. Der Profit ist eine derart allgemeine Erscheinung und der Teilmarkt der Arbeit von solcher Bedeutung und Ausdehnung, daß, wenn auf diesem Markte das Prinzip des Äquivalententausches verletzt wird, dieses Prinzip als Regulator des Tauschmechanismus vollkommen ins Wanken gerät. Dadurch aber erscheint die Möglichkeit zu Gesetzen des Tauschverkehrs und damit zu Gesetzen der Ökonomik überhaupt zu gelangen, in Frage gestellt. Dieses Bedenken war wohl der Grund, warum Marx diese an sich verhältnismäßig einfache Lösung verschmähte. Der Widerspruch ist nur auf eine Weise lösbar: Die Ursache, daß im Gegensatze zu allen anderen Teilmärkten auf dem Arbeitsmarkte Nichtäquivalente getauscht werden, liegt nicht an rein ökonomischen Faktoren, sondern sie ist die Folge einer außerökonomischen Störung, welche im Verlaute der historischen Entwicklung eingetreten ist, und deren Nachwirkungen heutigentages noch nicht überwunden sind, so daß sie im Organismus der Wirtschaft als Fremdkörper haftet. Diese Störung beruhte ursprünglich auf Gewalt, Raub und Unterjochung.

Im Grunde war diese Lösung Gemeingut des gesamten vorwissenschaftlichen oder utopistischen Sozialismus gewesen. Sie wurde aber auch Bestandteil ökonomisch-theoretischer Systeme, so insbesondere der Lehren von Rodbertus und Dühring. Aber sie wirkt in diesen Systemen als störender Fremdkörper. Denn die ökonomische Theorie, deren Erkenntnisobjekt die arbeitsteilig organisierte Tauschwirtschaft ist, hat es ausschließlich mit dem Markte zu tun. Gewalt, Raub und Unterjochung sind aber keine Marktkategorien. Gelingt es nicht, sie in Marktkategorien aufzulösen, d. h. nachzuweisen, daß sie zwangsläufig das quantitative Angebot bestimmter Güter beeinflussen, dann ist dieser ganze Lösungsversuch verfehlt.

Der Gelehrte, der in unserer Zeit den notwendigen Versuch gemacht hat, die historischen oder politischen Kategorien der Gewalt und der Unterjochung in ökonomische Kategorien aufzulösen, ist Franz Oppenheimer. Zunächst hat er die außerökonomische Störung, die die notwendige historische und logische Voraussetzung einer Ausbeutung der Arbeiter auf dem Markte bildet, genau definiert. Es ist nach ihm die „Sperrung" des an sich freien im Überfluß vorhandenen Produktivgutes „Boden", welche heute noch im Großgrundeigentum fortwirkt. Er hat ferner diese auf purer Gewalt beruhende „Sperrung" in eine ökonomische Kategorie eingeordnet, in die Kategorie des Monopols.

Der Oppenheimersche Versuch ist der einzige Ausweg, der, wenn man die Marxsche Profiterklärung verwirft, für die Ausbeutungstheorie noch übrig bleibt. Stellt es sich heraus, daß er restlos gelungen ist, dann kann an der Richtigkeit der Ausbeutungstheorie nicht mehr gezweifelt werden. Es wird deshalb jede Theorie des Profits sich mit dieser Lehre auseinanderzusetzen haben.

Sollte aber auch diese Theorie sich nicht als zulänglich erweisen, dann bleibt nur noch eine Möglichkeit: Auf die kurzen Andeutungen der Klassiker zurückzugehen und zu untersuchen, ob uns dieselben nicht doch weiterzuführen vermögen, wofern man sich bemüht, sie richtig zu verstehen und dasjenige hinzuzuergänzen, was sie näher auszuführen unterlassen haben.

II. Kapitel.

Die Lehre Franz Oppenheimers [1]).

I.

Oppenheimer geht aus von einem ordre naturel, der von ihm sogenannten „reinen Ökonomie". Es ist dies eine Wirtschaftsgesellschaft, in der jeder, „der sich an einer Produktion beteiligen will, dies auch kann und darf". Nur da, wo diese Voraussetzung erfüllt ist, herrscht „freie Konkurrenz", und da es im bisherigen Verlauf der Geschichte stets eine Gesellschaftsklasse gegeben hat, die infolge ihrer Besitzlosigkeit von der selbständigen Produktion auf eigene Rechnung ausgeschlossen war, so hat es in Wirklichkeit noch niemals freie Konkurrenz gegeben. Wo aber solche herrscht, da erhält zunächst einmal jeder selbständige Arbeiter den vollen Wert seines Produktes, und sein Reineinkommen ist dementsprechend gleich dem „Gewinn", den er nach Abzug des Wertes seiner Selbstkosten aus dem Produktionserlös erzielt. Dieses Reineinkommen ist gleich dem Werte seiner „Arbeit". In der Statik läßt sich dies Einkommen in seiner Höhe exakt feststellen als ein gegebenes Quantum von Gebrauchswerten. Denn die freie Konkurrenz tendiert in der „reinen Ökonomie" dahin, sämtliche Einkommen auszugleichen, soweit sie dazu imstande ist, d. h. soweit einer völligen Ausgleichung nicht Unterschiede in der persönlichen Qualifikation der Arbeiter oder in der sachlichen Qualifikation der in der Produktion verwandten Sachgüter im Wege stehen. Ist aber das Einkommen des selbständigen Arbeiters exakt bestimmt, so wird sich auch derjenige, welcher unselbständig Dienste leistet, nicht mit einem geringeren Einkommen begnügen. Der tieferliegende Grund dafür, daß die freie Konkurrenz diesen Effekt hat, ist der, daß gleiche Arbeitszeit gleicher Qualifikation gleichen Wert schafft. Die Arbeitszeit ist die Substanz des „autogenen" Wertes, d. h. des Wertes der Güter und Dienste (im Gegensatz zum „abgeleiteten" Wert der „Machtpositionen"). Aber sie schafft nicht nur diesen Wert, ist nicht nur Wertsubstanz, sondern selbst ein Ding von Wert.

Da, wo die freie Konkurrenz in ihrer Wirksamkeit gehemmt ist, vermag freilich die Ausgleichung des Einkommens nicht einzutreten. Der höher qualifizierte Arbeiter wird stets ein höheres Einkommen beziehen, als der Arbeiter von nur durchschnittlicher Qualifikation, denn seine Arbeit ist wertvoller und schafft höheren Wert. Der Produktwert kann daher nicht ausschließlich durch die zur Herstellung des Produktes erforderliche Arbeitszeit bestimmt werden, bzw. sie wird es nur dort, wo durchschnittlich qualifizierte Arbeit ins Spiel kommt. Als allgemeine Wertregel der „reinen Ökonomie" gilt, daß der Wert des Produktes gleich ist dem Werte der direkt oder indirekt auf dasselbe verwandten Arbeit. Es herrscht die „Arbeitswerttheorie des Warenwertes".

Dieser Zustand der vollkommen freien Konkurrenz hat aber, wie bereits hervorgehoben, niemals außer allenfalls in den allerprimitivsten Zeiten bestanden. Jede heute bestehende Wirtschaftsgesellschaft ist schon in ihren Ursprüngen nicht durch das „ökonomische", sondern durch das „politische" Mittel organisiert worden. Sie ist das Ergebnis des Kampfes von Menschengruppen, von denen die stärkeren die schwächeren unterjocht und sich dienstbar gemacht haben. Das Mittel dauernder Unterjochung bestand darin, daß die stärkere Gruppe als „Oberklasse" den gesamten Grund und Boden in Besitz nahm und die Unterlegenen zwang, als Unterklasse für sie zu arbeiten. Die Folgen dieser Spaltung in eine Ober- und Unterklasse wirken noch bis in die Gegenwart hinein nach. Zwar gibt es heute keine persönliche Unfreiheit mehr; auch der Besitzlose ist frei und nicht mehr an die Scholle gebunden. Er kann dahin gehen, wo er Beschäftigung findet. Aber noch besteht auch heute die Sperrung des Bodens. Auch heute noch befindet sich der gesamte Grund und Boden auf der bewohnten Erde, soweit er „wirtschaftlich" verfügbar ist, d. h. soweit seine Produkte einen Markt haben, im Eigentum eines relativ kleinen Teils der Wirtschaftssubjekte und zwar, obgleich er auch in der Gegenwart noch im Verhältnis zum Bedarf nach ihm im Überfluß vorhanden, ein „freies Gut" sein könnte.

Diese Fortwirkung ursprünglicher Gewalt bis in die Gegenwart hat wichtige Konsequenzen für die Lage auf dem Markte der Güter und Dienste in der arbeitsteiligen Tauschgesellschaft. Die große Mehrzahl der Menschen ist vom Bodenbesitz ausgeschlossen, hat aber ein äußerst dringliches Bedürfnis nach Boden. Die Urproduzenten bedürfen seiner notwendig als Produktionsmittel, die übrigen als Stand- oder Wohnort. Demgegenüber sind die Bodenbesitzer gerade infolge ihres Bodenbesitzes mit allem, was sie dringend brauchen, reichlich versehen und haben infolgedessen nicht entfernt

[1]) Theoretische Hauptwerke: Theorie der reinen und pol. Ökonomie, Berlin 1910. Wert und Kapitalprofit, Jena 1916, letzteres das im wesentlichen abschließende Werk.

ein gleich starkes Bedürfnis, den Boden selbst oder die „Nutzung" desselben abzutreten. Es besteht mithin auf der einen Seite ein weit dringlicheres Bedürfnis des Austausches als auf der anderen; es ist einseitige Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses auf seiten der den Boden Begehrenden vorhanden. Wo aber eine solche vorhanden ist, da besteht ein „Monopol". Es ist in diesem Falle das Monopol des Bodenbesitzers am Boden, das „Bodenmonopol".

Die Folgen sind nicht schwer zu erraten. Die landlosen Urproduzenten sind zunächst genötigt, um Zugang zum Boden zu erhalten, dem Bodenbesitzer einen Teil des Ertrages ihrer Produktion abzutreten, ihm einen „Monopoltribut" zu leisten. Die landlosen Selbständigen, diejenigen also, welche wenigstens Besitzer beweglicher Produktionswerkzeuge oder Rohstoffe sind, leisten diesen Tribut in Form der Pacht. Die Unselbständigen aber, welche nicht einmal bewegliche sachliche Produktionsmittel besitzen, müssen sich einen Abzug von dem „statischen Preise" ihrer Arbeit gefallen lassen, sofern sie Zugang zum Boden erlangen wollen. Der Bodenbesitzer erzielt auf Kosten der Arbeiter einen Monopolgewinn, und zwar fließt derselbe jedem Bodenbesitzer zu, auch dem Besitzer des schlechtesten, noch angebauten landwirtschaftlichen Bodens, des „Grenzbodens". Dieser Monopolgewinn ist der „Profit", der scharf geschieden werden muß von der „Grundrente", welche nichts anderes ist, als ein Differentialgewinn, den die Eigentümer solcher Böden erlangen, welche durch größere Fruchtbarkeit oder nähere Lage zum Markte begünstigt sind.

Nun ist aber der Boden das einzige Produktivgut, an dem ein Monopol besteht. Im Gegensatz zu den Anbietern von Boden stehen sowohl die Anbieter von Produktionswerkzeugen und Rohstoffen als auch diejenigen von „Arbeit" im Verhältnis der freien Konkurrenz zueinander. Die notwendige Folge davon ist, daß einmal auch die nichtlandwirtschaftlichen Arbeiter auf den Lohnsatz der Landarbeiter herabgedrückt werden müssen, während auf der anderen Seite infolge der Konkurrenz der Besitzer von Produktionswerkzeugen und Rohstoffen, der „Kapitalisten" auch diejenigen unter ihnen, welche nicht Landwirtschaft treiben, den Profit in gleicher relativen Höhe, d. h. in gleichem Verhältnis zu dem Werte ihrer „Kapitalien" einstreichen, wie die Anbieter des landwirtschaftlichen Grenzbodens.

Es ist freilich nur in gewissem Sinne richtig, diesen Monopoltribut als „Kapitalprofit" zu bezeichnen. Es ist nämlich dann unrichtig, wenn man unter „Kapital" das sogenannte „volkswirtschaftliche Kapital", die produzierten Produktionsmittel, oder wie es

Oppenheimer sehr gut nennt, das „gesellschaftliche Beschaffungsgut" versteht. Der Kapitalprofit fließt in Wirklichkeit aus dem Bodenmonopol und darf daher nur diesem „zugerechnet" werden. In dem Bodenmonopol wurzelt das „gesellschaftliche Kapitalverhältnis" als eine ursprünglich auf Gewalt beruhende wirtschaftliche Vorzugsposition, als eine „Machtposition". Das Beschaffungsgut oder volkswirtschaftliche Kapital ist nicht die Ursache dieses Verhältnisses, sondern es „vermittelt" dasselbe lediglich. Der Profit wird ihm daher nur irrtümlich zugerechnet. „Kapital" im wahren Sinne des Wortes ist lediglich ein nutzbarer Anteil am Kapitalverhältnis, an der Machtposition, deren Nutznießer eine besondere gesellschaftliche Klasse, die Kapitalistenklasse bilden. „Kapital" muß somit definiert werden als ein „nutzbarer Anteil" am Monopol dieser Klasse, am „Klassenmonopol". Der Geldwert dieses Anteils als eines veräußerlichen „Kapitalstückes" auf dem Markte ergibt sich aus der „Profitrate", d. h. aus der Relation zwischen dem Werte des letzten unter den ungünstigsten Umständen angewandten „volkswirtschaftlichen Kapitals", dessen Produkt der Markt noch braucht und bezahlen muß, und dem Werte des Profits.

Damit ist auch das Rätsel der Durchschnittsprofitrate gelöst, welches Ricardo und Marx so großes Kopfzerbrechen verursachte. Da Kapital nichts ist, als ein nutzbarer Anteil an einem Klassenmonopol, so ist der Profit eben die Dividende, die jeder Anteilsberechtigte nach dem Verhältnis des Wertes seines Anteils beziehen muß. Gleiche Anteile müssen naturgemäß eine gleiche Dividende abwerfen. Es streicht nicht etwa jeder Einzelkapitalist den Tribut ein, den seine eigenen Arbeiter ihm zu entrichten hätten, sondern es muß — darin liegt eben das Charakteristikum des Klassenmonopols — die ganze Unterklasse als solche der gesamten Oberklasse als solcher einen Gesamttribut entrichten, der dann auf die einzelnen Kapitalisten pro rata ihrer Anteile am Monopolverhältnisse verteilt wird.

II.

Ich glaube, daß die Lehre Oppenheimers auf der ganzen Linie ernsten Einwendungen unterliegt, ja, daß sie schon auf den ersten Blick nicht völlig widerspruchsfrei erscheint. Es wird versucht werden, diese Behauptung im Verlaufe dieser Untersuchung eingehend zu begründen. Ehe ich mich indessen gegen den verehrten Forscher wende, der unter den lebenden Theoretikern der Sozialökonomie mit an erster Stelle steht, möchte ich in aller Kürze

nit Nachdruck diejenigen Punkte hervorheben, in denen ich mich nit ihm im wesentlichen einig weiß.

Schon aus meinen seitherigen Ausführungen hat sich, so glaube ch wenigstens, ergeben, daß ich gleich Oppenheimer überzeugter Anhänger der objektiven Werttheorie und entschiedener Gegner der ubjektiven Wertlehre bin. Es ist meine feste Überzeugung, daß die ubjektive Theorie das Problem, um dessen Lösung die klassische Schule gerungen hat, überhaupt nicht erfaßt hat; daß ihre ganze Leistung und ihr einziges Verdienst darin besteht, die psychologischen Voraussetzungen dieser Lösung, die den Klassikern als eine Selbstverständlichkeit galten, die näherer Erörterung nicht bedurfte, eingehender zu analysieren. Das grundlegende Problem ist das der Produktivität oder der Effizienz der mit den anderen Produktionsfaktoren kombinierten „Arbeit". Insoweit diese Produktivität auf die Distribution einwirkt, aber allerdings auch nur insoweit, ist auch die letztere für die ökonomische Theorie von Interesse.

Der objektiven Werttheorie wird von seiten ihrer Gegner häufig der Vorwurf gemacht, daß sie den Tauschwert auf die Kosten zurückführe, die doch ihrerseits auch wieder nur Tauschwert seien. Ich bin gleich Oppenheimer der Ansicht, daß der Objektivismus nur dann aufrecht zu erhalten ist, wenn er in der Lage ist, den statischen Preis wenigstens eines Kostenelements aus einem fest bestimmten, gegebenen Einkommen im Sinne nicht eines Geldeinkommens, sondern eines Quantums naturaler Güter zu erklären.

Ich stimme ferner mit Oppenheimer in der Methode überein. Gleich ihm bin ich entschiedener Deduktivist; gleich ihm bin ich der Überzeugung, daß „nichts praktischer ist, als die Theorie", mit anderen Worten, daß nur auf deduktivem Wege gewonnene Gesetze der Wirtschaft uns Erkenntnisse zu vermitteln vermögen, die von praktischer Tragweite sind für die Fragen der Wirtschaftspolitik, d. h. für die Frage, wie die Leiter einer Wirtschaftsgesellschaft handeln sollen, um für die Gesellschaft als Ganzes sowohl, wie für die sie bildenden Einzelwirtschaften, die größtmögliche Befriedigung des Bedarfs zu sichern. Einig bin ich ferner mit Oppenheimer darin, daß die Wirtschaftsgesellschaft der Gegenwart ausschließlich organisiert ist durch das Prinzip des kleinsten Mittels für sämtliche in ihr vereinigten Einzelwirtschaften; daß daher der Ausgangspunkt der Sozialökonomik ein personalökonomischer sein muß, daß ausgegangen werden muß von dem rationellen Handeln des einzelnen Wirtschaftssubjektes, während im Gegensatz dazu der Blickpunkt,

d. h. der Gesichtspunkt von dem aus das Handeln des einzelnen Wirtschaftssubjektes zu werten ist, nur ein sozialer sein kann.

Gleich Oppenheimer halte ich eine strenge Scheidung von Statik und Dynamik in der Wirtschaft für erforderlich. Die Statik ist der Gleichgewichtszustand des Wirtschaftsgetriebes, auf welchen dasselbe ständig hintendiert, obgleich es denselben niemals vollkommen erreicht; sie ist jener Zustand, in welchem keine Tendenz zu weiteren Veränderungen vorhanden ist. Nur mittels der Statik, also mittels der Betrachtung eines fingierten Gleichgewichtszustandes vermögen wir die Gesetze der Gesellschaftswirtschaft zu finden. Die Statik bedarf mithin einer Analyse, d. h. einer eingehenden Beschreibung. Indessen darf die statische Betrachtung, so wesentlich sie auch ist, nicht überschätzt werden. Ihr Erklärungswert ist ein beschränkter. Jeder gegebene statische Zustand muß wiederum aus dynamischen Prozessen erklärt werden. Und so ist das interessanteste Erkenntnisobjekt der Sozialökonomik nicht die „reine" oder isolierte Statik, sondern es sind gerade jene Veränderungen, als deren Folge ein statischer Zustand sich von den anderen unterscheidet (komperative Statik). Wenn man ferner von „Dynamik" redet, so kann das zweierlei bedeuten. Einmal die Linie der Entwicklung, die von einem statischen Zustand zum anderen führt, kurz gesagt, der wirtschaftliche Fortschritt oder Rückschritt. Dynamik in diesem Sinne, können wir als die „biologische Dynamik" bezeichnen. Von dieser Art der Dynamik ist streng zu unterscheiden die „mechanische Dynamik", welche in der ständigen Oszillation der Marktpreise (laufende Preise) um den natürlichen („statischen") Preis besteht und die keineswegs nur in der fortschreitenden, sondern auch in der stationären Wirtschaft Platz greift. Diese Art der Dynamik hat demnach nicht unbedingt etwas zu tun mit Entwicklungsvorgängen, obgleich sie mit solchen ständig verknüpft sein kann, sondern sie ist zu vergleichen mit den ständigen Schwingungen des Pendels um das Gravitationszentrum. Es können sich Phänomene der biologischen und mechanischen Dynamik gegenseitig bedingen, sie können in untrennbarer Verbindung miteinander stehen; logisch sind sie nichtsdestoweniger streng voneinander zu scheiden.

Endlich gehe ich mit Oppenheimer einig in seiner Definition von „Konkurrenz" und „Monopol". In unseren einleitenden Ausführungen ist der Begriff der Konkurrenz einer näheren Betrachtung nicht unterzogen worden. Mit gutem Bedacht: Denn Konkurrenz ist lediglich ein Name für denjenigen Zustand, in welchem beliebig reproduzierbare Güter auf den Markt gebracht werden. Es ist, wie Oppen-

heimer sehr richtig Mißverständnissen gegenüber betont, der Zustand, in welchem die weitaus große Mehrzahl der Güter in denjenigen Mengen auf den Markt gebracht werden, in denen der Markt sie aufzunehmen „beliebt", d. h. entsprechend der Intensität des Bedarfes nach ihnen. Nun bildet aber, wie wir bereits sahen, nur das Angebot dieser Güter ein ökonomisches Problem im reinen und eigentlichen Sinne des Wortes. Das quantitative Angebot der Monopolgüter ist niemals ein rein ökonomisches Problem, bei ihm spielen vielmehr stets die außerökonomischen Ursachen des Monopols, natürliche Seltenheit oder künstliche Beschränkung des Angebots, eine erhebliche Rolle. Der Zustand der freien Konkurrenz interessiert mithin die Ökonomik nicht etwa nur als eine vorübergehende historische Kategorie, sondern sie ist schlechthin die Voraussetzung einer Wissenschaft der Ökonomik überhaupt, so lange eine arbeitsteilige, um einen Markt zentrierte Austauschgesellschaft besteht. Es ist daher kein Zufall, ist vielmehr im innersten Wesen der ökonomischen Wissenschaft begründet, daß in dem Augenblick, in welchem zum ersten Male ein geschlossenes System der Sozialökonomik das Licht der Welt erblickte, die freie Konkurrenz als Postulat auftritt, als der „ordre naturell", welcher die bestmögliche Versorgung einer Wirtschaftsgesellschaft und ihrer Glieder garantiert.

Bei Oppenheimer finden wir freilich noch eine andere Definition der freien Konkurrenz. Sie ist uns bereits bekannt. Für ihn ist freie Konkurrenz dann vorhanden, wenn jeder, der sich an einer Produktion beteiligen will, dies auch kann und darf. Diese Definition enthält die „freie Konkurrenz" als Rechtsprinzip, und sie ist von diesem Standpunkte aus betrachtet durchaus einwandsfrei. Oppenheimer aber zieht aus dieser Definition den Schluß, daß es seither niemals freie Konkurrenz gegeben habe. Dagegen möchte ich schon an dieser Stelle Einspruch erheben. Denn der Begriff der freien Konkurrenz auch im Rechtssinne besagt nicht, daß jeder, dem es von Rechtswegen gestattet ist, sich an einer Produktion zu beteiligen, dazu auch tatsächlich in der Lage ist, mit anderen Worten, daß er imstande ist, produzieren zu „wollen". Das gilt von jedem Anbieter eines Produktivgutes, der über die anderen originären Produktivgüter nicht ohne weiteres verfügen kann. Mag er nun als Anbieter von Boden nicht über ausreichende „Arbeit", oder mag er als Anbieter von Arbeit nicht über Boden und Beschaffungsgut zu verfügen in der Lage sein.

Monopolgüter sind alle Güter, welche, sei es aus natürlichen, sei es aus anderen Gründen, nicht beliebig reproduzierbar sind. Die

scharfe Abgrenzung der verschiedenen Arten des Monopols untereinander gehört zu Oppenheimers größten wissenschaftlichen Verdiensten. Er darf mit berechtigtem Stolze darauf hinweisen, daß niemand vor ihm die Lehre vom Monopol mit gleicher Feinheit und Subtilität ausgearbeitet hat, wie er. Durchaus im Recht ist er darin, daß die Vorbedingungen eines Monopols nicht nur dann vorhanden sind, wenn das Güterangebot von einem einzelnen Anbieter oder einer Koalition von Anbietern beherrscht wird. Auch der Fall der „beschränkten Konkurrenz" bei unvermehrbaren Gütern ist in die Kategorie des Monopols einzuordnen. Die „Existenz eines Klassenmonopols" ist theoretisch durchaus in dem Sinne denkbar, daß eine Gesellschaftsklasse als solche das Angebot eines Gutes beherrscht und infolgedessen in der Lage ist, von anderen Gesellschaftsklassen einen Monopolgewinn zu beziehen. Ob freilich ein solches Klassenmonopol tatsächlich existiert, das ist eine andere Frage[1]).

III.

Die Oppenheimersche Theorie ist seither in weit geringerem Umfange Gegenstand einer eingehenden Kritik gewesen, als man auf Grund ihrer Bedeutung und praktischen Tragweite hätte erwarten sollen.

Die Kritiker aus dem Lager des Marxistischen Sozialismus haben sich, so weit ich sehe, im wesentlichen darauf beschränkt, die Behauptungen ihres Herrn und Meisters Oppenheimer gegenüber zu wiederholen, ohne ein erhebliches neues Gegenargument beizubringen.

Hingegen sind gerade in allerjüngster Zeit von seiten bürgerlicher Theoretiker der Oppenheimerschen Lehre ausführlichere Kritiken zuteilgeworden.

Zunächst von Schumpeter[2]). Er begrenzt seine Untersuchung auf die Frage, ob ein Bodenmonopol existiert. Er verneint die Existenz eines solchen, aber er bedient sich dabei eines durchaus unzureichenden Argumentes. Er beschränkt unzulässigerweise den Begriff des Monopols auf den Fall, daß ein einzelner Anbieter oder eine Kombination von Anbietern das Angebot eines Gutes beherrschen. Diese Definition des Monopols ist, wir betonten es schon

[1]) Die Grundrente ist nach Oppenheimer nicht als Gewinn an einem Klassenmonopol, sondern als solche an einem „Personalmonopol" zu betrachten. Immerhin läßt es sich nicht leugnen, daß sie klassenbildend wirkt.

[2]) Arch. für Soz.-Wiss. u. Soz.-Pol., Bd. 44, S. 495 ff.

früher, zu eng, und so erweist sich die Schumpetersche Kritik der Oppenheimerschen Lehre als ein Schlag ins Wasser.

Von größerer Erheblichkeit sind die Einwendungen Liefmanns[1]). Seine Definition des Monopols ist zutreffend. Auch er leugnet die Existenz eines Bodenmonopols und zwar aus dem Grunde, weil es an einer wesentlichen Voraussetzung eines solchen, der einseitigen Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses auf seiten der den Boden begehrenden Wirtschaftssubjekte fehle. Auch weist er mit Nachdruck darauf hin, daß die Oppenheimersche Theorie zu einer mindestens verdächtigen Konsequenz führe: Der Profit soll der Monopolpreis des Bodens als eines unvermehrbaren Gutes sein, und zu gleicher Zeit soll seine Höhe aus einer Konkurrenz der Besitzer von „Beschaffungsgütern" resultieren, welche nach Oppenheimers eigener Lehre zu den beliebig vermehrbaren Gütern gehören. Beide Einwendungen Liefmanns sind zweifelsohne beachtlich. Was er indessen darüber hinaus gegen Oppenheimer vorbringt, sind Folgerungen aus seiner hypersubjektivistischen Theorie und kommt für denjenigen, der dieselbe verwirft, daher nicht in Frage. Er wendet sich gegen die Scheidung von Statik und Dynamik, und muß daher naturgemäß mit Einwendungen aus der letzteren an der rein statischen Lehre Oppenheimers vorbeiargumentieren. Der dynamische Konjunkturgewinn des Unternehmers wird von ihm mit dem statischen Kapitalprofit zusammengeworfen; ja er imputiert Oppenheimer direkt, dieser habe versucht, derartige Konjunkturgewinne aus dem Bodenmonopol herzuleiten, was ihm nicht im Traume eingefallen ist.

Am meisten Beachtung verdient die Kritik, die ganz neuerdings Oswalt[2]) Oppenheimer hat zuteil werden lassen. Leider hat er dieser Kritik nur eine populäre Kampfschrift seines Gegners zugrunde gelegt, und seine Einwendungen treffen daher nur eine Reihe Einzelbehauptungen Oppenheimers, nicht aber dessen gesamtes System. Auch geht er von der Ansicht aus, Oppenheimer habe den Monopoltribut, durch dessen Zahlung der Arbeiter ausgebeutet werde, in der Grundrente erblickt. Das war wohl in den Anfangsschriften Oppenheimers der Fall, gilt aber nicht von seiner Lehre in ihrer heutigen, endgültig abgeschlossenen Gestalt. Zu Unrecht leugnet er den Charakter der Grundrente als eines Monopol-

[1]) Grundsätze d. Volkswirtschaftslehre, Stuttgart u. Berlin 1919, Bd. I, S. 476ff.

[2]) Falsche Rechnungen, eine Auseinandersetzung mit der Oppenheimerschen Theorie, Leipzig 1919.

preises. Schließlich greift er Oppenheimer mit einem Argumente an, mittels dessen dieser keineswegs getroffen werden kann. Er behauptet, die Tatsache, daß der Konsument Profit und Grundrente zahlt, beweise, daß beide Einkommenszweige das Entgeld für irgendein wertvolles Gut sein müßten. Dieser Einwand trifft zu gegen Marx; denn dieser hat, wie schon früher dargetan, es unterlassen, den „Mehrwert" in eine Kategorie des Marktes einzuordnen, so daß er als Preiselement vollkommen in der Luft schwebt. Dieser Vorwurf kann aber Oppenheimer nicht gemacht werden, denn bei ihm ist der Mehrwert ein Bestandteil des natürlichen Arbeitslohnes, des statischen Preises der Arbeit, der vom Kapitalisten dem Arbeiter infolge eines Monopolverhältnisses auf dem Markte der Dienste entrissen wird. Er ist also unter allen Umständen Kostenbestandteil und muß vom Konsumenten ersetzt werden, gleichgültig, ob er dem Arbeiter oder dem Kapitalisten zufällt.

Die Kritiken, die die Oppenheimersche Lehre seither erfahren hat, haben das System als ganzes nicht getroffen. Wir stellen uns nunmehr die Aufgabe, die Tragfähigkeit desselben eingehend zu prüfen. Dabei wollen wir folgenden Weg gehen: Wir wenden uns zunächst der Frage zu, ob der Profit als Gewinn aus einem Monopol fließt, und zwar in erster Linie, ob dieses Monopol das Bodenmonopol ist. Gelangen wir schon hinsichtlich der Existenz eines Bodenmonopols zu einem negativen Ergebnis, so ist das Oppenheimersche System zweifelsohne schwer erschüttert. Vollständig in Trümmern aber wird es erst dann liegen, wenn es gelingt, nachzuweisen, daß der Profit überhaupt nicht von einem Monopol herrührt. Wenn wir diesen Nachweis erbringen wollen, so müssen wir untersuchen, was der Profit in Wirklichkeit ist, und woraus er entsteht. Wir werden es bei dieser Untersuchung nicht umgehen können, uns über das Wesen des Kapitals klar zu werden. Indessen mit der Begründung von Wesen und Entstehung des Profits ist es nicht getan, wir müssen auch, wenn unsere Theorie im Gegensatze zu der Oppenheimerschen die Probe auf ihre Richtigkeit bestehen soll, in der Lage sein, die Höhe des Profits in der Statik ableiten zu können. Dadurch werden wir bei dem engen Zusammenhang, in dem naturgemäß Höhe des Profits und Höhe des Arbeitslohnes miteinanderstehen müssen, gezwungen, die zweite grundlegende Prämisse der Oppenheimerschen Theorie, seine Lehre vom statischen Preise der Arbeit einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Zum Schlusse wollen wir eine Gegenprobe machen, in der Art, daß wir von der reinen Ökonomie Oppenheimers unseren

INTENTIONAL SECOND EXPOSURE

früher, zu eng, und so erweist sich die Schumpetersche Kritik der Oppenheimerschen Lehre als ein Schlag ins Wasser.

Von größerer Erheblichkeit sind die Einwendungen Liefmanns[1]). Seine Definition des Monopols ist zutreffend. Auch er leugnet die Existenz eines Bodenmonopols und zwar aus dem Grunde, weil es an einer wesentlichen Voraussetzung eines solchen, der einseitigen Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses auf seiten der den Boden begehrenden Wirtschaftssubjekte fehle. Auch weist er mit Nachdruck darauf hin, daß die Oppenheimersche Theorie zu einer mindestens verdächtigen Konsequenz führe: Der Profit soll der Monopolpreis des Bodens als eines unvermehrbaren Gutes sein, und zu gleicher Zeit soll seine Höhe aus einer Konkurrenz der Besitzer vor „Beschaffungsgütern" resultieren, welche nach Oppenheimers eigener Lehre zu den beliebig vermehrbaren Gütern gehören. Beide Einwendungen Liefmanns sind zweifelsohne beachtlich. Was er indessen darüber hinaus gegen Oppenheimer vorbringt, sind Folgerungen aus seiner hypersubjektivistischen Theorie und kommt für denjenigen, der dieselbe verwirft, daher nicht in Frage. Er wendet sich gegen die Scheidung von Statik und Dynamik, und muß daher naturgemäß mit Einwendungen aus der letzteren an der reinen statischen Lehre Oppenheimers vorbeiargumentieren. Der dynamische Konjunkturgewinn des Unternehmers wird von ihm mit den statischen Kapitalprofit zusammengeworfen; ja er imputiert Oppenheimer direkt, dieser habe versucht, derartige Konjunkturgewinne aus dem Bodenmonopol herzuleiten, was ihm nicht im Traume eingefallen ist.

Am meisten Beachtung verdient die Kritik, die ganz neuerdings Oswalt[2]) Oppenheimer hat zuteil werden lassen. Leider hat er dieser Kritik nur eine populäre Kampfschrift seines Gegners zugrunde gelegt, und seine Einwendungen treffen daher nur eine Reihe Einzelbehauptungen Oppenheimers, nicht aber dessen gesamtes System. Auch geht er von der Ansicht aus, Oppenheimer habe den Monopoltribut, durch dessen Zahlung der Arbeiter ausgebeutet werde, in der Grundrente erblickt. Das war wohl in den Anfangsschriften Oppenheimers der Fall, gilt aber nicht von seiner Lehre in ihrer heutigen, endgültig abgeschlossenen Gestalt. Zu Unrecht leugnet er den Charakter der Grundrente als eines Monopol-

[1]) Grundsätze d. Volkswirtschaftslehre, Stuttgart u. Berlin 1919, Bd. I, S. 476 ff.
[2]) Falsche Rechnungen, eine Auseinandersetzung mit der Oppenheimerschen Theorie, Leipzig 1919.

preises. Schließlich greift er Oppenheimer mit einem Argumente an, mittels dessen dieser keineswegs getroffen werden kann. Er behauptet, die Tatsache, daß der Konsument Profit und Grundrente zahlt, beweise, daß beide Einkommenszweige das Entgeld für irgendein wertvolles Gut sein müßten. Dieser Einwand trifft zu gegen Marx; denn dieser hat, wie schon früher dargetan, es unterlassen, den „Mehrwert" in eine Kategorie des Marktes einzuordnen, so daß er als Preiselement vollkommen in der Luft schwebt. Dieser Vorwurf kann aber Oppenheimer nicht gemacht werden, denn bei ihm ist der Mehrwert ein Bestandteil des natürlichen Arbeitslohnes, des statischen Preises der Arbeit, der vom Kapitalisten dem Arbeiter infolge eines Monopolverhältnisses auf dem Markte der Dienste entrissen wird. Er ist also unter allen Umständen Kostenbestandteil und muß vom Konsumenten ersetzt werden, gleichgültig, ob er dem Arbeiter oder dem Kapitalisten zufällt.

Die Kritiken, die die Oppenheimersche Lehre seither erfahren hat, haben das System als ganzes nicht getroffen. Wir stellen uns nunmehr die Aufgabe, die Tragfähigkeit desselben eingehend zu prüfen. Dabei wollen wir folgenden Weg gehen: Wir wenden uns zunächst der Frage zu, ob der Profit als Gewinn aus einem Monopol fließt, und zwar in erster Linie, ob dieses Monopol das Bodenmonopol ist. Gelangen wir schon hinsichtlich der Existenz eines Bodenmonopols zu einem negativen Ergebnis, so ist das Oppenheimersche System zweifelsohne schwer erschüttert. Vollständig in Trümmern aber wird es erst dann liegen, wenn es gelingt, nachzuweisen, daß der Profit überhaupt nicht von einem Monopol herrührt. Wenn wir diesen Nachweis erbringen wollen, so müssen wir untersuchen, was der Profit in Wirklichkeit ist, und woraus er entsteht. Wir werden es bei dieser Untersuchung nicht umgehen können, uns über das Wesen des Kapitals klar zu werden. Indessen mit der Begründung von Wesen und Entstehung des Profits ist es nicht getan, wir müssen auch, wenn unsere Theorie im Gegensatze zu der Oppenheimerschen die Probe auf ihre Richtigkeit bestehen soll, in der Lage sein, die Höhe des Profits in der Statik ableiten zu können. Dadurch werden wir bei dem engen Zusammenhang, in dem naturgemäß Höhe des Profits und Höhe des Arbeitslohnes miteinanderstehen müssen, gezwungen, die zweite grundlegende Prämisse der Oppenheimerschen Theorie, seine Lehre vom statischen Preise der Arbeit einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Zum Schlusse wollen wir eine Gegenprobe machen, in der Art, daß wir von der reinen Ökonomie Oppenheimers unseren

Ausgang nehmen und untersuchen, ob in einer solchen der Profit verschwinden muß. Denn erst dann, wenn sich herausstellt, daß der Profit auch in einer auf dem Prinzip der reinen Ökonomie beruhenden Wirtschaftsgesellschaft vorhanden sein muß, ist die Oppenheimersche Theorie endgültig widerlegt.

Zweites Buch.

Der Profit ein Monopoleinkommen?

I. Kapitel.

„Das Bodenmonopol".

I.

Das Produktivgut „Boden" ist zunächst identisch mit der hervorbringenden Kraft der Natur; er ist ferner in seiner Tiefe die Lagerstätte mineralischer Naturschätze, und er ist endlich infolge seiner Schwerkraft imstande, Bauwerke zu tragen, sei es zum Zwecke des Obdachs, sei es als Sammelpunkt der Arbeit, der religiösen Andacht oder künstlerischer Erzeugnisse. Der „Boden" als Produktivgut ist aber nicht gleichbedeutend mit der Bodenfläche. Je intensiver wir graben, um Bodenfrüchte zu gewinnen, je tiefer wir schürfen, um der Erde mineralische Produkte zu entlocken, je höher wir bauen, um so mehr Boden ziehen wir zur Produktion heran, in um so höherem Grade wird die Kraft des Bodens ausgenutzt, um so mehr „Bodenkraft" steht der Produktion zur Verfügung. Wir können das Produktivgut „Boden" daher mit Fug und Recht als „Bodenkraft" bezeichnen. „Boden" als Ganzes ist der Inbegriff der vorhandenen Bodenkräfte. „Bodennutzung", die Verwendung der Bodenkraft in der Produktion. Der Boden als Inbegriff sämtlicher Bodenkräfte ist mithin im Gegensatz zur Bodenfläche nicht ein zwei- sondern ein dreidimensionales Gut. Die Menge der vorhandenen Bodenkräfte ist, mögen sie bereits zur Produktion herangezogen sein oder nicht, ein für allemal von Natur gegeben. Sie können in zunehmendem Umfange in Anspruch genommen werden, aber sie lassen sich weder

neu produzieren, noch wenn sie einmal völlig erschöpft sind, reproduzieren. Die Bodenkraft ist daher ein unvermehrbares originäres Produktivgut. Auf der anderen Seite aber sind unausgenützte Bodenkräfte noch in Hülle und Fülle vorhanden. Noch auf lange und unabsehbare Zeit hinaus besteht die Möglichkeit durch intensiveren Ackerbau, durch tieferes Schürfen, durch gesteigerten Hochbau bisher unbenutzte Bodenkräfte heranzuziehen. Noch gibt es ferner in reichem Maße unangebaute Parzellen, unentdeckte oder unausgenützte Läger mineralischer Schätze, unbebaute Bodenflächen. Die Bodenkraft ist somit heute noch im Verhältnis zum Bedarf nach ihr im Überfluß vorhanden. Sie ist ein, wenn auch unvermehrbares, so doch freies Gut. Diese Tatsache ist für die menschliche Wirtschaft von erheblicher Konsequenz: Die Bodenkraft als freies Gut kann trotz ihrer Unvermehrbarkeit als solche nur dann Wert und infolgedessen Preis erhalten, wenn sie künstlich knapp gehalten, d. h. künstlich zum Monopolgut gemacht wird. Ein natürliches Bodenmonopol besteht nicht.

Ist nun ein künstliches Monopol an der Bodenkraft vorhanden? Die Erfahrung zeigt uns, daß mit zunehmender Nachfrage unausgesetzt neue Bodenkräfte erschlossen werden. Steigende Nachfrage nach Bodenfrüchten hat intensiveren Anbau seither bereits in Anbau genommenen Parzellen oder den Anbau bisher brachliegender Bodenflächen, steigender Bedarf nach Mineralien zunehmenden Abbau von Bergwerken oder Neuerschließung von solchen, steigender Bedarf nach Obdach, den Neubau von Häusern auf bisher unbebauten Flächen, oder den Ansatz von Stockwerken auf bereits vorhandenen Gebäuden im Gefolge. Es zeigt sich mithin: Das Angebot folgt stets der Nachfrage auf dem Fuße, und wo das der Fall ist, da kann auch von einer künstlichen Beschränkung des Angebots, mithin von einem künstlichen Monopol, keine Rede sein. Es bleibt dabei, daß die Bodenkräfte zwar im ganzen unvermehrbar, aber noch auf lange hinaus freie Güter sind.

Das gilt indessen nur von der Bodenkraft als solcher. Der Satz, daß die Bodenkraft ein freies Gut und infolgedessen preislos ist, bedeutet nicht, daß jede einzelne Bodenkraft preislos ist. Denn die Bodenkräfte sind von sehr verschiedener, natürlicher Befähigung, den produktiven Dienst, den wir von ihnen erwarten, zu leisten. Sie sind von verschiedener Qualifikation. Es besteht zunächst ein Unterschied der Qualifikation zwischen solchen Bodenkräften, die der Herstellung des gleichen Produktes dienen. Die eine Bodenkraft ist ergiebiger als die andere, und die Erfahrung hat gelehrt, daß, je-

mehr Bodenkräfte für die Erzeugung von Bodenfrüchten herangezogen werden, in um so höherem Grade die Ergiebigkeit abnimmt, gleichgültig, ob wir auf bereits angebauter Fläche neue Bodenkräfte mittels intensiverer Bewirtschaftung heranziehen, oder ob wir noch unangebaute Flächen neu in Anbau nehmen. Zur Verschiedenheit der Fruchtbarkeit gesellt sich diejenige der Lage. Je näher der Boden dem Markte liegt, um so geringer der Widerstand, den das Produkt der Bodenkräfte dem Transport zum Markte bietet, um so geringer daher die Kosten der Produktion, um so höher der Nettoertrag. Aber damit nicht genug! Es gibt Bodenkräfte, die besonders geeignet sind zur Mitwirkung bei der Produktion bestimmter Produkte. Ein Boden, auf dem edle Weine gezogen werden können, wird nicht als Ackerboden benutzt werden können, wenn solcher noch in Hülle und Fülle vorhanden ist, Weinböden aber nur in beschränkter Menge verfügbar sind. Desgleichen wird man Bodenflächen, die innerhalb menschlicher Siedlungen liegen, oder solchen unmittelbar benachbart sind, nur so lange zum Anbau von Bodenfrüchten heranziehen, als nicht die Nachfrage nach Wohn- oder Standortsboden ihre Heranziehung zur Bebauung mit Häusern erfordert und zwar gleichfalls aus dem Grunde, weil Bodenkräfte, die zur Gewinnung von Nahrungsmitteln dienen können, noch in unabsehbarer Anzahl, Bodenkräfte aber in unmittelbarer Nähe menschlicher Siedelungen naturgemäß nur in verhältnismäßig beschränktem Umfange zur Verfügung stehen. Solche Böden sind dem Ackerboden an Qualifikation der Lage stets überlegen, und ihr Angebot ist im Verhältnis zu dem von Ackerboden beschränkt.

Aus alledem folgt: Die Bodenkraft als solche ist zwar ein freies Gut, die Bodenkraft besonderer Qualifikation aber ist es nicht. Sie ist knapp im Verhältnis zum Bedarf nach ihr, und zwar wird sich diese Knappheit in um so höherem Maße geltend machen, als die Nachfrage nach Bodenkräften im allgemeinen steigt, und als man dadurch einmal genötigt ist, um das gleiche Produkt zu erzielen, zu Bodenkräften geringerer Qualität seine Zuflucht zu nehmen, andererseits aber man, wenn man die Wahl zwischen mehreren Verwendungen der Bodenkraft hat, die weniger begehrte der begehrteren Verwendung opfern muß. Eines solchen Opfers würde es aber nicht bedürfen, wenn auch die qualifizierten Bodenkräfte im Überflusse vorhanden wären. Dieselben müssen mithin einen Preis haben und zwar einen um so höheren, je knapper sie werden, d. h. je mehr Bodenkräfte niederer Qualifikation zur Produktion herangezogen werden müssen. Die qualifizierten Bodenkräfte sind mithin knapp und unvermehrbar.

Ihr Preis muß ein Monopolpreis sein, und zwar der Preis eines Naturmonopols. Dieser Preis ist die Grundrente.

II.

An der Tatsache, daß die Bodenkraft als solche ein freies Gut ist, wird durch das Privateigentum an nahezu der gesamten wirtschaftlich verfügbaren Bodenfläche nichts geändert. Das Privateigentum am Boden wäre nur dann imstande, der Bodenkraft einen Wert und Preis zu verleihen, wenn das quantitative Angebot an Bodenkräften im Verhältnis zur Nachfrage nach denselben dadurch in der Art modifiziert würde, daß die Bodenkraft als solche aufhören würde, ein freies Gut zu sein. Daß eine Modifikation des Angebots stattfinden kann, unterliegt keinem Zweifel. Der Grundeigentümer ist in der Lage, Boden, der an sich zum Ackerland geeignet wäre, als Park oder Jagdgründe zu benutzen. Ja, er vermag sogar Bodenstücke, die Bodenkräfte von besonderer Fruchtbarkeit in sich bergen, solchen Zwecken zu widmen. Es werden dann die Ackerböden besonderer Qualifikation seltener werden, als sie zu sein brauchten, und der Preis solcher Böden, die landwirtschaftliche Grundrente, würde höher stehen als nötig. Aber die Frage, auf die es hier ankommt, ist die, ob eine solche „Sperrung" von Bodenkräften seither den Charakter der Bodenkraft als eines freien Gutes tatsächlich aufgehoben hat. Diese Frage ist zu verneinen. Denn trotz aller Sperrung sind, wie wir bereits sahen, freie Bodenkräfte noch im Überflusse vorhanden, gibt es noch eine Menge Bodenkräfte, für welche nicht nur keine Rente gezahlt wird, sondern die bis jetzt zur Produktion noch nicht herangezogen worden sind. Ein „Bodenmonopol" als Monopol an der Bodenkraft als solcher kann daher als Folge des Privateigentums nicht existieren.

Damit ist gesagt, daß jeder, der nichtqualifizierter Bodenkraft bedarf, sie umsonst erhalten kann. Von welcher Seite wird nun Nachfrage nach Bodenkräften entfaltet? Man ist leicht geneigt zu antworten, daß die Nachfrage von demjenigen ausgeht, welche Bodenprodukte verwenden wollen, mit anderen Worten, von den Konsumenten. Die Antwort ist in gewissem Sinne richtig. Es sind letzten Endes stets die Konsumenten, welche die Nachfrage nicht nur nach Genußgütern, sondern auch nach den Produktivgütern ausüben. Und doch ist die Antwort nicht unbedingt befriedigend. Wer bestimmte Sachgüter begehrt, dessen Nachfrage ist nicht auf einzelne Produktivgüter gerichtet, sondern auf eine Kombination sämtlicher

originärer Produktivkräfte, und zwar der bestmöglichen Kombination, nach dem Prinzip des kleinsten Mittels. In der Dynamik werden dadurch zweifelsohne auch die Marktpreise der einzelnen Produktivkräfte beeinflußt, in der Statik jedoch ist die bestmögliche Kombination für jede Verwendung und gleichzeitig die Güternachfrage ihrer Quantität und ihrer Intensität nach, und damit auch die nützlichste Verwendung jeder möglichen Produktivmittelkombination gegeben. Daraus folgt, daß die effektive Nachfrage nach dem einzelnen Produktivgute davon abhängen muß, ob und in welchem Umfange die mit ihm zu kombinierenden originären Produktivkräfte vorhanden sind, und das heißt nichts anderes, als daß die effektive Nachfrage nach jedem einzelnen Produktivgute ausgeht von den Besitzern der anderen „komplementären" Produktivkräfte. Denn dieselben sind nur dann in der Lage, die von ihnen angebotenen Produktivkräfte in der Produktion zu verwenden, wenn sie das fehlende Produktivgut erlangen können. Sie begehren dieses Produktivgut, um die von ihnen angebotenen Produktivkräfte in der bestmöglichen Kombination und zur Erzielung des größten Nutzens zu verwenden. Das gilt auch von der Nachfrage nach Bodenkraft. Sie wird von den Anbietern der komplementären originären Produktivkräfte ausgeübt. In erster Linie von den Anbietern des Produktivgutes „Arbeit". Sind die letzteren in der Lage, mit ihrem Produktivgute Bodenkraft zu kombinieren, ohne daß sie genötigt sind, für dieselbe einen Preis zu zahlen, so ist der Beweis für unsere Behauptung erbracht, daß das Privateigentum an der Bodenfläche und damit an den Bodenkräften ein Monopol im wirtschaftlichen Sinne des Wortes nicht im Gefolge hat. Dieser Beweis ist unschwer zu erbringen.

III.

Nach der Lehre Franz Oppenheimers soll der Profit, der auf rentelosem Boden, dem „Grenzboden" erzielt wird, gleich dem Monopoltribut sein, den die landlosen Arbeiter dem Bodenbesitzer zahlen müssen, um den Zutritt zu dem Monopolgut „Boden" zu erlangen. Ist das zutreffend, so darf keine ungenützte Bodenkraft, die den Profit des Grenzbodens tragen könnte, mehr vorhanden sein. Denn das Wesen des Monopolpreises gipfelt ja gerade darin, daß er in der gegebenen Höhe nur als Folge einer natürlichen oder künstlichen Beschränktheit des Angebots erzielt werden kann. Wie verhält es sich aber mit der Bodenkraft? Zwei Möglichkeiten sind gegeben. Entweder es sind neben der letzten zur Produktion von

Bodenfrüchten noch herangezogenen Bodenkraft solche gleicher Güte, welche noch nicht herangezogen worden sind, vorhanden. Sie müssen dann, wenn die Nachfrage steigt, erfahrungsgemäß den gleichen Profit erbringen. Dann ist es ausgeschlossen, daß der Profit in dieser Höhe einen Monopolpreis darstellt; denn es standen ja Bodenkräfte gleicher Qualifikation neben dem Grenzboden im Überfluß zur Verfügung, und es fehlte nur an der nötigen Nachfrage, um sie zur Produktion heranzuziehen. Die zweite Möglichkeit ist die, daß Bodenkräfte gleicher Qualifikation nicht mehr zur Verfügung stehen, daß bei zunehmender Nachfrage zu Bodenkräften niedriger Qualifikation übergegangen werden muß; in diesem Falle sinkt mit steigender Nachfrage erfahrungsgemäß der Profit. Dann wird freilich ein Teil des seitherigen Profits zum Preise der Bodenkraft, und er wird auch zum Monopolpreis. Aber dieser Preis ist nicht Monopolpreis der Bodenkraft als solcher, sondern der Bodenkraft höherer Qualifikation. Er ist nicht mehr Profit, sondern Grundrente. Dann aber muß der Profit des nunmehrigen Grenzbodens wiederum etwas anderes sein, als der Preis der Bodenkraft. Denn immer wieder müssen Bodenkräfte, die den Profit des Grenzbodens tragen, im Überflusse vorhanden sein, wenn nicht ein Teil dieses Profits zur Grundrente werden soll.

Aus alledem folgt, daß die letzte zur Produktion herangezogene, nichtqualifizierte Bodenkraft preislos sein muß und das ist nur dann möglich, wenn die Bodenkraft als solche ein freies Gut ist. Das ist die Erkenntnis, auf welcher die Grundrententheorie Ricardos beruht. Man hat neuerdings vielfach geglaubt, den Kernpunkt dieser Lehre im Differentialprinzip erblicken zu sollen, und man hat versucht, Ricardo mit der Behauptung zu schlagen, daß dieses Prinzip an sich durchaus richtig, aber keineswegs etwas der Grundrente Eigentümliches sei. Auch die anderen Produktivgüter seien in der Lage, auf Grund besonderer natürlicher Vorzüge Differentialgewinne zu erzielen. Das aber, worauf es Ricardo ankam, war der Nachweis, daß die Bodenkraft als solche völlig preislos ist, daß die Grundrente niemals etwas anderes sein kann, als ein Differentialgewinn und ein Monopolpreis für qualifizierte Bodenkräfte. Eben in dieser Tatsache liegt der Grund, warum die Grundrente nicht in die Kosten der Bodenprodukte eingehen kann.

Es läßt sich indessen auch noch auf anderem Wege dartun, daß der Profit aus dem Grenzboden nicht ein Tribut sein kann, den der Anbieter der Bodenkraft von dem landlosen Arbeiter erpreßt. Denn wenn der Arbeiter bei diesem Austausch weiter nichts erlangen

würde, als die Möglichkeit, seine Arbeit mit dem Boden zu kombinieren, so wäre er auf eine rein okkupatorische Gewinnung von Bodenfrüchten angewiesen, und er könnte auf diese Weise selbst auf besseren Böden, geschweige denn auf dem Grenzboden nichts erzielen, was seinen notdürftigen Unterhalt selbst bei stärkster Anspannung seine Arbeitskraft und bei längster Zeitdauer seiner Arbeit übersteigen würde. Es bliebe mithin für den Besitzer der Bodenkraft kein Überschuß, den er dem landlosen Arbeiter abpressen könnte. Der Bodenbesitzer muß daher, um von dem Arbeiter einen Mehrwert zu erlangen, über anderweite Sachgüter verfügen, die er dem Arbeiter überläßt, und mit deren Hilfe der letztere in der Lage ist, über seinen notdürftigen Unterhalt hinaus ein physisches Mehrprodukt zu erzielen. Ist dem aber so, dann liegt ohne weiteres die Vermutung nahe, daß ein direkter Kausalnexus besteht nicht zwischen Profit und Zugang zum Boden, sondern zwischen dem Profit und eben jenen anderen Gütern, mit deren Hilfe das Mehrprodukt erzeugt wird, ohne welches der Profit nicht realisiert werden kann.

IV.

Oppenheimer ist sich offenbar über die Berechtigung dieser Einwendungen gegen seine Lehre nicht im Unklaren gewesen. Er konstruiert daher in der abschließenden Darstellung seiner Lehre den Zusammenhang zwischen Bodenmonopol und Profit etwas anders. Danach erscheint das Bodenmonopol nicht mehr als ein Angebotsmonopol der Bodenkraft. Es ist vielmehr als Privateigentum am Grund und Boden lediglich ein „gesellschaftliches Monopolverhältnis“ und als solches die Ursache, daß Kapitalprofit entsteht, weil es die Ursache ist für die Entstehung und ständige Reproduktion einer landlosen Arbeiterklasse. Deren Mitglieder sind, eben weil sie nicht über Boden verfügen, gezwungen, wenn sie nicht verhungern wollen, dem Bodeneigentümer Dienste anzubieten, und sich als Entgeld für dieselben mit einem „Monopollohn“ zu begnügen, d. h. mit dem um den „Monopoltribut“ gekürzten statischen Konkurrenzpreis der Arbeit. Um aber diesen Monopoltribut, welcher der Profit ist, erlangen zu können, muß der Bodenbesitzer außer über Boden noch über produzierte Produktionsmittel, in der Oppenheimerschen Terminologie über „gesellschaftliches Beschaffungsgut“ verfügen, die er dem Arbeiter überläßt. Diese Güter sind die „Bedingung“ für die Erzielung des Profits, durch sie wird das gesellschaftliche Monopolverhältnis, das „Kapitalverhältnis“, welches zwischen

Personen, d. h. zunächst zwischen Bodenbesitzern und landlosen Arbeitern besteht, „vermittelt". Die Ursache des Kapitalverhältnisses ist somit das „Bodenmonopol". Es wirkt auf dem „Markte der Dienste" als Einkaufsmonopol, d. h. die Bodenbesitzer sind infolge seines Bestehens in der Lage, die Dienste der Landlosen, unter ihrem statischen Konkurrenzpreise einzukaufen. Es war daher ein Irrtum der bisherigen Theorie, wenn man den Profit, den Monopoltribut des Bodenmonopols seither den Sachen „zurechnete", welche nicht Ursache, sondern nur Bedingung seiner Entstehung sind. Man kam auf diesem Wege irrigerweise dazu, jene Sachen mit dem „Kapital" im volkswirtschaftlichen Sinne zu identifizieren.

Diese Konstruktion hängt im Grunde nur noch mittels eines dünnen Fadens mit der Ökonomik, d. h. mit der Erklärung der Einkommen aus der Gestaltung der Marktlage zusammen. Dieser Faden ist das Einkaufsmonopol, welches die Bodenbesitzer als Folge ihres Bodenmonopols auf dem Arbeitsmarkte auszunutzen in der Lage sind. Das Bodenmonopol selbst aber gewinnt nun ausschließlich die Gestalt eines gesellschaftlichen Machtverhältnisses, eines „Gewalteigentums", welches unmittelbar die Preise und damit die Einkommensgestaltung nicht beeinflussen kann.

Es fragt sich mithin, ob die Konstruktion des Einkaufsmonopols haltbar ist. Einkaufsmonopol ist ein Monopol der Nachfrage, und es ist als solches nur denkbar, wenn der Monopolist zu gleicher Zeit das Angebot eines Gutes beherrscht, dessen die unter dem Einkaufsmonopol stehenden Verkäufer entweder dringend bedürfen, oder an dessen Herstellung sie mitzuwirken gezwungen sind. Das letztere gilt beispielsweise von den amerikanischen Korn- und Viehproduzenten gegenüber den Lebensmitteltrusts oder von den Rübenbauern gegenüber kartellierten Zuckerfabrikanten. Fragen wir uns nun aber, welches in unserem Falle das Gut sein soll, dessen Angebot die Monopolisten des Einkaufsmonopols beherrschen sollen, so bleibt nur der „Boden", denn daß an den produzierten Sachgütern, die der Monopolist dem Arbeiter überläßt, ein Monopol nicht besteht, das gibt Oppenheimer selbst zu. Sie gehören unstreitig zu den beliebig reproduzierbaren Gütern. Daß aber ein Angebotmonopol an Boden nicht besteht, ist von uns bereits nachgewiesen. Oppenheimer läßt allerdings hier und da durchblicken, die Bodenbesitzer seien Monopolisten des Geldes, bei Goldwährung mithin des Goldes. Das würde bedeuten, daß das Gold, welches wie Oppenheimer mehrfach ausdrücklich versichert, ein beliebig reproduzierbares Gut ist, allen übrigen Waren gegenüber auf seinem

statischen Konkurrenzpreise, der Ware „Arbeit" gegenüber aber auf einem Monopolpreise steht. Ein solches Verhältnis ist natürlich auf die Dauer nicht möglich. Die Folge müßte sein, daß jeder, der Gold besitzt, statt fertige Ware zu kaufen, Nachfrage nach „Arbeit" entfalten würde, um sich von Arbeitern die Ware herstellen zu lassen, denn er würde auf diese Weise nur den „Monopollohn" der Arbeit zu zahlen haben und sich den überflüssigen Profit ersparen können. Infolge der gesteigerten Nachfrage müßte die „Arbeit" sehr rasch auf ihren statischen „Konkurrenzpreis" hinaufschnellen, und kein Bodenbesitzer wäre mehr in der Lage, dem Arbeiter einen Monopoltribut abzupressen. Mangels Vorhandenseins eines nachweisbaren Angebotmonopols der Einkaufsmonopolisten entfällt somit die wesentliche Voraussetzung für die Existenz des angeblichen Einkaufsmonopols.

Aber noch mehr! Dieses Einkaufsmonopol soll bewirken, daß der Preis der Ware „Arbeit" unter ihren statischen Konkurrenzpreis hinabgedrückt wird. Dann wäre es freilich in der Statik eine einzigartige Erscheinung, die ihresgleichen nicht mehr fände. Denn beim Einkaufsmonopol an Sachgütern ist eine dauernde Herabdrückung ihres Preises unter den statischen Konkurrenzpreis ein Ding der Unmöglichkeit und d. h. nichts anderes, als daß in der Statik ein Einkaufsmonopol, welches diese Wirkung hat, nicht vorkommen kann. Jeder Versuch eines derartigen Preisdruckes muß notwendigerweise mit einer Einschränkung des Angebots beantwortet werden, die so lange anhält, bis das Gut auf seinem statischen Konkurrenzpreise wieder angelangt ist. Denn niemand kann und wird auf die Dauer unter seinen Selbstkosten verkaufen. Es wäre merkwürdig, wenn dieses Prinzip für die Verkäufer der Ware „Arbeit" nicht gleichfalls Platz greifen würde. Denn auch deren Angebot ist zweifelsohne elastisch, kann ausgedehnt und eingeschränkt werden. Danach erscheint die Lehre, als könne die „Arbeit" in der Statik unter ihrem natürlichen Preise verkauft werden, mindestens verdächtig. Der weitere Verlauf der Untersuchung wird zeigen, ob dieser Verdacht begründet ist.

Was aber bleibt, wenn man das Einkaufsmonopol fallen läßt, von der Oppenheimerschen Konstruktion noch übrig? Nichts als das auf ursprünglicher Gewalt beruhende Großeigentum an Grund und Boden, ein rein soziales Machtverhältnis. Ein solches aber kann, sofern es nicht durch den Markt hindurch wirkt, keine Preise und somit auch kein Einkommen schaffen. Niemand hat das schärfer betont, als Oppenheimer selbst. Betrachtet er es doch als sein

besonderes wissenschaftliches Verdienst, daß er eine ökonomische Erklärung des Profits aus dem Gewalteigentum, aus einer rein rechtlichen Kategorie, durch dessen Einordnung in die ökonomische Kategorie des Monopols erst ermöglicht hat. Mit dem Fortfall des Einkaufsmonopols sind wir bei der rudimentären Profiterklärung Dührings, Tugan-Baranowskys und anderer angelangt.

Rein mißverständlich erscheint mir bei Oppenheimer auch der Begriff der „Zurechnung" angewandt zu sein. Oppenheimer behauptet, der Profit müsse in Wahrheit dem Monopolverhältnis „zugerechnet" werden und will damit sagen, daß das Monopolverhältnis die wahre Ursache des Profits sei. Zurechnung im wirtschaftlichen Sinne aber ist keineswegs gleichbedeutend mit der Feststellung von Ursache und Wirkung. Sie bedeutet vielmehr im weiteren Sinne Zurückführung eines Wertes bzw. Preises auf einen anderen und im engeren Sinne Herstellung eines Kausalnexus zwischen dem Werte der Produktivgüter und dem Werte der Produkte, wobei bekanntlich zwischen Subjektivisten und Objektivisten Streit darüber herrscht, welcher Wert Ursache und welcher Wirkung ist. Daraus folgt, daß Monopolgewinne diejenigen Preise sind, die sich nicht zurechnen lassen, und das ist auch ganz selbstverständlich, weil das Problem des Monopolpreises stets ein außerökonomisches Element in sich birgt. Es ist ausgeschlossen, daß irgendein Preis einem Rechtsverhältnis wirtschaftlich zugerechnet werden kann.

Oppenheimers Mißverständnis des Zurechnungsbegriffes erhält am deutlichsten aus seinem Beispiele von den Beduinen in der Oase, die dem Reisenden mit Waffengewalt den Zutritt zu einer Quelle verwehren, sofern er nicht bereit ist, einen „Wasserzins" zu erlegen [1]). Es unterliegt keinem Zweifel, daß in diesem Falle nicht vor einem Tauschakte die Rede sein kann, sondern, daß ein nackter Gewaltsakt, eine pure Erpressung vorliegt. Demnach kann auch von einem Monopolverhältnis im ökonomischen Sinne des Wortes keine Rede sein. Weder ein Objektivist noch ein Anhänger der subjektiven Wertlehre würde daran denken, wie Oppenheimer es meint, den Wert des Monopolgewinnes dem Werte der Waffen zuzurechnen oder umgekehrt. Weder haben die Waffen etwas mit den Kosten der Wassererzeugung zu tun, noch besteht der zur subjektiven Zurechnung erforderliche technische Kausalnexus zwischen dem Grenznutzen des Quellwassers und den Waffen der Beduinen [2]).

[1]) Wert und Kapitalprofit, S. 12.

[2]) Etwas anderes wäre es, wenn die Beduinen den Wert ihrer Waffen auf Grund des ihnen bekannten Marktzinsfußes nach dem Ertrage, den ihr Gewaltsakt abwirft, kapitalisierten. Das wäre eine Verrechnung und keine Zurechnung. Es wäre die Folge eines bereits bestehenden Profits, während die Zurechnung dazu dienen soll, den Profit zu erklären.

V.

Der Profit in der Industrie ist nach Oppenheimer eine Folge des Profits in der Urproduktion und muß nach ihm notwendigerweise aus der Konkurrenz der Kapitalisten in Industrie und Landwirtschaft einerseits, der Landarbeiter und Industriearbeiter andererseits entstehen. Diese Ableitung ist von Oppenheimers eigener Prämisse aus betrachtet keineswegs glücklich. Ist der Profit ein Monopolgewinn aus dem Bodenmonopol, und wird er nur irrtümlich dem „volkswirtschaftlichen Kapital" (dem gesellschaftlichen Beschaffungsgute), zugerechnet, dann ist es nicht zu verstehen, wie diejenigen industriellen Kapitalisten, die nicht über eigenen Boden, sondern lediglich über volkswirtschaftliches Kapital verfügen, zu einem Profit gelangen sollten. Denn sie sind ja nicht in der Lage, mit den Anbietern desjenigen Faktors, dem der Monopolgewinn von rechtswegen zuzurechnen sein soll, zu konkurrieren. Nur diejenigen industriellen Unternehmer, bzw. Kapitalisten könnten danach imstande sein, den Profit einzustreichen, welche über eigenen Boden verfügen. Aber auch deren Profitbezug müßte, wie wir sofort sehen werden, in Frage gestellt sein.

Denn welches wäre die Wirkung der Konkurrenz zwischen Landarbeitern und industriellen Arbeitern? (Immer Oppenheimers Prämisse als zutreffend vorausgesetzt.) Die Industriearbeiter in den Städten wären selbstredend genötigt, den Besitzern von Wohn- und Standortsboden Grundrente zu zahlen, da es sich bei solchen um Boden von hoher und höchster Qualifikation der Lage handelt. Die Zahlung des Profits aber könnten sie verweigern, sofern ihnen nur gesellschaftliches Beschaffungsgut in ausreichendem Maße von solchen Anbietern überlassen würde, welche eigenen Boden nicht besäßen und froh wären, mit Hilfe der Arbeiter ihre Produktivmittel in der Art zu verwenden, daß für sie nichts anderes herausspränge, als der Lohn ihrer Unternehmerarbeit. Notwendige Folge davon wäre, daß zunächst auch die bodenbesitzenden industriellen Kapitalisten auf den Profit verzichten und sich mit der Grundrente begnügen müßten. Weitere Folge wäre, Abströmen der Landarbeiter in die Städte mit der Konsequenz, daß auch die Eigentümer landwirtschaftlichen

Bodens, sofern sie noch Arbeiter finden wollten, den Profit fahren lassen müßten, so daß der Grenzboden nur noch von selbständigen, im Besitze von Beschaffungsgut befindlichen Landwirten bewirtschaftet werden könnte, die dann nichts weiter erhielten, als den vollen Arbeitslohn, der jedem Landarbeiter zufiele[1]). Das Abströmen der Landarbeiter in die Städte würde in der Dynamik notwendigerweise das Arbeitseinkommen in der Industrie drücken; die Folge aber davon wäre nicht die Entstehung eines Kapitalprofits, sondern ein Druck auf Wert und Preis der industriellen Produkte. In der Statik müßten die Arbeitereinkommen in Stadt und Land ausgeglichen sein, und es würde dann die Verteilung der Arbeiter auf Landwirtschaft und Industrie von den relativen Werten der Urprodukte und der industriellen Produkte abhängen; die Existenz einer besonderen, vom Profit lebenden Kapitalistenklasse aber wäre undenkbar. Sollte Oppenheimer demgegenüber sich auf die zweite Variante seiner Lehre berufen wollen, wonach der Profit nicht der Monopolpreis des Bodens, sondern lediglich die Folge eines auf dem Bodenmonopol beruhenden gesellschaftlichen Monopolverhältnisses sei, so wäre seine Ableitung des industriellen Profits aus dieser Variante allen denjenigen Einwendungen ausgesetzt, die bereits früher gegen diese Fassung der Lehre erhoben worden sind.

In seinen allerneusten Schriften[2]) hat denn auch Oppenheimer seine Ableitung des industriellen Profits aus dem Bodenmonopol derart ergänzt, daß er wieder zu der ersten Variante seiner Theorie zurückbiegt. Danach ist auch derjenige Kapitalist, der nicht Bodeneigentümer ist, der vielmehr Boden nur gemietet oder gepachtet hat, dem Arbeiter gegenüber „Bodenbesitzer" mithin Monopolist des Produktivgutes „Boden" und bezieht als Preis für die Zugänglichmachung dieses Bodens den Profit. Aber damit scheint mir die Oppenheimersche Theorie keineswegs verbessert zu sein. Ist nämlich der Profit tatsächlich Monopolpreis des Bodens und zwar jedes Bodens, ohne Rücksicht auf Qualität, so kann er konsequenter-

[1]) Sollte der Besitzer des Grenzbodens statt denselben selber anzubauen ihn dem Anbau sperren, so würde der landwirtschaftliche Boden allerdings zu einem Monopolgut. Der Preis der Urprodukte würde steigen und die Eigentümer des nunmehr letzten angebauten Bodens würden einen Monopolgewinn erzielen. Aber dieser Gewinn wäre wiederum nicht Profit, sondern Monopolgrundrente (im Gegensatz zur Differentialrente). Er ginge nicht zu Lasten des Arbeiters als Produzenten, sondern zu Lasten sämtlicher Konsumenten der Urprodukte.

[2]) Der Ausweg, Jena 1919. Kapitalismus, Kommunismus, wissenschaftlicher Sozialismus, Berlin und Leipzig 1919.

weise nur dem Eigentümer des Bodens zugute kommen, als dem ursprünglichen Anbieter desselben auf dem Markte der originären Produktivkräfte. Dies auch dann, wenn dem Arbeiter gegenüber nicht der Grundeigentümer, sondern der Kapitalist als Bodenanbieter auftreten würde. Der Kapitalist könnte dann von dem Arbeiter nur das zurückfordern, was er dem Eigentümer des ermieteten oder gepachteten Bodens für die Bodenkraft als solche (von den Unterschieden der Qualifikation abgesehen) zahlen mußte. In Wirklichkeit liegt die Sache doch so, daß Arbeiter wie Kapitalisten den Boden gleich dringend gebrauchen, um ihre Arbeitskraft, bzw. ihre Produktivmittel produktiv verwenden zu können. Handelt es sich um nicht qualifizierten Boden, so zahlt weder der Kapitalist noch der Arbeiter, wie bereits früher dargetan, einen Preis für denselben. Kommt aber qualifizierter Boden in Frage — und städtischer Boden sowie gepachteter landwirtschaftlicher Boden ist stets ein solcher — dann zahlt der Kapitalist, der nicht über eigenen Boden verfügt, dem Bodeneigentümer den Monopolpreis qualifizierten Bodens, die Grundrente. Und zwar zahlt er sie aus dem Ertrage der Produktion, so daß sie in Wahrheit von Kapitalisten und Arbeiter gemeinschaftlich bezahlt wird. Den Profit aber bezieht eben nicht der Grundeigentümer, mithin nicht der Anbieter von Boden, sondern der „kapital"-besitzende Mieter bzw. Pächter.

Oder soll der Kapitalist den Profit vielleicht nur deshalb erhalten, weil er über einen Stamm produzierter Produktionsmittel verfügt? Dann müßte sich als notwendige Konsequenz ergeben, daß der Profit nicht Monopolgewinn des Bodenmonopols wäre, daß er nicht irrtümlich, sondern rechtmäßig den „Sachen" zuzurechnen wäre, welche das gesellschaftliche Monopolverhältnis lediglich „vermitteln" sollten. Die Oppenheimersche Herleitung des Profits aus dem Bodenmonopol würde damit ohne weiteres hinfällig werden.

VI.

Die Konkurrenz tendiert dahin, die Profitrate, d. h. das Verhältnis zwischen dem Werte des Kapitals und dem Werte des Profits auszugleichen, d. h. in der Statik sind diese Raten ausgeglichen. Das ist die uns gegebene Erfahrungstatsache, nach deren tiefer liegenden Ursachen wir zu forschen haben. Sie bedarf von seiten derjenigen, welche der Ausbeutungstheorie anhängen, um so dringlicher einer Erklärung, als sie — was an dieser Stelle als bekannt vorausgesetzt werden muß — in offensichtlichem Widerspruch steht

zu der Behauptung der Vertreter der Ausbeutungstheorie, wonach sich die Güterwerte zueinander verhalten sollen, wie die auf die Güter verwandten Mengen durchschnittlich qualifizierter Arbeit, gemessen an der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Bekanntlich hat Marx diesen Widerspruch zu lösen versucht dadurch, daß er seinem Wertgesetz volle Geltung nur für die historische Epoche der „einfachen" (d. h. handwerksmäßigen) Warenproduktion beimaß. In der Epoche der kapitalistischen (d. h. großbetrieblichen, maschinellen) Produktion treten als Folge des von ihm anerkannten Gesetzes der Ausgleichung der Profitraten an Stelle der „Werte" die von ihnen abweichenden „Produktionspreise". Wertbildend ist nach Marx ausschließlich die lebendige Arbeit, und sie allein kann dementsprechend auch Mehrwert schaffen. Der Mehrwert aber wird als Profit nicht nur auf die der lebendigen Arbeit zu leistende Vergütung (das „variable Kapital") verrechnet, sondern auch auf den Wert der Produktionswerkzeuge und Rohstoffe (das „konstante Kapital"), welche keinen Wert zu bilden imstande sind, sondern nur den „Wert ihres Verschleißes" in die Produktion und damit in das Produkt eingehen lassen. Infolgedessen stehen die Waren je nach dem Verhältnis des Wertes des konstanten Kapitals zu dem der Arbeitslöhne (der „organischen Zusammensetzung des Kapitals") bald auf, bald über, bald unter ihren „Werten". Danach müßten die den Arbeitern in den einzelnen Produktionssphären abgepreßten Mehrwerte so lange von einer Sphäre in die andere strömen, bis die Profitraten ausgeglichen wären, bis alle Kapitalisten die „Durchschnittsprofitrate" bezögen. Nur unter dieser Voraussetzung ließe sich die Marxsche Variante der Ausbeutungstheorie halten, denn ihr zufolge erfolgt die Ausbeutung nicht auf dem Markte, nicht in der Zirkulationssphäre, sondern als erzwungene Mehrarbeit in den Einzelbetrieben.

Diese Voraussetzung ist aber unmöglich, denn der Mehrwert ist ja zunächst kein Geldpreis, sondern lediglich kristallisierte Arbeitszeit und vermag als solche nicht von einer Sphäre in die andere abzuströmen. Aber vor allem: In Wirklichkeit ist es nicht der Mehrwert, sondern es sind die Kapitalien selbst, die von einer Sphäre der Produktion in die andere so lange strömen, bis die Profitraten ausgeglichen sind. Das heißt nichts anderes, als daß von Hause aus das Güterangebot sich in einer solchen Menge auf die vorhandene Nachfrage einzustellen tendiert, daß in der Statik sich gerade der Preis ergibt, welcher den normalen „durchschnittlichen" Profit enthält. An dieser von Marx selbst ausdrücklich zugegebenen Tat-

sache scheitert seine Erklärung des Profits aus der Ausbeutung der Arbeiter in den Einzelbetrieben [1]).

Oppenheimer glaubt nun den Durchschnittsprofit erheblich einfacher und zwangloser erklären zu können, als Marx. Er verwirft, wie wir wissen, die Identifizierung des Beschaffungsgutes mit dem Kapital in volkswirtschaftlichem Sinne. Er erkennt als „Kapital" nur privatwirtschaftliches Kapital an, d. h. zinstragendes Vermögen und definiert dasselbe als nutzbaren Anteil am „gesellschaftlichen Monopolverhältnis", am „Klassenmonopol". Das Wesen des Klassenmonopols gipfelt nach seiner Lehre darin, daß der Monopoltribut nicht von Person zu Person, sondern von einer Klasse an die andere entrichtet wird. Dann müssen sich die Einzelgewinne gleichmäßig pro rata der Größe des Anteils an die Klassengenossen verteilen. Das Kapital ist die Aktie am Monopol, der Profit die „Dividende". „Kein Wunder, daß gleiche Anteile gleiche Profite abwerfen."

Das aber ist keine Erklärung, sondern eine Analogie und noch dazu eine solche, welche in dem wesentlichsten Punkte nicht zutreffend ist. Denn dem Klassenmonopol fehlt verglichen mit der Aktiengesellschaft dasjenige Moment, welches erforderlich ist, um das tertium comparationis, den Bezug gleicher Dividenden auf gleiche Anteile, zu begründen: Die Vergesellschaftung der Kapitalisten als Klasse. Denn der Profit ist ja gerade das Einkommen, welches der Kapitalist ohne Koalition mit seinen Klassengenossen erzielt. Wenn aber Oppenheimer sich darauf beruft, daß es die Konkurrenz sei, welche gleiche Profite auf gleiche Anteile schaffe, so ist das wiederum keine Erklärung sondern es ist das zu erklärende Phänomen. Wir wollen ja wissen, wieso es kommt, daß die Konkurrenz zur Ausgleichung der Profitrate führt, dieselbe Konkurrenz, die auf der anderen Seite dahin tendieren soll, daß die relativen Werte der Produkte sich proportional der auf die letzteren verwandten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit stellen. Es genügt daher nicht, den Mechanismus aufzuzeigen, der die Ausgleichung der Profitraten herbeiführt. Wir wollen vielmehr den tieferen Grund kennen lernen, der diesen Mechanismus auslöst.

Hätte Oppenheimer sich strikt an die rein ökonomische Variante seiner Lehre gehalten, so hätte er freilich eine ebenso einache, wie formal scheinbar zureichende Erklärung für die Ausgleichung der Profitrate zur Hand. Danach war der Profit der Ge-

[1]) Vgl. dazu Eduard Heimann im Arch. f. Soz.-Wissenschaft, Bd. 37, S. 777 ff.

INTENTIONAL SECOND EXPOSURE

zu der Behauptung der Vertreter der Ausbeutungstheorie, wonach sich die Güterwerte zueinander verhalten sollen, wie die auf die Güter verwandten Mengen durchschnittlich qualifizierter Arbeit, gemessen an der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Bekanntlich hat Marx diesen Widerspruch zu lösen versucht dadurch, daß er seinem Wertgesetz volle Geltung nur für die historische Epoche der „einfachen" (d. h. handwerksmäßigen) Warenproduktion beimaß. In der Epoche der kapitalistischen (d. h. großbetrieblichen, maschinellen) Produktion treten als Folge des von ihm anerkannten Gesetzes der Ausgleichung der Profitraten an Stelle der „Werte" die von ihnen abweichenden „Produktionspreise". Wertbildend ist nach Marx ausschließlich die lebendige Arbeit, und sie allein kann dementsprechend auch Mehrwert schaffen. Der Mehrwert aber wird als Profit nicht nur auf die der lebendigen Arbeit zu leistende Vergütung (das „variable Kapital") verrechnet, sondern auch auf den Wert der Produktionswerkzeuge und Rohstoffe (das „konstante Kapital"), welche keinen Wert zu bilden imstande sind, sondern nur den „Wert ihres Verschleißes" in die Produktion und damit in das Produkt eingehen lassen. Infolgedessen stehen die Waren je nach dem Verhältnis des Wertes des konstanten Kapitals zu dem der Arbeitslöhne (der „organischen Zusammensetzung des Kapitals") bald auf, bald über, bald unter ihren „Werten". Danach müßten die den Arbeitern in den einzelnen Produktionssphären abgepreßten Mehrwerte so lange von einer Sphäre in die andere strömen, bis die Profitraten ausgeglichen wären, bis alle Kapitalisten die „Durchschnittsprofitrate" bezögen. Nur unter dieser Voraussetzung ließe sich die Marxsche Variante der Ausbeutungstheorie halten, denn ihr zufolge erfolgt die Ausbeutung nicht auf dem Markte, nicht in der Zirkulationssphäre, sondern als erzwungene Mehrarbeit in den Einzelbetrieben.

Diese Voraussetzung ist aber unmöglich, denn der Mehrwert ist ja zunächst kein Geldpreis, sondern lediglich kristallisierte Arbeitszeit und vermag als solche nicht von einer Sphäre in die andere abzuströmen. Aber vor allem: In Wirklichkeit ist es nicht der Mehrwert, sondern es sind die Kapitalien selbst, die von einer Sphäre der Produktion in die andere so lange strömen, bis die Profitraten ausgeglichen sind. Das heißt nichts anderes, als daß von Hause aus das Güterangebot sich in einer solchen Menge auf die vorhandene Nachfrage einzustellen tendiert, daß in der Statik sich gerade der Preis ergibt, welcher den normalen „durchschnittlichen" Profit enthält. An dieser von Marx selbst ausdrücklich zugegebenen Tatsache scheitert seine Erklärung des Profits aus der Ausbeutung der Arbeiter in den Einzelbetrieben [1]).

Oppenheimer glaubt nun den Durchschnittsprofit erheblich einfacher und zwangloser erklären zu können, als Marx. Er verwirft, wie wir wissen, die Identifizierung des Beschaffungsgutes mit dem Kapital in volkswirtschaftlichem Sinne. Er erkennt als „Kapital" nur privatwirtschaftliches Kapital an, d. h. zinstragendes Vermögen und definiert dasselbe als nutzbaren Anteil am „gesellschaftlichen Monopolverhältnis", am „Klassenmonopol". Das Wesen des Klassenmonopols gipfelt nach seiner Lehre darin, daß der Monopoltribut nicht von Person zu Person, sondern von einer Klasse an die andere entrichtet wird. Dann müssen sich die Einzelgewinne gleichmäßig pro rata der Größe des Anteils an die Klassengenossen verteilen. Das Kapital ist die Aktie am Monopol, der Profit die „Dividende". „Kein Wunder, daß gleiche Anteile gleiche Profite abwerfen."

Das aber ist keine Erklärung, sondern eine Analogie und noch dazu eine solche, welche in dem wesentlichsten Punkte nicht zutreffend ist. Denn dem Klassenmonopol fehlt verglichen mit der Aktiengesellschaft dasjenige Moment, welches erforderlich ist, um das tertium comparationis, den Bezug gleicher Dividenden auf gleiche Anteile, zu begründen: Die Vergesellschaftung der Kapitalisten als Klasse. Denn der Profit ist ja gerade das Einkommen, welches der Kapitalist ohne Koalition mit seinen Klassengenossen erzielt. Wenn aber Oppenheimer sich darauf beruft, daß es die Konkurrenz sei, welche gleiche Profite auf gleiche Anteile schaffe, so ist das wiederum keine Erklärung sondern es ist das zu erklärende Phänomen. Wir wollen ja wissen, wieso es kommt, daß die Konkurrenz zur Ausgleichung der Profitrate führt, dieselbe Konkurrenz, die auf der anderen Seite dahin tendieren soll, daß die relativen Werte der Produkte sich proportional der auf die letzteren verwandten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit stellen. Es genügt daher nicht, den Mechanismus aufzuzeigen, der die Ausgleichung der Profitraten herbeiführt. Wir wollen vielmehr den tieferen Grund kennen lernen, der diesen Mechanismus auslöst.

Hätte Oppenheimer sich strikt an die rein ökonomische Variante seiner Lehre gehalten, so hätte er freilich eine ebenso einache, wie formal scheinbar zureichende Erklärung für die Ausgleichung der Profitrate zur Hand. Danach war der Profit der Ge-

[1]) Vgl. dazu Eduard Heimann im Arch. f. Soz.-Wissenschaft, Bd. 37, S. 777 ff.

winn an einem Verkaufsmonopol des Bodens. Die Anbieter des Bodens sind, obgleich der Boden unvermehrbar ist, da eine Koalition unter ihnen nicht stattfindet, in der Lage, miteinander konkurrieren zu müssen; sie stehen im Verhältnis der „beschränkten Konkurrenz" zueinander. Notwendige Konsequenz davon ist, daß die Monopolgewinne sich ausgleichen müssen; denn sie sind Preise für das gleiche Gut und zwar nicht nur Monopol- sondern auch Konkurrenzpreise, resultierend aus einer beschränkten Konkurrenz. Indessen diese Erklärung konnte und wollte Oppenheimer nicht geben. Denn er wäre dann nicht in der Lage gewesen, den statischen Profit seiner Höhe nach exakt abzuleiten. Der Profit ist für ihn ein Abzug vom natürlichen Arbeitslohn; er ist die Differenz zwischen dem statischen Arbeitslohn in der reinen Ökonomie und dem „Monopollohn" in der politischen Ökonomie. Danach müssen, um die Differenz finden zu können, Minuend und Subtrahend als feste Größen gegeben sein. Der Minuend (statischer Arbeitslohn) wäre gleich dem Werte des Produktes abzüglich der Selbstkosten, dessen Höhe abhängt von der zur Produktion erforderlichen (gesellschaftlich notwendigen) Arbeitszeit. Infolge der Ausgleichung der Profite aber steht der Produktwert bald höher, bald niedriger als der „natürliche Arbeitslohn". Der Minuend gerät ins Schwanken, und die Folge ist, daß, auch wenn der Subtrahend gegeben ist, die Differenz nicht mehr gefunden werden kann, da eine Gleichung mit zwei Unbekannten vorhanden ist.

Auch Oppenheimer ist es mithin nicht gelungen, den Widerspruch zwischen der Arbeitszeittheorie des Wertes und der erfahrungsgemäßen Ausgleichung der Profitrate in der Statik zu lösen. Die Erklärung, die er gibt, ist eine Scheinlösung. Für diejenigen aber, welche die Arbeitszeittheorie in dem Sinne, wie sie von den Anhängern der Ausbeutungstheorie gemeint ist, nicht anerkennen, ist die Lösung des Rätsels verhältnismäßig einfach. Der Profit ist der Preis für irgendein Gut, und da in der Statik die Preise für ein und dasselbe Gut die gleichen sind, so müssen auch die Profite ausgeglichen sein.

Es fragt sich dann einmal: Für welches Gut ist der Profit der Preis, und ferner, ist dieser Preis ein Monopol- oder ein Konkurrenzpreis? Zwei negative Antworten haben wir bereits gefunden: Erstens der Profit ist keinenfalls Monopolpreis des Bodens und zweitens, er ist keinenfalls ein Gewinn an einem künstlichen Monopol, denn es besteht keine Koalition derjenigen, welche ihn beziehen. Er kann mithin nur sein entweder Monopolpreis eines unvermehrbaren Gutes

oder reiner Konkurrenzpreis. Die weitere Untersuchung wird zu ergeben haben, welche dieser beiden Alternativen zutrifft.

VII.

Fassen wir das Ergebnis der seitherigen Untersuchung kurz zusammen:

Die Oppenheimersche Lehre, wonach der Profit entsteht als Folge einer Ausbeutung der Arbeiterklasse beruhend auf dem Bodenmonopol hat sich bereits jetzt als unhaltbar erwiesen. Diese Lehre wird von Oppenheimer in zwei Varianten vorgetragen: Die erste ursprüngliche Variante ist die, daß der Kapitalprofit der Monopolgewinn ist an einem Angebotsmonopole des Bodens als originärem Produktivgute, der „Bodenkraft", wie wir ihn nennen. Diese Bodenkraft ist an sich ein freies Gut, müßte mithin preislos sein, sie wird aber als Folge des Großgrundeigentums gegenüber der landlosen Arbeiterklasse „gesperrt", ihr Angebot wird derart künstlich beschränkt, daß die Arbeiter den Zugang zu ihr nur gegen Zahlung eines Monopolpreises erlangen. Und zwar wird dieser Preis als Profit für jeden Boden, auch den „Grenzboden" bezahlt. Der Arbeiter erlegt diesen Preis aus dem Werte seines Arbeitsproduktes, welcher die natürliche Entlohnung seiner Arbeit bildet. Er erhält mithin faktisch für seine Arbeit ein Entgeld, welches unter deren natürlichem Werte steht, den Monopollohn.

Diese Lehre ist widerlegt, sobald dargetan ist, daß Bodenkraft der Nachfrage nach ihr im Überfluß zur Verfügung steht, daß sie von Verschiedenheiten der Qualifikation abgesehen als solche auf dem Markte der originären Produktivkräfte ein freies Gut, mithin preislos ist. Denn dann kann der Profit nicht der Monopolpreis der Bodenkraft sein. Wir glauben, diesen Nachweis ausreichend erbracht zu haben.

Die zweite Variante der Oppenheimerschen Theorie erblickt im Bodenmonopol, welches nunmehr vollkommen identisch ist mit dem Privateigentum an größeren Bodenflächen, ein gesellschaftliches Monopolverhältnis, welches lediglich die Ursache der Entstehung und ständigen Reproduktion einer landlosen Arbeiterklasse und somit auch des Profites ist, während es „vermittelt" wird durch das gesellschaftliche Beschaffungsgut, das „volkswirtschaftliche" Kapital. Als Folge dieses Monopolverhältnisses beherrscht der Kapitalist die Nachfrage nach „Arbeit", d. h. er befindet sich im Besitze eines Einkaufsmonopols der Ware ‚Arbeit" und kann somit dieselbe unter

ihrem natürlichen Werte einkaufen. Der Abzug vom natürlichen Werte ist der Profit.

Wir glauben dargetan zu haben, daß die Konstruktion eines Einkaufsmonopols nicht geglückt ist. Ein Einkaufsmonopol bedarf als Korrelat eines Angebotsmonopols des Monopolisten und die Existenz eines solchen in dem Falle, um den es sich hier handelt, hat Oppenheimer nicht nachzuweisen vermocht. Die ganze Konstruktion aber ist ferner auch, wie wir sahen, deshalb verdächtig, weil ein Einkaufsmonopol an Sachgütern wenigstens, welche den Preis derselben unter ihren statischen Konkurrenzpreis herabdrückte, in der Statik nicht vorkommen kann. Mit dem Dahinfallen des Einkaufsmonopols ist aber der Faden zerrissen, der das Bodenmonopol in der zweiten Variante mit der Ökonomik verband. Es bleibt nichts übrig, als das nackte Gewalteigentum. Natürlich kann es niemandem verwehrt werden, ein solches mit dem Namen „Monopol" zu versehen [1]); nur glaube man dann nicht, dasselbe in eine ökonomische Kategorie eingeordnet zu haben.

Daraus folgt: Die Herleitung des Profits aus dem Bodenmonopol im Sinne der ersten Variante wäre formal einwandsfrei. Ein solches Bodenmonopol aber existiert nicht. Die Ableitung aus dem Bodenmonopol im Sinne der zweiten Variante aber scheitert schon an formalen Mängeln. Zunächst ist der Zusammenhang zwischen dem Bodenmonopol und der daraus angeblich resultierenden ökonomischen Kategorie des Einkaufsmonopols der Bodenbesitzer nicht dargetan, und sodann ist die Anwendung des Monopolbegriffes auf das Rechtverhältnis des Großeigentümers am Boden äußerst bedenklich.

Ich möchte an dieser Stelle, um jedes Mißverständnis auszuschließen, zwei denkbaren Einwänden Oppenheimers zuvorkommen, beide darauf beruhend, als habe ich seine Lehre nicht zutreffend dargestellt.

Der erste Einwand könnte der sein, er behaupte gar nicht, daß die Bodenkraft als Produktionsfaktor auf einem Monopolpreise stehe; denn er gebe ja zu, daß dieser Preis nicht zu Lasten der Konsumenten der Bodenprodukte gehe. Der Profit sei Abzug vom Lohn zu Lasten der Arbeiter als Produzenten, nicht Aufschlag auf den Preis zu Lasten der Konsumenten. Seine Lehre sei eine Monopollohn- nicht eine Monopolpreistheorie des Profits.

[1]) In diesem Sinne spricht übrigens auch Marx von einem Monopol der Kapitalisten, vgl. Theorie über den Mehrwert Bd. II 1, S. 260.

Ich erkenne vollkommen an, daß nach Oppenheimer der Profit nicht zu Lasten der Konsumenten geht; dennoch aber ist der Profit, wenn wir uns an die erste Variante seiner Theorie halten, bei ihm ein Monopolpreis. Nur zahlt diesen Preis nicht der Verbraucher sondern der Arbeiter auf Kosten seines natürlichen Lohnes. Und er zahlt ihn nicht auf dem Markte der Produkte, sondern auf dem Markte der originären Produktivkräfte, d. h. auf dem Markte, auf welchem diese Produktivkräfte angeboten werden und sich gegenseitig suchen, um sich zur Produktion miteinander kombinieren zu können. Wer über ein originäres Produktivgut verfügt, der muß, um konsumieren zu können, zunächst produzieren. Und um hierzu imstande zu sein, ist er genötigt, den Zugang zu den ihm zunächst nicht zu Gebote stehenden Produktivkräften zu erlangen. Der Besitzer des Produktivgutes Arbeit kann aber nach Oppenheimers Lehre den Zugang zur Bodenkraft nur dadurch erlangen, daß er deren Anbieter einen Teil seines natürlichen Lohnes als Monopolpreis abtritt.

Der zweite denkbare Einwand Oppenheimers könnte dahingehen, das Monopolgut sei für ihn nicht, wie ich behaupte, die Bodenkraft, sondern das Grundstück als abgegrenzter Teil der Bodenfläche. Indessen kann das kaum Oppenheimers Meinung sein. Es ist durchaus richtig, daß in vollbesetzten Ländern, in welchen sich der gesamte Grund und Boden im Privateigentum befindet, jedes Grundstück, welches auf dem Markt gelangt, einen Preis hat. Wert- und preislose Grundstücke sind keine Marktware. Indessen ist einmal die Marktpartei, welche Grundstücke zum Eigentum begehrt, nicht der Arbeiter als solcher, und ferner — und das ist das Wesentlichste — liegt in der Tatsache, daß Grundstücke überhaupt einen Preis haben und als wertvolles Gut auf den Markt kommen, nicht die Ursache der Entstehung des Profits, sie ist vielmehr eine Folge seines Vorhandenseins. Es erscheint nicht überflüssig, hierauf zum Schlusse noch etwas näher einzugehen. Wir tun dies zweckmäßig im Anschluß an ein dogmenhistorisches Mißverständnis, welches Oppenheimer widerfahren ist.

Oppenheimer beruft sich als Kronzeugen für die Herleitung des Profits aus dem Bodenmonopol auf „einen großen Kopf, der am allerersten Anfang unserer Wissenschaft — den Kapitalprofit aus dem Bodenmonopol abgeleitet" habe. Dieser große Kopf ist Turgot. Die Stelle, auf welche sich Oppenheimer beruft, befindet sich in § 10 der „Betrachtungen über die Bildung und die Verteilung des Reichtums" (reflexions sur la formation et la distru-

bition des richesses) und lautet in der Dorn-Waentigschen Übersetzung folgendermaßen [1]): „aber endlich fand jedes Stück Land seinen Herrn und jene, welche keinen Grundbesitz erwerben konnten, hatten zuerst keinen anderen Ausweg als den, ihrer Hände Arbeit an den Beschäftigungen [2]) der besoldeten Klasse gegen den Überfluß an Gütern der landbauenden Grundbesitzer einzutauschen". Diese Stelle wird von Oppenheimer dahin interpretiert, daß Turgot aus der Vollbesetzung des Bodens die Entstehung des Kapitalprofits in der Industrie habe ableiten wollen. Turgot fährt dann in § 11 fort: da das Land indessen dem Besitzer nicht allein seinen Unterhalt gewährte, nicht allein, wessen er bedurfte, um auf dem Tauschwege die Mittel zur Befriedigung seiner anderen Bedürfnisse zu erwerben [3]), sondern überdies noch einen beträchtlichen Überschuß abwarf, so konnte er damit Leute bezahlen, die seinen Boden bearbeiteten, und für Lohnarbeiter war es gleichgültig, ob sie Unterhalt in diesem oder jenem Berufe gewannen. Das Grundeigentum mußte sich also von der Bodenbearbeitung trennen, und tat es auch bald." Hat Oppenheimer Turgot richtig verstanden, dann geht die Turgotsche Erklärung des Profits erheblich weiter als Oppenheimers eigene Herleitung. Denn dann hat Turgot den industriellen Profit unmittelbar aus der Vollbesetzung des Bodens, dem „Bodenmonopol" abgeleitet und den Profit in der Urproduktion erst als Folgeerscheinung des industriellen Profits betrachtet; Oppenheimer hingegen leitet ja zunächst den landwirtschaftlichen Profit aus dem Bodenmonopol her und betrachtet den industriellen Profit als Folge des Profits in der Landwirtschaft.

Ich bin indessen der Meinung, daß Oppenheimer Turgot mißverstanden hat. Turgot hat nicht daran gedacht, den Kapitalprofit aus der Vollbesetzung des Bodens abzuleiten. Was er ableiten wollte, war die Entstehung der Arbeitsteilung zwischen Landwirtschaft und Gewerbe. Aus dieser Arbeitsteilung leitet er dann allerdings die Spaltung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Grund-

[1]) 2. Aufl., Jena, 1914, S. 45.

[2]) Oppenheimer zitiert: „Unter Leitung" was selbstverständlich einen anderen Sinn geben würde. Es ist mir leider bisher nicht gelungen, das französische Original einzusehen. Es handelt sich offenbar um eine mißverständliche Übersetzung des Wortes „employer" oder „emploi". Auf alle Fälle würde der ganze Turgotsche Gedankengang seinen Sinn verlieren, wenn er an dieser Stelle bereits an den industriellen Unternehmer gedacht hätte.

[3]) Die gesperrten von Oppenheimer weggelassenen Worte sind zum Verständnis des Zusammenhanges von größter Wichtigkeit.

eigentümer und Landarbeiter ab. Aber er tut dies mittels eines gedanklichen Zwischengliedes, auf welches Oppenheimer nicht ausreichend geachtet zu haben scheint.

Für diese Interpretation der zitierten Turgotschen Stellen spricht der ganze Aufbau seines Werkes. Turgot beginnt mit der Darstellung der Notwendigkeit der Arbeitsteilung und des Austausches. Zunächst tauschen nur die Bodenbesitzer untereinander (§ 3). Indessen liegt es in dem Interesse einer gesteigerten Produktivität der Arbeit, wenn die Stoffveredlung sich vollständig von dem Ackerbau loslöst (§ 4). Der Landmann, der das Nahrungsbedürfnis, mithin das notwendigste und unentbehrlichste aller Bedürfnisse befriedigen kann und muß, steht dem Gewerbetreibenden gegenüber unabhängiger da, als dieser ihm gegenüber, weil er die Produkte des Gewerbetreibenden leichter entbehren kann, als dieser die seinigen (§ 5): Aber er hat noch einen anderen weit erheblicheren Vorteil vor dem Gewerbetreibenden. Der letztere ist einfacher Handwerker. Er ist der „Besoldete" (stipendié) der Landleute. Sein Lohn wird durch die Konkurrenz auf den notwendigen Unterhalt herabgedrückt (§ 6). Ganz anders der Landmann. Ihm gewährt die Natur über den notwendigen Unterhalt hinaus ein „reines Geschenk", beruhend auf der Fruchtbarkeit des Bodens. „Er ist der Einzige, dessen Arbeit noch über den Arbeitslohn hinaus einen Ertrag abwirft. Er ist also die alleinige Quelle des Reichtums (§ 7). Die Folge von alledem ist, daß die Gesellschaft sich zunächst in zwei Klassen spaltet, in eine produktive (Die Landleute), und in eine besoldete (von anderen Physiokraten auch sterile Klasse genannt), die Gewerbetreibenden (§ 8).

Es ist wohl zu beachten, daß für Turgot bis hierher das einzige Kriterium der Klassenspaltung die Ergiebigkeit der Arbeit ist und nichts anderes.

Nun aber drängen sich Turgot zwei Fragen auf. Ist die Ergiebigkeit der Arbeit für die eine Klasse geringer als für die andere, so fragt es sich, aus welchem Grunde sich Wirtschaftssubjekte finden, die bereit sind, die weniger ergiebige Arbeit zu verrichten? Auf diese Frage gibt zunächst § 10 die Antwort. Die Vollbesetzung des Bodens zwingt die Nachkommenden, die keinen Boden mehr finden, sich der unergiebigen Arbeit der Stoffveredlung zuzuwenden, die dem Werte der Rohstoffe nichts weiter zusetzt als den Wert der Unterhaltsmittel des Gewerbetreibenden, mithin ihm gewissermaßen nur die Selbstkosten ersetzt. Eine weitere Beantwortung aber erheischt die Frage, wie sich die Spaltung zwischen Grund-

besitzer und Arbeiter in der Landwirtschaft, der classe productive, erkläre. Die Antwort lautet in § 11 dahin, daß diese Spaltung nichts ist als die Folge der Sterilität in der Stoffveredlung. Denn wenn schon der Gewerbetreibende nichts zu verdienen vermochte als seinen notwendigen Unterhalt, dann stand er sich nicht schlechter, wenn er sich für denselben bei einem Bodeneigentümer verdingte, dem seinerseits dann der Genuß des pur don de la nature, des produit net vorbehalten blieb. Wir erkennen somit, daß bei Turgot von einer Ausbeutung der Industriellen Arbeiterklasse keine Rede sein kann, nicht ein Abzug vom natürlichen Arbeitslohn, mag derselbe gerechtfertigt sein oder nicht, ist die Ursache des geringen Einkommens der Arbeiter, sondern die natürliche Unergiebigkeit der gewerblichen Arbeit. Die Vollbesetzung des Bodens ist zwar die Ursache, welche eine Arbeitsteilung zwischen Landarbeiter und Gewerbetreibenden erzwang, aber keinesfalls die Ursache des Profits. Wären beide Erwerbszweige von gleicher Ergiebigkeit, so hätte es nach Turgot eine Arbeiterklasse weder in Landwirtschaft noch in der Industrie gegeben.

Auf den Profit kommt Turgot erst in der Mitte seines Werkes zu sprechen. Jede produktive nicht okkupatorische Arbeit im Landbau oder in der Industrie hat Vorschüsse an beweglichen Gütern nötig (§ 52). Diese wurden im Anfang der Kultur von der noch unbebauten Erde geliefert (§ 53), so Saatgut und Vieh, aber auch Sklaven (§§ 54, 55). Diese Vorschüsse an „Mobiliarbesitz" haben einen Tauschwert, wie das Land selbst (§ 56), können mithin gegen Grundstücke ausgetauscht werden (§ 57). Die Entstehung des Metallgeldes als allgemeines Tauschmittel ermöglicht es, solche Vorschüsse in Dauerform anzuhäufen und aufzubewahren (§ 58).[1]) Die in Geld aufgehäuften Vorschüsse sind bei Turgot das „Kapital". Jedes solches Geldkapital kann zum Ankauf von Grundstücken verwandt werden, ist mithin das Wertäquivalent eines Grundstückes, und da die Grundstücke Quelle eines dauernden Reinertrags sind, so muß auch ihr Wertäquivalent die Quelle eines solchen sein (§ 60). Nun werden aber solche Kapitalien nicht ausschließlich für den Ankauf von Grundstücken verwandt. Sie können in der Industrie (§ 60), in der Landwirtschaft (§ 62), im Handel (§§ 66, 67) und endlich als Leihkapital angelegt werden (§§ 70, 71). Da der Kapitalist zwischen diesen verschiedenen Verwendungen die Wahl hat, so muß

[1]) Ein äußerst fruchtbarer, leider in der späteren Theorie des Kapitals viel zu wenig vernachlässigter Gesichtspunkt.

jede derselben ihm über den Wert des angelegten Kapitals hinaus einen Reinertrag an Wert liefern, den Profit. Erst die Existenz des Profits als eines besonderen Einkommenszweigs ermöglicht dann die Spaltung in Unternehmer und Arbeiter sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft. Die einzige Erklärung des Profits, die Turgot gibt, beruht somit, wie Böhm-Bawerk ganz richtig erkannt hat, auf der Möglichkeit, einen aufgespeicherten Wert- bzw. Geldbetrag gegen ein fruchttragendes Grundstück eintauschen zu können. Die Höhe des Profits resultiert dann aus dem Angebot solcher Wertbeträge einerseits und dem Angehot von Grundstücken andererseits (§ 57).

Der Haupteinwand, der gegen diese Herleitung gemacht werden muß, scheint mir von Böhm-Bawerk durchaus zutreffend erhoben worden zu sein. Die Turgotsche Profiterklärung ist eine Zirkelerklärung, richtiger vielleicht noch eine Verwechslung von Ursache und Wirkung. Der Profit entsteht nicht als Folge davon, daß gegen ein Kapital ein Grundstück ausgetauscht werden kann, sondern weil es einen Kapitalprofit gibt, werden Grundstücke, „Bündel" (Schumpeter) von Bodenkräften, welche Quelle eines Wertreinertrages sein können als veräußerliche Güter auf den Markt gebracht. Und zwar ist nicht etwa die Höhe des Profits die einen solchen Austausch bewirkende Ursache, sondern das Vorhandensein desselben. Keinem Bodeneigentümer würde der Gedanke kommen, ein Grundstück zu veräußern, wenn das Äquivalent, welches er dafür erhält, nicht gleichfalls Quelle eines dauernden Reinertrages wäre.

Oppenheimer meint, Turgot habe einen Kreisprozeß beschreiben wollen. Er habe die wahre Ursache des Profits nicht in der Austauschmöglichkeit von Grundstücken gegen Kapitalien, sondern in dem pur don de la nature erblickt. Aber damit macht sich Oppenheimer der Verwechslung schuldig, die er in anderem Zusammenhange so häufig und so berechtigterweise rügt. Für Turgot ist das produit net die „Bedingung" des Profits, d. h. die notwendige Voraussetzung, daß ein Profit realisiert werden kann. Es liefert das sachliche Substrat nicht nur des landwirtschaftlichen, sondern auch des industriellen Profits. Ursache des Profits aber ist bei Turgot in der Tat lediglich die Möglichkeit, eine Kapitalsumme gegen ein Grundstück zu vertauschen.

Ebenso wie die Existenz des Profits nicht die Folge, sondern die Ursache dieser Möglichkeit ist, ebenso ist freilich die Höhe des Profits nicht die Wirkung der Gestaltung von Angebot und Nachfrage auf dem Grundstückmarkte, sondern umgekehrt ist diese Markt-

konstellation geradezu eine Funktion der Höhe des Profits. Es müssen in der Statik die Grundstückpreise gerade diejenige Höhe erreichen, bei der Käufer und Verkäufer den statischen Profit beziehen.

Wir erkennen mithin: Nicht weil die Grundstücke einen Preis haben, entsteht Profit, sondern die Grundstücke haben einen Preis und werden zur Marktware, weil es einen Profit gibt. Damit ist auch der zweite mögliche Einwand Oppenheimers, den er gegen unsere Darstellung seiner Lehre erheben könnte, beseitigt. Vielleicht könnte uns Oppenheimer noch eins entgegenhalten: Habe Turgot schon nicht die Entstehung des Profits aus dem Bodenmonopol hergeleitet, so doch den Bezug desselben durch den Grundeigentümer und als Folge davon auch durch den Kapitalisten. Das aber und nicht die Entstehung des Profits sei das Problem, auf welches es ankomme.

Es wird auf diese letztere Betrachtung am Schlusse dieser Untersuchung noch ausführlich eingegangen werden. Es sei indessen schon hier vorgreifend betont, daß sie irrig ist. Sicherlich ist das Problem der Aneignung eines Einkommenszweiges, die Frage, wer ihn bezieht, keineswegs bedeutungslos, sondern von großer Tragweite. Aber vor diesem Problem steht das bei weitem wichtigere des Wesens und der Entstehung dieses Einkommenszweiges. Erst wenn dieses Problem gelöst ist, sehen wir uns in die Lage versetzt, die Tragweite des Bezugs durch bestimmte Personen oder Personenklassen zu erkennen oder zu werten.

Es bleibt somit dabei, daß uns vorerst die Frage gestellt ist: Was ist der Profit und wie entsteht er als selbständiger in seiner Proportion zum Kapitalwert in allen Produktionssphären in der Statik ausgeglichener Einkommenszweig?

Eine Antwort haben wir bereits geben können: Der Profit muß ein Preis sein. Aber daran schließen sich sofort zwei weitere Fragen an, erstens ein Preis für was? und zweitens, was für ein Preis?

II. Kapitel.

Der Profit als Preis des „Kapitals".

I.

Wenn Profit entstehen und dauernd sich erhalten soll, müssen zwei Erfordernisse erfüllt sein. Zunächst muß ein Mehrwert vor-

handen sein, d. h. ein Überschuß an Wert über den Wert, der in der Produktion verwandten Arbeit und Sachgüter hinaus. Und ferner muß dieser Mehrwert sich realisieren in einem physischen Mehrprodukt, d. h. das Produkt muß an Quantität oder Qualität einen höheren Ertrag an Genußgütern ergeben als in Form der Vergütung der zu ihrer Erzeugung aufgewandten Arbeit verzehrt worden sind. Und zwar kommt dabei naturgemäß nicht nur die unmittelbar für die Herstellung des genußreifen Produkts aufgewandte Arbeit in Betracht, sondern auch die mittelbare, d. h. die auf Herstellung des Beschaffungsgutes verwandte „Arbeit". Würde sich der Mehrwert nicht in einem Mehrprodukt realisieren, dann hätten diejenigen, welche den Profit beziehen, keinen Nutzen von demselben; sie müßten als Konsumenten hergeben, was sie als Produzenten gewonnen hätten.

Der selbständige Güterproduzent bezeichnet den in der Produktion aufgewandten Wert, seine „Selbstkosten", als sein „Kapital", auf welches er den Profit nach dem Verhältnis des Wertes desselben zu dem Werte des Kapitals verrechnet. Der Profit erscheint von seinem Standpunkte aus gesehen als Reinertrag des Kapitals, um dessentwillen die Produktion unternommen, das Kapital in ihr investiert wird. Die Wissenschaft indessen war sich von Hause aus darüber klar, daß damit keine Erklärung des Profits, sondern nur eine Beschreibung des tatsächlichen Sachverhalts gegeben sei[1]). Wollte man den Profit erklären, so war es erforderlich, einen Kausalnexus aufzufinden, einmal zwischen dem Werte des Kapitals und dem Mehrwert des Profits und ferner zwischen dem naturalen Substrat des Kapitals und dem physischen Mehrprodukt, in welchem der Profit sich realisiert.

Die Erklärung, welche die Ausbeutungstheorie gibt, besitzt — darüber kann kein Streit herrschen — den Vorzug verhältnismäßiger Einfachheit. Der unselbständige Arbeiter wird infolge eines gesellschaftlichen Machtverhältnisses, dem er seiner Besitzlosigkeit wegen unterworfen ist, gezwungen, einen Teil seines Arbeitsproduktes an den Arbeitgeber, der allein sich im Besitze sämtlicher sachlicher Produktionsmittel befindet, unentgeltlich abzutreten. Damit war zunächst das Mehrprodukt zwanglos erklärt. Und ebenso verhältnismäßig einfach ergab sich der Mehrwert aus der für jede Form der Ausbeutungstheorie, sofern sie überhaupt beanspruchte, eine ökono-

[1]) Daraus erhellt, welch einen „Fortschritt" es bedeutet, wenn man das Kapital als „Veranschlagung der Kostengüter in Geld als Mittel zur Feststellung des Geldertrages" definiert, und damit glaubt, das Problem des Kapitalprofits gelöst zu haben.

nische Theorie zu sein, notwendigen Prämisse, daß die Arbeit alleinige Substanz des „autogenen" Wertes, d. h. des durch Machtverhältnisse unbeeinflußten Wertes sei. Danach kann, soweit Machtverhältnisse nicht in Frage kommen, nur die Arbeit Wert bilden und die Höhe des Wertes bemißt sich nach der Höhe des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes, gemessen an der Arbeitszeit. Der Arbeiter muß über die Zeit hinaus arbeiten, welche erforderlich ist, um den Wert des Lohnes, den er empfängt, zu bilden. Daher der Mehrwert, den der Arbeitgeber in seine Tasche steckt. Von selbst ergab sich daraus die Identifikation des Kapitals mit den geschilderten sozialen Machtverhältnissen und seine Definition als ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen, der Person des ausbeutenden Arbeitgebers und der des ausgebeuteten Arbeiters. Der Kausalnexus zwischen Kapital und Profit schien gefunden.

Ein soziales Kapitalverhältnis in dem Sinne, daß eine Minderheit der Wirtschaftssubjekte sich im Besitze von sachlichen Produktivgütern befindet, während die große Mehrzahl derselben solche nicht besitzt und infolgedessen gezwungen ist, ihre „Arbeit" auf dem Markte zu verkaufen, besteht in unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zweifelsohne. Damit ist indessen nicht gesagt, daß die Identifikation dieses rein sozialen Verhältnisses mit dem Kapital zutreffend ist, denn ohne kausale Zwischenglieder kann ein gesellschaftliches Verhältnis bei genauerer Betrachtung weder einen Mehrwert noch ein Mehrprodukt im Gefolge haben.

Einen Mehrwert nicht; denn es ist in der freien Austauschgesellschaft nicht denkbar, daß auf die Dauer und im Durchschnitt eine ganze Klasse von Menschen Werte zu Markte bringen soll, ohne das volle Äquivalent dafür zu erhalten. Was zur Zeit der Sklaverei möglich war, ist es nicht ohne weiteres in einer Gesellschaft des freien Austausches. Wer daher eine solche Behauptung aufstellt, der ist genötigt per exclusionem den Beweis dafür anzutreten, daß der ausgebeutete Arbeiter für die „Mehrarbeit", die er leistet, ein Äquivalent nicht erhält. Das schwerste theoretische Gebrechen der Marxschen Wert- und Mehrwertslehre liegt, wie wir schon sahen, darin, daß bei ihm der Mehrwert als ökonomische Kategorie vollkommen in der Luft schwebt.

Es war daher ein durchaus gesunder Gedanke Oppenheimers, daß er, wenn er schon an der Ausbeutungstheorie festhalten wollte, den Versuch machte, diesen Mehrwert in eine ökonomische Kategorie einzuordnen, und da lag es von vornherein nahe, ihn als Preis eines Monopolgutes aufzufassen. Freilich ist seine Theorie im Grunde

keine Mehr-, sondern eine Minderwerttheorie. Wie jeder Kontrahent, der auf dem Markte ein Monopolgut gegen die von ihm angebotene nicht monopolisierte Ware eintauscht, erhält auch der Arbeiter von dem Monopolisten einen Minderwert vergütet, während der Monopolist den Mehrwert einsteckt. Der Minderwert ist der statische Arbeitslohn der „politischen Ökonomie", der Mehrwert der Profit als Abzug vom statischen Arbeitslohn der „reinen Ökonomie". Indessen wie wir jetzt bereits wissen, hat Oppenheimer mindestens insoweit geirrt, als er das Monopolgut, dessen Preis der Profit sein soll, im Boden zu erblicken glaubte. Damit ist natürlich noch keineswegs ausgeschlossen, daß der Profit nicht der Preis eines anderen, unter einem Monopol stehenden originären Produktivgutes sein könnte.

So wenig wie der Mehrwert resultiert nun aber ohne weiteres ein physisches Mehrprodukt aus einem sozialen Machtverhältnis. Nehmen wir einmal an, es sei auch heute noch möglich, auf den Arbeiter einen physischen Zwang dahin auszuüben, daß er bis zur äußersten Erschöpfung seiner Kräfte Arbeit leistet, so kann dann ein solches Mehrprodukt nicht entstehen, wenn die ganze Arbeitszeit eben nur hinreichen würde, um den notdürftigsten Lebensunterhalt zu erzeugen. Dann würde kein soziales Machtverhältnis imstande sein, dem Arbeitgeber einen Profit zu verschaffen. Daraus folgt, daß die Sachen, über welche der Arbeitgeber verfügt, befähigt sein müssen, ein Mehrprodukt über den notwendigen Unterhalt des Arbeiters hinaus zu verschaffen. Marx sowohl wie Oppenheimer betonen denn auch, daß das Kapitalverhältnis zwischen Personen zwar bestehe, durch Sachen aber „vermittelt" werde.

Steht aber einmal fest, daß zwischen Kapitalverhältnis und Mehrprodukt nur ein indirekter, zwischen jenen Sachgütern aber und dem Mehrprodukt ein direkter Kausalzusammenhang besteht, dann muß sich der Gedanke aufdrängen, das Kapital nicht mit der indirekten, sondern mit der direkten Ursache dieses Mehrprodukts zu identifizieren. Der Gedanke lag um so näher, als dieses Mehrprodukt, wie niemand bestreiten kann, zwar ohne die Existenz des Kapitalverhältnisses, aber nicht ohne die Existenz jener sachlichen Produktivgüter erzielt werden konnte. Diese Produktivgüter sind „das Beschaffungsgut" im weitesten Sinne des Wortes, mithin alle infolge eines Zusammenwirkens von Arbeit und Bodenkräften erzeugten Güter, welche nicht dem sofortigen Konsum dienen, sondern nur dazu verhelfen, Genußgüter in größerer Menge oder besserer Quali-

tät als es ohne sie möglich wäre, zu erzeugen und auf den Markt zu bringen.

Indessen erheben sich bei näherem Zusehen auch gegen die Identifizierung dieser Güter mit dem Kapital erhebliche Bedenken. Zunächst ist mit jenen Gütern keineswegs alles dasjenige erschöpft, was der Produzent unter seinem Kapital versteht. Es fehlen vor allen Dingen die Arbeitslöhne, die jeder Arbeitgeber zu seinem Kapital rechnet. Diese Schwierigkeit hat man dadurch Herr zu werden gesucht, daß man zwischen Kapital im „volkswirtschaftlichem Sinne" und „privatwirtschaftlichem Kapital" unterschied. In die erstere Kategorie rechnet man das Beschaffungsgut, in die zweite alle beweglichen Sachgüter, welche für die Einzelwirtschaft Quelle eines Einkommens sind. Indessen diese Scheidung ist eine wenig glückliche und gibt Anlaß zu einer ganzen Reihe von Mißverständnissen, wie es nicht anders sein kann, wenn man völlig heterogene Dinge unter einen einheitlichen Begriff zusammenzufassen sucht. Ganz besonders verwerflich ist eine solche Zusammenfassung dann, wenn es sich wie beim Kapital, um einen Begriff handelt, aus dem dann Schlußfolgerungen von der allergrößten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Tragweite gezogen werden.

Aber das ist noch nicht einmal das Entscheidende. Läge weiter kein Bedenken vor, so könnte man sich vielleicht mit jener Zweiteilung des Kapitalbegriffes und mit der Identifizierung von Beschaffungsgut und volkswirtschaftlichem Kapital, als mit einer zwar leidigen, aber vielleicht als Folge eines fehlerhaften, populären Sprachgebrauches unvermeidlichen Tatsache abfinden. Weit wesentlicher ist, daß ein offensichtlicher Kausalnexus zwar vorhanden ist zwischen Beschaffungsgut und physischem Mehrprodukt, daß er aber fehlt zwischen Beschaffungsgut und Mehrwert. Und mit dieser Tatsache sollte die Identifizierung von Kapital und Beschaffungsgut erledigt sein. Denn welchen Nutzen soll es haben, den einheitlichen Begriff des Kapitals in zwei wesensverschiedene Kategorien auseinanderzureißen, wenn dadurch eine schlüssige Erklärung des Profits in seiner zwiefachen notwendigen Gestalt als Mehrprodukt und als Mehrwert nicht erzielt werden kann? Es wäre nur eine Erklärung des Mehrwerts auf diesem Wege denkbar: wenn sich nachweisen ließe, daß der Kapitalist das Beschaffungsgut dem Arbeiter gegenüber monopolisierte. Aber das trifft, wie bisher wohl allgemein anerkannt worden ist, nicht zu. Die Beschaffungsgüter sind beliebig vermehrbar und eine Koalition derjenigen, welche sie den Arbeitern anbieten, besteht nicht notwendigerweise und vor allem: Der Profit wird auch ohne eine solche erzielt.

Somit erkennen wir: Weder die Definition des Kapitals als eines gesellschaftlichen Verhältnisses, noch die angebliche Identität des Beschaffungsgutes mit dem Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne vermögen zu befriedigen. Beiden Definitionen fehlt der zwingende Kausalzusammenhang zum Profit, der, wie uns die Erfahrung tagtäglich lehrt, vorhanden sein muß. Nach der einen Definition wäre das Kapital eine rein gesellschaftliche, nach der anderen eine rein technische Kategorie. Der Profit aber ist ein Preis. Das bedeutet, er muß das Entgeld eines wirtschaftlichen Gutes sein. Er ist ferner ein Preis, der sich als Bestandteil der Preise aller produzierten Sachgüter vorfindet. Daraus folgt: Er muß der Preis eines Produktivgutes sein. Er erscheint ferner als ein Überschuß an Wert über den Wert der in der Produktion verwandten Güter hinaus. Er kann mithin nicht an diesen Gütern hängen. Und endlich, er realisiert sich in einem Mehrprodukt an Genußgütern über die während des Produktionsprozesses verzehrten Genußgütermengen hinaus. Das besagt: Zwischen dem Produktivgut, dessen Preis der Profit ist, und jenem Mehrprodukt muß ein notwendiger Kausalnexus bestehen.

Dieses Produktivgut gilt es jetzt zu finden.

II.

Jeder Gütererzeugung, die nicht rein okkupatorisch ist — nennen wir sie produktive Gütererzeugung — sind zwei Momente charakteristisch. Sie kann zunächst erfolgen nur mit Hilfe anderweiter Güter, welche selbst nicht dem Konsum, sondern der Produktion dienen: dem gesellschaftlichen Beschaffungsgute. Mittels dieses Beschaffungsgutes wird der Ertrag an Gütern quantitativ oder qualitativ über dasjenige Maß hinaus gesteigert, welches bei rein okkupatorischer Aneignung der Güter hätte erzielt werden können. Sodann pflegt in der großen Mehrzahl der Fälle zwischen dem Einsatz der originären Produktivkräfte Arbeit und Boden und der Konsumreife der Genußgüter ein bald längerer, bald kürzerer Zeitraum zu verstreichen, währenddessen der Produzent genötigt ist, auf das endgültige Resultat der Produktion zu warten. Der Produzent aber muß während dieses Zeitintervalles über Konsumgüter verfügen können, um zu leben. Verfügt er über dieselben nicht, so wäre er rettungslos dem Untergange verfallen. Ein primitiver isolierter Wirt ist vielleicht in der Lage, seinen Arbeitstag zwischen der Herstellung von Beschaffungs-

gut und dem okkupatorischen Sammeln von Konsumgütern zu verweilen, sofern er nicht seine ganze verfügbare Arbeitszeit dazu brauchen muß, um seinen notdürftigsten Bedarf zu decken. Reicht aber der Arbeitstag für einen verhältnismäßig reichlichen Konsum aus und zieht es unser isolierter Wirt — nennen wir ihn Robinson — trotzdem vor, sich mit einem dürftigen Unterhalt zu begnügen und einen Teil des Tages im Interesse eines künftigen Mehrertrages auf die Herstellung von Produktionswerkzeugen oder die Extrahierung und Verarbeitung von Rohstoffen zu verwenden, dann ist bereits ein Tatbestand vorhanden, den man als primitivste Form der Kapitalbildung bezeichnen kann. Denn Robinson entzieht Arbeitszeit, die er für den sofortigen Konsum hätte verwenden können einem solchen, um in der Zukunft mehr konsumieren zu können. Er bringt dabei ein zweifaches Opfer. Zunächst opfert er Arbeitszeit in dem gleichen Sinne, wie er sie opferte, wenn er seine Zeit auf die Erlangung eines Konsumgutes an Stelle eines anderen verwenden würde, wenn er beispielsweise Brennholz sammelte, um sich zu erwärmen, statt Früchte zu pflücken. Aber er opfert mehr: Indem er seine Arbeitszeit dazu verwendet, anstatt Konsumgüter zu okkupieren, Produktionsmittel herzustellen, verzichtet er nicht nur auf den sofortigen Konsum des einen oder anderen Gutes, sondern auf den sofortigen Konsum überhaupt. Dieses Opfer ist zunächst ein rein physisches. Robinson sättigt oder erwärmt sich nicht in dem Grade als er es vermöchte. Aber dieses Opfer wird dadurch zu einem wirtschaftlichen, daß er über seinen Arbeitstag zu diesem Zwecke nicht unbeschränkt verfügen kann. Er ist gezwungen, einen Teil des Tages für seinen sofortigen Konsum zu verwenden. Die Möglichkeit einer Enthaltung vom gegenwärtigen Konsum im Interesse eines künftigen Mehrertrags steht ihm nicht im Überfluß zur Verfügung. Und zwar ist — das ist das Wesentliche — die Arbeitszeit, die er in der Produktion binden kann, beschränkter als diejenige, die ihm für den gegenwärtigen Konsum zur Verfügung steht. Er kann, wenn er will, für den gegenwärtigen Konsum seinen ganzen Arbeitstag verwenden. Aber er kann dies niemals für die Herstellung von Beschaffungsgütern. Jeder Aufwand an Arbeit ist nun in der Statik wertbildend, d. h. in seinem Resultat ist Wert enthalten. Indem Robinson Arbeitsaufwand dem gegenwärtigen Konsum entzieht, entzieht er demselben Wert. Dieser Wert ist enthalten in den produzierten Werkzeugen, und er wird quantitativ um so höher sein, je mehr Arbeit auf ihre Herstellung hat verwandt werden müssen. Aber neben diesem Wert erwächst noch ein weiterer Wert, der Wert des

zeitlichen Konsumentganges, der so lange zunehmen muß, bis der Wirt in den Besitz des genußreifen Endproduktes gelangt ist.

Selbst bei dieser rudimentärsten Form der Kapitalbildung, in der einfachen Verausgabung von Arbeitsaufwand für nicht konsumtive Zwecke können wir deutlich Wert und Mehrwert, Kapitalwert und Kapitalprofit erkennen. Nur treten sie nicht objektiv in die Erscheinung; sie sind hier, wo es sich um reine Personalökonomik handelt, lediglich subjektive Intensitätsgrößen.

Sollte es Robinson vorziehen, zunächst eine Zeitlang Konsumgüter aufzuspeichern, um dann seine Arbeitszeit ununterbrochen der Umwegproduktion zuwenden zu können, so gilt das gleiche. Auch in diesem Falle wird Arbeitsaufwand zunächst dem Konsum entzogen, damit in der Zukunft ein reicherer Ertrag erzielt werden kann. Auch dann entsteht Wert zunächst infolge von Arbeit, welche auf die aufgespeicherten Genußgüter verwandt worden ist. Und auch dann tritt zu diesem Wert notwendigerweise der Mehrwert für die zeitliche Beschränkung des sofortigen Konsumes, da eine solche in erheblich geringerem Umfange möglich ist als an Zeit für den ersteren zur Verfügung gestanden hätte. In dem Maße als die aufgespeicherten Güter während der Dauer der Umwegproduktion verzehrt werden, geht ihr Wert zunächst in den Wert der Produktionsmittel und dann in den Wert des Produktes ein. Aber zu diesem Wert tritt bereits der Mehrwert, der zunimmt entsprechend der Zeitdauer, welche zwischen der Aufspeicherung der Genußgüter und ihrem Verzehr verstreicht.

So vermögen wir denn schon in der isolierten Wirtschaft den Kern und das innerste Wesen der Bildung von Kapital zu erkennen. Um ein reichlicheres Produkt in der Zukunft zu gewinnen, wird Arbeitsaufwand dem gegenwärtigen Konsum entzogen, in der Produktion gebunden. Da das Ergebnis von Arbeitsaufwand stets Wert sein muß, so können wir auch sagen, es wird Güterwert dem sofortigen Verkehr entzogen und zeitlich in der Produktion gebunden. Diese Bindung erfordert einen Willensakt, der streng zu scheiden ist von dem Willen zu arbeiten und als Ausfluß dieses Willensaktes eine Handlung, eben den Akt der Bindung bestimmter Güter, damit der auf sie verwandten Arbeitsmenge und als deren Resultat des in ihnen steckenden Wertes in der Produktion. Den Akt der Bindung bezeichnen wir als „produktives Sparen“ oder „Akkumulation“, den in der Produktion gebundenen Güterwert als „Kapital“. Die Bildung des Kapitals erfolgt somit auf dem Wege der Akkumulation.

Wie vollzieht sich der Akkumulationsvorgang in der arbeits-

teiligen Wirtschaftsgesellschaft? Stellen wir uns zunächst den kommunistischen Zukunftsstaat vor, weil dort die Dinge verhältnismäßig am einfachsten liegen würden. Die Zentrale, welche dort die Produktion zu regeln hat, muß einen Teil der verfügbaren „Arbeit" der Erzeugung von Beschaffungsgütern zuwenden, während wiederum ein Teil der auf die Herstellung von Konsumgütern verwandten Arbeit dazu dienen muß, den Produzenten dieser Beschaffungsgüter während ihrer Produktion die Subsistenz zu gewähren. Die Konsumgüterproduzenten müssen mithin über ein Überschußprodukt verfügen können, damit auf Umwegen produziert werden kann. Von der jeweiligen Größe dieses Überschußproduktes wird es einmal abhängen, wieviel Arbeit in einer gegebenen Zeiteinheit auf die Umwegproduktion verwandt werden kann und sodann, wielange das Zeitintervall sein kann, welches zwischen dem Einsatze der originären Produktivkräfte und der Vollendung des genußreifen Produkts verstreichen darf. Selbstredend ist auch in einer solchen Wirtschaftsgesellschaft die Möglichkeit, ein Überschußprodukt über den eigenen Konsum zu erzielen, nur beschränkt vorhanden und infolgedessen ist auch die Möglichkeit, auf Umwegen zu produzieren, durch die Erfordernisse des gegenwärtigen Konsums eingeschränkt. Die Leiter der kommunistischen Gesellschaft müssen daher dieses akkumulierte Überschußprodukt höher bewerten, als die auf dasselbe verwandte „Arbeit", denn diese letztere hätte ja in gleichem Umfange der Ausdehnung des gegenwärtigen Konsums und infolgedessen in größerem Umfange dem gegenwärtigen Konsum überhaupt zur Verfügung gestanden. Fraglich könnte nun sein, was denn akkumuliert wird, die überschüssigen Konsumgüter, welche zum Unterhalt der Hersteller der Beschaffungsgüter während der Produktion dienen, oder diese Beschaffungsgüter selbst. Gehen wir von der hier freilich schon nicht mehr völlig zutreffenden Annahme aus, die wir vorläufig zum Zwecke der Vereinfachung und besseren Veranschaulichung aufrecht erhalten können, daß gleiche Arbeitsaufwände gleiche Werte erzeugen, und nehmen wir weiter an, daß in unserer Gesellschaft alle Arbeiter gleich lange arbeiten, so werden wir die Frage dahin beantworten können, daß von dem Arbeitsaufwand jedes Produzenten diejenige Menge und als deren Resultat derjenige Wert akkumuliert wird, der die Arbeitszeit übersteigt, welche zur Herstellung der dem gegenwärtigen Eigenkonsum des Produzenten dienenden Güter erforderlich war. Dies ist der Wert, der vorläufig nicht konsumiert wird, sondern in der Produktion gebunden bleibt, mit anderen Worten: der akkumulierte, Kapital gewordene Wert.... Er ist zu-

gleich der Teil des Wertertrages der Arbeit, der auch in der kommunistischen Gesellschaft dem Arbeiter unter allen Umständen entzogen werden muß, in welcher Form dies auch immer geschehen mag.

Indessen ergibt sich dabei noch eine erhebliche Unzuträglichkeit. Der Produzent des Beschaffungsgutes muß schon bei Beginn der Produktion, um produzieren zu können, über fertige Genußgüter verfügen. Der Produzent der Subsistenzmittel aber vermag in demjenigen Zeitabschnitte, in dem er für seinen eigenen Unterhalt zu sorgen hat, nicht Überschüsse für den Unterhalt anderer herzustellen. Es müssen mithin die Konsumgüterüberschüsse, welche dem Produzenten des Beschaffungsgutes zufließen, bereits während der Produktion dieser letzteren in genußreifem Zustande vorhanden sein. Sie können daher nicht dem gleichen Zeitabschnitte entstammen, währenddessen die Produktion erfolgt, sondern müssen aus einer früheren Zeit herrühren. Daraus ergibt sich, daß der akkumulierte Kapitalwert stets in Gütervorräten verkörpert sein muß, die aus einer vergangenen Produktionszeit herstammen, während das in dem gegenwärtigen Zeitabschnitte akkumulierte Kapital der Verwendung für die nächstfolgende Zeitperiode vorbehalten bleibt.

Wir wenden uns nunmehr unserer Wirtschaftsgesellschaft, der Gesellschaft der arbeitsteiligen Tauschwirtschaft zu. In dieser gibt es keine Zentrale, welche die Akkumulation zu erzwingen in der Lage wäre. Dieselbe erfolgt vielmehr aus dem freien Willen einzelner Wirtschaftssubjekte heraus, welche imstande sind, über ihren, sei es tatsächlich notwendigen, sei es von ihnen für notwendig gehaltenen Konsum Überschüsse zu erzeugen und sie auf dem Markt behufs Verwendung in der Produktion anzubieten. Da hier die Gütererzeugung nicht von oben her geregelt wird, sondern sich durch das freie Spiel der Kräfte im Wege von Nachfrage und Angebot auf dem Markte reguliert, so muß der Überschuß ein Plus an Tauschwert sein. Der Akkumulierende, der Anbieter von „Kapital" entzieht einen Teil des Tauschwertes, den er für seinen sofortigen Eigenkonsum verwenden könnte, diesem letzteren und entfaltet statt dessen Nachfrage nach Konsumgütern, welche dazu dienen sollen, Arbeiter während der Umwegproduktion, kurz gesagt, produktive Arbeiter zu unterhalten. Der Wert des Überschusses über den von dem Kapitalisten sofort konsumierten Wert hinaus wird akkumuliert und als Kapital in der Produktion gebunden. Daraus ergibt sich von selbst, daß auch in der Marktwirtschaft dieses Kapital bei Beginn der einzelnen Produktionsstadien stets vorhanden sein muß und nicht erst im gleichen Zeitpunkte entstehen kann, in welchem die Arbeiter,

lie von ihm unterhalten werden, ihre produktive Tätigkeit ausüben. Aber damit ist natürlich nicht gesagt, daß stets ein Genußgütervorrat in größerer Menge und zur Verwendung auf längere Zeit hin aufgespeichert sein muß. Ja, es wäre dies sogar ein Ding der Unmöglichkeit in Anbetracht der Tatsache, daß ein großer Teil der Genußgüter sich nur kurze Zeit in unverdorbenem Zustande erhalten. Genug, daß Subsistenzmittel in dem Augenblicke vorhanden sind, in welchem sie gebraucht werden. Damit das der Fall ist, muß ihr Wertäquivalent vorhanden sein, welches jederzeit Nachfrage nach ihnen zu entfalten vermag. Es werden mithin keineswegs immer diejenigen naturalen Güter als Vorrat aufgehäuft, welche in der Produktion gebunden werden sollen, es genügt vielmehr, wenn ihr Wertäquivalent in Gestalt anderer Güter aufgehäuft ist. Mit anderen Worten: Das wesentliche Moment der Kapitalbildung ist nicht die Akkumulation bestimmter konkreter Güter, sondern die Akkumulation von Güterwert.

III.

Machen wir hier einen Augenblick Halt! Als Resultat unserer seitherigen Untersuchung ergibt sich: Kapital ist in der Austauschwirtschaft aufgespeicherter, d. h. einem abgelaufenen Produktionsabschnitt entstammender Güterwert, welcher bestimmt ist, Nachfrage nach Konsumgütern zum Unterhalt produktiver Arbeiter zu entfalten; dieser Wert wird um produktiver Zwecke willen dem gegenwärtigen Eigenkonsum des Akkumulierenden entzogen und in der Produktion gebunden. Er ist niemals abstrakt, sondern stets in bestimmten Gütern konkretisiert, und zwar sind diese Güter entweder Subsistenzmittel für produktive Arbeiter oder Waren anderer Art, sofern sie im Austausch solche Subsistenzmittel zu erkaufen vermögen. Das Kapital als akkumulierter Wert läßt sich immer in Geld, als dem allgemeinen Wertmesser ausdrücken und schätzen; es kann auch die Form des Geldes annehmen, notwendig ist es aber nicht. Da das Kapital den Wert von Subsistenzmitteln repräsentiert, so kann man es als Subsistenzmittelfonds bezeichnen; als „naturales Kapitalsubstrat" kann man dann die Subsistenzmittel selbst definieren, durch welche die Produktion auf Umwegen, d. h. die Produktion mit Hilfe des Beschaffungsgutes, ermöglicht wird. In je reichlicherem Maße dieses naturale Kapital zur Verfügung steht, um so höher steht der relative Wert seines akkumulierten Äquivalentes, um so höher daher auch sein relativer Geldwert. Es ist daher durchaus

möglich, daß in der Dynamik das naturale Kapital zu- oder abnimmt, ohne daß das Geldkapital sich ändert. Indessen pflegt bei normalen wirtschaftlichen Verhältnissen mit der Zunahme des naturalen Kapitals auch der Geldausdruck des Kapitals zu wachsen und zwar aus folgenden Gründen: Die Subsistenzmittel produktiver Arbeit sind Massengüter; sie dienen dem Unterhalt der weitaus größten Zahl von Mitgliedern einer Wirtschaftsgesellschaft. Das heißt nicht anderes, als das eine Vermehrung oder Verminderung ihres Angebots annähernd gleich gesetzt werden kann einer Vermehrung oder Verminderung des Güterangebots überhaupt. Erhöhung des Güterangebots bedeutet aber zugleich Steigerung der Güternachfrage, da das Angebot stets begrenzt, die Nachfrage unbegrenzt ist. Es muß demnach die Gesamtpreissumme bei gegebenem Wert des Geldes steigen. Als Folge davon müßte sich der Bedarf nach Tauschmitteln, damit der Geldwert, und als dessen Folge wiederum das Preisniveau ändern. Jede Änderung des Preisniveaus aber verursacht eine unliebsame Störung des gesamten Wirtschaftsgetriebes. Der Verkehr hat daher aus sich heraus in Gestalt der einlösbaren Geldsurrogate Tauschmittel geschaffen, welche nicht selbst Geld sind, welche daher jederzeit sich dem jeweiligen Bedarf nach Tauschmitteln anpassen können, ohne daß dadurch der Wert des Geldes und damit das Preisniveau alteriert zu werden brauchte. Es wird sich mithin bei geordneter Wirtschaft und in normalen Zeiten die nominale, in Geld ausgedrückte Wertsumme des akkumulierten Kapitals in paralleler Richtung bewegen zu der verfügbaren Menge naturalen Kapitals und wird in der isolierten wie in der komparativen Statik derselben entsprechen.

Wir sehen mithin, Kapital in unserem Sinne ist keineswegs identisch mit dem Beschaffungsgute. Aber es steht nichtsdestoweniger mit demselben in engstem Zusammenhange. Es ist um der Beschaffungsgüter willen vorhanden, wird um ihretwillen gebildet. Denn nur wenn und insofern Kapital vorhanden ist, wird der naturale Mehrerfolg, der mit Hilfe der Beschaffungsgüter als technischem Mittel erzielt werden kann, gewährleistet. Ferner wird der akkumulierte Kapitalwert zu einem Bestandteile der Herstellungskosten des Beschaffungsgutes. Er geht in den Wert desselben ein; es wird in ihnen Kapital „investiert", d. h. auf eine längere oder kürzere Zeitdauer festgelegt. Aber noch mehr. Dieses Beschaffungsgut ist gleichzeitig sozusagen eine Gütermenge im Werdezustand. Es steckt in ihm mithin nicht nur ein verzehrtes, sondern auch werdendes „potentielles" Naturalkapital und, da mit sciner Hilfe der naturale Er-

rag gesteigert wird, nach unseren vorhergehenden Ausführungen uch ein gesteigerter potentieller Kapitalwert in Geld ausgedrückt. Es ist dies ein Umstand von großer Wichtigkeit, auf den wir noch ausführlich zurückkommen werden.

Aus alledem ergeben sich drei für das Kapital hochbedeutsame Tatsachen. Erstens, das Kapital entsteht nicht durch Aufspeicherung bestimmter konkreter Güter, sondern durch Wertaufspeicherung. Der Kapitalbegriff kann demnach nicht an einzelnen konkreten Gütern hängen und somit auch nicht die Produktion oder Reproduktion des Kapitals. Es gibt kein konkretes Gut, mit dessen Produktion ohne weiteres Kapital produziert wäre. Das Kapital setzt zu seiner Entstehung zwar die Produktion von Gütern voraus, entsteht aber nicht durch dieselbe, sondern durch Wertakkumulation als Folge eines spontanen, von der Produktion einzelner Güter vollständig unabhängigen Willensaktes. Daraus erklärt sich, daß das Kapital auch nicht in Gestalt einzelner konkreter Güter, sondern nur als Wert sich reproduziert. Zweitens: Das Kapital ermöglicht die Erzielung eines naturalen Mehrertrages, ist mithin zweifelsohne ein selbständiges Produktivgut. Sein Wesen und seine Entstehung aber sind unabhängig von dem Wesen und der Entstehung seines stofflichen aus Arbeit und Boden zusammengesetzten Substrates. Es ist mithin neben diesen beiden originären Produktivkräften ein drittes originäres Produktivgut. Es ist der Arbeit verwandt, insofern als es gleich dieser seine Verwendung in der Produktion einem Willensakte verdankt, und als es nicht ohne weiteres vorhanden ist, sondern im Gegensatz zur Bodenkraft produziert werden muß. Es hat mit der Bodenkraft aber im Gegensatz zur „Arbeit" die Eigenschaft gemeinsam, daß es ein passives Element der Produktion ist. Drittens: Von den beiden anderen originären Produktivgütern unterscheidet sich das Kapital durch ein Moment von sehr erheblicher Tragweite. Es ist zwar die unumgängliche Voraussetzung einer Steigerung des naturalen Ertrages, welche ohne seine Verbindung mit Arbeit und Boden nicht erfolgen könnte. So sehr es aber mithin die notwendige Vorbedingung einer solchen Ertragssteigerung ist, so wenig vermag es selbst technisch irgendetwas zu dieser Ertragssteigerung beizutragen. Es fehlt ihm mithin vollkommen gerade diejenige Fähigkeit, die bürgerliche Theoretiker ihm von jeher so gern beigemessen haben, die technische Produktivität. Gerade in dieser Eigentümlichkeit scheint mir diejenige Schwierigkeit der Kapital- und Profittheorie zu stecken, welche das Kapital- und Profitproblem erst zum Problem im wahren Sinne des Wortes macht.

Als aufgehäuftes Wertäquivalent naturaler Subsistenzgüter zum Unterhalte produktiver Arbeiter wird das Kapital zum „Lohnfonds". Dieser Lohnfonds kann aber der Produktion in zwiefacher Weise dienstbar gemacht werden. Er kann, sofern er gewachsen ist, bei gegebener Länge des „Produktionsumweges" die Beschäftigung einer größeren Arbeiterzahl ermöglichen, oder er kann in der Art verwandt werden, daß der Produktionsumweg verlängert wird, daß um mit Böhm-Bawerk zu reden, „weiter ausholende Produktionsumwege" eingeschlagen werden. Es wächst in diesem zweiten Falle das Kapital pro Kopf des Arbeiters; die „Kapitalintensität" der Produktion wird gesteigert.

IV.

Wir sind zu einer Theorie des Kapitals gelangt, die der klassischen Lohnfondstheorie außerordentlich nahe steht. Man pflegt diese Theorie heute zu den Toten zu werfen, und doch war Adolf Wagner, der sicherlich alles eher war, als ein „Klassenadvokat der Bourgeoisie" im Rechte mit der Behauptung, daß die Lohnfondstheorie „in ihrem Kern berechtigt" sei.

Oppenheimer kann sie natürlich nicht anerkennen. Er hält sie für endgültig widerlegt und erledigt. Die Argumente aber, welche er gegen sie ins Feld führt, sind keineswegs von solch zwingender Kraft, daß sie durch dieselben erschüttert werden könnte.

Zwei Tatsachen sind es, die Oppenheimer glaubt, der Lohnfondstheorie entgegenhalten zu können[1]). Erstens: Nicht jede Umwegproduktion verursache einen Zeitverlust. Mit anderen Worten, es bestehe die Möglichkeit mit Hilfe eines größeren Quantums von Beschaffungsgut zu produzieren, ohne daß dadurch das Zeitintervall zwischen dem Einsatz der originären Produktivkräfte und dem Produktionsresultat verlängert zu werden brauchte. Ja, jenes Zeitintervall könne sogar kürzer sein, als es ohne Beihilfe der neu herangezogenen Beschaffungsgüter gewesen wäre. Das ist unbestreitbar; nur haben diese Fälle mit dem Problem der Kapitalbildung und des Profits nichts zu schaffen. Zweck der Kapitalbildung ist, das Zeitintervall zwischen Einsatz der Produktivkräfte und Erreichung des endgültigen Produktionsresultats zu überbrücken und dadurch die Umwegproduktion (d. h. eine längere Zeit dauernde Produktion) möglich zu machen. Ist im Falle einer Änderung der Produktions-

[1]) In seiner Kritik der Böhm-Bawerkschen Theorie. Wert und Kapitalprofit, S. 163 f.

methode eine Verlängerung des Zeitintervalls zwischen Beginn und Abschluß der Produktion nicht erforderlich, so heißt das nichts anderes, als daß die neue Produktionsmethode eines Mehr an Kapital nicht bedarf. Aber freilich sind diese Fälle, wie alle Erfahrung beweist, gegenüber jenen, in denen die Neuinanspruchnahme von Beschaffungsgütern eine Verlängerung des Zeitintervalls erfordert, erheblich in der Minderzahl. Denn wir sehen täglich, daß mit der Zunahme des Güterreichtums der Kapitalwert steigt, und das ist nach Oppenheimers eigener Prämisse nur denkbar, wenn die gesamte auf das Produkt, nicht auf die Produkteinheit verwandte Arbeitszeit gestiegen ist (Stabilität des Geldwertes vorausgesetzt)[1]).

Von schwererem Gewicht erscheint auf den ersten Blick der zweite Einwand Oppenheimers. Im Anschluß an Rodbertus behauptet er, die gesellschaftliche Arbeitsteilung mache jede Güteranhäufung zwecks Überbrückung eines Zeitintervalls überflüssig. Die „Kapitalgüter" entstammen, so sagt er, nicht einer abgelaufenen Produktionsepoche, sondern „offenbar fast ganz der gleichzeitig laufenden". Auch das ist bis zu einem gewissen Grade richtig. Aber es vermag an der Tatsache nichts zu ändern, daß diejenigen, welche Kapital bilden, einen Teil der von ihnen selbst oder von anderen für sie produzierten Güter nicht als Austauschmittel für den Eigenkonsum verwenden, sondern mit ihnen Nachfrage nach Konsumgütern für andere, eben für diejenigen, welche auf Umwegen produzieren, entfalten. Und das bedeutet, daß sie den Wert jener Güter in der Produktion binden. Dieser Wert aber kann nur der Wert fertiger Güter sein, und muß daher einer abgelaufenen Produktionszeit entstammen. Denn nur fertige Güter können auf dem Markte Nachfrage entfalten, und erst mittels der Nachfrage wird das erforderliche Subsistenzmittelangebot hervorgerufen. Was vermögen die Produzenten von Kohlen und Eisenerzen, „welches morgen zu Eisen und übermorgen zu Stahl verwandt" werden sollen, den Produzenten von Subsistenzmittel im Austausche anzubieten, so lange sie mit der Herstellung jener Beschaffungsgüter beschäftigt sind? Und das gleiche gilt beispielsweise von denjenigen, welche beim Bauen eines Hauses, bei der Anlage eines Kanals oder beim Graben eines Schachtes tätig sind. Mag die Arbeitsteilung die Produktion noch so sehr synchronisieren, sie ändert nichts daran, daß in jedem

[1]) Oppenheimer hat offenbar die Exkurse I und II zu Böhm-Bawerks positiver Theorie des Kapitals, 2. Halbband S. 57 ff. nicht gelesen, sonst würde er dazu diesen Einwand schwerlich entgegengehalten haben.

laufenden Produktionsabschnitte nur ein Teil der Produzenten fertige Güter auf dem Markt zu bringen vermag, während sämtliche Produzenten solche benötigen. Es sind daher die Anbieter fertiger Konsumgüter nur dann in der Lage dieselben abzusetzen, wenn ein einer abgelaufenen Produktionszeit entstammendes Wertäquivalent auf dem Markte vorhanden ist.

Aus alledem ergibt sich, daß der Wert des Kapitals als nahezu identisch betrachtet werden kann mit dem Werte der Unterhaltsmittel produktiver Arbeit. Mag dieser Wert noch zum Konsum der Arbeiter frei verfügbar oder mag er von den Arbeitern verzehrt und in der weiteren Produktion gebunden sein. Wir können in dem einen Falle von „flüssigem" in dem anderen Falle vom „festen", d. h. in der Produktion investiertem Kapital sprechen. Wir können uns aber auch mit Marx der Ausdrücke „variables" und „konstantes" Kapital bedienen, wobei allerdings zu beachten ist, daß, wie wir später noch sehen werden, dieser Unterscheidung ein nicht völlig zutreffendes Kriterium zugrunde liegt.

Trotzdem aber können wir den Wert des Kapitals und den Wert der noch freien oder bereits verzehrten Arbeitslöhne nur als nahezu identisch betrachten. Wir abstrahieren dabei zunächst noch von dem Profit, dessen Wert neben dem der Löhne in die Produktion eingeht. Denn diesen gilt es ja erst zu erklären. Aber es gibt auch Kapital, welches niemals die Gestalt von Arbeitslöhnen angenommen hat. Es gibt akkumulierte Güter, mit deren Hilfe ein Mehrerträgnis erzeugt wird, nicht durch ihre Kombination mit Arbeit und Bodenkraft, sondern nahezu ausschließlich mit der letzteren allein. Der wichtigste Fall ist der des Saatgutes in der Land- und Forstwirtschaft. Es wird hier ein naturales Gut, welches hätte dem Konsum zugeführt werden können, demselben entzogen und im wesentlichen nur mit Bodenkraft kombiniert, um ausgereift zu einem Mehrprodukt zu verhelfen. Alle Voraussetzungen der Akkumulation liegen hier vor, und doch gehört das Saatgut sicherlich nicht zum Lohnfonds.

Eine weitere Frage ist, ob denn bei der Umwegproduktion nicht auch Bodenkräfte akkumuliert werden, und ob daher zum Kapital nicht auch ein Fonds zum Unterhalt der Bodenbesitzer gerechnet werden müsse. Das ist indessen nicht der Fall oder, um ganz genau zu sein, in einem kaum in Betracht kommenden Betrage. Wir wissen, daß Bodenkraft im Überfluß vorhanden, mithin wert- und preislos ist. Nur die Bodenkräfte besonderer Qualifikation sind knapp und erlangen Wert und Preis. Nun ergeben sich aber die Differenzen der Qualifikation des Bodens

in ganz überwiegendem Maße erst als Folge der Umwegproduktion, d. h. der Kombination der Bodenkraft nicht nur mit Arbeit, sondern auch mit Kapital. Die Höhe des Preises der qualifizierten Bodenkraft ergibt sich mithin erst als Resultat der Kapitalverwendung und daraus folgt, daß der Anbieter einer solchen seine Vergütung nicht aus dem Ergebnis vergangener, sondern aus dem der laufenden Produktionszeit erhält.

V.

Über das Wesen des Kapitals sind wir uns nunmehr im klaren. Wir haben es erkannt als ein eigenartiges, selbständiges, originäres Produktivgut, welches für jeden Gütererwerb unentbehrlich ist, der entweder nicht rein okkupatorisch ist oder bei dem Produktion und Konsum nicht zeitlich zusammenfallen wie bei den sogenannten persönlichen Dienstleistungen. Hat dieses Produktivgut nun einen Wert, und das bedeutet in der Tauschwirtschaft einen Preis?

Daß das Kapital in unserem Sinne nützlich ist, wissen wir. Es ermöglicht einen gesteigerten Güterertrag, mag dieser Mehrertrag in einer Vergrößerung der Gütermengen bestehen oder in einer Verbesserung der Güterqualität. Aber muß es in der Austauschgesellschaft knapp sein im Verhältnis zur Nachfrage nach ihm? Ist es nicht vielleicht im Überfluß vorhanden gleich der Bodenkraft?

An anderen Stellen dieses Werkes haben wir bereits betont, daß die Nachfrage nach den einzelnen originären Produktivgütern nur indirekt ausgeht von denjenigen, welche Konsumgüter begehren, daß sie vielmehr unmittelbar ausgeübt wird von den Anbietern der anderen originären Produktivkräfte, der „komplementären Produktivgüter", wie man sie neuerdings bezeichnet. Soweit die Anbieter von Bodenkraft in Frage kommen, müßte, so sollte man meinen, die Nachfrage nach Kapital unbegrenzt sein, so lange Bodenkraft, gleichgültig welcher Qualität im Überfluß vorhanden ist. Indessen wissen wir bereits, daß die Kombination von Bodenkraft mit Kapital allein nur in Ausnahmefällen ein quantitatives oder qualitatives Mehrprodukt ergibt. Daraus folgt, daß nicht die von der Bodenkraft allein ausgehende Nachfrage nach Kapital für die Frage, ob solches im Überflusse vorhanden sein kann, maßgebend ist. Ausschlaggebend ist vielmehr, ob Kapital im Verhältnis zu der Nachfrage, die von dem dritten originären Produktionsfaktor, der „Arbeit" ausgeht, überflüssig sein kann. Auch diese Frage muß indessen verneint werden. Zunächst hat die Erfahrung seither bewiesen, daß ein zunehmendes Kapitalangebot dahin tendiert, auch das Angebot von

„Arbeit" zu steigern. Und das bedeutet, daß in der Statik die von seiten der Arbeit ausgehende Kapitalnachfrage dem Kapitalangebot angepaßt ist. Wie wir nämlich schon dargetan haben, ist das naturale Substrat des Kapitals nahezu identisch mit den Subsistenzmitteln der produktiven Arbeiter und ihrer Angehörigen, d. h. des weitaus größten Teiles der Bevölkerung. Wir haben ferner bereits gesehen, daß mit der Menge dieses naturalen Kapitals auch sein Geldausdruck wächst, sofern der Wert des Geldes der gleiche bleibt. Freilich bleibt dann noch die Frage offen, wie es sich mit dem festen oder konstanten Kapital verhält. Man pflegt dasselbe zum Kapital zu rechnen, wenn man von dem Wert des gesamten gesellschaftlichen Kapitales spricht, und diese Tatsache scheint der annähernden Identität von Kapital und Subsistenzmitteln zu widersprechen. In Wirklichkeit jedoch ist ein solcher Widerspruch nicht vorhanden. Die Beschaffungsgüter als solche sind zwar keineswegs mit dem Kapital identisch, sie werden aber zu Kapital insofern, als in ihnen der Wert naturalen Kapitals investiert ist. Aber das ist noch nicht das Wesentlichste. Von weit größerer Wichtigkeit ist, daß dieses konstante Kapital nicht nur den in ihm enthaltenen Güterwert verzehrt, sondern neue Güter und damit auch Güterwert schaffen hilft. Es repräsentiert Genußgüter im Zustande des allmählichen Ausreifens, es ist zum weitaus größten Teile potentieller Subsistenzmittel- und damit potentieller Lohnfonds. Es ist mithin annähernd identisch mit dem potentiellen Nahrungsspielraum der großen Masse der Bevölkerung. Dieselbe tendiert nun stets dahin, auf eine Zunahme des potentiellen Nahrungsspielraums mit einer Steigerung ihrer Zuwachsrate zu reagieren. Zunahme der Bevölkerung bedeutet gleichzeitig Zunahme der zu produktiver Arbeit fähigen Altersklassen; denn die Bevölkerungszunahme erfolgt keineswegs ausschließlich durch Zunahme der Geburten, sondern auch durch Abnahme der Sterblichkeit im jugendlichen Alter, und soweit es sich um abgegrenzte Territorien handelt durch Einwanderung von einem Territorium ins andere. Aus alledem ergibt sich: daß Zunahme des Kapitalangebots auch eine Zunahme des Arbeitsangebots im Gefolge hat. Mit dieser Feststellung ist freilich noch nichts darüber gesagt, in welchem quantitativen Verhältnis die Nachfrage nach Kapital gegenüber dem Kapitalangebot wächst. Nur soviel steht fest, daß das vorhandene Kapital stets Arbeit finden wird, welche bereit ist, sich mit ihm zu produktiven Zwecken zu kombinieren.

Aber zu dieser Tatsache tritt noch eine zweite, welche vollends bewirkt, daß Kapital, selbst wenn es in weit rascherer Progression

zunimmt als das Angebot von „Arbeit", stets Verwendung finden kann. Das ist die Möglichkeit, akkumuliertes Kapital statt zur Unterhaltung und Beschäftigung einer größeren Arbeitermenge, zur Vergrößerung des Zeitintervalls zwischen Einsatz der Arbeit und endgültigem Resultat der Produktion zu verwenden. In jedem Zeitpunkt bieten sich seither noch unausgenutzte Möglichkeiten, mittels „Verlängerung der Produktionsumwege" zu einem physischen Mehrerträgnis zu gelangen. Der akkumulierte Kapitalwert wird gewissermaßen statt in der horizontalen Linie der gleichzeitigen Beschäftigung einer größeren Arbeiterzahl in der vertikalen Linie einer Verlängerung der Produktionsdauer gebunden. Die Kapitalintensität pro Kopf des Arbeiters steigt.

Die Folge von alledem ist, daß die Nachfrage nach Kapital von seiten der komplementären Produktivgüter, insbesondere des Produktivgutes „Arbeit" praktisch grenzenlos ist; kein Kapitalangebot ist überflüssig. Welche von beiden Verwendungsmöglichkeiten des akkumulierten Kapitals tatsächlich Platz greift, darüber muß die größere Wirtschaftlichkeit der einen oder anderen Verwendungsart entscheiden.

Was aber für die Nachfrage nach Kapital gilt, das gilt keineswegs auch für das Kapitalangebot. Die Akkumulation beruht, wie wir wissen, auf einem Willensakt, bestehend in der Beschränkung bzw. zeitlichen Hinausschiebung des Eigenkonsums des Akkumulierenden. Es bedarf keiner näheren Ausführung, daß diese Konsumeinschränkung ihre Grenzen hat. Sie wird zu allen Zeiten auf eine eiserne Schranke stoßen, den notdürftigen Unterhalt pro Kopf der Bevölkerung. In Zeiten höher entwickelter Kultur ist die Grenze noch weit enger gezogen. Es ist die einmal gewohnte Konsumbreite, auf welche die Kapitalsakkumulation als eine, wenn auch elastische Schranke stößt.

Ist mithin die Kapitalnachfrage praktisch unbegrenzt, so ist das Kapitalangebot an Grenzen gebunden. Daraus folgt, daß das Kapital ein relativ knappes Produktivgut ist; es muß daher stets einen Wert und in der Tauschgesellschaft einen Preis haben. Dieser Preis ist der Profit oder, als Preis geliehenen Kapitalwertes, der Zins.

Ist das Kapital nun ein Monopolgut? Eine Koalition der Kapitalanbieter als solche besteht, wie die Erfahrung lehrt, nicht. Folglich gibt es keine „künstliche Sperrung" von Kapital. Andererseits ist aber das Kapital, wie die Erfahrung zeigt, kein unvermehrbares Gut. Es pflegt unter normalen Verhältnissen ständig zuzunehmen. Ist aber das Kapital ein vermehrbares Gut, dessen Anbieter im Verhältnis der freien Konkurrenz zueinander stehen, dann kann auch

sein Preis, der Profit, kein Monopolpreis, er muß vielmehr ein Konkurrenzpreis sein.

VI.

Das Kapital ist zeitlich in der Produktion gebundener Güterwert. Daraus ergibt sich zunächst: Sein Preis, der Profit, muß ein Wert sein über den akkumulierten Wert, den Wert des stofflichen Substrats des Kapitals, der Güter, in denen das Kapital jeweils konkretisiert ist, hinaus. Er muß ein Mehrwert sein. Der Kapitalwert ist zeitlich in der Produktion gebunden. Daraus folgt: Der Mehrwert muß berechnet werden nicht nur proportional dem Werte des akkumulierten Kapitals, sondern auch proportional der Zeitdauer, innerhalb deren dieser Kapitalwert in der Produktion gebunden ist. Der absolute Profit wächst mithin in dem Maße, in welchem die Bindung des Kapitalwertes in der Produktion andauert. Er wächst dem Kapitalwerte zu, bis derselbe wieder „frei" wird, d. h. sich in genußreife Güter umgewandelt hat. Aber es gibt noch ein zweites Moment, welches ein Anwachsen der absoluten Profitsumme im Gefolge hat: Die größere oder geringere Dauerhaftigkeit der „Beschaffungsgüter". Jedes ausdauernde Gut gewährt seinen Nutzen nicht auf einmal, sondern sukzessive im Verlaufe der Zeit. Je dauerhafter es ist, um so geringer die Quote des Gesamtnutzens des Gutes, die jeweils auf die Vernichtung des Kapitalwertes verrechnet werden muß, die Amortisationsquote, um so länger der Zeitraum, innerhalb dessen der investierte Kapitalwert nach und nach frei wird, um so später stellt sich im Vergleich zu Gütern derselben Art, aber von geringerer Dauerhaftigkeit der Mehrertrag ein, um so höher mithin der Mehrwert, der dem noch in der Produktion gebundenen Werte zuwachsen muß.

Dieses Entstehen und Anwachsen des Mehrwertes im Verlaufe der Zeit ist geeignet, einen falschen Schein zu erwecken und dadurch Mißverständnisse hervorzurufen. Eines dieser Mißverständnisse ist uns bereits bekannt. Es ist der Irrtum, der der Böhm-Bawerkschen Zinstheorie zugrunde liegt, als werde der Mehrwert, der im Ablaufe der Zeit entsteht und wächst, durch diesen Zeitablauf selbst geschaffen.

Ein zweites Mißverständnis ist das, als sei der Profit der Preis nicht für die Kapitalakkumulation, sondern für die Kapitalerhaltung, d. h. für den ständigen Wiederersatz des in die Produktion eingegangenen und in dieser verzehrten Kapitalwertes. Oder wie es Oswalt, der diese Theorie vertritt, bezeichnet, für das bloße

„Benutzen" im Gegensatz zum „Verzehren" des Kapitals. Es ist selbstverständlich, daß, wenn man der Vorteile, welche das Kapital in der Produktion bietet, dauernd teilhaftig sein will, genötigt ist, für jede Abnutzung der Beschaffungsgüter in der Weise Ersatz zu schaffen, daß in dem Augenblicke, wo dieses Beschaffungsgut für die Benutzung in der Produktion unbrauchbar geworden ist, ein neues Gut von mindestens der gleichen Art und Qualifikation zur Verwendung bereit steht. Erfordernis dafür ist, daß zu der gleichen Zeit und mindestens in dem gleichen Ausmaße, in welchen die Beschaffungsgüter allmählich an Brauchbarkeit verlieren, und damit der akkumulierte Wert vernichtet wird, neues Kapital akkumuliert wird. Dabei ist das Wesentliche nicht die Wertsumme als solche, sondern die mittels des akkumulierten Wertes erlangbare Menge des naturalen Kapitalsubstrates, d. h. ausreichender Subsistenzmittel für den Unterhalt der „Arbeit", welche zur Herstellung der Ersatzgüter notwendig ist. Diese Ersatzakkumulation hat wie jede andere Akkumulation Wert und Preis, und so entsteht der Anschein, als fließe der Profit als dauerndes Einkommen aus dem Kapital. Die Kapitalerhaltung, oder wie Oswalt sagt, „Kapitalnutzung" (eine wegen ihrer Vieldeutigkeit keineswegs glückliche Bezeichnung) ist mithin die Ursache, daß der Profit dem Kapitalbesitzer dauernd zufließt. Aber sie ist nicht das Gut, dessen Preis der Profit bildet. Sie hat nur mit der Fortdauer, nicht mit der Entstehung des Profits etwas zu tun. Auch eine einmalige Akkumulation von Kapital, das dann im Verlaufe der Produktion langsam aufgezehrt würde, müßte zur Entstehung von Profit führen. Die Entstehung des Profits aber ist gegenüber seinem dauernden Zuflusse das primäre und daher wesentliche Problem, um so mehr, als die Fortdauer eine selbstverständliche Folge der Entstehungsursache ist. Denn es entspricht nicht der menschlichen Natur, auf einen einmal gemachten Fortschritt zu verzichten, sofern nicht äußerste Not dazu zwingt.

VII.

Wir sind am Ende unserer Untersuchung über das Wesen des Profits angelangt. Das Ergebnis ist, daß der Profit nicht nur kein Gewinn aus dem Bodenmonopol ist, sondern überhaupt kein Monopolgewinn. Er ist der Preis eines wirtschaftlichen, vermehrbaren originären Produktivgutes. Damit ist zunächst die Oppenheimersche Variante der Ausbeutungstheorie widerlegt. Aber noch mehr: Die Ausbeutungstheorie des Profits ist überhaupt unhaltbar geworden.

Denn diese Theorie — darin hat Oppenheimer unbedingt recht — läßt sich nur dann halten, wenn der Nachweis erbracht werden kann, daß die Ausbeutung in der Form der Marktkategorie des Monopols Platz greift. Ist ein solches Monopol, dem der Profit seine Entstehung verdanken soll, nicht nachweisbar, läßt sich im Gegenteil der Nachweis erbringen, daß der Profit ein Konkurrenzpreis ist, dann fällt die Ausbeutungstheorie ohne weiteres dahin.

Aber es folgt aus dem Ergebnis unserer Untersuchung noch ein Weiteres: Der Profit muß ein statischer Einkommenszweig sein; er muß auch im Gleichgewichtszustande des wirtschaftlichen Getriebes sich vorfinden. Sieht man nämlich von den primitivsten Anfängen der Wirtschaft ab, so ist in jeder Statik akkumuliertes Kapital vorhanden, und ist dies der Fall, so muß es auch seinen Preis in der Statik haben, den statischen Konkurrenzpreis, bei dem sich Angebot und Nachfrage nach Kapital gerade decken, ohne daß ein Bedürfnis nach weiterer Kapitalakkumulation oder nach Verringerung des akkumulierten Kapitals vorhanden ist. Daß dem so ist, geht auch daraus hervor, daß, wie jede gute Theorie anerkennt, der Profit in der Dynamik die Tendenz hat, sich zu einer einheitlichen Profitrate auszugleichen, d. h. daß er in der Statik ausgeglichen ist, und zwar in allen seinen Formen als ursprünglicher Kapitalgewinn wie als Leihzins. Daraus folgt, daß in der Statik alle diejenigen störenden Momente beseitigt sein müssen, die einer Ausgleichung der Profitrate im Wege stehen. Statik bedeutet aber stets den Maximumzustand der Bedarfsbefriedigung, den Zustand, in welchem Veränderungen von Angebot und Nachfrage nicht mehr stattfinden. Ist der Profit somit einmal ausgeglichen, so kann von einer Tendenz, denselben völlig zum Verschwinden zu bringen, nicht mehr die Rede sein. Es wäre nicht abzusehen, woher diese Tendenz kommen sollte. Denn jeder Produzent hat zwar das Streben einen höheren, keiner aber ist bestrebt einen geringeren Profit zu erzielen, als seine Konkurrenten.

Mit der Tatsache, daß der Profit ein statischer Einkommenszweig ist, steht es keinesfalls im Widerspruch, daß er der „Entwicklung", d. h. dem Wachstum der Gesellschaftswirtschaft, der „biologischen Dynamik" seine Entstehung verdankt. Statik ist nicht gleichbedeutend mit stationärer Wirtschaft; sie ist lediglich der fingierte, jeweilige Ruhepunkt im Verlaufe der Entwicklung.

Es hat infolgedessen keinen Sinn, den Profit als statischen Einkommenszweig in dem Sinne aufzufassen, daß er mit der Entwicklung überhaupt nichts zu tun hat, von derselben vielmehr unabhängig

ist. Man braucht sich nur eine primitive stationäre Wirtschaft, in welcher die überwiegende Mehrzahl der einzelnen Wirtschaftssubjekte auf okkupatorischem Wege sich eben den notdürftigsten Lebensunterhalt beschaffen kann, vorzustellen, um sich darüber klar zu werden, daß in einer solchen Wirtschaft der Profit als Allgemeinerscheinung eine Unmöglichkeit wäre.

Mit den seither erreichten Ergebnissen haben wir erst einen Teil unserer Aufgabe gelöst. Soll die hier entwickelte Theorie des Kapitals und des Profits die Probe bestehen, so genügt es nicht, daß sie uns über Wesen und Entstehung des Profits aufklärt. Wir müssen mit ihrer Hilfe in der Lage sein, auch die Höhe des Profits in der Statik exakt abzuleiten. Wir halten uns in um so höherem Grade dazu verpflichtet, als Oppenheimer behauptet, als erster die Höhe des statischen Profits exakt abgeleitet zu haben, woraus er naturgemäß den Schluß zieht, daß eine solche Ableitung nur mittels seiner Theorie möglich sei. Wäre dies der Fall, dann wäre unsere Behauptung, die Oppenheimersche Theorie widerlegt zu haben, mindestens stark verdächtig.

Es ist nun klar, daß die Preise der originären Produktivgüter gegenseitig voneinander abhängen müssen. Denn jedes Angebot eines Produktivgutes ruft notwendigerweise Nachfrage nach den anderen hervor. Die Bodenkraft ist, soweit nicht besondere Qualifikation in Frage kommt, preislos, und die Differenzen in der Bodenqualität ergeben sich in weitaus überwiegendem Maße erst als Folge der Kapitalverwendung. Es kommt daher für unsere Untersuchung ausschließlich der Preis des dritten originären Produktivgutes, der „Arbeit" in Betracht. Aus diesem Preise der Arbeit werden wir den Profit herleiten müssen und zwar aus folgendem Grunde: Wir sind, wie schon betont, der Ansicht, daß der Profit, wie jeder Preis, im wesentlichen objektiven Faktoren seine Entstehung verdankt. Die objektive Werttheorie aber führt den Tauschwert der Güter auf Kosten und damit wiederum auf Tauschwert zurück. Gerade auf diesem Umstand beruht der Hauptvorwurf, den die subjektive Wertschule von jeher gegen die objektive Theorie des Wertes erhoben hat. Oppenheimer hat richtig erkannt, daß, wenn die objektive Lehre diesem Vorwurf entgehen will, sie genötigt ist, letzten Endes allen Tauschwert auf ein exakt bestimmtes Quantum von „Gebrauchswert" zurückzuführen, d. h. auf eine konstante, eine bestimmte Höhe der Lebensführung ermöglichende Gütermenge. Es muß mithin der statische Preis eines der beiden als solcher wertvollen originären Produktivgüter sich auf ein solches Gebrauchswertquantum zurückführen

lassen. Da liegt von vornherein die Annahme nahe, daß dieses Produktivgut die „Arbeit" ist; denn diese ist von ihrem Besitzer, dem Arbeiter, unzertrennlich und daraus ergibt sich, daß ihr Preis ein gewisses Mindestquantum menschlichen Bedarfes decken muß, während ein solches Erfordernis für den Preis des Kapitales, als eines von seinem Anbieter physisch völlig getrennten Gutes keineswegs notwendig vorhanden zu sein braucht. Indem wir uns dem Wert und Preise der „Arbeit" zuwenden, werden wir aber noch zu einem weiteren schätzbaren Resultat gelangen. Jede Variante der Ausbeutungstheorie hat zur notwendigen Prämisse eine Theorie des Wertes der „Arbeit". Wir haben seither versucht, die Ausbeutungstheorie ausschließlich vom Profit aus zu widerlegen. Demgegenüber werden uns ihre Anhänger stets den Einwand entgegenhalten können, diese Widerlegung müsse unzulänglich sein, so lange nicht auch ihre Theorie vom Werte der „Arbeit" widerlegt sei. Und in ganz besonderem Maße gilt dies von der Theorie Oppenheimers, welche sich von Marx gerade darin unterscheidet, daß ihr zufolge die Ausbeutung des Arbeiters nicht in der Produktions-, sondern in der Zirkulationssphäre, auf dem Markte erfolgt. Ist unsere Profittheorie richtig, so muß natürlich die Oppenheimersche Theorie vom natürlichen Werte der Arbeit falsch sein. Dann müssen wir aber auch in der Lage sein, ihre Fehlerquelle aufzudecken.

Es ist somit nicht unsere freie Wahl, wenn wir uns nunmehr der Untersuchung des Wertes, des Produktivgutes „Arbeit", zuwenden. Wir sind im Interesse einer vollständigen Lösung unserer Aufgabe dazu gezwungen.

Drittes Buch.

Arbeitslohn und Profit.

I. Kapitel.

Der Produktionsfaktor „Arbeit" und sein statischer Konkurrenzpreis.

I.

Notwendige Prämisse jeder Theorie, die den Profit aus der Ausbeutung des Arbeiters erklären will, ist der Satz, daß, soweit nicht natürliche Monopole vorhanden sind oder Machtverhältnisse störend eingreifen, die „Arbeit" im Sinne des auf die Güterherstellung gerichteten Arbeitsaufwandes, gemessen an der Arbeitszeit, alleinige Quelle und Bildnerin des Güterwertes, „Substanz" derselben sei. Jedes nicht monopolisierte Gut stellt sich dieser Lehre zufolge dar als „geronnene" Arbeit, als „Arbeitsgallerte". Diesem Satz liegt zweifelsohne ein richtiger Gedanke zugrunde, derjenige nämlich, daß in jeder Statik, in jedem gegebenen Maximumzustande der Bedarfsbefriedigung, jeder Arbeitsaufwand Wert schaffen muß. Das gilt sowohl für die Personalökonomik des isolierten Wirtes, wie für die Marktwirtschaft. Für die Personalökonomik; denn jeder Arbeitsaufwand, welcher nicht ein Mehr an subjektivem Nutzen zur Folge hat, ist umsonst erfolgt, ist gleichbedeutend mit einer nichtwirtschaftlichen Verwendung der menschlichen Arbeitskraft. Das gleiche aber gilt auch in der Marktwirtschaft. Arbeitsaufwand, welcher es nicht ermöglicht, daß im Austausch über eine größere Gütermenge oder über eine höhere Qualität von Gütern verfügt werden kann, ist umsonst erfolgt und das heißt, die Arbeitstätigkeit ist unwirtschaftlich angewandt worden. Das ist der richtige Kern der Arbeitstheorie des Wertes. Aber der Satz, daß im statischen Zustand jeder Arbeitsaufwand Wert schaffen muß, ist keineswegs identisch mit jenem anderen, daß (wenn wir von Monopolen ganz absehen) nur Arbeitsaufwand Ursache einer Wertentstehung sein kann; vorausgesetzt, daß dieser letzte Satz besagen soll, daß „Arbeit" das einzige in der Produktion aufgeopferte Kostengut sei. Dieser Satz ist keineswegs ohne weiteres einleuchtend.

Die Lehre, daß die Arbeit im Sinne von Arbeitsaufwand alleinige Substanz des Güterwertes sei, führt mit Notwendigkeit zu der Schlußfolgerung, daß in der Statik die Güterwerte sich genau proportional zu den in den Gütern verkörperten Arbeitsmengen, gemessen an der Arbeitszeit, verhalten müssen, sofern es sich um Arbeit gleicher Qualifikation handelt.

Oppenheimer ist von da aus noch einen Schritt weiter gegangen (worin er Rodbertus, nicht aber Marx folgt, welcher diesen Schritt zu tun ablehnte). Ist, so folgert er, die in den Gütern inkorporierte Arbeitsmenge die Substanz des Wertes, stellt das Gut, wenn man von seiner speziellen Nützlichkeit, seinem „Gebrauchswert" abstrahiert, nichts dar, als geronnene Arbeitszeit, müssen sich ferner Güter, in denen gleiche Arbeitszeit gleicher Qualifikation steckt, auf dem Markt gegeneinander austauschen, so muß der den Gütern durch den Arbeitsaufwand zugesetzte Wert das Wertäquivalent dieses Arbeitsaufwandes und umgekehrt der Arbeitsaufwand das Wertäquivalent des durch ihn geschaffenen Güterwertes sein. Jeder auf ein Produkt verwandte Arbeitsaufwand ist gleichbedeutend mit dem Austausch dieses Arbeitsaufwandes gegen das Produkt. Der Wert des Arbeitsaufwandes ist gleich dem Werte des Produktes des Arbeiters, der diesen Aufwand geleistet hat und das heißt, der „natürliche Arbeitslohn" oder der „statische Preis der Arbeit" ist gleich dem Werte der produzierten Güter.

Wäre diese Schlußfolgerung richtig, dann freilich könnte für den Kapitalprofit als gesondertem Bestandteile des Güterwertes nichts übrig bleiben und da er dennoch vorhanden ist, so könnte er nur aus einem ungerechtfertigten Abzug vom statischen Arbeitslohn, d. h. aus einer Ausbeutung der Arbeiter erklärt werden. Unsere Behauptung, der Profit sei der Preis eines neben der „Arbeit" in die Güterproduktion eingehenden Kostenfaktors, wäre damit auf indirektem Wege widerlegt und es bliebe nur die Aufgabe, die Fehlerquelle zu entdecken, auf Grund deren wir zu unserer Behauptung gelangt wären. Es läßt sich gar nicht leugnen: Der Satz, daß der Aufwand von Arbeit auf das Produkt gleichbedeutend ist mit dem Austausche

gleicher Arbeitsaufwände und damit gleicher Werte, erscheint auf den ersten Blick ungemein einleuchtend und bestechend. Und doch liegt ihm ein Denkfehler zugrunde. Der Arbeitsaufwand, die Verausgabung „lebendiger Arbeit" soll die Substanz des Wertes, die einzige originäre Wertquelle sein. Der Wert soll aus dem Arbeitsaufwand entspringen und doch soll gleichzeitig diese originäre Wertquelle selbst ein Ding von Wert darstellen. Das ist logisch unmöglich. Denn wie soll nun der Wert jenes Arbeitsaufwandes originär erklärt werden? Man müßte den Arbeitsaufwand wiederum auf Arbeitsaufwand zurückführen und das wäre widersinnig.

Aber die Erfahrung zeigt uns doch, daß „Arbeit" auf dem Markte gekauft und verkauft wird. Folglich muß sie ein Wertding sein. Andererseits haben wir selbst zugestanden, daß jede „Arbeit" in der Statik Wert schaffen muß. Muß es demnach nicht doch möglich sein, daß die Wertquelle gleichzeitig selbst ein Wertding ist und wäre damit nicht unsere Widerlegung des Oppenheimerschen Satzes selber widerlegt? Oder wie ist dieser Widerspruch sonst zu lüsen?

Es gibt nur eine Lösung: Das, was auf dem Markte als „Arbeit" uns entgegentritt und dort zu einem bestimmten Preise ge- und verkauft wird, kann nicht identisch sein, mit der „Arbeit" als Wertquelle und Wertsubstanz. Mit anderen Worten, das Wort „Arbeit" muß eine zwiefache Bedeutung haben. Bei näherem Zusehen springt das ohne weiteres in die Augen. Die „Arbeit" im Sinne von Arbeitsaufwand kann nicht auf dem Markt erfolgen; sie wird außerhalb desselben in der Werkstätte geleistet. Sie kann demnach kein Marktgut sein; wohl aber ist sie die Konsumtion oder „Verwendung" eines auf dem Markt angebotenen und nachgefragten Gutes, desjenigen Gutes, welches wir seither als das Produktionsgut „Arbeit" bezeichnet haben. „Arbeit" in diesem Sinne als Marktware wird, wenn sie erworben ist, als „Arbeitsaufwand" oder als lebendige Arbeit im Produktionsprozesse konsumiert und wirkt in dieser Konsumtion wertbildend. So wenig, wie der Konsumtionsakt irgend eines Gutes jemals selbst Wertgegenstand sein kann, so wenig kann es der Arbeitsaufwand, die Arbeitsleistung als Konsumtionsakt des Produktivgutes „Arbeit". Es ist eine Kategorie der Technik, nicht der Ökonomik. Das Produktivgut „Arbeit" als Marktware mit seinem Konsum in der Binnenwirtschaft gleichsetzen, bedeutet nichts anderes, als den Leistungsträger mit der Leistung, das Tauschgut mit seiner Verwendung verwechseln.

Es ist selbstverständlich im Interesse einer scharfen Terminologie

wünschenswert, dem Produktivgute Arbeit, dem Träger der Arbeitsleistung einen Namen zu geben, welcher Verwechslungen ausschließt. So wichtig es daher auch ist, einen Namen für dieses Gut zu finden, welches sein Wesen ausreichend charakterisiert, so ist diese Frage der Namengebung doch von sekundärer Bedeutung gegenüber der Erkenntnis, daß dieses Gut jedenfalls mit dem Arbeitsaufwand, der Arbeitsleistung, der Arbeitsverausgabung nicht identisch ist. Was bietet in Wahrheit der Arbeiter auf dem Markte der Produktivmittel an? Sicherlich nicht seine Person. Denn dann wäre der Arbeiter gleichbedeutend mit einem Sklaven, d. h. er würde selber zur Ware. Er vermag demnach nichts anderes anzubieten, als seine physische Befähigung, Arbeit zu leisten und diese Befähigung, können wir ohne uns eines Fehlers schuldig zu machen, als sein Arbeitsvermögen oder auch seine Arbeitskraft bezeichnen. Wollen wir ganz korrekt sein, so können wir auch von der Verfügungsmacht über dieselbe während einer gewissen Zeitdauer sprechen.

Es ist eines der größten wissenschaftlichen Verdienste von Karl Marx, die „Arbeit" als Marktware und die „Arbeit" als Arbeitsaufwand außerhalb des Marktes scharf voneinander geschieden und für diesen Unterschied den adäquaten Ausdruck gefunden zu haben. Daß zwischen beiden Bedeutungen des Wortes „Arbeit" ein grundlegender Unterschied besteht, darüber ist sich offensichtlich bereits Ricardo im klaren gewesen; nur hat er es leider versäumt, denselben in seiner Terminologie zum Ausdruck zu bringen. Hingegen herrscht freilich bei Adam Smith noch vollkommene Unklarheit und fortgesetzte Verwirrung der beiden Begriffe. Die Folge davon ist, daß bei ihm bald der Arbeitsaufwand, bald der Arbeitslohn als Maß des Wertes figuriert, und daß er als „Wert der Arbeit" bald den Arbeitslohn, bald den Wert des Arbeitsproduktes als geronnenen Arbeitsaufwand auffaßt. Die Anknüpfung Oppenheimers an Adam Smith gerade in der Frage des Arbeitswertes bedeutet einen entschiedenen Rückschritt hinter eine bereits seit langem gewonnene wissenschaftliche Erkenntnis.

Oppenheimer nennt öfters das von dem Arbeiter auf dem Markte angebotene Produktivgut seinen „Dienst". Das vermag an der Sache nichts zu ändern. Denn selbstredend ist auch dieser Dienst als Marktware keineswegs identisch mit der Dienstleistung außerhalb des Marktes. Er wäre gleichbedeutend mit Arbeits- oder Dienstbereitschaft und diese müßte ihrerseits doch wiederum auf die Arbeitskraft als den wahren Träger der Dienstleistung zurückgeführt werden. Wollten wir aber selbst Dienst und Dienstleistung identi-

fizieren, so bedürfte dieser Begriff immer noch einer näheren Analyse. Denn der Dienst, den der Arbeiter demjenigen leistet, der ihn (den Dienst nämlich) auf dem Markte kauft, ist ein anderer als der, den er der Gesamtheit leistet. Derjenige, der den Dienst kauft, ist lediglich daran interessiert, daß in der Werkstatt ein höherer Tauschwert erzeugt wird, als für die Entlohnung des Dienstes erforderlich ist. Der Dienst hingegen, den der Arbeiter der Allgemeinheit leistet, ist seine Tätigkeit in der Güterproduktion. Ob aber dieses Produkt ausschließlich dem „Dienste" des Arbeiters zu verdanken ist, bleibt dann immer noch ein Problem und läßt sich keineswegs ohne weiteres mit der axiomatischen Bestimmtheit bejahen, wie dies bei Oppenheimer geschieht.

Stellenweise bezeichnet Oppenheimer den „Dienst" als Produkt des Arbeiters. Diese Definition des Arbeitsproduktes steht aber keineswegs im Einklange mit der Bezeichnung der produzierten Güter als Arbeitsprodukte und zwar auch dann nicht, wenn man mit Oppenheimer annehmen wollte, der Dienst und das sachliche Arbeitsprodukt seien wertgleich. Denn Wertäquivalenz und Identität sind nicht nur nicht dasselbe, sondern schließen einander geradezu aus. Wir werden darauf alsbald zurückkommen.

II.

Der Satz, daß Arbeitsaufwand und Arbeitsprodukt Wertäquivalente sind, ist die notwendige Prämisse der Oppenheimerschen Lehre vom natürlichen Arbeitslohn oder, wie er es nennt, dem statischen Konkurrenzpreis der „Arbeit". Wollte Oppenheimer diese Lehre halten, so war er genötigt, die Marxsche Scheidung von Arbeitskraft als Marktware und Arbeitsverausgabung als Konsum dieser Ware außerhalb des Marktes eingehend zu wiederlegen.

Er behauptet zunächst, die Marxsche Konstruktion führe schon „rein formal betrachtet" zu unmöglichen Ergebnissen. Die Marxsche Lehre lasse sich als eine Gleichung darstellen, die lautet: Wert des Produktes = vergegenständliche Arbeitszeit. Diese Gleichung müsse man, wie jede Gleichung rückwärts lesen können und es ergebe sich dann der Satz: Wert der Arbeitszeit = Produkt. Diese Konversion der Gleichung ist indessen unrichtig. Liest man die Gleichung richtig von rückwärts, so lautet sie: Vergegenständliche Arbeitszeit = Wert des Produktes. Diese Gleichung aber ist keine Äquivalenz-, sondern mag man sie vor- oder rückwärts lesen, eine Identitätsgleichung. Sie ist im Sinne von Marx nichts als eine

Definition. Sie besagt nichts anderes, als daß Wert identisch ist mit der im Produkt vergegenständlichten Arbeitszeit; mit anderen Worten, daß Wert nur ein anderer Name für vergegenständlichte Arbeitszeit ist. Damit entfallen selbstverständlich alle Folgerungen, die Oppenheimer aus seiner Konversion der Gleichung ziehen zu können glaubt.

Ein zweiter Einwand Oppenheimers gipfelt darin, Arbeitskraft sei kein Begriff der Ökonomik. Das gilt von jeder Marktware. Ist etwa ein Scheffel Weizen, ein Zentner Holz oder ein Pfund Fleisch ohne weiteres ein Begriff der Ökonomik? Sie werden zu ökonomischen Kategorien doch erst dadurch, daß sie im Verhältnis zum Bedarf nach ihnen knapp sind, und daß diejenigen, welche sie erwerben wollen, dafür Opfer bringen müssen. Das gilt von der Arbeitskraft genau in demselben Sinne, wie von jeder anderen Marktware. Ist aber Arbeitskraft nur unter Umständen ein ökonomischer Begriff, so ist es die Arbeitsleistung niemals. Sie ist eine Kategorie lediglich der Technik und hat mit Ökonomik nichts zu tun, da sie nicht auf dem Markte erfolgt. Freilich erwächst aus ihr eine ökonomische Kategorie, der Wert. Aber daraus folgt keineswegs, daß sie selbst eine Kategorie der Ökonomik ist.

Von größerem Gewicht ist scheinbar der dritte Einwand Oppenheimers. Der Arbeiter verkauft, so deduziert er, seine Arbeitskraft nur auf Zeit. Der Vertrag über die Arbeitskraft ist nicht Kauf- sondern Mietvertrag. Gegenstand des Mietvertrages aber ist nicht die Substanz des Gutes, sondern die „Nutzung" desselben. Der Mieter erwirbt nur die letztere, während der Vermieter das Eigentum an der Substanz behält. Die Nutzung der Arbeitskraft aber ist nichts anderes, als die Arbeitsleistung oder der Arbeitsaufwand, gemessen an der Arbeitszeit. Die Arbeitskraft selbst ist mithin keine Ware und kann nicht verkauft werden.

Mit diesem Einwand macht sich Oppenheimer einer doppelten Verwechslung schuldig. Er verwechselt Begriffe der Ökonomik mit solchen der Jurisprudenz und ist außerdem das Opfer einer quaternio terminorum geworden, deren Objekt das Wort „Nutzung" ist. Es ist die Eigenart ausdauernder Güter, daß der Nutzen, den sie leisten, nicht in einem einzigen Konsumakt erschöpft wird, sondern daß sie im Laufe der Zeit sukzessive so lange Nutzleistungen gewähren, bis sie völlig verbraucht sind. Diese Eigenart ausdauernder Güter ermöglicht es, sie in der Art zu veräußern, daß der Erwerber in der Lage ist, die sukzessiven Nutzleistungen nicht bis zum vollen Verbrauche des Gutes selbst, sondern nur für eine

gewisse Zeit zu genießen. Den Konsum der Einzelleistungen eines ausdauernden Gutes nennt man seine „Nutzung". Dieses Wort aber hat gleichzeitig noch eine andere Bedeutung. Der soeben erwähnte Veräußerungsakt wird juristisch in der Art konstruiert, daß der Veräußerer das Gut selbst zum Eigentum behält, während er dem Erwerber die „Nutzung" überträgt. Dieses Rechtsgeschäft bezeichnet der Jurist im Gegensatz zum Kauf (im juristischen Sinne), bei welchem der Veräußerer mit dem Gute zugleich das Eigentum an demselben übergibt, als Miete. Was erwirbt nun der Mieter auf dem Markte? Selbstredend ebensowenig den Konsumakt bzw. die verschiedenen Konsumakte selbst, wie bei irgendeiner anderen Ware. Wenn er, wie man zu sagen pflegt, die „Nutzung" erwirbt, so kann das nicht die Nutzung im Sinne des Konsumaktes oder einer Reihe von Konsumakten sein; sondern er erwirbt das Recht, die einzelnen Nutzleistungen des Gutes für eine bestimmte Zeitdauer zu konsumieren. Mit anderen Worten, das Nutzungsrecht auf Zeit. Leider wird dieses Nutzungsrecht, welches von der Nutzung als Akt des Konsums wohl zu unterscheiden ist, gleichfalls als „Nutzung" bezeichnet, und dadurch Verwechslungen Tür und Tor geöffnet. Die Miete als Veräußerung des Nutzungsrechtes an einem Gute auf Zeit ist aber ein rein juristischer, kein ökonomischer Begriff. Ökonomisch bedeutet zeitliche Veräußerung des Nutzungsrechtes nichts anderes als zeitliche Veräußerung des Gutes selbst. Muß doch im Mietpreise der Mieter einer Sache nicht nur den Wert des einzelnen Nutzertrags sondern auch den Substanzverlust ersetzen, welcher während der Zeitdauer des Mietverhältnisses eintritt. Ökonomisch betrachtet ist mithin Miete nichts anderes als ein Kauf auf Zeit. Auch der Kauf der Arbeitskraft ist ein Kauf auf Zeit und insofern juristisch Miete. Zwar ist die Arbeitskraft im Grunde kein ausdauerndes Gut, denn sie erschöpft sich als Ganzes in verhältnismäßig kurzer Zeit und bedarf dauernder Reproduktion. Aber sie ist unzertrennlich an die Person ihres Veräußerers geknüpft und dadurch ausdauernden Gütern analog; deshalb wird ihr Kauf juristisch zur Miete. Das ändert nichts daran, daß die Arbeitskraft, ökonomisch betrachtet, das Objekt eines Kaufes auf dem Markte, wenn auch nur eines Kaufes auf Zeit ist, und somit eine Ware.

Endlich beruft sich Oppenheimer noch auf die besondere Zahlung der Überstunden und Feiertagsarbeit, sowie auf das Honorar für gewisse Dienstleistungen höherer Art. Was den ersteren Punkt anbelangt, so kauft der Arbeitgeber niemals die Arbeitskraft bis zu ihrer äußersten Erschöpfung, wie dies später noch eingehend dargetan werden wird. Würde der Arbeiter die gesamte Verfügung über seine Arbeitskraft bis zur äußersten Ermattung verkaufen, dann wäre das gleichbedeutend mit einem zeitlichen Verkauf seiner selbst, mit Sklaverei. Jede Arbeitsleistung über die vereinbarte Zeit hinaus bedeutet eine besondere Anspannung der Arbeitskraft, damit eine raschere Abnutzung derselben, und es ist keineswegs erstaunlich, daß bei rascherer Abnutzung auch die Kosten ihrer Reproduktion steigen müssen.

Für die höheren Dienste gilt folgendes: Soweit Beamte, Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler usw. gegen festes Gehalt angestellt sind, liegt nichts anderes vor, als ein Kauf von Arbeitskraft hoher und höchster Qualifikation und Seltenheit. Insoweit Einzelleistungen gezahlt werden, wird nicht Arbeitskraft gekauft, aber ebensowenig die Arbeitsleistung als solche, sondern ihr Resultat, ein für den Käufer nützliches Gut. Dieses Gut wird in vielen Fällen immaterieller Natur sein, z. B. ärztliche Hilfe, Rechtsberatung, Bereicherung der Kenntnisse auf irgendwelchen Gebieten, künstlerische Genüsse. Das eigenartige bei diesen Gütern ist, daß ihr Konsum im gleichen Augenblick erfolgt, in welchem sie produziert werden. Und ferner, daß sie nichts kosten als Arbeitskraft besonderer Qualifikation, welche in dem Augenblick, in dem der Dienst geleistet, das immaterielle Gut erworben wird, anderen Verwendungen entzogen ist. Soweit das Resultat solcher Dienste sich in Sachgütern niederschlägt, wie Kunstwerken, Büchern, Musikwerken, gilt für ihren Preis das gleiche, wie für alle Sachgüter, nur daß in denselben der Lohn hochqualifizierter Arbeitskraft eine überragende Stellung einnimmt.

Man mag übrigens solche Fälle konstruieren wie man will niemals kann der Arbeitsaufwand selbst, der außerhalb des Marktes erfolgende Konsumtionsakt des Produktivgutes Arbeit, zur Marktware werden, so wenig, wie der Konsum irgendeines anderen Gutes.

III.

Wenn wir aus alledem das Fazit ziehen, so begeht Oppenheimer bei seiner Theorie vom statischen Preise der „Arbeit" zwei Fehler. Unter dem Begriffe „Arbeit" identifiziert er 3 völlig wesensverschiedene Dinge. Die Marktware Arbeitskraft als Produktivgut, d. h. als originären Träger einer produktiven Leistung; den Arbeitsaufwand oder die Arbeitsverausgabung, d. h. den Konsum jenes Produktivgutes im Produktionsprozeß und endlich das Resultat dieser Arbeitsverausgabung, das Arbeitsprodukt, als vergegenständlichte oder

geronnene „Arbeit". Aber damit noch nicht genug! Diese angeblich miteinander identischen Wertdinge sollen sich auf dem Markte als äquivalente Wertdinge austauschen. Denn nach seiner Lehre tauscht sich „Arbeit" gegen „Arbeit". Es bedarf keiner Ausführung, daß Identität und Wertäquivalenz einander ausschließen müssen; denn Wertäquivalenz erfordert Austausch, Identität macht den Austausch überflüssig. Entweder sind Arbeitskraft, Arbeitsaufwand und vergegenständlichte Arbeit identische Größen, dann ist ihr gegenseitiger Austausch ausgeschlossen. Oder sie sind nicht identisch, sondern nur einander äquivalent, dann steht die Äquivalenz keineswegs axiomatisch fest, sondern sie bedarf des Beweises. Soll der Satz, daß sich immer und überall gleiche Arbeitsquanten gleicher Qualifikation miteinander austauschen, zutreffend sein, so kann er es nur in dem Sinne sein, daß sich gleiche Quanten vergegenständlichter Arbeit miteinander austauschen. Denn dann ist Wertäquivalenz aus dem Grunde denkbar, weil die gleichen Arbeitsmengen in verschiedenen Gebrauchswerten vergegenständlicht sind, mithin Identität ausgeschlossen ist. Die Arbeitsmenge erscheint hier nur als das verschiedenen Wertdingen gemeinsame, nicht aber als das wahre Wesen des Wertdings selbst. Zu welch seltsamen Konsequenzen die Auffassung Oppenheimers führen kann, haben wir bereits bei der Besprechung seiner Konstruktion des angeblichen Einkaufsmonopols des Kapitalisten erkennen können. Gold, nach Oppenheimers eigener Ansicht ein beliebig reproduzierbares Gut und als solches Inkarnation eines bestimmten Quantums vergegenständlichter Arbeit soll gleichzeitig einem einzigen bestimmten Gute, der lebendigen Arbeit, dem Arbeitsaufwand gegenüber als Monopolware auftreten, ein Ergebnis, welches völlig undenkbar ist.

Besteht nun der Satz, daß gleiche Mengen vergegenständlichter Arbeit gleicher Qualifikation sich auf dem Markte austauschen, daß mithin Arbeit im Sinne von Arbeitsaufwand die alleinige Quelle oder „Substanz" des autogenen, d. h. nicht durch Machtposition oder Naturmonopole beeinflußten Wertes ist, zu Recht? Die Antwort auf diese Frage haben wir bis zu einem gewissen Grade schon früher gegeben. Jeder Arbeitsaufwand muß in der Statik Wert schaffen. Aber damit ist nicht gesagt, daß ein Produkt nur Wert hat, weil und insofern Arbeit auf dasselbe verwandt worden ist. Ursache des Wertes eines Gutes, sowohl seiner Existenz, als seiner konkreten Höhe ist stets in Statik und Dynamik die Tatsache, daß es knapp ist im Verhältnisse zum Bedarf nach ihm. Aber freilich ist in der Statik in zahlreichen Fällen der Arbeitsaufwand alleiniger und exakter

Gradmesser der relativen Knappheit der Güter. Denn in dem Aufwand an Arbeit, der erforderlich ist, um ein Produkt zu erlangen, bzw. auf den Markt zu bringen, tritt ja die Schwierigkeit seiner Beschaffung, sein „Beschaffungswiderstand" am deutlichsten zutage. Der Satz von der Bemessung des Wertes nach der Arbeitszeit könnte daher für alle beliebig vermehrbaren Sachgüter ausnahmslos gelten, wenn nicht in die Erzeugung auch solcher Güter weitere Seltenheitsfaktoren eintreten würden. Die Preise gleichqualifizierter Produktivgüter sind in der Statik ausgeglichen. Würden mithin stets Produktivgüter gleicher Qualifikation bei der Produktion mitwirken, so bliebe in der Tat nur die Arbeitsmenge, gemessen an der Arbeitszeit, als Maßstab der relativen Knappheit und damit des Wertes des Produktes übrig. Alle Abweichungen, welche in der Statik von der Arbeitsmengentheorie des Wertes eintreten, sind ausschließlich auf die verschiedene Qualifikation der originären Produktivgüter zurückzuführen. Das gilt zunächst von der Arbeitskraft. Je höher qualifiziert die Arbeitskraft, um so größer ihre relative Seltenheit, um so höher muß ihr Preis über dem Preis der durchschnittlich qualifizierten Arbeitskraft stehen [1]). Das gleiche gilt, wenn auch in ganz anderem Sinne von dem Preise des Kapitals, dem Profit. Die Profitraten sind in der Statik ausgeglichen. Was aber von der Profitrate gilt, das gilt nicht von der absoluten Höhe des Profits. Der Profit wird, wie wir wissen, berechnet nicht nur proportional dem Kapitalwerte, sondern auch proportional der Zeit, innerhalb welcher dieser Wert in der Produktion gebunden bleibt. Daraus folgt, daß der absolute Profit trotz gleicher Raten in dem Maße anwächst, als die Zeitdauer, in welcher der akkumulierte Kapitalwert in der Produktion gebunden bleibt, zunimmt. Wäre für die Höhe des Profits lediglich der Kapitalwert, der gleich ist dem Werte des Kapitalsubstrates maßgebend ohne Rücksicht auf die Zeitdauer der Bindung dieses Wertes, dann müßte der absolute Profit zu- oder abnehmen mit dem in dem Kapitalsubstrat investierten Arbeitsaufwand (gleich qualifizierte Arbeitskraft vorausgesetzt) und die Arbeitsmengentheorie des Wertes bliebe insoweit unangetastet. Die Verschiedenheit der Zeitdauer jedoch, innerhalb welcher der Kapitalwert gebunden ist, hat zur Folge, daß in den Güterwert ein die Arbeitsmengentheorie wesentlich modifizierendes Moment eintritt. Längere Zeitdauer der

[1]) Man muß scharf unterscheiden zwischen Qualifikationslohn, dem Preise erworbener und der Qualifikationsrente, dem Preise angeborener Qualifikation. Der erstere ist ein Bestandteil der Produktionskosten, der zweite nicht. Er ist eine der Grundrente analoge Differenzialrente als Preis eines Naturmonopols.

Bindung des Kapitalwertes aber ist, wie wir wissen, gleichbedeutend mit einer Steigerung des Ertrages, mithin einer höheren Nützlichkeit des Kapitales. In diesem Sinne können wir sagen, daß auch die Verschiedenheit in der Qualifikation des Kapitals die Arbeitsmengentheorie des Wertes in ihrer Geltung beeinträchtigt.

Wir haben bereits früher gesehen, daß es weder Marx noch Oppenheimer gelungen ist, eine zulängliche Lösung des Widerspruches zwischen der allgemeinen Geltung der Arbeitsmengentheorie des Wertes und dem Einflusse der Ausgleichung der Profitrate auf den Güterwert zu finden. Das aber bedeutet nichts anderes, als daß sie ihren Theorien von dem Profit als Ergebnis einer Ausbeutung der Arbeiter eine hinreichende Stütze nicht zu geben vermocht haben. Denn dazu wäre eine einwandfreie Lösung des Widerspruches unbedingtes Erfordernis gewesen.

Aber — das kann nicht scharf genug hervorgehoben werden — sie haben insofern richtig gesehen, als in der Tat hier ein Problem vorhanden ist, ein Problem, über welches die bürgerliche Theoretik großenteils allzu leichtherzig hinwegzugehen pflegt, irregeleitet durch die Vorstellung von der technischen Produktivität des Kapitals.

In allen Fällen, wo Arbeitskraft von gleicher Qualifikation und Kapitalien von gleicher „organischer" Zusammensetzung in die Produktion eintreten, muß sich in der Statik der Tauschwert der Güter exakt proportional verhalten zu der Menge der bei ihrer Produktion verausgabten Arbeit. In dem Tauschwert aber steckt nicht nur die Vergütung des Arbeiters, der Arbeitslohn, sondern auch der Profit, der nicht dem Arbeiter, sondern dem Besitzer des Kapitals zufließt. Dieser Profit muß, wie wir schon früher betonten, sich in einem naturalen Produkt realisieren, und das kann nur dann der Fall sein, wenn der Arbeiter über das zur Erzeugung seines Arbeitslohnes erforderliche Arbeitsquantum hinaus ein bestimmtes Quantum „Mehrarbeit" leistet, d. h. der Arbeiter arbeitet einen bestimmten Teil des Arbeitstages nicht für sich, sondern für den Kapitalisten. Geben wir, indem wir diese Tatsache konstatieren, nicht doch zu, daß der Kapitalist den Arbeiter ausbeute, indem er ihn einen Teil seiner Arbeitszeit für sich „umsonst" arbeiten lasse?

Die Antwort ergibt sich von selbst, wenn wir uns daran erinnern, daß das Kapital als Ergebnis der Akkumulation von Güterwert zwar die unentbehrliche Voraussetzung eines realen Mehrertrages ist, daß es aber technisch diesen Mehrertrag nicht zu schaffen vermag. Es postuliert als nützliches und relativ seltenes originäres Produktivgut mit Fug und Recht einen Wert und Preis, einen „Mehrwert", der über die Vergütung der mit ihm kombinierten Arbeitskraft hinausgehen muß. Aber es ist nicht imstande, das Mehrprodukt, in welchem sich der Mehrwert notwendigerweise realisieren muß, hervorzubringen, denn es ist kein technisches Produktivgut. Man wird einwenden, das Kapital wirke, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt an der technischen Erzeugung des Mehrprodukts mit; denn seine Akkumulation bilde ja die Vorbedingung für die Herstellung von Zwischenprodukten oder Beschaffungsgütern und die Mitwirkung dieser letzteren sei ein unbedingtes Erfordernis dafür, daß ein physischer Mehrertrag erzielt werde. Aber auch dieser Einwand trifft nicht ohne weiteres zu; denn auch zwischen der Mitwirkung des Beschaffungsgutes in der Produktion und der Erzielung jenes Mehrertrages besteht kein zwangläufiger Zusammenhang. Auch die Beschaffungsgüter sind zwar notwendige technische Vorbedingungen dafür, daß ein Mehrertrag erzielt werden kann, daraus folgt aber noch nicht, daß er durch ihre Mitwirkung erzielt werden muß. Die durch sie verursachte Möglichkeit einer erhöhten Produktivität kann nämlich von dem Arbeiter lediglich dazu ausgenützt werden, die Zeitdauer, die er zur Produktion seines Lohnes bedarf, zu verkürzen. Soll über den Lohn des Arbeiters hinaus ein Mehrprodukt entstehen, so gibt es dafür kein anderes Mittel, als daß der Arbeiter über die zur Produktion seines Lohnes erforderliche Zeit hinaus „Mehrarbeit" leistet. Mit anderen Worten: ein realer Profit kann ausschließlich zur Entstehung gelangen als technisches Resultat von Mehrarbeit. Und jede Mehrarbeit muß, wie wir sahen, in der Statik „Mehrwert" schaffen. Diese Tatsache ist unanfechtbar. In ihr liegt der berechtigte Kern der Ausbeutungstheorie. Ihr Fehler aber gipfelt darin, daß sie technische und wirtschaftliche Verursachung identifiziert. Der Mehrwert entsteht nicht, weil Mehrarbeit geleistet wird, sondern es muß Mehrarbeit geleistet werden, weil die unumgängliche Mitwirkung des Kapitals in der Produktion einen Mehrwert postuliert, dessen reales Substrat nur durch Mehrarbeit geschaffen werden kann.

Indem wir diese Tatsache feststellen, stehen wir aber vor einer weiteren großen Schwierigkeit. Ist der Profit ein Preis und läßt sich dieser Preis nur durch Mehrarbeit realisieren, so muß in der Statik für die Gesamtheit der Produktionssphären die Mehrarbeitszeit, als deren Ergebnis sich die Höhe des Profits darstellt, bereits gegeben sein. Diese Schwierigkeit wird noch dadurch kompliziert, daß in Wirklichkeit die Kapitale von verschiedener organischer Zusammensetzung sind, ein Austausch nach dem Arbeitsaufwande mithin gerade infolge der verschiedenen Höhe des absoluten Profits

nicht stattfindet. Die Marxsche Vorstellung, als leiste in jedem Produktionszweige der Arbeiter je ein bestimmtes Quantum Mehrarbeit und die so entstandenen Mehrwerte glichen sich dann zu einer mittleren Durchschnittsprofitrate aus, ist, wie wir bereits früher erkannten, unmöglich. Sie scheitert daran, daß nicht die Mehrwerte von einer Produktionssphäre in die andere strömen, bis sie ausgeglichen sind, sondern daß die Kapitalien selbst innerhalb der verschiedenen Sphären der Produktion hin- und herströmen, bis jedes Kapital den gleichen Preis, die gleiche Profitrate erzielt. Wie aber, so fragen wir, ist es denkbar, daß einerseits der statische Profit in seiner Höhe das Resultat eines bestimmten Quantums Mehrarbeit und zwar in jeder Produktionssphäre eines individuell bestimmten Quantums sein soll und andererseits dieses Quantum Mehrarbeit für die Gesamtproduktion bereits feststehen muß, da sie ja lediglich dazu dienen soll, einen gegebenen Preis zu realisieren? Denkbar ist nur eine Lösung. Die Höhe des Profits muß sich ergeben nicht aus dem Durchschnitt der in den verschiedenen Produktionssphären geleisteten verschiedenen Quanten von Mehrarbeit, sondern aus dem Mehrarbeitsquantum in einer einzigen bestimmten Produktionssphäre, welche dann maßgebend sein muß für diejenige Mehrarbeitsmenge, welche in sämtlichen übrigen Sphären der Gütererzeugung zu leisten ist. Diese, für die Gesamtproduktion maßgebende, in einer einzelnen Produktionssphäre zu leistende Arbeitsmenge muß in der Statik wiederum bestimmt werden durch anderweit gegebene Faktoren. Wollen wir diese Faktoren kennen lernen, so ist es geboten, uns zunächst den Bestimmungsgründen zuzuwenden, welche für die Höhe des statischen Preises der Arbeitskraft maßgebend sind.

IV.

Gleich jedem Gute hat auch das Produktivgut Arbeitskraft nur deshalb Wert und Preis, weil es relativ knapp ist, d. h. knapp im Verhältnis zur potentiellen Nachfrage. Die effektive Nachfrage nach Arbeitskraft aber geht wie bei den übrigen originären Produktivgütern nicht direkt von den Konsumenten der fertigen Genußgüter aus, sondern von den Anbietern der „komplementären" originären Produktivgüter Bodenkraft und Kapital. Bodenkraft ist, wie wir wissen, noch für lange hinaus im Überfluß vorhanden und so würde eine beständige unbegrenzte Nachfrage nach Arbeitskraft vorhanden sein, so daß schon aus diesem Grunde die Arbeitskraft ein wertvolles Gut sein und in der Tauschwirtschaft einen Preis haben muß.

Indessen die Kombination der Bodenkraft ausschließlich mit Arbeitskraft wäre gleichbedeutend mit rein okkupatorischer Gewinnung der Bodenprodukte und das bedeutet, daß die Besitzer der Arbeitskraft, die arbeitenden Menschen, ihre gesamte Arbeitszeit darauf verwenden müßten, das notwendigste Existenzminimum zu erlangen. Jede höhere Lebenshaltung hat den Übergang von der okkupatorischen zur produktiven Tätigkeit zur Voraussetzung und jede produktive Tätigkeit ist bereits Umwegproduktion. Die letztere aber erfordert, wie wir wissen, die Mitwirkung des dritten originären Produktivgutes, des Kapitals. Um eine Umwegproduktion beginnen und fortsetzen zu können, muß ein naturaler Fonds von Subsistenzmitteln verfügbar sein und damit dies der Fall sein kann, muß entweder ein solcher Fonds aus dem Ertrage der vollendeten Produktion aufgespeichert oder es muß in der Austauschwirtschaft wenigstens das Wertäquivalent eines solchen angesammelt sein, mit dem Zwecke, dem gegenwärtigen Eigenkonsum des Produzenten entzogen und auf Zeit in der Produktion gebunden zu werden. Kapital in diesem Sinne aber ist, wie wir wissen, keineswegs in unbegrenzter Menge vorhanden und erlangbar. Machen wir uns klar, daß schon seit langer Zeit die Lebenshaltung der durchschnittlich qualifizierten Arbeiterschaft erheblich über dem physiologischen Existenzminimum steht, daß die Voraussetzung dafür ist, daß die Arbeitskraft nicht okkupatorisch, sondern produktiv angewandt wird, so erhellt, daß die effektive Nachfrage nach Arbeitskraft auf das engste gebunden ist an das Angebot von Kapital.

Das Produktivgut Arbeitskraft ist untrennbar verbunden mit seinem Anbieter, dem arbeitenden Menschen. Daraus ergibt sich, daß das Angebot dieses Produktivgutes gebunden ist an die Zahl der Menschen in arbeitsfähigem Alter und damit an die Bevölkerungszahl überhaupt. Hängt mithin die Nachfrage nach Arbeitskraft von dem Angebot von Kapital als akkumiertem Subsistenzmittelwert, das Angebot von Arbeitskraft von der Bevölkerungsziffer ab, so muß der jeweilige Wert der Arbeitskraft in engstem Zusammenhang stehen mit dem Verhältnis, in welchem einerseits der Subsistenzmittelspielraum, andererseits die Bevölkerungsziffer zugenommen hat. Die Grenzen, innerhalb deren eine Zunahme der Bevölkerung möglich ist, sind — das bedarf an dieser Stelle keiner näheren Ausführung — äußerst weite. Anders steht es mit dem Anwachsen des Subsistenzmittelspielraumes und das bedeutet des Kapitals, denn das Kapitalwachstum kann selbst im günstigsten Falle nur statthaben, insofern ein Überschuß über den Wert des gewohnten Subsistenz-

mittelvorrates hinaus vorhanden ist. Der Wert der Subsistenzmittel aber hat auf die Dauer und im Durchschnitt die Tendenz, zuzunehmen. Der Grund ist der, daß er wesentlich mitbedingt ist durch die Ergiebigkeit der landwirtschaftlichen Produktion. Landwirtschaftliches Produkt sind zunächst Nahrungsmittel, die Mittel der Befriedigung des dringlichsten aller Bedürfnisse. Landwirtschaftliches Produkt aber sind ferner vorwiegend auch die Rohstoffe eines großen Teiles derjenigen Subsistenzmittel, welche nicht der Ernährung dienen. Bei der Beschaffung aller Produkte der Landwirtschaft aber spielt im Verhältnis zu den übrigen originären Produktivgütern die Bodenkraft eine dominierende Rolle. Bodenkräfte hoher Qualifikation sind nur in beschränkter Menge vorhanden. Steigt mithin die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten, so müssen Bodenkräfte geringerer Qualität zur Güterbeschaffung herangezogen werden und das ist gleichbedeutend mit dem Erfordernis höheren Arbeits- und Kapitalaufwandes für das gleiche Produkt. Mit anderen Worten: die relative Seltenheit der Nahrungsmittel, sowie eines großen Teiles der Rohstoffe für die übrigen Subsistenzmittel steigt, und damit auch ihr Wert. Steigender Subsistenzmittelwert aber ist gleichbedeutend mit sinkendem Wertüberschuß über jenen Wert hinaus, denn der Aufwand an Arbeit kann nicht bis ins Endlose ausgedehnt werden. Für die Verausgabung der Arbeitskraft gibt es, wofern sie in wirtschaftlicher Weise erfolgen soll, ein optimum, über das hinaus eine Konsumtion derselben zum Nachteil wird, mag der Eigentümer der Arbeitskraft dieselbe auf eigene Rechnung verwenden, oder mag er sie an einem Unternehmer verkauft haben. Steigender Wert der Subsistenzmittel bedeutet mithin sinkenden Spielraum für weitere Kapitalakkumulation und damit für eine weitere Ausdehnung der Nachfrage nach Arbeitskraft.

Es besteht somit ein natürliches Mißverhältnis zwischen den Faktoren, welche das potentielle Angebot an Arbeitskraft und denjenigen, welche die effektive Nachfrage nach Arbeitskraft bestimmen. Selbstverständlich aber ist das effektive Angebot von Arbeitskraft durch die effektive Nachfrage nach denselben streng begrenzt. Effektive Nachfrage nach Arbeitskraft ist gleichbedeutend mit Angebot von Kapital, und letzteres wieder mit dem Subsistenzmittelspielraum, denn in jeder mit Hilfe von Kapital produzierenden arbeitsteiligen Wirtschaftsgesellschaft lassen sich den Arbeitern die Subsistenzmittel nur in dem Grade zugänglich machen, in welchem es der akkumulierte Subsistenzmittelwert, mit anderen Worten: das Kapital erlaubt. Eine weitere Frage ist dann aber die: Muß die im produktionsfähigem Alter stehende Bevölkerung stets in dem Maße zunehmen, wie es das Angebot von Kapital irgend gestattet? Daß die Möglichkeit einer solchen Zunahme vorhanden ist, bedarf keines weiteren Beweises; es ist ein einfacher Gemeinplatz. Aber entspricht die Wirklichkeit der Möglichkeit?

Die Behauptung, daß die Bevölkerung ständig und dauernd, mithin in jeder Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die Tendenz habe, über die Menge der zur Verfügung stehenden Subsistenzmittel hinauszuwachsen, und daß als Konsequenz dieser Tendenz, welche sich selbstverständlich nie voll auswirken kann, die Bevölkerung gegen den Nahrungsspielraum presse, bildet den Inhalt des eben soviel gepriesenen wie angefochtenen Malthusschen Bevölkerungsgesetzes. Aus diesem Gesetz folgt, daß auf die Dauer und im Durchschnitt, in der Statik also, das Angebot an Arbeitskraft dem Kapitalangebot angepaßt ist. Die wichtigste Folgerung daraus ist die, daß die großen Massen des Volkes, und das heißt in unserer Zeit derjenigen, welche nichts anzubieten haben, als ihre Arbeitskraft, stets nur über ein Einkommen verfügen können, welches relativ dürftig ist und dem gewohnheitsmäßigen oder sozialen Existenzminimum gleichkommt. Dem Malthusschen Gesetz ist das glückliche Schicksal beschieden gewesen, im Laufe der Zeit immer wieder tot gesagt zu werden und dabei dennoch fröhlich weiter zu leben[1]). Freilich rein deduktiv läßt sich die Geltung dieses Gesetzes nicht nachweisen; denn wenn auch auf die Bevölkerungsbewegung Momente wirtschaftlicher Natur in hohem Grade einwirken, ausschließlich durch wirtschaftliche Beweggründe ist sie nicht bedingt. Daraus ergibt sich, daß bei der Untrennbarkeit der Arbeitskraft von der Person des Arbeitenden für das Angebot von Arbeitskraft nicht ausschließlich wirtschaftliche Faktoren maßgebend sein können. Immerhin zeigt die Erfahrung untrüglich, daß seither wenigstens eine starke Kapitalzunahme auch von einer starken Bevölkerungszunahme begleitet worden ist. So hat denn auch das rapide Anwachsen der Kapitalien im verflossenen und zu Beginn des jetzigen Jahrhunderts eine Vermehrung der Bevölkerung zur Folge gehabt, welche von einem Gelehrten, der sicherlich nicht im Verdacht kapitalistischer Gesinnung steht, als „wahnsinnig" bezeichnet worden ist.

Hätte die aus dem Gezetze der sinkenden Bodenqualität sich

[1]) Vgl. hierzu meine Schrift: „Das Malthussche Bevölkerungsgesetz und die theoretische Nationalökonomie der letzten Jahrzente." Karlsruhe 1912. An den in dieser Untersuchung gefundenen Ergebnissen halte ich auch heute noch im wesentlichen fest.

ergebende zunehmende Schwierigkeit der Subsistenzmittelbeschaffung im Laufe der Zeit andauernd in gleichem Maße gewirkt, so wäre die Quote am Gesamterzeugnis, welche durchschnittlich auf den Kopf des einzelnen Wirtschaftssubjektes innerhalb einer Wirtschaftsgesellschaft entfiel, immer die gleiche geblieben. Damit wäre jeder kulturelle Fortschritt unmöglich gewesen. Glücklicherweise war dem nicht so. Das Gesetz der sinkenden Bodenqualität hat seine Wirksamkeit nicht immer in gleicher Stärke ausüben können, da es zeitweise durch Faktoren dynamischer Natur überkompensiert wurde, welches sich als Fortschritt der Produktionstechnik zusammenfassen lassen. Solche Fortschritte haben sowohl in der landwirtschaftlichen Urproduktion, als auch im Bergbau und in der Stoffveredelung bei der Herstellung der nicht in Nahrung bestehenden Subsistenzmittel stattgefunden. In der neuesten Zeit endlich konnten dank der Fortschritte der Transporttechnik überdies noch Bodenkräfte hoher und höchster Qualität für die Nahrungsmittel- und Rohstofferzeugung herangezogen werden. Alle diese, den Einfluß des Bodengesetzes zeitweise außer Wirksamkeit setzenden Faktoren wirken beschleunigend auf die Kapitalakkumulation, weil dadurch die Überschüsse über den Wert des notwendigen Konsums hinaus zunehmen. Es kann dann, bei längerer Zeit hindurch anhaltender rapider Kapitalzunahme, der Wert der Arbeitskraft und damit ihr Preis „auf unbestimmte Zeit beständig" (wie Ricardo sagt) in der Dynamik steigen, sofern in diesem Falle das Bevölkerungswachstum mit der Kapitalzunahme nicht Schritt zu halten vermag. Vermag aber der Preis der Arbeitskraft sich längere Zeit hindurch auf einem, im Vergleich zu früheren Zeiten, hohen Stand zu halten, so wird der Verbrauch des naturalen Güterquantums, auf welche der Wert des Arbeitslohnes gewissermaßen die Anweisung bildet, zur dauernden Gewohnheit. Der Lebensfuß der Massen steigt; die Auffassung über das Quantum von Gütern, welche zum notwendigen Unterhalt gehören, wandelt sich. Im Laufe der Entwicklung wird aus dem physiologischen das gewohnheitsmäßige oder soziale Existenzminimum und dieses wiederum steigt in dem Maße, als es gelingt die Wirksamkeit des Bodengesetzes für längere Zeit zu hemmen.

Rufen wir uns weiterhin in Erinnerung, daß das „konstante Kapital" als „potentieller Lohnfond", d. h. als Lohnfond im Werdezustand zu betrachten ist und bedenken wir, daß als Subsistenzmittelspielraum nicht nur die Gesamtheit der fertig vorrätigen, sondern auch die kraft der Produktionstechnik erlangbaren Subsistenzmittel anzusehen sind, und daß das Wachstum der Bevölkerung an diesem potentiellen Subsistenzmittelspielraum ihre Grenzen findet, so gelangen wir zu dem Schluß, daß das Angebot an Arbeitskraft an dem Punkte sich dem Kapitalsangebote anpaßt, wo der durchschnittlich qualifizierte Arbeiter als Preis seiner Arbeitskraft dasjenige Quantum an Gebrauchswert erhält, welches dem gewohnheitsmäßigen Existenzminimum entspricht, wie es sich im Verlaufe der Dynamik herausgebildet hat. In der Statik steht mithin der Preis für die Arbeitskraft durchschnittlicher Qualifikation auf dem gewohnheitsmäßigen Existenzminimum des Arbeiters und seiner Familie. Dieser natürliche oder statische Preis der Arbeitskraft aber ist das Ergebnis der Konkurrenz unter denen, welche sie auf dem Markte anbieten, hervorgerufen durch die Anpassung der Bevölkerung in produktionsfähigem Alter an das Kapitalangebot auf der Basis des sozialen Existenzminimums und dieser statische Preis der Arbeitskraft ist gleich dem Werte der Arbeitskraft, d. h. den Kosten, die notwendigerweise aufgewandt werden müssen, um im gegebenen statischen Zustande das gleiche Quantum Arbeitskraft ständig auf den Markt zu bringen und auf demselben zu erhalten.

Es ist hier nicht der Ort, näher auf die Einwendungen einzugehen, welche Oppenheimer und andere gegen das Malthussche Bevölkerungsgesetz als die wesentlichste Prämisse dieses Ergebnisses erhoben haben. Ich kann hierfür auf meine oben zitierte Schrift verweisen, in welcher ich versucht habe, dieselben eingehend zu widerlegen [1]).

Es ist mithin die Konkurrenz der Anbieter der Arbeitskraft, welche den Preis in der Statik auf das gewohnheitsmäßige Existenzminimum herabdrückt, und welche die Ursache davon ist, daß dieser Preis auch in der Jetztzeit, so erheblich er gegen frühere Zeiten gesteigert ist, verhältnismäßig niedrig steht. Man hat dieser Lehre vom statischen Arbeitslohn den Vorwurf gemacht, sie sei zynisch. Zynisch aber ist nicht die Lehre, zynisch sind leider die Tatsachen. Man hat ferner geltend gemacht, diese Lehre sei durchaus wirklichkeitsfremd, denn bis sich das Angebot von Arbeitskraft der effektiven Nachfrage nach ihr, d. h. dem Kapitalangebot angepaßt habe,

[1]) Seit dem Erscheinen meiner Schrift, mithin seit immerhin acht Jahren, sind erhebliche Angriffe gegen das M.sche Gesetz, soweit ich sehe, nicht mehr erfolgt. Oppenheimer freilich hat mir gegenüber seinen ablehnenden Standpunkt aufrecht zu erhalten gesucht; Arch. f. Soz. Wissensch. usw. Bd. 35, S. 528ff. Ich habe darauf in der gleichen Zeitschrift Bd. 37, S. 930ff. repliziert. Vgl. dazu Mombert in Grundriß der Soz. Ökonomik Bd. 2, S. 78.

vergehe ein Zeitraum von anderthalb bis zwei Jahrzehnten, innerhalb dessen sich eine völlige Änderung der maßgebenden Faktoren vollziehen könne. Darauf ist zu erwidern: Einmal, daß alle Gesetze der Statik nichts sind, als Entwicklungstendenzen, die nur innerhalb längerer Zeiträume sich durchzusetzen streben. Was vom statischen Arbeitslohn gilt, das gilt beispielsweise auch von dem Gesetz der Ausgleichung der Profitrate; man denke nur an die Hemmnisse, die dem Hin- und Herströmen von Kapital aus einer Produktionssphäre in die andere entgegenstehen. Ferner aber begeht man den Fehler, die Zunahme der Bevölkerung und damit des Angebots von Arbeitskraft allzusehr mit einer Zunahme der Geburten zu identifizieren. Das Angebot von Arbeitskraft ist, wie ohne weiteres ersichtlich, keineswegs ausschließlich abhängig von der Geburtenziffer, sondern von der Größe der Bevölkerung, die im produktionsfähigen Alter steht. Je nachdem in der Dynamik nun der Lohn pro Kopf des Arbeiters sich gestaltet und damit die Lebenshaltung des Arbeiters sich bessert oder zurückgeht, je nachdem wird auch die Sterblichkeit in der Arbeiterbevölkerung sich heben oder sinken, und die Sterblichkeitsziffer ist ein der Geburtenzahl völlig ebenbürtiger Faktor für die Größe der in produktionsfähigem Alter stehenden Bevölkerung und damit für das Angebot von Arbeitskraft. Dabei sehen wir noch vollständig ab von den Einflüssen, welche, sofern wir uns auf bestimmt abgegrenzte Territorien beschränken, die Lohnhöhe auf die Wanderung auszuüben vermag.

V.

Wollen wir die Stellung, welche Oppenheimer zu der hier vorgetragenen Lehre vom statischen Preise der Arbeitskraft einnimmt, und die Theorie vom Lohne, die er im Gegensatz dazu verficht, richtig würdigen, so ist es von Interesse, zunächst einmal kurz die Lohntheorie von Karl Marx einer Betrachtung zu unterziehen. Marx steht bekanntlich ganz und gar auf dem Boden der Lehre, daß in der heutigen Wirtschaftsordnung der Arbeitslohn nach dem gewohnheitsmäßigen Existenzminimum hin tendiere. Er betont ausdrücklich, daß bei der Bezahlung des Produktivgutes Arbeitskraft das Prinzip der Wertäquivalenz nach keiner Richtung hin verletzt, daß die Arbeitskraft zu ihrem vollen Werte bezahlt wird, oder, um mich der Oppenheimerschen Terminologie zu bedienen, ihren statischen Konkurrenzpreis erhält. Mit einer Schärfe, wie keiner vor ihm, unterscheidet er zwischen der Ware „Arbeitskraft" als auf dem

Markte angebotenes und nachgefragtes Produktivgut und dem Aufwande an lebendiger Arbeit als dem Akte der Konsumtion jenes Produktivgutes mit dem Effekt der Tauschwerterzeugung. Um so merkwürdiger ist der Selbstwiderspruch, in den Marx dann verfällt, indem er plötzlich und unversehens den „Mehrwert" als „unbezahlte Arbeit" erklärt, als ein Ergebnis der Ausbeutung des Arbeiters zwar nicht auf dem Markte, wohl aber in der Werkstatt. Es sind doch nur zwei Alternativen möglich. Entweder die „Arbeit" im Sinne von Arbeitsaufwand, oder Verausgabung der Arbeitskraft ist ein Wertobjekt; dann liegt der Schluß nahe, daß sein voller Wert gleich sein muß dem Werte des Produktes, das nach der Arbeitstheorie allein ihm zu verdanken ist. Dann wird das Prinzip des Äquivalentenaustausches auf dem Markte, wo nur die Arbeitskraft bezahlt wird und nicht der Arbeitsaufwand, verletzt. Oder, die „Arbeit" als Arbeitsaufwand ist kein Wertding, dann hat sie auch keinen Anspruch auf Bezahlung und es ist dann sinnlos, von unbezahlter Arbeit zu sprechen. Der Widerspruch läßt sich in der Tat nicht anders lösen, als daß Marx eine plötzliche Volte von der Ökonomik in die Ethik gemacht hat, so unversehens, daß diese Wendung nicht nur seinen Anhängern, sondern, soweit ich sehe, auch seinen Kritikern völlig entgangen zu sein scheint. Noch eben auf dem Boden der nüchternen, anscheinend völlig voraussetzungslosen ökonomischen Theorie stehend, sehen wir uns, ohne daß wir uns dessen klar bewußt werden, auf das Gebiet eines ethischen Anspruches, des „Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag" versetzt; denn nur in dieser Bedeutung kann die Redewendung von der „unbezahlten Arbeit" überhaupt einen Sinn haben. Marx hat es freilich in äußerst geschickter Weise verstanden, die plötzliche Wendung zu verdecken. Er läßt durchblicken, daß die gesamte Tausch- und Marktwirtschaft mit einem moralischen Makel behaftet ist, indem sie an die Stelle der Gebrauchswerte den Tauschwert, an Stelle der leibhaftigen Güter den leib- und seelenlosen Wert setzt und sogar die menschliche Arbeitskraft zur Marktware, zum puren Tauschwert erniedrigt. Er läßt durchscheinen, daß damit der Arbeiter selbst zwar nicht direkt, aber doch indirekt als Verkäufer der von seiner Person untrennbaren Arbeitskraft zur Marktware wird, daß mithin das Lohnsystem der kapitalistischen Wirtschaft nichts anderes ist, als eine verkappte Form der Sklaverei. Und was das Wichtigste ist: Er läßt die Tatsache, daß der Wert der Ware Arbeitskraft durch die Konkurrenz der Arbeiter selbst auf das gewohnheitsmäßige Existenzminimum herabgedrückt wird, erscheinen als das Resultat eines Bevölkerungs-

gesetzes, welches nicht für alle Zeit gilt, vielmehr ausschließlich der Epoche des Kapitalismus angehört, ganz und gar durch den vom „Kapital" beherrschten Produktionsmechanismus ausgelöst wird. Dieses Gesetz, welches Marx als das Gesetz der kapitalistischen Akkumulation bezeichnet, und welches wir in seinen Einzelheiten hier als bekannt voraussetzen dürfen, gipfelt in dem Satze, daß die Lebenslage der arbeitenden Masse sich umgekehrt proportional verhält zu der Größe der Kapitalakkumulation und dem Stande der Produktionstechnik, so daß mit zunehmender Akkumulation und steigender Produktivität die Lohnquote des Arbeiters pro Kopf mehr und mehr dahin tendiert, sich dem physiologischen Existenzminimum anzunähern, und zwar deshalb, weil steigende Akkumulation von Kapital in zunehmendem Maße eine „relative Übervölkerung", eine übermäßige Surplusbevölkerung schafft. Dieses Marxsche Bevölkerungsgesetz leidet an zwei wesentlichen Gebrechen: Marx übersieht das Wesen des konstanten Kapitals als eines potentiellen Lohnfonds. Er verkennt, daß ein solcher zwar vorübergehend die Nachfrage nach Arbeitskraft herabsetzen kann, daß er sie jedoch auf die Dauer steigern muß, wie das ja auch die Erfahrung deutlich genug erwiesen hat, und er hat nicht gesehen, daß auch aus einem anderen Grunde die von ihm postulierte relative Übervölkerung auf die Dauer undenkbar ist. Entweder fehlt es für jene Surplusbevölkerung an „variablem Kapital"; dann bedeutet das nichts anderes, als daß es für sie an Subsistenzmitteln fehlt; denn andernfalls müßte ihr Wertäquivalent entweder in der Geldform oder in der Form anderer Güter ein entsprechendes Angebot zur Folge haben. Fehlt es aber an Subsistenzmitteln, dann ist eine Übervölkerung freilich vorhanden, aber nicht eine Übervölkerung im Sinne von Marx, sondern eine solche im Sinne von Malthus. Oder es sind ausreichende Subsistenzmittel vorhanden, dann muß auch ein entsprechender Wert als „variables Kapital" vorhanden sein, und dieses muß, sofern es sich verwerten will, Nachfrage nach Arbeitskraft entfalten. Es könnte von einer Übervölkerung weder im Sinne von Marx, noch von Malthus die Rede sein. Auch wäre nicht abzusehen, wie bei zunehmender Verelendung der Massen, d. h. bei sinkender Kaufkraft derselben, die steigende Verwendung von Maschinen, die doch vorwiegend der Herstellung von Massenprodukten dienen, rentabel werden könnte [1]).

[1]) Vgl. dazu Dr. Georg Charasoff, Das System des Marxismus, Berlin 1910, S. 248 und mein „Malthus" S. 136.

Oppenheimer hat die Mängel der Marxschen Lehre und insbesondere seines Bevölkerungsgesetzes durchaus richtig erkannt. Aber er ist zugleich auch heftiger Gegner des Malthusschen Gesetzes und so gelangt er zur Negierung der Theorie vom gewohnheitsmäßigen Existenzminimum als statischen Konkurrenzpreis der Arbeitskraft, wenigstens für die von ihm sogenannte „reine", d. h. von störenden Machtpositionen freie Ökonomie. Freilich, des oben gekennzeichneten Selbstwiderspruches, in den Marx verfällt, macht Oppenheimer sich nicht schuldig. Aber er begeht, wie wir bereits wissen, den anderen Fehler, die Arbeitskraft als Produktivgut mit ihrer Konsumtion als Arbeitsaufwand zu identifizieren. Ferner: Der niedere Lohn der „Arbeit" in der „politischen Ökonomie" wird von ihm auf das Bodenmonopol zurückgeführt. Nun muß aber der Lohn, wie jeder Preis, in irgendeinem Zusammenhange mit dem Angebot und mit der Nachfrage stehen und zwar nicht nur in der Dynamik, sondern auch in der Statik. Mit anderen Worten: Soll die Oppenheimersche Theorie vom Arbeitslohne stimmen, so muß sich aus ihr ein zwingender Zusammenhang ergeben zwischen dem Bodenmonopol und dem Angebot von „Arbeit". Einen solchen Zusammenhang aber vermag die Oppenheimersche Lehre nicht herzustellen, und zwar deshalb nicht, weil es ihr an einem Bevölkerungsgesetze fehlt. Oppenheimer ist im Grunde genötigt, jeden Zusammenhang zwischen Bevölkerungsziffer und Arbeitslohn für die Statik in Abrede zu stellen. Infolgedessen vermag seine Lohn- und Profittheorie, wie wir sofort sehen werden, weder an die Lehre von Marx, noch an die klassische Lehre, was formale Schlüssigkeit und innere Geschlossenheit anlangt, heranzureichen.

II. Kapitel.

Die Höhe des statischen Profits.

1.

Der Profit ist Mehrwert in dem Sinne eines Wertüberschusses über den Wert des Arbeitslohnes hinaus. Dieser Mehrwert muß sich, wie wir wissen, wenn derjenige, der ihn bezieht, einen Vorteil davon haben soll, in einem physischen Mehrprodukt realisieren. Die unabwendbare Folge davon ist, daß Höhe des Arbeitslohnes und Höhe des Profits in dem Verhältnis strengster Abhängigkeit stehen müssen. Die gleiche Konsequenz ergibt sich, wenn wir daran denken,

daß Angebot von Arbeitskraft gleichzeitig Nachfrage nach Kapital bedeutet und umgekehrt. Die Frage ist dann die, ob der Zusammenhang beider Preise der ist, daß sie im Wechselverhältnis zueinander stehen, oder ob die Höhe eines der beiden Preise bestimmend ist für die Höhe des anderen. Die Frage ist nicht schwer zu beantworten. Der Arbeitslohn steht in der Statik auf dem gewohnheitsmäßigen Existenzminimum und das ist ein für jede Statik exakt bestimmtes Quantum von Gütern von „Gebrauchswert" und zwar muß er gerade auf diesem Quantum von Gebrauchswert stehen, wenn, wie das jede Statik voraussetzt, keine Tendenz zur Veränderung in Angebot und Nachfrage vorhanden sein, wenn der Maximumzustand erreicht sein soll. Die Ursache hierfür liegt darin, daß die Arbeitskraft von ihrem Anbieter, dem arbeitenden Menschen, untrennbar ist. Das gleiche gilt nicht von dem Verhältnisse des Kapitals zu seinem Anbieter und schon daraus ergibt sich, daß der Preis der Arbeitskraft die bestimmende, der Preis des Kapitals die bestimmte Größe sein muß, und daß der reale Profit abhängen muß von dem Überschusse an Gütern, der über das Güterquantum hinaus, welches den realen Arbeitslohn bildet, erzielt werden kann.

Indessen ist damit über die exakte Höhe des Profits noch gar nichts gesagt. Nehmen wir an, das Gesetz, daß der Wert der Produkte sich genau bemesse nach der Größe des Arbeitsaufwandes, der erforderlich ist, um sie herzustellen und auf den Markt zu bringen, gelte allgemein — und es gilt sicherlich, wenn wir von der Verschiedenheit in der Qualifikation der Arbeitskraft absehen, in allen Fällen, in denen die Proportion des konstanten zum variablen Kapital die von Marx so genannte „organische Zusammensetzung" des Kapitals die gleiche ist —, dann kommt für die Höhe des Profits die Länge der Zeit in Betracht, innerhalb welcher über die zur Herstellung der Lohngüter erforderliche Zeit hinaus gearbeitet wird. Ist diese Zeitdauer in sämtlichen einzelnen Produktionssphären variabel, und dazu noch in den einzelnen Betrieben innerhalb jeder Produktionssphäre verschieden groß, dann läßt sich die Höhe des statischen Profits exakt überhaupt nicht feststellen. Indessen ist es klar, daß der Arbeitstag auf die Dauer und im Durchschnitt nicht beliebig lang ausgedehnt werden kann, und zwar gilt dies keineswegs nur in dem Sinne, daß die Arbeitskraft pro Tag nur so lange konsumiert werden kann, bis sie völlig erschöpft ist. Die Konsumtion der Arbeitskraft muß vielmehr wie die eines jeden anderen Gutes wirtschaftlich erfolgen, d. h. nach dem Prinzip des kleinsten Mittels zum größten Erfolge. Das aber bedeutet, daß die Arbeitskraft in jeder einzelnen

Produktionssphäre nur in dem Umfange konsumiert werden darf, daß der größte dauernde Ertrag für Produzenten und Konsumenten erzielt wird. Mit anderen Worten: die Arbeitskreft darf, soll ihr Verbrauch wirtschaftlich erfolgen, nicht auf das äußerste angespannt, sondern nur bis zu den Grenzen verausgabt werden, an welchen der Maximumzustand der kollektiven Bedarfsbefriedigung liegt. Jede Überschreitung dieser Grenze muß sich rächen durch eine Herabsetzung der Leistungsfähigkeit des Arbeiters, eine Schwächung seiner Arbeitskraft und damit einer Minderung des Arbeitsertrages. Daraus ergibt sich, daß in der Statik innerhalb jeder Produktionssphäre ein Arbeitstag von bestimmter gegebener Dauer vorhanden sein muß; wir bezeichnen ihn als die „optimale" Arbeitszeit.

Die Klassiker waren mithin im Rechte, wenn sie bei ihren Untersuchungen über Lohn und Profithöhe von einem Arbeitstage gegebener Länge ausgingen. Marx hat ihnen mit Unrecht daraus einen Vorwurf gemacht und er hat sich, indem er auch in der Statik den Arbeitstag als variabel betrachtete, selbst der Möglichkeit einer zureichenden Ableitung der Profitrate beraubt.

Oppenheimer geht gleich den Klassikern bei seinem Versuche, die Höhe des statischen Profits zu bestimmen, von einem Arbeitstage gegebener Länge aus. Der Profit ist für ihn, wie wir wissen, Abzug vom „statischen Konkurrenzpreis der Arbeit". Dieser Preis ist auch bei ihm ein bestimmtes Quantum von Gebrauchswert, eine konstant gegebene, eine bestimmte Höhe der Lebensführung verbürgende Gütermenge als Reinertrag eines Arbeitstages von gegebener Länge. Der Wert dieses Realeinkommens ist der Minuend. Um den Profit als Differenz bestimmen zu können, ist Oppenheimer nun genötigt, die Höhe des Subtrahenten zu suchen, den um den Profit gekürzten Arbeitslohn der „politischen Ökonomie, den Monopollohn". Der Tatsache, daß der Lohn des durchschnittlich qualifizierten Arbeiters in der Realität auf das gewohnheitsmäßige Existenzminimum hintendiert, und daher in der Statik auf demselben steht, vermag er sich nicht zu verschließen. Das Lohngesetz indessen, welches er in früheren Arbeiten vertrat, ist rein dynamischer Natur und daher nicht geeignet, zur Ableitung des „statischen Monopollohnes". Andererseits ist er nicht in der Lage, diesen Monopollohn aus der Konkurrenz der Arbeiter untereinander herzuleiten; denn er erkennt weder das Malthussche noch das Marxsche Bevölkerungsgesetz an und ebensowenig die Lohnfondtheorie. Und er kann diese Theorien auch von seinem Standpunkte aus nicht anerkennen, denn er würde damit seiner eigenen Lehre den Boden unter den

Füßen wegziehen. In dieser immerhin prekären Lage greift er zu einem eigenartigen Auskunftsmittel.

Der statische Preis der unselbständigen Dienste, so sagt er, muß stets annähernd gleich sein dem Einkommen, das sich der Produzent als Selbständiger durch eigene Produktion erwerben kann und darf. In der „politischen Ökonomie" aber bleibt als Folge des Bodenmonopols den selbständigen landlosen Wirtschaftssubjekten nur noch die Möglichkeit, ganz niedere, oder gar unehrenhafte Dienste zu leisten. Die letzteren können für die Bestimmung des normalen Arbeitslohnes nicht in Frage kommen, da gerade die Unehrenhaftigkeit auf die Konkurrenz beschränkend einwirkt. Es bleibt im Grunde nichts übrig, als die rein okkupatorische Arbeit des Früchtesammelns, ferner Botendienste, Zettelverteilung und künstlerische Dienste niedrigsten Ranges (Straßensänger, Drehorgelspieler usw.). Der Wert dieser „Produkte" und damit der Wert der sie verkaufenden „Arbeit" kann naturgemäß nur ein äußerst geringer sein. Maßgebend ist, wie überall, der „Grenzbeschaffungswert", d. h. der Wert desjenigen Produktes, welches unter den ungünstigsten Umständen zu Markte gebracht wird und welches der Markt gerade noch braucht. Danach kann der Arbeitsertrag solcher Grenzproduzenten, da derartige Leistungen nur durch unterdurchschnittlich qualifizierte Personen erfolgen, nicht über dem physiologischen Existenzminimum stehen. Ja, diese Schätzung ist sogar noch optimistisch. Etwas höher muß freilich der Lohn des durchschnittlich qualifizierten unselbständigen Arbeiters doch sein. Er erreicht das soziale Existenzminimum.

Diese Ableitung vermag keineswegs zu befriedigen. Das Einkommen eines Arbeiters bestimmter Qualifikation kann niemals aus dem Einkommen von Arbeitern höherer oder niedrigerer Qualifikation hergeleitet werden. Die Verschiedenheit der Qualifikation schließt die Vertretbarkeit und damit die Konkurrenz aus, wenigstens im strengsten Sinne des Wortes (sofern wir nämlich von den Fällen absehen, in welchen niedrere Qualifikation die höhere nach Art eines Surrogates zu verdrängen vermag). Der Preis der durchschnittlich qualifizierten Arbeitskraft kann, sofern ihr Angebot nicht durch künstliche Monopolisierung begrenzt wird, nur aus der Konkurrenz der durchschnittlich qualifizierten Arbeiter untereinander abgeleitet werden. Oppenheimer hat es versäumt, sich die Frage vorzulegen, woher es denn kommt, daß in der Statik Angebot von und Nachfrage nach „Arbeit" sich gerade auf dem Punkt decken, an welchem der Arbeiter das soziale Existenzminimum als Lohn erhält. Freilich wäre er, wenn er sich die Frage vorgelegt hätte, nicht um die

Alternative herumgekommen, entweder das Malthussche Bevölkerungsgesetz als in der Gegenwart noch wirkend anzuerkennen, oder dasselbe gleich Marx durch ein anderes Bevölkerungsgesetz zu ersetzen, aus welchem sich jene dem Arbeiter ungünstige Marktkonstellation herleiten ließ. Daß er keine der beiden Alternativen ergriff, darin liegt, um mich eines eigenen Ausdrucks Oppenheimers zu bedienen, seine „methodische Todsünde".

Wie sehr die Oppenheimersche Lehre durch das Fehlen eines Bevölkerungsgesetzes geschädigt wird, zeigt auch die dynamische Lohntheorie Oppenheimers. Es verlohnt sich daher, dieselbe einer Betrachtung zu unterziehen, obgleich Oppenheimer selbst seinen statischen Monopollohn nicht aus ihr herleitet. Sein dynamisches Lohngesetz nennt Oppenheimer das „Gesetz der Strömung". Die Vollbesetzung des Bodens treibt die landlosen Arbeiter in die Städte oder in überseeische Länder, in denen noch freier Boden vorhanden ist. Die Folge ist, daß in der städtischen Industrie ein ständiges Überangebot von Arbeitern besteht, welches den Lohn dauernd niedrig hält. Nichtsdestoweniger aber muß dieser Lohn höher stehen, als der Lohn des Landarbeiters; denn sonst würde für diesen jedes Motiv fehlen, in die Städte abzuwandern. Der Lohn des Landarbeiters bildet die Basis für den Lohn des städtischen Industriearbeiters. Dieser Landarbeiterlohn aber steigt fortgesetzt, weil auf dem Lande der Arbeitsmarkt nicht „überführt, sondern unterführt" ist[1]). Hebt sich aber die Basis, so hebt sich auch das höhere Stockwerk. Der Arbeitslohn auch in der Stadt muß steigen und so erklärt sich steigender Arbeitslohn trotz eines ständigen Überangebotes in der Industrie.

Mit diesen Darlegungen wird zunächst durchaus nicht erklärt, was erklärt werden soll. Es ist unverständlich, wieso bei einem Überangebot von Arbeitskraft auf einem Teilmarkte der Lohn auf diesem Teilmarkte beständig steigen soll. Ebenso unerklärlich ist es, wie auf die Dauer der Arbeitsteilmarkt auf dem Lande dauernd unterführt sein soll, wenn gleichzeitig in den Städten ein ständiges Überangebot von Arbeitskraft herrscht. Auf die Dauer muß doch der Lohn des Landarbeiters bei Unterführung des Marktes so lange steigen, der des Arbeiters in der Stadt bei Überführung des Marktes so lange sinken, bis eine ausreichende Zahl von Arbeitern von der Stadt in das Land zurückgeströmt ist, so daß in der Statik der Lohn durchschnittlich qualifizierter Arbeit ausgeglichen ist.

[1]) Theorie S. 412.

Aber weiter! Die Grundstücksverteilung, mit anderen Worten: das Bodenmonopol, soll die causa causans die originäre Ursache der Abwanderung vom Lande in die Städte und damit des Überangebotes von Arbeitern auf dem städtischen Teilmarkte sein. Zweifelsohne ist der Großgrundbesitz historisch an der ursprünglichen Entstehung einer land- und kapitallosen Arbeiterklasse erheblich mitschuldig. Aber ist er auch schuldig an ihrer ständigen Reproduktion? Oppenheimer weist einmal darauf hin, daß Großgüterbezirke im östlichen Preußen 75,04 % ihres Geburtenüberschusses abstoßen [1]). Zugegeben, daß ein Zusammenhang zwischen Großgrundeigentum und Aus- bzw. Abwanderung besteht. Aber besteht auch ein zwingender Zusammenhang zwischen Großgrundeigentum und Höhe des Geburtenüberschusses? Ist etwa der Großgrundbesitz die Ursache jener abwandernden „Surplusbevölkerung" oder ist es nicht vielmehr die Höhe der Geburtenziffer in jenen Bezirken? Wenden wir unseren Blick vergleichshalber nochmals auf das Marxsche Bevölkerungsgesetz. Marx erblickt die originäre Ursache der ungünstigen Lage der Arbeiterbevölkerung im Kapital. Er versucht einen zwingenden Zusammenhang zwischen der Surplusbevölkerung, welcher auf den Arbeitslohn drückt und dem kapitalistischen Produktionsmechanismus nachzuweisen. Seine relative Übervölkerung ist ein der kapitalistischen Wirtschaft inhärentes Fatum, dem, solange diese Wirtschaftsordnung besteht, mit keinerlei Mitteln zu entrinnen ist. Jede Einschränkung in der natürlichen Vermehrung der Bevölkerung ist nach ihm von einer Revolutionierung der Produktionstechnik gefolgt, welche die Proportion zwischen konstantem und variablem Kapital zu Ungunsten des letzteren gestaltet und Arbeiter frei setzt, mag deren Zahl absolut hoch oder niedrig sein. Betrachtet man dieses Gesetz rein vom Standpunkte der formalen Logik, so ist es durchaus in sich schlüssig, und wenn es nicht aus anderen Gründen zu verwerfen wäre, so wären die weiteren Konsequenzen, welche Marx aus denselben zieht, unabwendbar. Nun hat Oppenheimer selbst Marx gegenüber nachgewiesen, daß infolge der Nichtübereinstimmung des Marxschen Bevölkerungsgesetzes mit den Tatsachen auch die Schlußfolgerungen aus diesem Gesetz dahin fallen. Aber er hat leider nicht vermocht, etwas Besseres an dessen Stelle zu setzen. Sein Gesetz der Strömung vermag günstigsten Falles ein zeitweiliges Überangebot von Arbeitskraft auf einem Teilmarkt zu erklären; niemals aber läßt sich aus ihm eine dynamische Tendenz der Lohnbewegung im Verlaufe der Entwicklung, geschweige denn gar der Lohn in der Statik herleiten.

[1]) Das Grundgesetz der Marxschen Gesellschaftslehre, Berlin 1903, S. 111.

Es verlohnt sich, der Frage nachzugehen, ob ein zwingender Zusammenhang zwischen dem Großgrundeigentum und, wenn schon nicht der Surplusbevölkerung, so doch der Abwanderung derselben in die Städte besteht. Auch diese Frage muß verneint werden. Richtig ist nur, daß der Nachwuchs in Großgüterbezirken unter den gegenwärtigen Verhältnissen in höherem Maße zur Abwanderung in die Städte tendiert, als in Parzellenbezirken. Damit ist aber noch keineswegs erklärt, warum trotz der ungünstigen Lage der Landarbeiter in den Bezirken des Großgrundbesitzes ein derartig starker Nachwuchs vorhanden ist, daß eine Abwanderung in die Städte stattfinden kann. Auf diese Frage kann die Antwort nur dahin lauten, daß sich das Kapitalangebot und damit die Nachfrage nach Arbeitskraft in der Industrie in höherem Maße konzentriert, wie in der Landwirtschaft, und daß, wie stets, das Angebot von Arbeitskraft dahin tendiert, sich der Nachfrage anzupassen. Eine solche Kapitalkonzentration in der Industrie ist wiederum nur dann möglich, wenn die Landwirtschaft ausreichende Überschüsse liefert, um die städtische Bevölkerung ernähren zu können; nehmen diese Überschüsse zu, dann ist das Gesetz der sinkenden Bodenqualität entweder zeitweilig überkompensiert, oder völlig außer Kraft gesetzt. Gäbe es andererseits keinen Großgrundbesitz, wäre das ganze Ackerland in Parzellen aufgeteilt und es bestände gleichzeitig aus den soeben angegebenen Gründen eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften in der Industrie, so würde auch dann das Angebot sich der Nachfrage anpassen. Ließe sich das erforderliche Angebot nicht aus dem Nachwuchs der städtischen Bevölkerung beschaffen, so würden die Kleinbauern eine größere Familie haben; denn die Kinderzahl des Kleinbauern, der einer Zersplitterung seines Besitzes vorbeugen muß, steht im engsten Zusammenhang damit, ob seine Nachkommenschaft ausreichenden Unterhalt in den Städten findet. Wir werden auf diese Frage noch einmal in anderem Zusammenhang zurückkommen.

Das Ergebnis dieser Ausführungen gipfelt darin, daß Oppenheimer in der Gleichung

Profit (p) = stat. Konkurrenzpreis der Arbeit (E) — Monopollohn (L)
p = E — L die Höhe des Subtrahenten zwar richtig angegeben, es aber nicht vermocht hat, diese Größe abzuleiten. Das ist aber für die Theorie gleichbedeutend damit, daß die Größe eine Unbekannte

geblieben ist. Wir werden sofort sehen, daß auch die Meinung Oppenheimers, den Minuend gefunden zu haben, irrig ist.

II.

Oppenheimer hält den Minuend E in der jeweiligen Statik für eine konstante Größe und man wird ihm darin recht geben müssen. Eine konstante Größe aber ist naturgemäß nicht identisch mit einer Größe von exakt gegebener Höhe, und so sieht sich Oppenheimer genötigt, E in der kapitalistischen Gesellschaft „neu aufzufinden und dadurch zu bestätigen". E ist nach ihm exakt gleich dem Einkommen des selbständigen, durchschnittlich qualifizierten Grenzproduzenten, der unter keinem Monopolverhältnis produziert, auch nicht unter dem Klassenmonopolverhältnis, der mit anderen Worten mit eigenen, technisch gleich wirksamen Produktionsmitteln konkurriert, aber keine Arbeiter beschäftigt. Der typische Grenzproduzent in diesem Sinne ist für ihn der durchschnittlich qualifizierte, unverschuldete Kleinwirt, der gerade soviel Boden besitzt, wie er mit den Kräften seiner eigenen Familie, also ohne Arbeiter bestellen kann und der diesen Boden mit derjenigen Intensität bebaut, wie er der Lage in den Thünenschen Zonen entspricht. Unter diesem Einkommen, so glaubt Oppenheimer, kann in der „reinen Ökonomie auch der Lohn des unselbständigen, kapitallosen Arbeiters nicht stehen".

Indessen gerade darin irrt er, denn das Einkommen E des kapitalbesitzenden Grenzproduzenten resultiert nicht ausschließlich aus der Konkurrenz der Arbeiter, sondern auch aus der Konkurrenz der Kapitalien untereinander. Mit anderen Worten: die Größe p, die erst gefunden werden soll, ist als Bekannte in E bereits enthalten. Das Problem des statischen Profits ist ja eben das, bei welcher Höhe von E Angebot von und Nachfrage nach Kapital (d. h. Angebot von Arbeitskraft) sich gerade decken. War seither p die unbekannte Größe und lautete somit die Gleichung $x = E - L$, so stellt sich jetzt heraus, daß E nur gefunden werden kann, wenn p bereits bekannt ist und die Gleichung demnach zu lauten hat $x = L + p$. Der kapitallose Arbeiter vermag mit dem kapitalbesitzenden, selbständigen Grenzproduzenten, mag dessen Kapital noch so klein sein, zwar als Arbeiter, nicht aber als Kapitalbesitzer zu konkurrieren und daraus ergibt sich, daß er keinesfalls das gleiche Einkommen beziehen kann. Ist es richtig — und wir glauben es nachgewiesen zu haben — daß Kapital ein originäres Produktivgut

ist, welches Wert und Preis hat, dann muß der kapitallose Arbeiter, wenn er seine Arbeitskraft mit Kapital kombinieren will, eben dessen Preis dafür bezahlen, den Preis, welchen wir Profit nennen. Dabei ist die Frage vollkommen gleichgültig, ob er herrenlosen Boden apropriiert hat oder nicht. Ist das erstere der Fall, dann sind zwei Möglichkeiten vorhanden. Entweder er besitzt ein eigenes, wenn auch noch so kleines Kapital, welches er als selbständiger Kleinbauer verwendet, dann erhält er in der Statik außer seinem Arbeitslohn noch denjenigen Profit, welcher im Verhältnis zu der Größe seines Kapitals der statischen Profitrate entspricht. Dann aber würde er sich nicht schlechter stehen, wenn er seine Arbeitskraft als unselbständiger Arbeiter auf dem Markte verkaufen würde und sein kleines Kapital direkt oder durch Vermittlung einer Sparkasse in der Industrie investieren würde. Oder er besitzt kein Kapital; dann bleibt ihm nichts anderes übrig, als sich dasselbe, sofern er seinen Boden anbauen will, im Wege der Leihe zu beschaffen. In diesem Falle müßte er dem Gläubiger den Profit zahlen und sein Einkommen wäre wiederum = L. Käme er gar auf die Idee, sich seinen Unterhalt auf dem angeeigneten Boden ohne Inanspruchnahme von Kapital, also rein okkupatorisch zu beschaffen, dann würde er kaum mehr erzielen, als das notdürftigste Existenzminimum oder nicht einmal dieses, und seine Lage wäre erheblich ungünstiger, als die des durchschnittlich qualifizierten Lohnarbeiters. Aus diesen Darlegungen folgt, daß auch die Aneignung von Boden am Rande der Städte durch Spekulanten auf die Lage des Arbeiters als Produzenten nicht von Einfluß sein kann. Die Frage, inwieweit der Arbeiter etwa als Wohnungskonsument dadurch geschädigt wird, steht hier nicht zur Diskussion. Unter allen Umständen ist zu beachten, daß Boden von solch günstiger Lage bereits als Boden hoher Qualifikation der Lage und damit als absolut selten zu betrachten ist und daher Grundrente beanspruchen kann.

Oppenheimers Anspruch, als Erster die Höhe des Profits in der Statik exakt abgeleitet zu haben, besteht somit nicht zu Recht. Die Oppenheimersche Gleichung $p = E - L$ enthält mindestens 2, in Wahrheit sogar 3 unbekannte Größen, denn auch die in ihrer Höhe richtig bestimmte Größe L, der „Monopollohn", muß, weil seine Ableitung mißglückt ist, wie wir schon sahen, als Unbekannte betrachtet werden.

Übrigens entbehrt auch die Berechnung der Rate des Profits bei Oppenheimer der exakten Genauigkeit. Er erkennt ganz richtig, daß die Profitrate abhängig sein muß von dem Verhältnis

des Wertes des Grenzprofits zu dem Werte des Grenzkapitals, da der normale Profit seiner Höhe nach sich in dem letzten unter Mitwirkung des Kapitals arbeitenden Betriebe feststellt, d. h. dem unter den ungünstigsten Umständen produzierenden Betriebe, dessen Produkt der Markt gerade noch braucht. Er ist auch darin im Recht, daß der Wert des Grenzkapitals gleich sein muß dem Werte des im Grenzbetriebe verwandten naturalen Kapitalsubstrates, während der Wert des in den übrigen begünstigteren Betrieben investierten Kapitals erst im Wege der Kapitalisierung durch die Profitrate bestimmt wird. Aber er vermag uns nichts darüber zu sagen, von welchen Umständen es abhängt, an welchem Punkte sich jene Grenzbetriebe feststellen, mit anderen Worten, wo die Grenze der Produktion gelegen ist. Wir wissen, daß die potentielle Kapitalnachfrage unbegrenzt ist und daß, wenn nur das hinreichende Angebot von Kapital vorhanden ist, kein solches Angebot überflüssig ist. Das Problem aber ist, an welchem Punkte die effektive Nachfrage nach Kapital und damit das effektive Kapitalangebot sich decken müssen. Und dieser Punkt, der gleichbedeutend ist mit dem Punkt, an dem der kapitalistische Grenzbetrieb liegt, läßt sich weit exakter bestimmen, als es bei Oppenheimer geschehen ist.

Ferner aber ist die Berechnung des Wertes des Grenzkapitals bei Oppenheimer keineswegs exakt, denn für diesen Wert ist nicht nur der Wert des „volkswirtschaftlichen Kapitals" des „Beschaffungsgutes" maßgebend; einen erheblichen Teil des Grenzkapitalwertes bildet vielmehr auch der Wert der im Grenzbetriebe verausgabten Arbeitslöhne.

III.

Wenn es auch Oppenheimer nicht gelungen ist, vermittels seiner Theorie die Höhe des statischen Profits abzuleiten, so ist er doch von der richtigen Erkenntnis ausgegangen, daß der Ausgangspunkt für die Herleitung des Wertes der originären Produktionsgüter und damit des objektiven Wertes überhaupt in einem fest gegebenen Gebrauchswertquantum gelegen sein müsse. Es ist sein großes Verdienst, diese Erkenntnis mit einer Schärfe zum Ausdruck gebracht zu haben, wie niemand zuvor. Er irrte in der Annahme, dieses Gebrauchswertquantum in seiner Größe E, dem „statischen Arbeitslohn der reinen Ökonomie" gefunden zu haben. Er verkannte, daß seine Größe E selber der Bestimmtheit entbehrte. Im Gegensatz dazu steht unserer Theorie ein solches exakt feststellbares

Naturaleinkommen in dem statischen Arbeitslohn unserer Wirtschaftsgesellschaft zur Verfügung und von da aus ist es nicht mehr schwierig, den statischen Profit in seiner Höhe abzuleiten, denn danach kann der Profit nichts anderes sein, als ein Überschuß an Tausch und Gebrauchswert über den gegebenen Wert der Lohngüter und es bleibt nur noch das Problem, die Größe dieses Wertüberschusses zu bestimmen.

Mit dieser Feststellung gelangen wir zu der klassischen Theorie von der Höhe des Profits zurück, wie sie bei Ricardo ihren Abschluß gefunden hat. Gegen die Ricardosche Ableitung der Profithöhe hat Oppenheimer den Vorwurf erhoben, sie erkläre im Zirkel, bzw. führe zu einem regressus infinitus; denn auch in dem Werte der Lohngüter stecke bereits Profit. Das letztere ist sicher richtig, aber es schlägt nicht durch. Wir haben schon mehrfach betont, daß das physische Produkt, in welchem der Profit sich realisieren muß, sofern der Kapitalbesitzer nicht nur nominellen Wert, sondern eine reale Vergütung für die Anwendung seines Kapitals in der Produktion erhalten soll, lediglich dadurch gewonnen werden kann, daß der Arbeiter über die zur Gewinnung der Lohngüter erforderliche Arbeitszeit hinaus arbeitet. Wir waren uns ferner darüber klar geworden, daß als Folge davon für die Höhe des statischen Profits in der gesamten Wirtschaftsgesellschaft die Profithöhe in einer einzelnen ganz bestimmten Produktionssphäre maßgebend sein müsse. Wir wissen auch, daß der Wert überall da exakt dem Arbeitsaufwand entspricht, wo die „organische Zusammensetzung des Kapitals" die gleiche ist. Es ist uns fernerhin bekannt, daß in diesem Falle der Grenzarbeitsaufwand maßgebend ist, d. h. derjenige Arbeitsaufwand, welcher erforderlich ist, um die letzte noch vorhandene Nachfrage zu befriedigen. Und endlich wissen wir, daß, wenn der Konsum von Arbeitskraft durch ihren Käufer wirtschaftlich erfolgen, d. h. dauernd den größten Nutzen gewährleisten soll, wir für jede Produktionssphäre von einem fest gegebenen dem „optimalen" Arbeitstag auszugehen haben.

Mit diesen Voraussetzungen sind uns wesentliche Vorbedingungen für die exakte Bestimmung der statischen Profithöhe gegeben, ohne daß wir genötigt wären, im Zirkel zu erklären. Denn hängt die Größe der Profitrate von der Höhe des Grenzmehrwertes in einer bestimmten Produktionssphäre ab, dann braucht uns die verschiedene organische Zusammensetzung des Kapitals in den verschiedenen Produktionssphären und selbst in den einzelnen Betrieben der maßgebenden Produktionssphäre nicht mehr zu stören. In dem aus-

schlaggebenden Grenzbetriebe ist auf alle Fälle in der Statik die Zusammensetzung des Kapitals eine gegebene, und es ist daher möglich, sowohl den Wert der in diesem Betriebe produzierten Lohngüter, als auch den Wert des Überschußproduktes unter Annahme einer gegebenen optimalen Arbeitszeit an den für beide Produktkategorien erforderlichen Arbeitsaufwänden zu messen. Die Höhe des statischen Profits läßt sich demnach exakt bestimmen als den Wert des physischen Produktes, welcher in dem Grenzbetriebe der maßgebenden Produktionssphäre infolge der Mehrarbeit über den zur Erzeugung des naturalen Arbeitslohnes erforderlichen Arbeitsaufwand bei Annahme eines optimalen Gesamtarbeitstages erzielt wird. Setzt man den so gefundenen Wert des absoluten Profits in Proportion zu dem Werte der gesamten, in jenem Grenzbetriebe aufgewandten naturalen Kapitalsubstrate, mit anderen Worten zum Grenzkapital, so ergibt sich die Profitrate. Bei dieser Herleitung der Profithöhe scheint mir jeder Zirkel oder jeder regressus infinitus ausgeschlossen zu sein. Übrigens hat bereits Ricardo mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß in der Wertdynamik die Änderungen der relativen Werte, welche auf der organischen Zusammensetzung des Kapitals beruhen, „verhältnismäßig geringfügig sind im Vergleich zu der anderen großen Ursache die Wertänderung von Gütern, nämlich mit der Zu- oder Abnahme der zu ihrer Produktion erforderlichen Arbeitsmenge". Mit anderen Worten, in der Wertdynamik ist der Einfluß der Umwegproduktion und damit des Zeitablaufs geringfügig im Verhältnis zum Einfluß des Arbeitsaufwandes. Das Zeitmoment macht sich gewissermaßen nur geltend, wenn wir die Werte mit bewaffnetem Auge betrachten. Mit dem bloßen Auge besehen, beherrscht der Arbeitsaufwand auch in der kapitalistischen Wirtschaft die Dynamik der Werte. Daraus folgt, daß auch in der Statik im großen gesehen, die Werthöhe (der beliebig reproduzierbaren Güter) durch den Arbeitsaufwand messend bestimmt wird, als dem Gradmesser der relativen Seltenheit.

Noch aber stehen wir vor der wesentlichsten Frage, nämlich derjenigen, welche Produktionssphäre es ist, in deren Grenzbetrieb der statische Profit sich feststellt. Es erhellt ohne weiteres, daß nur eine Sphäre der Produktion in Frage kommen kann, in welcher Güter produziert werden, die einen Bestandteil des Arbeitslohnes bilden. Es muß sich mithin um eine Produktionssphäre handeln, in welcher notwendige Subsistenzmittel hergestellt werden. Unter den Subsistenzmitteln aber ist eines das wichtigste und unentbehrlichste von allen, die Nahrung. Von dem Ausmaße, in welchem

das Nahrungsmittelbedürfnis befriedigt werden kann, hängen Angebot von und Nachfrage nach allen anderen Gütern ab. Nahrungsmittel aber werden in der Sphäre der landwirtschaftlichen Urproduktion erzeugt, und in dieser wiederum spielt die Bodenkraft und ihre Qualifikation eine beherrschende Rolle. Die gesamte Entwicklung der Wirtschaftsgesellschaft auf Grund der Arbeitsteilung kann, wie Oppenheimer sehr richtig betont, „nur in dem Maße Platz greifen, wie die Urproduktion Nahrungsüberschüsse erzielt". Es ist dies das von Oppenheimer so genannte, „geozentrische Grundgesetz" und es ist wiederum eines der großen und unvergänglichen Verdienste dieses Denkers, jene Wahrheit, die lange Zeit insbesondere unter dem Einflusse der Marxschen Lehre verdunkelt war, wieder ins volle Licht und in den Mittelpunkt seiner Theorie gestellt zu haben. Das geozentrische Grundgesetz stammt von den Physiokraten, welche indessen von der falschen Voraussetzung ausgingen, als seien jene Überschüsse ausschließlich der Bodenkraft verdankt. Dieses Gesetz steht aber auch — und das hat Oppenheimer merkwürdigerweise verkannt — durchaus im Mittelpunkt der klassischen Lehre und ganz besonders der Theorien von Malthus und Ricardo, denn der Kern- und Grundsatz dieser Denker war doch kein anderer, als der, daß die Gesamtproduktivität in der Statik einer Wirtschaftsgesellschaft letzten Endes abhängt von der größeren oder geringeren Beschaffungsschwierigkeit der Urprodukte und unter diesen wieder insbesondere der Nahrungsmittel. Daher die zentrale Bedeutung, welche bei ihnen das Gesetz der sinkenden Bodenqualität nicht nur für die Produktion, sondern auch für die Distribution einnimmt.

Erkennt man das geozentrische Grundgesetz an, so ergibt sich die notwendige Schlußfolgerung, daß die Urproduktion diejenige Sphäre der Gütererzeugung sein muß, in deren Grenzbetrieb sich die Höhe des statischen Profits feststellt. Diese um so mehr, als in dieser Sphäre der Produktion neben den Nahrungsmitteln auch noch die Rohstoffe für den weitaus größten Teil der nicht in Nahrung bestehenden notwendigen Subsistenzmitteln erzeugt werden. Die Technik der Gütererzeugung kann in der reinen Statik keinen Einfluß ausüben, sie ist als eine gegebene Größe für jede Produktionssphäre zu betrachten. Aber neben der gegebenen Produktionstechnik besteht in der Statik die Verschiedenheit der Bodenqualität. Mag in der Dynamik die Möglichkeit vorhanden sein, das Sinken der Bodenqualität durch technische Fortschritte in den Gewerben der Stoffveredelung zu kompensieren, oder gar zu überkompensieren. In

der Statik, dem jeweiligen Ruhepunkte der Entwicklung ist die Möglichkeit nicht vorhanden. In ihr spielen nur die gegebenen natürlichen Unterschiede der Bodenqualität eine Rolle. Daraus ergibt sich: Die Höhe des Profits in der reinen, isoliert betrachteten Statik ist gleich dem Werte des über den Tauschwert des Arbeitslohnes hinaus erzeugten physischen Mehrproduktes, in dem Grenzbetriebe der Urproduktion im optimalen Arbeitstage. Dieser Grenzbetrieb aber muß derjenige sein, in welchem Arbeitskraft und Kapital mit der mindest qualifizierten noch erforderlichen Bodenkraft kombiniert werden. Das ist diejenige Bodenkraft, welche noch im Überflusse vorhanden ist und daher einen Preis nicht zu erzielen vermag. Man kann sie kurz als „Grenzboden" bezeichnen, sofern man bei dieser Ausdrucksweise nicht aus dem Auge läßt, daß der Boden als originäres Produktivgut nicht identisch ist mit der Bodenfläche, nicht ein zwei- sondern ein dreidimensionales Ding ist.

Die exakte Formel des statischen Profits ist mithin folgende: Er ist gleich dem Werte des naturalen Mehrprodukts, welches in der Urproduktion über das gewohnheitsmäßige Existenzminimum hinaus in optimaler Arbeitszeit als Folge von Mehrarbeit auf dem Grenzboden erzielt wird. Die Proportion, in welcher dieser Wert zum Werte des mit einem gegebenen Quantum Arbeitskraft und dem Grenzboden kombinierten Kapitals, bzw. seines naturalen Substrates (aufgewandte Subsistenzmittel, Rohstoffe, Werkgüter, Gebäude) steht, bildet die Profitrate.

Nach der so gefundenen Profitrate reguliert sich in der Statik die Verteilung des Kapitals in unserem Sinne. Die Kapitalien müssen in der Statik exakt derart verteilt sein, daß Angebot und Nachfrage nach Sachgütern sich gerade zu dem Preise decken, bei welchem die statische Profitrate erzielt wird. Die zu ihrer Gewinnung erforderliche Mehrarbeit ist bestimmend für die Mehrarbeit, welche in der gesamten Wirtschaftsgesellschaft erforderlich ist, um die Profitrate in einem naturalen Produkt zu realisieren. Je nach der organischen Zusammensetzung der Kapitalien in den einzelnen Produktionssphären kann die ganze Profitrate oder ein Teil derselben in einzelnen Sphären reiner Aufschlag auf den Wert der Arbeitslöhne und des Beschaffungsgutes sein. Da aber auch dieser Mehrwert sich in einem Mehrprodukt verkörpern muß, so ist die notwendige Folge davon, daß in anderen Sphären der Gütererzeugung ein höheres Maß von Mehrarbeit geleistet werden oder Arbeitskraft höherer Qualifikation zur Verwendung gelangen muß, als die Profithöhe an sich für diese Sphäre erfordern würde. Es sind dies solche Produktionssphären außerhalb der Landwirtschaft, in welchen entweder die Proportion des konstanten zum variablen Kapital eine verhältnismäßig geringe ist, und gleichzeitig der Konsum der Arbeitskraft eine längere Arbeitszeit als optimale in Anspruch nehmen kann, weil sie sich in diesen Betrieben weniger leicht erschöpft, die Ermüdung später eintritt oder in welchen nur Qualitätsprodukte hergestellt werden, deren Wert nicht vorwiegend an der Arbeitszeit gemessen wird[1]). Es sind die Betriebe des Handwerkes und der Luxusgewerbe. In den handwerklichen Betrieben erfordert die Arbeit weniger Kraftaufwand und ist auch weniger monoton, als in Betrieben der Schwerindustrie und solchen mit vorwiegender Maschinenverwendung. Die Wirklichkeit zeigt denn auch, daß der Profit, insoweit er nicht der weiteren Akkumulation von Kapital dient, sondern konsumiert wird, vorzugsweise für Produkte handwerklicher, kunstgewerblicher oder gar künstlerischer Art verausgabt wird.

Wir glauben damit die Formel für die isolierte oder reine Statik, d. h. den jeweiligen Gleichgewichtszustand des Wirtschaftsgetriebes gefunden zu haben. Diese Formel aber bedarf einer Modifikation für die komparative Statik den Vergleich mehrerer Gleichgewichtszustände miteinander. Bei einem solchen Vergleiche spielt naturgemäß die Entwicklung, die „biologische Dynamik" der Wirtschaftsgesellschaft eine ausschlaggebende Rolle. In der komparativen Statik dürfen wir die Tatsache nicht außer acht lassen, daß für den Wert der Lohngüter nicht ausschließlich die Grenzproduktivität in der Urproduktion maßgebend ist. Die Gesetze, welche die Entwicklung in dieser Sphäre und diejenigen, welche die Entwicklung in der Stoffveredelung beherrschen, sind nicht die gleichen. In der Urproduktion wird die Dynamik auf die Dauer beherrscht von dem Gesetz der abnehmenden Erträge auf Grund der sinkenden Qualität der Bodenkräfte. Von vorübergehenden Ausnahmen abgesehen, gestaltet sich das Verhältnis zwischen Steigerung des Kostenaufwandes und Zunahme des Ertrages in steigendem Maße zuungunsten des Ertrages. Ganz anders in der Industrie. In ihr gilt für die Dynamik ausnahmslos das Gesetz der steigenden Erträge, d. h. der Mehrertrag wächst in größerer Proportion als der Kostenaufwand, mögen auch diese Mehrerträge selbst wiederum mit zunehmendem Kostenaufwand

[1]) Wobei freilich zu beachten ist, daß auch der Wert der hochqualifizierten Arbeitskraft sich schließlich in einem Mehrprodukt realisieren muß, welches letzten Endes nur aus Mehrarbeit resultiert, die in Produktionssphären, welche Arbeitskraft durchschnittlicher Qualifikation erfordern, geleistet wird.

abnehmen. Die Industrieprodukte haben mithin die Tendenz im Laufe der Entwicklung, wenn auch in abnehmender Progression billiger zu werden, während die Urprodukte dahin tendieren, im Preise zu steigen. Werden die Industrieprodukte soweit sie zu den Subsistenzmitteln des Arbeiters gehören, in höherem Grade billiger, als sich die Urprodukte verteuern, so kann das auf dem statischen Arbeitslohn, verglichen mit dem Lohne einer früheren Statik nicht ohne Einfluß bleiben; er wird niedriger stehen, soweit nicht das gewohnheitsmäßige Existenzminimum selbst gestiegen ist. Niedrigerer Stand des Arbeitslohnes aber bedeutet ceteris paribus höheren Stand des Profits. In der komparativen Statik muß daher die Profitrate in ihrer Höhe von dem Verhältnis abhängen, in welchem der Grenzarbeitsaufwand in der Urproduktion zum Grenzarbeitsaufwand steht, der zur Herstellung der industriellen Lohngüter erforderlich ist. Dieses Verhältnis können wir bezeichnen als Gesamtproduktivität der Arbeit innerhalb einer Wirtschaftsgesellschaft. Vergleichen wir mehrere statische Zustände in verschiedenen Zeiten miteinander, so steht der Wert des Lohnes niedriger, der Wert des Profits und damit die Profitrate höher in genauem Verhältnis zu der Gestaltung der Gesamtproduktivität der Arbeit in der einen und in der anderen Statik. Mit anderen Worten: In der komparativen Statik ist die Höhe der Profitrate direkt proportional der Gesamtproduktivität der Arbeit.

Die Tatsache, daß für die Dynamik in der Industrie das Gesetz der steigenden, in der Urproduktion hingegen für Statik und Dynamik das Gesetz der sinkenden Erträge Platz greift, ergibt einen weiteren Beleg dafür, daß für die Höhe des Profits in der isolierten Statik die Höhe des Grenzprofits in der Urproduktion maßgebend ist. Angenommen, der Profit in der Schuh- oder Tuchfabrikation falle unter die seither normale Höhe, während er in anderen Produktionssphären auf dieser Höhe verbleibe, so ergibt sich daraus keine andere Folgerung als die, daß ein Teil des in diesen Produktionszweigen investierten Kapitals in anderen Zweigen der Produktion einen höheren Nutzen stiften kann. Es müßte demnach soviel Kapital aus dieser Sphäre abfließen, daß der normale Profit in denselben wieder erreicht würde. Anders, wenn der Profit in der Urproduktion unter die seitherige normale Höhe hinabsinkt. Dann ist die nächstliegende Annahme die, daß die gesteigerte Nachfrage nach Urprodukten einen Zwang dahin ausgeübt hat, Bodenkräfte geringerer Qualität heranzuziehen. Würde in diesem Falle Kapital aus der Landwirtschaft in die Industrie abströmen und damit der mindestqualifizierte Grenzboden

verlassen, so müßte der Preis der Urprodukte alsbald wiederum so hoch stehen, daß es wieder rentabel wäre, die geringeren Bodenkräfte heranzuziehen, während andererseits der erhöhte Preis der unentbehrlichen Nahrungsmittel in allen Produktionszweigen die Arbeitslöhne in die Höhe treiben und infolgedessen den Profit herabsetzen würde.

IV.

Gegen die hier vorgetragene Theorie, welche im Ergebnis auf die Ricardosche Profittheorie hinauskommt[1]), hat man vielfach einen Einwand erhoben, der auf den ersten Blick recht einleuchtend erscheint. Ist der Profit ein Preis, so argumentierte man, so kann er nicht gleichzeitig eine Restgröße, ein bloßer Wertüberschuß sein. „Auch der Kapitalgewinn", so sagt Böhm-Bawerk[2]), „hat Bestimmungsgründe seiner Höhe, die aus seinen eigenen Verhältnissen hervorgehen, und nimmt nicht einfach was übrig bleibt, sondern er weiß sich seinen angemessenen Anteil zu erzwingen". Diese Macht des Kapitalgewinns schützt Böhm-Bawerk so hoch ein, daß er imstande sein soll, der Ausdehnung der Anbaugrenze und damit der Bevölkerungsvermehrung einen Halt zu gebieten.

Es ist nun freilich richtig, daß ein erheblicher Einfluß des Kapitalgewinns auf das Wachstum der Bevölkerung vorhanden ist. Aber das kann keineswegs in dem Sinne der Fall sein, daß die Bevölkerung an einer Zunahme gehindert ist, damit der Profit eine bestimmte Höhe erreichen oder auf derselben verharren kann. Das wäre nur denkbar, wenn die Anbieter von Kapital sich verabredeten, das Angebot von Kapital künstlich zu beschränken, mit anderen Worten, wenn das Kapitalangebot monopolisiert wäre. Davon ist, wie die Wirklichkeit zeigt, keine Rede und es ist dann nicht abzusehen, inwiefern die Kapitalanbieter imstande sein sollten, einer Bewegung von so elementarer Kraft, wie es das Bevölkerungswachstum doch ist, Einhalt zu gebieten. Der Zusammenhang zwischen

[1]) Man kann auch sagen, die „klassische Theorie". Smith hat nur eine dynamische Profittheorie gegeben, so daß ein eigentlicher Widerspruch zu der Profittheorie Ricardos nicht vorhanden ist, denn Smith hätte konsequenterweise für die Statik zu der gleichen Theorie gelangen müssen. Malthus aber erkennt im Grunde die Ricardosche Theorie für die Statik an und seine Einwände gegen dieselbe sind lediglich aus der Dynamik hergeleitet, teilweise sogar aus der Dynamik des Geldwertes, wobei er übersieht, daß Ricardo ausdrücklich von der Voraussetzung eines stabilen Geldwertes ausgegangen ist.

[2]) a. a. O., Bd. I, S. 110.

Profithöhe und Bevölkerungsvermehrung ist ein völlig anderer, wie Böhm-Bawerk ihn annimmt. Wie jeder Preis, so wirkt auch der Profit in der Dynamik je höher er steht in um so höherem Grade auf eine Steigerung des Kapitalangebots und auf eine Einschränkung der Kapitalnachfrage hin. Andererseits ist die Größe des Kapitalangebots und d. h. letzten Endes des Angebots von Subsistenzmittelwert auf der Basis des gewohnheitsmäßigen Existenzminimums ausschlaggebend für die Größe der Bevölkerungsziffer. Somit ist hoher Kapitalgewinn nicht ein Hemmnis, sondern ein Ansporn des Bevölkerungswachstums.

Es wäre eine überaus reizvolle Aufgabe, eingehend darzulegen, wie wenig die Lehre Böhm-Bawerks von den Bestimmungsgründen der Höhe des Profits zu befriedigen vermag. Dazu ist indessen hier, wo wir uns die Widerlegung der Ausbeutungstheorie in ihrer modernsten Variante zum Ziele gesetzt haben, nicht der Ort. An dieser Stelle sei nur ganz kurz angedeutet, worin mir die wesentlichsten Gebrechen der Böhmschen Lehre von der Profithöhe zu liegen scheinen. Auch nach Böhm ist der Profit Grenzmehrwert, und zwar soll dieser bestimmt sein durch das Mehrerträgnis der letzten auf Grund der Arbeiterzahl und des vorhandenen Subsistenzmittelangebots noch „gestatteten" Verlängerung des Produktionsumwegs. Es ist also letzten Endes die Größe des letzten noch einzuschlagenden Produktionsumweges maßgebend für die Profithöhe. Länge des Produktionsumweges aber bedeutet im Grunde nichts anderes, als die organische Zusammensetzung des Kapitals im Sinne von Marx. Nun leuchtet ein, daß die organische Zusammensetzung des Kapitals, daß Verhältnis des Wertes der Beschaffungsgüter zu dem der konsumreifen Lohngüter, welches bestimmend sein soll für die Profithöhe, selbst geradezu eine Funktion dieser Profithöhe ist, denn je von der Höhe des Profits wird es abhängen, ob eine Verlängerung des Produktionsumweges, die Anwendung von Beschaffungsgut an Stelle von Arbeitskraft wirtschaftlich ist. Sie wird um so weniger wirtschaftlich sein, je reichlicher Arbeitskraft im Verhältnis zum Kapital angeboten ist, je niedriger mithin in der Dynamik der Arbeitslohn und je höher der Profit steht. Und weiter: Böhm geht von einem fest gegebenen Angebot von Arbeitskraft aus, welches nach seiner Annahme von dem vorhandenen Subsistenzfonds, in unserer Terminologie dem „Kapital", innerhalb einer gewissen Zeitdauer (der „durchschnittlichen Produktionsperiode") gerade aufgekauft werden soll. Arbeiterzahl und Subsistenzfond sind nach ihm für die Länge dieser durchschnittlichen

Produktionsperiode bestimmend. Dabei ist Böhm darin vollkommen im Recht, daß er auch das gesamte Beschaffungsgut neben den fertigen Lohngütern zum Subsistenzfonds rechnet; denn das Beschaffungsgut ist, wie wir wissen, potentieller Lohnfonds. Aber er begeht den Fehler, anzunehmen, das Angebot von Arbeitskraft bleibe während der Dauer der Produktionsperiode das gleiche einmal als gegeben vorausgesetzte, während nichts sicherer ist, als daß dieses Angebot, je länger die Produktionsperiode gegriffen ist, mit anderen Worten, je produktiver die Arbeit gestaltet wird, in um so höherem Grade anwachsen wird. Die beiden Grundgebrechen der Böhmschen Ableitung lassen sich unter einem Generalnenner zusammenfassen. Vermischung von Statik und Dynamik. So mündet die Böhmsche Theorie von der Profithöhe in die Schlußfolgerung aus, daß die Bevölkerung um so mehr in ihrem Wachstum gehemmt ist, je höher der Grenzmehrwertertrag, d. h. je entwickelter die Arbeitsproduktivität. Eine Konsequenz, welche den Anhängern dieser Theorie zu denken geben sollte. Endlich aber: Das die Profithöhe bei Böhm bestimmende Grenzmehrerträgnis ist Mehrwerterträgnis; denn ein physisches Mehrprodukt kann nach seiner eigenen Lehre nicht ohne weiteres einen Zins im Gefolge haben. Woher aber der Mehrwert? Darauf hat Böhm keine andere Antwort, als daß er dem Agio der Gegenwartsgüter sein Dasein verdankt. Wie aber verhält sich dies Grenzagio zum Profit? Es bestimmt ihn nicht etwa verursachend oder messend, es ist vielmehr mit ihm schlechthin identisch. Der Profit ist nach Böhm nichts anderes, als die Wertdifferenz zwischen Gegenwarts- und Zukunftsgütern. Mit anderen Worten: Die Höhe des Profits wird aus der Höhe des Profits erklärt.

Kehren wir nach dieser Abschweifung zu der Frage zurück, ob es denkbar ist, daß der Profit als Preis lediglich eine durch einen anderen Preis bestimmte Überschußgröße darstelle, so werden wir antworten müssen: Es ist nicht nur denkbar, sondern es ist durchaus natürlich und notwendig. Ist doch das Produktivgut, dessen Preis der Profit ist, selbst nichts anderes, als eine Überschußgröße über den Wert der gegebenen gewohnheitsmäßigen Konsumbreite hinaus. Akkumulierter Wert aber muß ursprünglich stets resultieren aus Arbeitsaufwand und kann daher als gleichbedeutend betrachtet werden mit akkumuliertem Arbeitsaufwand. Es konkurrieren zwei Verwendungen der Arbeitskraft miteinander. Die Verwendung für den sofortigen Konsum und die Verwendung für die Akkumulation. Dabei ist die Verwendung für den sofortigen Konsum die dringlichere und die Höhe des für ihn erforderlichen Arbeitsaufwandes

ist entscheidend für den Spielraum, der bei optimaler Arbeitszeit für die Akkumulation verbleibt. Daraus folgt: Mag die potentielle Nachfrage nach Kapital unbegrenzt sein, die effektive Nachfrage muß letzten Endes abhängen von dem Spielraum, den der sofortige Konsum übrig läßt. Das heißt nichts anderes, als daß der statische Preis des Kapitals um so niedriger stehen muß, je höher der Wert derjenigen Güter sich beläuft, die dem gewohnten sofortigen Konsum zu dienen haben, denn über den Spielraum, der nach Befriedigung des sofortigen gewohnten Konsums verbleibt, „beliebt" der Markt kein Kapital aufzunehmen. Dieser Satz steht im vollsten Einklange mit der objektiven Kostentheorie des Wertes. Denn worin bestehen die Kosten der Kapitalakkumulation? In nichts anderem, als in demjenigen Werte, dessen naturale Substrate dem sofortigen Eigenkonsum hätten dienen können, und der statt dessen akkumuliert und damit dem künftigen Konsum produktiver Arbeiter dienstbar gemacht wird. Je geringer daher der Wert der dem gegenwärtigen Konsum dienenden Güter, um so höher die Kosten an erweitertem Konsum, die für die Kapitalakkumulation aufgewandt werden, je größer das Opfer, das für die Akkumulation gebracht werden kann und gebracht werden wird. Je höher der Wert der Güter, die dem gewohnten laufenden Konsum dienen, um so geringer das Opfer an Konsummöglichkeit, welches dargebracht werden kann und muß, um so niedriger die Kosten der Akkumulation, um so niedriger der statische Preis des Kapitals, der Profit.

Der tiefste Grund, warum das Kapital sich mit einer Restgröße zufrieden geben muß, deren willkürliche Bestimmung ihm entzogen ist, liegt in der schon mehrfach hervorgehobenen Tatsache, daß das dem Kapital komplementäre, kostbare Produktivgut, die Arbeitskraft, unzertrennlich verknüpft ist, mit der Person des arbeitenden Menschen, und daß ihr statischer Preis daher niemals niedriger stehen kann, als das gewohnheitsmäßige soziale oder kulturelle Existenzminimum beträgt. Auf die Frage, warum der statische Preis der Arbeitskraft nicht höher steht, gibt das Bevölkerungsgesetz die Antwort. Das Wachstum der Bevölkerung ist eine elementare Kraft und wird an und für sich keineswegs ausschließlich von Faktoren wirtschaftlicher Natur beherrscht. Präziser ausgedrückt: Eine zwangsläufige Einwirkung wirtschaftlicher Faktoren auf die Bevölkerungsbewegung findet nur insoweit statt, als durch dieselben die Höchstgrenze bestimmt wird, bis zu der eine Bevölkerung anwachsen kann. Die Erfahrung lehrt aber, daß die Bevölkerung dahin tendiert, auf der Basis der einmal gewohnten Lebenshaltung (welche ihrerseits durch Faktoren der Dynamik bestimmt wird) sich nach Möglichkeit dieser Grenze zu nähern, d. h. diejenige Größe zu erreichen, welche durch die wirtschaftliche Lage gestattet wird. Wirtschaftliche Lage aber ist in allen Wirtschaftsgesellschaften, in denen schließlich oder vorwiegend unter Zuhilfenahme des Kapitals in unserem Sinne produziert wird, gleichbedeutend mit der Größe des Kapitalangebotes als Angebot von Subsistenzmittelwert. Das Kapitalangebot wiederum steht auf die Dauer und im Durchschnitt in strengster Abhängigkeit von der Gesamtproduktivität der Arbeit in dem Sinne, wie wir sie früher definiert haben, d. h. von der Produktionstechnik [1]). Dieser Zusammenhang bedarf noch einer kurzen Darlegung.

Der Profit ist ein Preis. Wie jeder Preis hat er die Funktion, in der Dynamik das Angebot des Gutes, für welches er bezahlt wird, zu stimulieren und die Nachfrage einzuschränken, bis Angebot und Nachfrage bei einem bestimmten, dem statischen Preise sich decken. Wie wir wissen, steht der Profit in der Statik um so höher, je entwickelter die Produktivität der Arbeit. Je höher aber der statische Profit, um so größer für die folgende Dynamik der Spielraum weiterer Kapitalakkumulation. Man hat in letzter Zeit häufig diesen Zusammenhang bestritten. Man hat darauf hingewiesen, daß gerade ein niederer Stand des Profits den vorsorglichen Wirt zu einer erhöhten Sparsamkeit zwingen müsse, da er naturgemäß darauf bedacht sei, sich den Fortbezug seines Einkommens in der seitherigen Höhe zu sichern. Kein Zweifel, daß niedriger Profit bei einzelnen Wirtschaftssubjekten vorübergehend diese Wirkung haben kann. Aber es wäre dann in der Dynamik die Folge die, daß der Profit so tief sinken würde, daß solche Mehrersparnisse nur bei einer Herabsetzung des gewohnten Konsums möglich wären. Feststehende Tatsache aber ist, daß der gewohnte Lebensfuß innerhalb einer Wirtschaftsgesellschaft nur dann zu sinken pflegt, wenn äußerste Not, d. h. andauernder Mangel an den seither üblichen Konsumgütern dazu zwingt. Und gerade diese Tatsache ist auch nach einer anderen entscheidenden Richtung hin für unser Problem von erheblicher Bedeutung. Es folgt aus ihr nämlich, daß bei dauernd sinkendem Profit die Zahl jener vorsichtiger Sparer weit überwogen werden

[1]) In der Dynamik liegt Wechselwirkung vor. Kapitalakkumulation kann der Entwicklung der Produktionstechnik dienen, ja ist eine wesentliche Voraussetzung einer solchen Entwicklung. Die verbesserte Produktionstechnik aber beschleunigt wiederum die Akkumulation.

wird durch die Menge derer, welche, um den gewohnten Lebensfuß aufrecht zu erhalten, einen Teil des Kapitals, über welches sie seither verfügten, ihrem Eigenkonsum zuführen. Und die natürliche Konsequenz davon ist Abnahme des Kapitalangebotes. Auf der anderen Seite ist es klar, daß hoher Kapitalprofit gesteigerte Kapitalakkumulation erleichtert und daher anregend auf dieselbe wirkt.

Die Höhe des jeweiligen statischen Profits ist mithin wesentlich mitbedingt durch den Profit der nächstvergangenen Statik, denn er bestimmt die Wachstumsrate des Kapitals, diese letztere die Zuwachsrate der Bevölkerung und von ihr wiederum hängt die Nachfrage nach Urprodukten ab. Mit der Nachfrage nach Urprodukten ist der „Grenzboden" gegeben, auf welchem sich der Profit in der reinen Statik seiner Höhe nach feststellt.

Somit hat unsere Theorie das geleistet, was sie leisten sollte und was unseres Erachtens die Oppenheimersche Theorie zu leisten nicht imstande ist: Die Höhe des Profits in der Statik ist exakt abgeleitet. Aber verlassen wir nicht, indem wir diese Tatsachen feststellen, den Boden der reinen Statik? Statik, so sagten wir, ist der jeweilige Maximumzustand der Bedarfsbefriedigung, jener Zustand, in welchem eine Tendenz zu weiteren Veränderungen nicht besteht. Und doch leiten wir an dieser Stelle unleugbar aus dem statischen Zustande Veränderungen ab, welche rein dynamischer Natur sind, und die vorhandene Statik vernichten. Denn diese ist naturgemäß zerstört in dem Augenblicke, in welchem zusätzliches Kapital akkumuliert wird. Und doch soll die Rate der Neuakkumulation in the long run resultieren aus der statischen Höhe des Profits. Wir erkennen hier, wie verfehlt die rein statische Betrachtungsweise sozialökonomischer Probleme ist, sofern sie nicht in einer Erklärung, sondern in einer reinen Beschreibung ökonomischer Phänomene gipfelt. Sicherlich müssen wir Statik und Dynamik scharf auseinanderhalten, und sicherlich vermögen wir nur bei einer Betrachtung des statischen Zustandes zu sozialökonomischen Gesetzen zu gelangen. Aber daraus folgt durchaus nicht, daß wir nicht berechtigt wären bei der Betrachtung eines rein statischen Zustandes über denselben hinauszublicken und uns die Frage vorzulegen, wie denn dieser Zustand nunmehr voraussichtlich auf die weitere Gestaltung der Dingeein wirkt. Noch mehr! Wir sind dazu nicht nur berechtigt, wir sind dazu geradezu gezwungen. Denn wie jede Dynamik — mechanische sowohl wie biologische — nach einer bestimmten Statik hin tendiert, so birgt andererseits jede Statik den Keim weiterer Entwicklung in sich, und wir müssen uns dann fragen, an welcher Stelle des statischen

Wirtschaftskörpers jener Keim gelagert ist. Auf diese Frage ist die Antwort in unseren vorhergehenden Ausführungen gegeben. Der Keim der Weiterentwicklung liegt an der Stelle, wo sich der statische Profit bildet. Dieser ist die Potenz, welcher die gegebene Statik aus den Angeln hebt und zu einer neuen Statik hinüberleitet [1]).

V.

(Exkurs.)

Unsere Theorie hat, übereinstimmend mit Ricardo zu dem Resultat geführt, daß in der komparativen Statik der Profit um so höher steht, je höher die Gesamtproduktivität der Arbeit entwickelt ist. Diese Theorie steht scheinbar im Widerspruch mit dem, was uns das tägliche Leben zu lehren scheint. Ein gutes Beispiel dafür gibt uns die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft in den letzten Jahrzehnten. In unserem Vaterlande erreichte die relative Zuwachsrate der Bevölkerung ihren Höhepunkt in dem Jahrzehnt von etwa 1895—1906. Diese Tatsache macht es wahrscheinlich, daß in jenem Zeitraum die Produktivität der Arbeit sich in der stärksten Proportion steigerte. Gleichzeitig aber stand der durchschnittliche Zinsfuß verhältnismäßig niedrig. Ein erheblich verändertes Bild zeigt das knappe Jahrzehnt vor dem Kriege von 1906—1914. Die relative Zuwachsrate der Bevölkerung sinkt in diesem Zeitraum merklich und gleichzeitig steht der durchschnittliche Zinsfuß um ca. $^3/_4$ % höher als in der vorausgegangenen Periode. Mit dieser Erscheinung Hand in Hand geht in allen Ständen, ausgenommen in der Landwirtschaft die Klage über eine Erschwerung der gewohnten Lebenshaltung: In Verbindung mit der abnehmenden Zuwachsrate der Bevölkerung ein Anzeichen dafür, daß die Produktivität der Arbeit sich nicht mehr in gleichem Maße steigerte, wie in den Vorjahren. Und trotzdem in der ersten Periode ein niedrigerer Zinsfuß, als in der darauffolgenden. Das Problem des sinkenden

[1]) Schon aus diesem Grunde kann die Theorie Schumpeters, wonach ein Profit in der Statik nicht vorhanden ist, unmöglich richtig sein. Schumpeter will die „wirtschaftliche Entwicklung" (biologische Dynamik) ausschließlich aus dem völlig subjektiven und undeterminierten Faktor des Willens, der Tatkraft und der Erfindungsgabe genialer Individuen herleiten, welche neue, ertragssteigernde Kombinationen zur Anwendung bringen. Er übersieht aber, daß jede Entwicklungsmöglichkeit auch an objektive Voraussetzungen gebunden sein muß. In unserem Falle ist eine solche die zusätzliche Akkumulation von Kapital und der Fonds, aus welchem diese Neuakkumulation erfolgt, ist eben auf die Dauer und im Durchschnitt der Profit.

Kurses der Reichs- und Staatsanleihen, d. h. des steigenden Zinsfußes, das Problem der abnehmenden Zuwachsrate der Bevölkerung und das sogenannte Teuerungsproblem waren die drei ökonomischen Fragen, welche im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege Gelehrten und Laien das größte Kopfzerbrechen verursachten. Es besteht eine starke Vermutung dafür, daß diese 3 Phänomene den gleichen Ursachen ihr Dasein zu verdanken hatten.

Um dem Vorwurf zu entgehen, eine lebensfremde Theorie vorgetragen zu haben, sei hier anhangsweise der Versuch gemacht, den Widerspruch zwischen Theorie und Erfahrung zu klären. Seine Lösung liegt im Gegensatz von Statik und Dynamik. Die Anpassung von Kapitalangebot und Kapitalanfrage aneinander erfolgt äußerst langsam. Wir dürfen nie außer acht lassen, daß die Gesetze der Statik nur Entwicklungstendenzen darstellen, Tendenzen, die sich stets allen Störungen gegenüber durchzusetzen streben, deren Ergebnis aber höchs selten in voller Reinheit zutage tritt. Dazu aber gesellt sich speziell für den Profit eine weitere, die Feststellung seiner statischen Höhe nach außen hin wesentlich komplizierende Tatsache. Der Profit nämlich tendiert in einer seiner Erscheinungsformen zur Ausgleichung in einem erheblich rascheren Tempo, als der gesamte Profit. Diese Erscheinungsform ist der Zins für flüssiges Leihkapital, denn dieses ist erheblich beweglicher, strömt wesentlich leichter von einer Anlage in die andere als Kapital, welches in Beschaffungsgut festgelegt ist. Es tritt demnach bereits in der Dynamik ein „üblicher" oder „normaler" Zinsfuß in Erscheinung. Da nun, wie wir wissen, jedes Kapital zunächst in flüssiger Form zur Entstehung gelangt, so erscheint der Leihzins als dynamischer oder Marktpreis für das gesamte Kapital, welcher, wie jeder Marktpreis, in seiner Höhe von Angebot und Nachfrage abhängt. Nimmt die Bevölkerung rascher zu als das Kapital, so wird der Zinsfuß steigen. Dadurch wird die Kapitalakkumulation beschleunigt, während der Arbeitslohn sinkt, infolgedessen die Bevölkerungszunahme erlahmt, bis die Anpassung erfolgt ist und der Profit sich auf seiner statischen Höhe festsetzt. Anders, wenn das Kapital rascher zunimmt, als die Bevölkerung. Es wird dies stets dann der Fall sein, wenn die Produktivität der Arbeit rapide steigt. Dann wird der Leihzins sinken, der Arbeitslohn steigen. Dauert ein solcher Zustand längere Zeit an, so kann daraus, wie wir wissen, eine dauernde Lohnerhöhung resultieren, indem die große Masse sich an einen gesteigerten Lebensfuß gewöhnt und damit das gewohnheitsmäßige Existenzminimum, welches die Basis für den statischen Lohn und den statischen Profit

bildet, höher wird. Der Zinsfuß aber kann in solchen Zeiten sehr lange niedrig stehen, weil infolge der fortgesetzten Produktivitätssteigerung die an sich vorhandene Tendenz zu einem verhältnismäßigen Hochstand des Profits durch die Rapidität der Kapitalzunahme im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum immer wieder überkompensiert wird. Woher aber, so könnte man fragen, bei niedrigem Zinsfuß das rapide Kapitalwachstum? Die Antwort wird dahin lauten müssen, daß in der Dynamik bei rasch zunehmender Produktivität der Arbeit die Zuwachsrate des Kapitals nicht ausschließlich durch die Profitrate bestimmt wird, sondern einmal durch die Höhe des absoluten Profits, der zunächst auch bei sinkender Rate in einem solchen Falle seiner Masse nach zunehmen kann. Ferner durch die Konjunkturgewinne der Dynamik, welche bei steigender Produktivität der Arbeit und d. h. bei steigendem Güterangebot zu wachsen pflegen, weil jede Zunahme des Angebotes bei der Unbegrenztheit der Bedürfnisse auf die Nachfrage und damit auf die in Geld ausgedrückte Gesamtpreissumme steigernd wirkt. Gestaltet sich aber die Proportion zwischen Kapitalzunahme und Bevölkerungsbewegung für die erstere besonders günstig, dann eröffnet sich noch eine dritte Quelle der Akkumulation: Ein Teil des gestiegenen Arbeitslohnes wird gleichfalls akkumuliert.

In den Jahren von 1895—1906 hat in der Tat die Produktivität der Arbeit in einem außergewöhnlichen, bisher in Deutschland wenigstens in wohl nie dagewesenem Maße zugenommen. Zu dem Fortschritte der Technik in der industriellen Produktion und in der Landwirtschaft gesellte sich die erleichterte Zugänglichmachung der Früchte überseeischer Ackerböden als Folge der Caprivischen Handelsverträge. Der Subsistenzmittelfonds nimmt der Menge sowohl wie dem Werte nach in so reißendem Maße zu, daß die Bevölkerung trotz einer bislang unerhörten Wachstumsrate damit bei weitem nicht Schritt halten kann. Die Folgen sind hoher Arbeitslohn, niedriger Zins. Vom Jahre 1906 ab gestaltet sich das Verhältnis von Kapitalangebot und Kapitalnachfrage für die Bevölkerung ungünstiger. In diesem Jahre tritt der Bülowsche Zolltarif in Kraft und hat eine erhebliche Verteuerung der Nahrungsmittel und Rohprodukte im Gefolge. Gleichzeitig ungefähr gestalten sich auch die natürlichen Vorbedingungen einer reichlichen Versorgung mit Urprodukten weniger günstig. Mit dem rapiden Bevölkerungswachstum in den Vereinigten Staaten wächst dort der innere Markt. Gleichzeitig verteuert sich die Baumwolle, das wichtigste Rohmaterial der Textilindustrie infolge einer Reihe ungünstiger Ernten, so daß dieser

Industriezweig schon in jenen Jahren schwer zu kämpfen hatte. Und endlich blühten unter dem Schutze der Zollmauern die Kartelle und Syndikate in immer höherem Grade auf, was gleichbedeutend war mit einer Monopolisierung und daher einer erheblichen Verteuerung der Rohstoffe und Halbfabrikate. Kein Wunder, daß dadurch die Kapitalbildung erschwert wurde und in der Dynamik der Zinsfuß stieg, zumal die Bevölkerung sich immer noch trotz abnehmender Zuwachsrate kräftig vermehrte. Dabei hätte trotz hoher Monopolgewinne in einzelnen Erwerbszweigen der in Geld ausgedrückte Wert des Kapitalzuwachses sinken müssen, wenn nicht eben in jener Epoche der Wert des Geldes selbst erheblich gesunken wäre.

Viertes Buch.

Die Gegenprobe.

Der Profit in der „reinen Ökonomie".

I.

Auf Grund unserer seitherigen Darlegung glauben wir die Ausbeutungs- und Monopoltheorie des Profits, wie Oppenheimer sie vorträgt, widerlegt zu haben. Trügt dieser Glauben nicht, dann muß der Profit sich auch in jenem Zustand der Gesellschaft vorfinden, den Oppenheimer als „reine Ökonomie" bezeichnet. In dieser Gesellschaft existiert kein „Bodenmonopol", keine „Sperrung" des Grund und Bodens, jeder kann vielmehr soviel Boden erwerben, als er unter Beihilfe seiner Familienmitglieder zu bearbeiten imstande ist.

Diese Gesellschaft ist gleich der unseren eine solche des Sondereigentums, der Arbeitsteilung und des Austausches. In ihr herrscht die volle freie Konkurrenz, so wie Oppenheimer sie auffaßt, d. h. jeder ist, da er über eigenen Boden und eigenes Beschaffungsgut verfügt, in der Lage, als selbständiger Güterproduzent aufzutreten. Wir unterstellen weiter, daß in einer solchen Gesellschaft die Oppenheimersche „Arbeitswerttheorie des Warenwertes" gelte, daß die „Arbeit" im Sinne von Arbeitsaufwand selbst ein Wertding sei, dessen Wert bei gleicher Qualifikation der Arbeit ausschließlich nach der Arbeitszeit bemessen wird, und daß der Wert der Waren gleich ist, dem Werte des auf ihre Herstellung direkt oder indirekt verwandten Arbeitsaufwandes. Dann haben wir die Gleichung E (statischer Konkurrenzpreis der Arbeit = P (Produktwert) —s_1 (Selbst-

INTENTIONAL SECOND EXPOSURE

Industriezweig schon in jenen Jahren schwer zu kämpfen hatte. Und endlich blühten unter dem Schutze der Zollmauern die Kartelle und Syndikate in immer höherem Grade auf, was gleichbedeutend war mit einer Monopolisierung und daher einer erheblichen Verteuerung der Rohstoffe und Halbfabrikate. Kein Wunder, daß dadurch die Kapitalbildung erschwert wurde und in der Dynamik der Zinsfuß stieg, zumal die Bevölkerung sich immer noch trotz abnehmender Zuwachsrate kräftig vermehrte. Dabei hätte trotz hoher Monopolgewinne in einzelnen Erwerbszweigen der in Geld ausgedrückte Wert des Kapitalzuwachses sinken müssen, wenn nicht eben in jener Epoche der Wert des Geldes selbst erheblich gesunken wäre.

Viertes Buch.

Die Gegenprobe.

Der Profit in der „reinen Ökonomie".

I.

Auf Grund unserer seitherigen Darlegung glauben wir die Ausbeutungs- und Monopoltheorie des Profits, wie Oppenheimer sie vorträgt, widerlegt zu haben. Trügt dieser Glauben nicht, dann muß der Profit sich auch in jenem Zustand der Gesellschaft vorfinden, den Oppenheimer als „reine Ökonomie" bezeichnet. In dieser Gesellschaft existiert kein „Bodenmonopol", keine „Sperrung" des Grund und Bodens, jeder kann vielmehr soviel Boden erwerben, als er unter Beihilfe seiner Familienmitglieder zu bearbeiten imstande ist.

Diese Gesellschaft ist gleich der unseren eine solche des Sondereigentums, der Arbeitsteilung und des Austausches. In ihr herrscht die volle freie Konkurrenz, so wie Oppenheimer sie auffaßt, d. h. jeder ist, da er über eigenen Boden und eigenes Beschaffungsgut verfügt, in der Lage, als selbständiger Güterproduzent aufzutreten. Wir unterstellen weiter, daß in einer solchen Gesellschaft die Oppenheimersche „Arbeitswerttheorie des Warenwertes" gelte, daß die „Arbeit" im Sinne von Arbeitsaufwand selbst ein Wertding sei, dessen Wert bei gleicher Qualifikation der Arbeit ausschließlich nach der Arbeitszeit bemessen wird, und daß der Wert der Waren gleich ist, dem Werte des auf ihre Herstellung direkt oder indirekt verwandten Arbeitsaufwandes. Dann haben wir die Gleichung E (statischer Konkurrenzpreis der Arbeit = P (Produktwert) —s, (Selbst-

kosten an Beschaffungsgut). Das aber ist eine Gleichung mit 2 Unbekannten. Oppenheimer glaubt freilich, daß E eine gegebene Größe sei und zwar gründet er diesen Glauben auf den Satz, daß da, wo wirklich freie Konkurrenz herrscht, wo also Monopolverhältnisse nicht mitsprechen, sämtliche Einkommen bei einem Arbeitstag gleicher Größe in allen Produktionssphären in der Statik ausgeglichen sein müssen, soweit sie überhaupt ausgeglichen werden können, d. h. soweit weder Verschiedenheiten der persönlichen noch der sachlichen Qualifikation vorhanden sind. Diese Anschauung ist, wie wir alsbald sehen werden, nur insoweit richtig, als der Tauschwert des Einkommens in Frage kommt. Ist dies aber der Fall, dann vermag uns die Oppenheimersche Gleichung nicht weiterzuführen, denn sie führt Tauschwert auf Tauschwert zurück, und läßt die Frage ungelöst, auf welcher Seite der Gleichung dieser Tauschwert originär entsteht. Das bedeutet nichts anderes, als daß die angeblich gegebene Größe E wieder zur Unbekannten wird. Eine Auflösung der Gleichung wäre nur dann möglich, wenn eine der beiden Größen auf einen Faktor sich zurückführen ließe, der selbst wiederum unabhängig vom Tauschwerte ist. Eine solche Größe könnte P sein, wenn Oppenheimer geneigt wäre, dieselbe aus den subjektiven Nutzenschätzungen der Konsumenten herzuleiten und den so gefundenen Wert der Größe E als dem Werte des Produktivgutes „Arbeit" im Sinne der subjektiven Wertlehre zuzurechnen. Aber diesen Weg hat Oppenheimer nicht gehen können und nicht gehen wollen. Und zwar mit Recht; denn die subjektive Theorie des Wertes reicht allenfalls für die „Personalökonomik" die Lehre vom isolierten Wirt aus, obgleich auch für diesen bereits Faktoren rein objektiver Natur eine erhebliche Rolle spielen. Sie reicht, wie wir schon früher erkannten, keineswegs aus für die Gesellschaftswirtschaft. Oppenheimer sieht sich mithin genötigt, eine andere Lösung zu finden. Dieselbe beruht auf dem zutreffenden Satze, daß jede objektive Theorie des Wertes, sofern sie nicht im Zirkel erklären will, ihren Ausgang nehmen muß von einem Realeinkommen, einer gegebenen Menge von Genußgütern, welche bestimmten Wirtschaftssubjekten notwendigerweise zufließt, und eine gegebene Höhe der Lebenshaltung gewährleistet. Nach Oppenheimer soll E dieses Gebrauchswertquantum darstellen.

Steht aber in Wirklichkeit damit die Höhe des Realeinkommens E exakt fest? Mit nichten; sie schwebt vollkommen in der Luft. Oppenheimer spricht bisweilen von einer „mittelständlerischen Existenz". Aber dieser Begriff, der ohnedies der Genauigkeit entbehrt, ist das Produkt einer jahrhundertelangen historischen Entwicklung, einer Entwicklung nicht in der „reinen", sondern in der „politischen" Ökonomie, und es haben somit alle diejenigen „außerökonomischen Störungen" bei der Bildung solcher Einkommen mitgewirkt, deren Nichtvorhandensein die wesentlichste Voraussetzung der reinen Ökonomie im Sinne Oppenheimers ist.

Um seinen Satz von der notwendigen Ausgleichung aller Einkommen auf dem Stande der Größe E zu erweisen, geht Oppenheimer von einer „Gesellschaft der Gleichen" aus. Er unterstellt einen „isolierten Staat" innerhalb dessen „jedes Hemmnis einer Ausgleichung der Einkommen ausgeschlossen ist". Weder bestehen Unterschiede der persönlichen oder sachlichen Qualifikation, noch natürliche oder künstliche Monopole; alle Wirtschaftssubjekte arbeiten gleich lang, alle sind in gleicher Weise mit Beschaffungsgut (volkswirtschaftlichem Kapital) versehen. Dann müssen, so schließt Oppenheimer in der Statik, alle Einkommen ausgeglichen sein in dem Sinne, daß jedem einzelnen Arbeiter die gleiche Höhe der Lebenshaltung garantiert ist.

Wäre diese Konstruktion nur eine unwirkliche, dann ließe sich über dieselbe und über die Folgerungen, die Oppenheimer aus ihr zieht, reden. Aber sie ist mehr, als bloß unwirklich, sie ist einfach unmöglich, denn indem Oppenheimer nicht nur sämtliche künstlichen Monopole, nicht nur die Unterschiede der persönlichen Qualifikation, sondern auch alle Unterschiede der sachlichen Qualifikation und damit alle Naturmonopole ausschaltet, abstrahiert er von einem Faktor, der sich in jeder, nicht ganz primitiven Wirtschaftsgesellschaft geltend machen und dem letzten Endes die Verantwortung nicht nur für die Ungleichheit der Einkommen, sondern auch für den relativ niedrigen Stand des Einkommens pro Kopf der Bevölkerung aufgebürdet werden muß. Es ist die natürliche Verschiedenheit in der Qualifikation der Bodenkraft anders ausgedrückt die natürliche Seltenheit von Bodenkräften höherer Qualifikation, wodurch die letzteren zu Monopolgütern werden. Nur durch die willkürliche Ausschaltung dieses für unser gesamtes Problem ausschlaggebenden Momentes, eines Momentes, dessen Existenz in der Statik er selbst anerkennt, vermochte Oppenheimer zu dem Satze von der Ausgleichung aller Realeinkommen in der Statik der reinen Ökonomie zu gelangen. Zwar wird dieser Faktor von Oppenheimer nachträglich eingeschaltet, aber gewissermaßen nur so nebenher. Er übersieht dabei, daß damit seine gesamten,

aus der von ihm konstruierten Gesellschaft der gleichen gezogenen Schlußfolgerungen hinfällig werden.

Oppenheimer glaubt, seine „vereinfachende Konstruktion" sei der Vereinfachung, welche Thünen in seinem „isolierten Staat" vornimmt, analog. Damit befindet er sich in einem schweren Irrtum. Thünen untersucht im Wege der Isoliermethode die Wirkungen, welche die Verschiedenheit der Bodenlage zum Markte auf Standort und Intensitätsstufe der Urproduktion ausübt. Zu diesem Behufe abstrahiert er von allen übrigen Unterschieden und ist so in der Lage, die Wirkungen eines einzelnen Unterschiedes, eben des Unterschiedes in der Bodenlage um so schärfer herauszuarbeiten. Man kann diese Methode der Isolierung als die Methode des ceteris paribus bezeichnen, und diese Methode ist im Hinblick auf den Zweck, den Thünen bei ihrer Anwendung verfolgt, vollkommen einwandfrei. Ganz anders verfährt Oppenheimer. Er abstrahiert von sämtlichen Verschiedenheiten, setzt eine allgemeine Gleichheit voraus, um daraus Gleichheit herzuleiten. Man könnte seine Methode im Gegensatz zu der Thünens eine solche des omnibus paribus nennen. Sie ist im Gegensatz zur Thünenschen Methode fehlerhaft, denn sie nimmt die Schlußfolgerung bereits in die Prämisse hinein. Es ist klar, daß Gleichheit nur Gleichheit zur Folge haben kann. Gegenüber einem ähnlichen Verfahren bei Marx hat Böhm-Bawerk witzig eingewandt, es gleiche der Handlungsweise eines Mannes, der den Wunsch hat, daß aus einer Wahlurne nur weiße Kugeln hervorgehen und deshalb vorsichtig genug ist, nur weiße Kugeln in dieselbe hineinzutun.

Die Verschiedenheit der Bodenqualität ist für die Frage der Höhe von E von ausschlaggebender Bedeutung. Ihre Konsequenz ist, daß gleicher Arbeitsaufwand bei gleicher Ausstattung mit Beschaffungsgut zwar gleichen Tauschwert, aber nicht im mindesten gleichen Gebrauchswert, gleiches Realeinkommen hervorbringt. Dann aber erhebt sich die Frage, welches Gebrauchswertquantum stellt nun E als statischer Reallohn der Arbeit dar? Nach Oppenheimers Lehre haben gleiche Arbeitsaufwände gleichen Wert, d. h. sie erhalten die gleiche Entlohnung. Oppenheimer wird uns entrüstet antworten, die Antwort auf diese Frage habe er selbst gegeben; der reale Arbeitslohn seiner Wirtschaftsgesellschaft müsse gleich demjenigen Gebrauchswertquantum sein, welches unter den ungünstigsten Umständen, also mit Hilfe der mindestqualifizierten Bodenkraft, produziert werde. Mit anderen Worten: Sie müsse gleich sein dem Produkt des Arbeitsaufwandes auf dem Grenzboden. Aber

diese Antwort vermag nicht zu befriedigen. Sie verschiebt die Lösung des Problems, statt eine solche zu geben; denn soll einerseits E eine exakte, in jeder Statik gegebene Größe sein, und besteht andererseits die Verschiedenheit der Bodenqualität, so stehen wir vor der weiteren Frage, wieweit die Produktion unter Heranziehung minderqualifizierter Böden ausgedehnt werden kann, bzw. an welcher Grenze die Produktion Halt machen muß, damit E erzielt werden kann. Es gibt eine natürliche Grenze der Produktion, über welche hinaus jede Ausdehnung derselben unmöglich ist. Sie liegt naturgemäß da, wo der Arbeiter den ganzen in seiner Länge nach Oppenheimers Voraussetzung gegebenen Arbeitstag dazu verwenden muß, gerade das Existenzminimum zu erzielen. Ist dem aber so, dann hat Oppenheimer nur die Wahl zwischen zwei Alternativen. Entweder, er gibt zu, daß in der reinen Ökonomie diese natürliche Produktionsgrenze erreicht werden kann. Ist dies der Fall, dann steht E, der statische Arbeitslohn in der reinen Ökonomie, gleich dem Existenzminimum und jeder Überschuß an Gebrauchswert, der mit Hilfe begünstigter Bodenkräfte gewonnen wird, ist, mag ihn beziehen wer will, etwas anderes, als der natürliche Arbeitslohn. Oder, er leugnet, daß in der reinen Ökonomie die Produktion bis zu ihrer natürlichen Grenze fortgesetzt werden kann. Das ist gleichbedeutend mit der Behauptung, daß über das Existenzminimum hinaus Mehrarbeit geleistet werden muß. Dann ist Oppenheimer genötigt, einmal uns über die Gründe dafür aufzuklären und ferner uns anzugeben, welches Quantum Mehrarbeit zu leisten ist, um E zu erzielen, mit anderen Worten, exakt den Punkt zu bezeichnen, an dem die Produktion Halt machen muß, damit der statische Konkurrenzpreis der Arbeit E nicht unterschreitet. Mit beiden Fragen ist das Profitproblem in seiner ganzen Größe und Schwierigkeit wieder aufgerollt. Kann die natürliche Produktionsgrenze erreicht werden, so kann von einer Ausbeutung keine Rede sein, wenn E auf dem Existenzminimum steht. Kann sie nicht erreicht werden, so kann die Ursache nur die sein, daß neben dem Arbeitslohn auch an der Grenze der Produktion ein von diesem verschiedener Einkommenszweig existieren muß und dieser Einkommenszweig kann dann nichts anderes sein, als der Preis eines nützlichen und seltenen Produktivgutes, das eben aus diesem Grunde seine Bezahlung verlangt [1]).

[1]) Es sei ausdrücklich betont, daß nach unserer Lehre ein Sinken des Profits auf Null dann denkbar wäre, wenn die Produktion des statischen Lohnes den ge-

Indessen sind wir, wie wir gerne zugeben, Oppenheimer bei der vorangegangenen Argumentation nicht ganz gerecht geworden. Zwar glaubt er in seinem abschließenden Werke seinen natürlichen Arbeitslohn E ausschließlich aus der Konstruktion der „Gesellschaft der Gleichen" hergeleitet zu haben. In Wirklichkeit aber ist dies nicht der Fall. Es liegt seiner Größe E noch eine andere Prämisse zugrunde, die in seinen früheren Werken, auch noch in seiner „Theorie" eine hervorragende Rolle spielt, in seiner abschließenden theoretischen Arbeit aber nur ein bescheidenes Plätzchen in einer Anmerkung gefunden hat[1]). Das ist sicherlich ein Zeichen, daß er selbst dieser Prämisse eine erhebliche theoretische Durchschlagskraft nicht mehr beimißt. Dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, daß Oppenheimer in der gleichen Anmerkung es demjenigen, welcher die Prämisse nicht zugeben will, überläßt, sich vorzustellen, daß „nur Boden erster Rentierung (also bester Qualität) in Gebrauch ist". Damit kehrt er als einzigem Ausgangspunkt seiner Lehre zu seiner von uns als unmöglich erkannten Konstruktion zurück. Und doch ist jene von ihm halbwegs preisgegebene Prämisse die einzige, auf welcher seine Lehre von dem Einkommen E als statischem Konkurrenzpreis der Arbeit beruht, wenn er, woran nicht zu zweifeln ist, zugeben muß, daß in der Statik jeder einigermaßen entfalteten Wirtschaftsgesellschaft, in welcher die Produktionstechnik in allen Sphären gegeben ist, die natürliche Verschiedenheit der Bodenqualität besteht, und daß es daher unzulässig ist, von ihrer Existenz und deren Folgen zu abstrahieren.

Die Prämisse, welche wir meinen, ist die „Tendenz zur natürlichen Hufengröße", welche sich in der reinen Ökonomie von selbst durchsetzen soll. Das will besagen, daß von Anfang an die Aneignung des Bodens in der Art erfolgt, daß jeder in dem Maße ein größeres Stück Bodenfläche für sich in Anspruch nimmt, als dasselbe entweder weniger fruchtbar oder weniger nahe am Markte

samten Arbeitstag erforderte. Es wäre dies, so paradox es klingen mag, auch ganz natürlich, denn, da in diesem Falle die Bevölkerung auf ihrem stationären Stande angelangt wäre, so bliebe kein Spielraum für weitere Kapitalnachfrage übrig. Es würde sich nicht nur die effektive, sondern auch die potentielle Nachfrage nach Kapital mit dem Angebote decken, mit anderen Worten, das Kapital würde aufhören, relativ knapp zu sein und könnte deshalb einen Preis nicht mehr erzielen. In Wirklichkeit aber wird dieser Fall niemals eintreten und zwar deshalb nicht, weil der Profit vorher bereits einen so tiefen Stand erreicht haben mußte, daß die Mehrzahl der Kapitalisten genötigt wäre, vom Kapital zu zehren, so daß das Kapitalangebot und damit die Bevölkerung zurückgehen würde.

[1]) Wert und Kapitalprofit S. 51, Anm. 2.

gelegen ist. Jeder Bauer kann sich soviel mehr Boden aneignen, je geringer qualifiziert sein Boden ist. Die größere Bodenfläche soll die Kompensation der geringeren Bodenqualität bilden. Bauer B erzielt auf weniger fruchtbarer oder weniger nahe am Markte gelegener, dafür aber entsprechend größerer Bodenfläche das gleiche Nettoprodukt, wie Bauer A auf der kleineren, aber nach der einen oder anderen Richtung hin begünstigten Bodenfläche.

Wir könnten uns gegenüber dieser das Oppenheimersche System ausschließlich tragenden Prämisse darauf berufen, daß nichts vorliegt, als eine bloße Behauptung, für die Oppenheimer einen zwingenden Beweis zu erbringen weder imstande ist, noch auch nur versucht hat. Wir könnten weiter den Einwand machen, daß selbst, wenn ein solcher Beweis erbracht wäre, damit doch nur dargetan wäre, daß in der „reinen Ökonomie" als Folge außerökonomischer Faktoren (System der Aneignung des Bodens), die „Arbeit" stets über ihrem Werte bezahlt würde, und daß der an sich aus natürlichen Gründen vorhandene Monopolwert der qualifizierten Bodenkräfte infolge der bestehenden Bodenverteilung nicht zur Geltung käme. Nehmen wir selbst den Satz als richtig an, daß der Wert der „Arbeit" gleich ist dem Wert ihres Produktes, so läßt sich auch dann dieser Wert nur feststellen, indem man Arbeit gleicher Qualifikation mit den übrigen originären Produktivgütern oder mit einem derselben von verschiedener Qualifikation kombiniert. Ist dieses eine Produktivgut die Bodenkraft, so könnte nur derjenige „Reinertrag der Arbeit" als ihr Wert betrachtet werden, welchen sie in Kombination mit der mindest qualifizierten, mithin preislosen Bodenkraft hervorbringt. Wir dürfen endlich fragen, woher Oppenheimer die Gewißheit nimmt, daß in dieser Gesellschaft der Freien und Gleichen, in welcher ein Zwang zur Arbeit weder auf Grund vertragsmäßiger Vereinbarung, noch auf Grund des Machtgebotes einer kolektivistischen Gesellschaft besteht, irgend jemand über diejenige Zeit hinaus arbeitet, welche erforderlich ist, um dem Arbeiter und seiner Familie gerade den notdürftigen Unterhalt zu verschaffen; denn infolge der dem Menschen angeborenen natürlichen Trägheit könnte doch die Tendenz bestehen, daß das durchschnittlich qualifizierte Wirtschaftssubjekt die „disutility" der Mehrarbeit höher veranschlagte als die „utility" des Mehrproduktes. Die Tendenz, so scheint mir, daß das Gleichgewicht von Grenznutzen und Grenzleid der Arbeit sich gerade auf dem Punkte des Existenzminimums einstellt, ist mindestens ebenso plausibel, wie die Tendenz zur natürlichen Hufengröße.

Aber sehen wir von allen diesen Einwänden ab. Bietet denn wirklich die größere Aubaufläche eine Kompensation für die geringere Qualität des Bodens? Davon könnte doch nur dann die Rede sein, wenn es möglich wäre, bei gleicher Arbeitszeit auf der größeren, aber unergiebigeren Fläche den gleichen Ertrag zu erzielen, wie auf der kleineren fruchtbareren. Besitzt Bauer A ein fruchtbares Grundstück von 5 ha, Bauer B ein Grundstück von 10 ha, welches dafür aber bei gleicher Arbeitszeit pro ha nur die Hälfte trägt, so kann Bauer B in gleicher Arbeitszeit auf seinen 10 ha unmöglich den gleichen Ertrag erzielen, wie Bauer A auf seinen 5 ha, denn er erzielt ja in der gleichen Zeit, in welcher A auf 5 ha x Scheffel Getreide erntet, auf der gleichen Fläche nur $^1/_2$ x Scheffel. Er muß mithin, um den vollen Ertrag des A zu erlangen, auf die ihm gehörige Bodenfläche die doppelte Arbeitszeit verwenden, wie A auf die seinige. Es liegt der Einwand nahe, daß B auf seinem Grundstück auf die Flächeneinheit entsprechend weniger Arbeitszeit verwenden wird, wie A, anders ausgedrückt, daß B sein Grundstück weniger intensiv bewirtschaften werde, wie A. Die Konsequenz davon wäre, daß die Bewirtschaftung der Grundstücke sich um so extensiver gestaltete, je weniger fruchtbar sie wären. Diese Konsequenz aber ist völlig widersinnig und widerspricht jeder Erfahrung. Wir hätten dann allen Grund, dem „politischen Mittel" dankbar zu sein; denn nahezu alle technischen Fortschritte in der Agrikultur verdanken ihre Entstehung dem Zwang, den die zunehmende Unfruchtbarkeit der Böden auf die steigende Intensivierung der Landwirtschaft ausgeübt hat. Aber die größere Extensität der Bewirtschaftung würde zudem bei genauerer Betrachtung dem Besitzer der weniger fruchtbaren, aber ausgedehnteren Bodenflächen nicht einmal etwas nützen. Nehmen wir an, A ernte in 5 Arbeitsmonaten auf seinem 5 ha großen Grundstücke x Scheffel Getreide; dann würde durchschnittlich auf den ha x/5 = Y Scheffel Getreide entfallen, wozu ein Monat Arbeitszeit erforderlich wäre. B würde, wenn er gleichfalls auf die Bestellung eines ha Ackerlandes einen vollen Arbeitsmonat verwendete, nach unseren Voraussetzungen nur $^1/_2$ Y erzielen können. Würde er auf den ha nur $^1/_2$ Arbeitsmonat verwenden, so müßte natürlich auch das Produkt um die Hälfte abnehmen, es würde pro halben Arbeitsmonat $^1/_4$ Y betragen. Das Resultat wäre für B in 5 ganzen = 10 halben Arbeitsmonaten $^{10}/_4$ Y = $2^1/_2$ Y = $^1/_2$ x. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß die verminderte Intensität der Bewirtschaftung auch die Qualität der Bodenfrucht herabmindern könnte. Aus alledem folgt, daß von einer natürlichen

Tendenz, die solche Wirkungen erzielt, keine Rede sein kann; denn der Besitzer der größeren Hufe hätte nicht den geringsten Vorteil davon. Endlich ist damit nachgewiesen, daß das wesentliche Problem das des Ertrags pro Flächeneinheit ist. Mit diesen Feststellungen ist die letzte und im Grunde einzige Prämisse der Oppenheimerschen Theorie, daß in der reinen Ökonomie jeder Arbeiter das konstante Lohn und Profit enthaltende Einkommen als E „statischen Konkurrenzpreis der Arbeit" erzielen müsse, hinfällig geworden und infolgedessen ohne weiteres die Lehre selbst.

II.

Mit der Theorie müssen auch ihre Konsequenzen für die Praxis fallen. Oppenheimer glaubt durch Enteignung des großen Grundbesitzes oder auch nur eines Teiles desselben und durch Verteilung kleiner Parzellen an einen Teil der Arbeiterbevölkerung das „Kapitalverhältnis" sprengen zu können. Das Angebot an unselbständigen Arbeitern sinkt und der Lohn steigt seiner Ansicht nach infolge jener Maßnahme so lange, bis er den Profit vollkommen verschlungen hat. Oppenheimer ist fest davon überzeugt, den Weg gefunden zu haben, auf dem Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und freie Konkurrenz sich zusammenfinden; ein Ziel, das sicherlich, sofern erreichbar, jeder Menschenfreund mit warmem Beifall begrüßen muß. Aber, wie wir uns alsbald überzeugen werden, leider nur ein schöner Traum. Er muß zerrinnen, sobald wir uns klar machen, daß die praktischen Folgerungen, die Oppenheimer aus seiner Theorie ziehen zu können glaubt, naturgemäß mit dem gleichen Grundgebrechen behaftet sein müssen, an denen seine Lehre krankt. Es sind dies kurz zusammengefaßt: einmal die Verkennung des wahren Wesens des Kapitals als eines für jede nicht rein okkupatorische Güterbeschaffung unbedingt erforderlichen, aber keineswegs im Überfluß beschaffbaren Fonds zum Unterhalt produktiver Arbeit und sodann der Mangel einer geschlossenen Bevölkerungstheorie, wie sie die klassische Lehre an dem (unseres Erachtens zutreffenden) Malthusschen Bevölkerungsgesetze, aber auch das Marxsche System, an der (unserer Meinung nach allerdings unzutreffenden) Lehre, von der durch die kapitalistische Produktionsweise automatisch bewirkten relativen Übervölkerung, besaßen.

Wenn wir nunmehr den Traum Oppenheimers einer nüchternen Prüfung unterziehen, so müssen wir uns darüber im klaren sein, daß wir den Boden, auf dem wir uns bei unserer seitherigen

Untersuchung befanden, verlassen. Wir treten hinweg von dem Boden der strengen Theorie und d. h., der exakten Wissenschaft, denn wir vermögen auf Prophezeiungen nicht anders zu antworten, als mit Gegenprophezeiungen. Jeder Prophezeiung aber, mag sie scheinbar noch so logisch sich aus exakt wissenschaftlichen Prämissen ergeben, wohnt notwendigerweise ein außerwissenschaftliches Moment inne. Die Wissenschaft hat die Aufgabe, zu sagen, was ist. Sie wird niemals in der Lage sein, mit Sicherheit auszusagen, was sein wird. Wir verlassen ferner den Boden der Statik und treten auf den Boden der Dynamik über, denn es gilt ja, die Schilderung einer Entwicklung zu kritisieren, wie sie sich aus der von Oppenheimer postulierten Änderung der Grundbesitzverteilung ergeben soll oder richtiger, der von Oppenheimer ausgemalten Entwicklung das Entwicklungsbild gegenüberzustellen, wie es sich unserem Auge unter den Oppenheimerschen Voraussetzungen darstellt.

Es ist ein packendes Gemälde, welches Oppenheimer vor uns entrollt. Die Landarbeiter werden seßhaft gemacht, so daß es dem Großgrundbesitz, soweit er nicht sofort enteignet wird, an Arbeitshänden mangelt. Aber auch aus den Städten strömt ein Teil der Proletarier auf das Land zurück. Das Angebot auf dem „Markte der Dienste" sinkt, während gleichzeitig die Nachfrage nach „Arbeit" ganz gewaltig steigt. Denn viele Hunderttausende neuer anständiger Familienwohnungen müssen auf dem Lande erstellt werden, die Bodenfläche bedarf der Meliorierung, neue Chausseen und Eisenbahnen werden gebaut; und die Bergwerke und das Transportgewerbe haben Hochkonjunktur. Sinkendes Angebot von und steigende Nachfrage nach Arbeit müssen die Löhne in die Höhe treiben, und diese Lohnerhöhung ist von den wohltätigsten Folgen für die gesamte Wirtschaftsgesellschaft; denn bei den hohen Löhnen wird die Einführung neuer Arbeit sparender Maschinen notwendig und rentabel. Es hebt sich die Produktivität der Arbeit in bisher ungeahntem Grade. Der Arbeiter hat es nun nicht mehr nötig, „Weib und Kind unter den Dschaggernautwagen des Kapitals zu schleudern". Als Folge davon sinkt das Angebot von Arbeitskräften abermals enorm, während die Nachfrage fortgesetzt weiter steigt; denn die auf dem Lande angesiedelten Bauern und Handwerker stellen einen „agrarischen Binnenmarkt dar, doppelt so stark an Köpfen und vielleicht 10mal so stark an Kaufkraft", als seither. Und ebenso ist der erhöhte Lohn des Industriearbeiters gleichbedeutend mit gesteigerter Kaufkraft für die Produkte anderer Industriearbeiter, Nachfrage nach ihrer Arbeit. Der gesamte Entwicklungsprozeß muß so lange andauern, bis der Lohn den Mehrwert vollständig verschlungen hat. „Das Gas des Mehrwerts entströmt dem Ballon des Kapitalismus, bis die kapitalistische Hülle am Boden liegt."

Aber dieses Gemälde erscheint ebensowenig wirklichkeitstreu, wie es schön und berauschend ist. Die Ansiedlung von Arbeitern auf dem Lande, verursacht teils durch Seßhaftmachung von Landarbeitern, teils durch Abströmen städtischer Arbeiter auf das Land, hat zunächst keine andere Folge, als daß das vorhandene Angebot von Arbeitskraft im Bereich der Wirtschaftsgesellschaft sich anders verteilt als bisher. Eine Beeinflussung des Gesamtangebotes an Arbeitskraft findet zunächst nicht statt. Ebensowenig aber erleidet die Gesamtnachfrage nach Arbeitskraft, repräsentiert durch das akkumulierte Kapital, vor der Hand eine Änderung. Freilich wird, wenn ein größerer Teil der Arbeiter als selbständige Produzenten auf dem Lande sich ansiedeln, ein Teil des Kapitals von den städtischen Industrien ab- und dem Lande zuströmen. Die Unternehmer in der Stadt sind, um ihre Betriebe aufrecht zu erhalten, bereit, höhere Löhne zu zahlen. Damit sie aber dazu imstande sind, brauchen sie ein größeres Kapital, während andererseits auf dem Lande der Kapitalbedarf infolge der dichteren Besiedelung zunehmen muß. Die Folge kann nichts anderes sein, als gesteigerter Wettbewerb von Industrie und Landwirtschaft, um das vorhandene Kapital. Das bedeutet gesteigerte Nachfrage nach Kapitalkredit bei den Banken und sonstigen Kreditanstalten, und da das vorhandene Kapital zunächst nicht zugenommen hat, so muß der Bankdiskont und damit der dynamische Leihzins scharf in die Höhe gehen. Allerdings nur vorübergehend; denn der gestiegene Zins muß den Wettbewerb um das vorhandene Kapital eindämmen. Ein Teil der städtischen Unternehmer wird die Betriebe verkleinern, ein Teil der Arbeiter, die sich selbständig machen wollten, wird in Anbetracht des hohen Zinsfußes auf ihre Pläne verzichten und in den Städten bleiben. Das Ergebnis wird sein, daß sich Arbeitslohn und Profit alsbald wieder auf die Höhe einstellen, welche durch Angebot und Nachfrage nach Arbeitskraft und Kapital bedingt ist, und dieses Resultat ist selbstverständlich, da ja Arbeitskraft- und Kapitalangebot durch das Umsiedlungsprojekt nicht beeinflußt werden konnten.

Aber, so wird Oppenheimer antworten, der Staat, der die Reform in die Hand genommen hat, wird den Kleinbauern, die er ansiedelt, Kredit gewähren und zwar zu mäßigem Zins. Darauf ist zu erwidern: Auch der Staat kann, so wenig, wie ein Kreditinstitut Kapital aus dem Boden stampfen, oder aus der freien Luft hervor-

zaubern. Er kann allerdings nominelles, rein fiktives Geldkapital schaffen; aber das hat keinen Einfluß auf die notwendige Vermehrung des naturalen Wertäquivalents des Kapitals. Die Folge würde sein, das der Wert des zirkulierenden Geldes sinkt, was gleichbedeutend ist mit einer Steigerung des allgemeinen Preisniveaus. Eine solche vermag der Wirtschaftsgesellschaft als Gesamtheit nichts zu nützen, wohl aber kann sie insofern schädlich einwirken, als sie, sofern sie in erheblichem Maße erfolgt, eine Erschütterung der Währung herbeiführen kann. Mit anderen Worten, der vom Staate gewährte Kredit müßte eine Inflation im Gefolge haben[1]). Daß die Wirkung inflationistischem Bankkredites die gleiche sein würde, liegt auf der Hand. Indessen, so sagt Oppenheimer, die hohen Arbeitslöhne werden die Unternehmer veranlassen, an Stelle der lebendigen Arbeit Maschinen in ihre Betriebe einzustellen und das hat überdies die wohltätige Folge, daß die Produktivität dadurch gesteigert wird. Das Maschinenproblem ist im Verlaufe dieser Untersuchung schon mehrfach berührt worden. Es verlohnt sich, an dieser Stelle etwas näher auf dasselbe einzugehen. Die Verwendung von Maschinen, welche gleichbedeutend ist mit einer „Verlängerung des Produktionsumweges" (wir sprachen früher von Akkumulation in der vertikalen Linie), ist gleich der Einstellung von Arbeitern nur dann möglich, wenn ein entsprechendes Kapitalangebot vorhanden ist. Wann wird der Unternehmer es vorziehen, an Stelle von Arbeitern Maschinen einzustellen? Selbstverständlich dann, wenn die Maschinenverwendung für ihn wirtschaftlicher ist, d. h. im Vergleich zu den Kosten einen höheren Ertrag verspricht, als die Verwendung von Arbeitern. Dies ist dann der Fall, wenn der Arbeitslohn verhältnismäßig hoch, der Profit verhältnismäßig niedrig steht, mit anderen Worten, wenn in der Dynamik das Angebot von Arbeitskraft im Verhältnis zum Kapitalangebot gering, das Angebot von Kapital mithin im Verhältnis zum Angebot von Arbeitskraft reichlich ist. Es muß das Kapital rascher zugenommen haben, als die arbeitsfähige Bevölkerung. Nur dann lohnt es sich, den Produktionsumweg zu verlängern, die Kapitalintensität pro Kopf des Arbeiters zu steigern[2]). Wir haben aber gezeigt, daß die

[1]) Die Ansicht, daß eine Inflation zwangläufig auf eine Vermehrung des realen Kapitals einwirkt, wird freilich neuerdings vielfach vertreten, besonders energisch von Schumpeter. Sie ist aber irrig, wie ich vor kurzem versucht habe, darzutun. Cf. Arch. f. Soz.-Wiss. usw. Bd. 46, S. 754, 758.

[2]) Ausführlich ist diese Frage behandelt bei Oswalt, in seiner kleinen Streitschrift „Keine falschen Rechnungen", Frankfurt a. M. 1920, S. 11 ff. Mit diesen vorzüglichen Ausführungen gehe ich vollständig einig.

Oppenheimersche Reform auf das Gesamtangebot von Arbeitskraft und Kapital zunächst einen Einfluß nicht auszuüben vermag. Wenn sich lediglich auf einem Teilmarkt das Angebot von Arbeitskraft im Verhältnis zur Nachfrage ungünstiger gestaltet, so liegt nicht nur keinerlei Veranlassung vor, an Stelle von Arbeitern Maschinen zu verwenden, sondern es ist dazu nicht einmal die Möglichkeit vorhanden, weil es an dem erforderlichen Kapital mangelt.

Woher bei unverändertem Kapitalangebot die enorm gesteigerte Nachfrage nach „Arbeit" kommen soll, ist unerfindlich. Indessen, die Ausführungen Oppenheimers über diesen Punkt sind nichtsdestoweniger von hohem Interesse. In ihnen tritt nämlich ein Versehen zutage, dessen sich neben Oppenheimer auch andere Gelehrte gar zu gern schuldig machen. Es ist die Verwechslung von Nachfrage nach Kapital und Nachfrage nach Arbeitskraft. Beide Größen verhalten sich geradezu antithetisch zueinander; denn Nachfrage nach Kapital setzt Angebot von Arbeitskraft und umgekehrt Nachfrage nach Arbeitskraft Angebot von Kapital voraus. Die Verwechslung beruht auf Verkennung der schon mehrfach betonten Tatsache, daß die Nachfrage nach dem einzelnen originären Produktivgute nur indirekt von den Konsumenten, direkt aber von den Anbietern der „komplementären" originären Produktivgüter ausgeht und sodann auf der falschen Identifizierung von „volkswirtschaftlichem Kapital" und „Beschaffungsgut". Wenn Oppenheimer aus dem Bedarf nach neuen Wohnungen, Chausseen, Maschinen usw. auf eine gesteigerte Nachfrage nach Arbeitskraft schließt, so verkennt er, daß jener Bedarf zunächst ein entsprechendes Angebot von Kapital voraussetzt, denn sollen diese „Beschaffungsgüter" hergestellt werden, so muß Güterwert für längere Zeit in der Produktion gebunden werden, ehe ein Genußertrag erzielt werden kann. Das ist gleichbedeutend damit, daß ein Angebot von Subsistenzmittelwert vorhanden sein muß, vermittels dessen diejenigen Arbeiter, welche in jenen Umwegproduktionen beschäftigt sind, welche daher zunächst fertige Güter nicht anzubieten haben, ihren Unterhalt erlangen können. Erst wenn und insofern ein entsprechendes Kapitalangebot vorhanden ist, ist es möglich, jene Häuser, Chausseen, Eisenbahnen und Maschinen herzustellen und erst dann liegen die Voraussetzungen vor, welche es gestatten, für solche Zwecke Nachfrage nach Arbeitskraft zu entfalten.

Die Oppenheimersche Reform würde somit zunächst, soweit der „städtische Kapitalismus" davon betroffen würde, lediglich eine Einschränkung der industriellen Gewerbebetriebe im Gefolge haben und zwar aus dem Grunde, weil das vorhandene Kapital nicht ausreichen würde, um neben der Gewährung des Unterhaltes und der Herstellung von Werkgütern für die verdichtete Landbevölkerung auch noch die städtischen Betriebe im seitherigen Umfange zu speisen. Dagegen würde allerdings die „innere Kolonisation" eine andere Wirkung haben, die innerhalb gewisser Grenzen als erfreulich anzusprechen wäre. Das Latifundiensystem würde beseitigt oder doch ganz erheblich eingeschränkt werden.

Mit der Beseitigung des Großgrundbesitzes und damit des Großgrundbetriebes würde auch der Landarbeiter verschwinden. Eine zweite Frage aber ist, ob auch die Abwanderung vom Lande in die Städte aufhören würde, denn diese wird letzten Endes ohne Rücksicht auf die Verteilung des Grundbesitzes und ohne Rücksicht auf das Betriebssystem in der Landwirtschaft lediglich davon abhängig sein, wie sich die Möglichkeit, Arbeiter in der städtischen Industrie zu ernähren und zu beschäftigen gestaltet. Diese Möglichkeit wird in um so stärkerem Maße vorhanden sein, als die Landwirtschaft in der Lage ist, über ihren eigenen Bedarf hinaus Überschüsse an Nahrungsmitteln zu erzeugen. Nehmen die Überschüsse zu, so wächst damit das reale Kapitalsubstrat und als dessen Folge bei gleichbleibendem Geldwerte das akkumulierte Kapital. Dann wird es möglich sein, die industriellen Großbetriebe nach einer Übergangszeit der Einschränkung und Stockung im alten, oder gar erweiterten Umfange fortzuführen. Die vom Kapital ausgehende Nachfrage nach Arbeitskraft wird zunehmen. Dann aber wird nach aller seitherigen Erfahrung auch das Angebot von Arbeitskraft zunehmen, so daß es der Großindustrie an den von ihr benötigten Arbeitskräften auf die Dauer niemals fehlen wird. Es wäre denn das erstemal, daß gesteigerte Nachfrage nach Arbeitskraft nicht dahin tendierte, ein gesteigertes Angebot hervorzurufen. Wir haben schon früher nachdrücklich betont, daß die Höhe des Geburtenüberschusses auf dem Lande keineswegs notwendig eine Funktion der Grundbesitzverteilung oder des landwirtschaftlichen Betriebssystems ist. Sie hängt, wie wir wissen, lediglich davon ab, inwieweit die städtische Industrie in der Lage ist, Arbeitskräfte aufzunehmen. In je höherem Grade dies der Fall ist, in um so höherem Grade werden Leute im produktionsfähigen Alter vorhanden sein, welche vom Lande in die

Stadt abwandern, gleichgültig, ob auf dem Lande Groß- oder Kleinbesitz vorherrscht.

Bei der inneren Kolonisation ist mithin für den industriellen Großbetrieb die entscheidende Frage nicht die Bodenverteilung an sich, sondern es ist die: Vermag die Parzellenwirtschaft oder der genossenschaftliche Landwirtschaftsbetrieb ein größeres landwirtschaftliches Überschußprodukt auf den Markt zu bringen als der Großgrundbesitz und die Großgüterwirtschaft? Unleugbar spricht mancherlei für die Bejahung dieser Frage. Wir stimmen Oppenheimer vollkommen darin bei, daß der selbständige Landwirt an der Ertragssteigerung ein größeres Interesse haben wird, als der unselbständige Tagelöhner. Auf der anderen Seite aber läßt sich nicht leugnen, daß die Initiative zu technischen Fortschritten im Ackerbau in weit höherem Maße von den Großgrundbesitzern oder Großpächtern als landwirtschaftlichen Großunternehmern seither ausgegangen ist und voraussichtlich auch fernerhin ausgehen wird, als von den stets konservativen, am hergebrachten mehr klebenden Kleinbauern oder von den ihrer Natur nach immerhin schwerfälligen landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Wie dem aber auch sei, und wie wünschenswert eine ausgiebige innere Kolonisation in vieler Hinsicht sicherlich ist, ein „Verdampfen des Mehrwertes" wie es Oppenheimer erhofft, wird sie nicht im Gefolge haben. Sie kann es nicht, solange das Kapital einen Wert hat, d. h. relativ knapp ist. Und das wird immer der Fall sein, von einem hypothetischen Grenzfall abgesehen, den Oppenheimer selbst als „casus hypoteticus irrealis" bezeichnet[1]). Ein realer Wert läßt sich niemals eliminieren, mit ihm muß stets, wofern das wirtschaftliche Prinzip gewahrt bleiben soll, gerechnet werden, mag die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sein welche sie wolle.

[1]) David Ricardo, Grundrententheorie, Berlin 1909, S. 37, 61, 68 ff.

Fünftes Buch.

Das Verteilungsproblem.

I.

Wollten wir unsere Untersuchung an dieser Stelle abschließen, so würde Oppenheimer doch noch einen Einwand erheben. Er würde behaupten, daß unsere gesamten, seitherigen Ausführungen den Kern des in Wahrheit zur Diskussion stehenden Problems nicht getroffen haben. Wir haben uns bemüht, nachzuweisen, daß der Profit der Preis eines Produktivgutes sei und daher, wie jeder Preis auf einem realen Werte dieses Produktivgutes beruhe, der nicht außer acht gelassen werden kann, wofern man wirtschaftlich handeln will. Das gleiche gilt natürlich auch von der Grundrente als dem Monopolpreise der qualifizierten Bodenkraft. Oppenheimer aber erblickt das maßgebende Problem nicht in der Frage, was Profit und Grundrente ihrem Wesen nach sind, sondern woher es komme, daß beide Einkommenszweige von einer verhältnismäßig geringen Zahl von Wirtschaftspersonen bezogen werden und als Folge davon ihnen ein relativ hohes „arbeitsloses" Einkommen zufließt, während die großen Massen nur ein dürftiges Durchschnittseinkommen beziehen. Er macht sich lustig über die bürgerlichen Ökonomen, die da glaubten, das Verteilungsproblem, d. h. den Einkommensbezug durch die Angehörigen bestimmter Gesellschaftsklassen, also von Personen, gelöst zu haben, und die schließlich weiter nichts nachweisen konnten, als daß gewissen Sachen, Boden und Kapital, ein Einkommen zufließe.

Es ist klar, daß dieses zweite, nach Oppenheimers Ansicht wesentlichste Problem, die Lösung des ersten, unseres Problems, notwendig voraussetzt, denn bevor wir in der Lage sind, auf die Frage

nach dem Bezug bestimmter Einkommenszweige durch bestimmte Personen, bzw. bestimmte Klassen von Personen eine Antwort zu geben, müssen wir uns über das Wesen jener Einkommenszweige im klaren sein. In einem Zeitalter freilich, in welchem die Rechtsordnung es gestattet, daß einzelne sich auf Kosten anderer im Wege des Betruges, des Raubs und der Erpressung ein Einkommen verschaffen, bildet das Wesen des Einkommens kein Problem; es ist identisch mit ihrer Entstehungsursache. Aber es kann keinen größeren Trugschluß geben, als aus der Entstehung von Einkommen in solchen Zeitaltern auf das Wesen und die Bildung von Einkommen in einer Zeitperiode schließen zu wollen, in welcher die Rechtsordnung eben jene Gewaltakte als Einkommensquellen nicht mehr zuläßt und anerkennt. In einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, welche als einzige, rechtlich gestattete Art des Einkommenserwerbs die Gütererzeugung und den Güteraustausch kennt, müssen alle diejenigen Einkommenszweige verschwinden, welche als solche lediglich der nackten Gewalt oder Überlistung ihre Entstehung zu verdanken hatten, und damit scheiden naturgemäß auch diejenigen Gesellschaftsklassen aus, welche vorher von solchen Gewalteinkommen lebten. Finden wir in der Gesellschaft der freien Marktwirtschaft Einkommenszweige verschiedener Art, finden wir insbesondere arbeitsloses Einkommen vor, dann können solche Einkommen lediglich aus der Produktion und dem Austausche selbst resultieren und d. h. nichts anderes, als daß sie das Ergebnis einer bestimmten Marktkonstellation sein müssen. Daran freilich wird sich die weitere Frage zu schließen haben: Wirkt etwa das Gewalteigentum früherer Zeitalter noch auf die heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der Weise ein, daß sie die Konstellation auf dem Markt und damit den Tauschwert entscheidend beeinflußt? Auf diese Frage sind wir in unserer Untersuchung zu einem verneinenden Ergebnis gelangt. Der Profit ist nicht der Preis eines Monopols, welches als Folge früherer Gewaltakte heute noch auf die Marktlage einwirkt, er ist überhaupt kein Monopol-, sondern ein Konkurrenzpreis. Die Grundrente freilich ist Monopolpreis, aber nicht der Preis eines künstlichen, auf früheren Gewalttaten beruhenden Monopols, sondern der Preis eines natürlichen Monopolgutes, der höher qualifizierten Bodenkraft. Würden beide Einkommenszweige nicht als reale Werte existieren, so wäre von vornherein für die heutige Zeit sowohl die Existenz einer Kapitalisten- als auch einer Grundbesitzerklasse ausgeschlossen.

Wir glauben mithin, das wesentlichste Problem der „Verteilung" gelöst zu haben. Aber noch mehr: Wir haben das Verteilungs-

INTENTIONAL SECOND EXPOSURE

Fünftes Buch.

Das Verteilungsproblem.

I.

Wollten wir unsere Untersuchung an dieser Stelle abschließen, so würde Oppenheimer doch noch einen Einwand erheben. Er würde behaupten, daß unsere gesamten, seitherigen Ausführungen den Kern des in Wahrheit zur Diskussion stehenden Problems nicht getroffen haben. Wir haben uns bemüht, nachzuweisen, daß der Profit der Preis eines Produktivgutes sei und daher, wie jeder Preis auf einem realen Werte dieses Produktivgutes beruhe, der nicht außer acht gelassen werden kann, wofern man wirtschaftlich handeln will. Das gleiche gilt natürlich auch von der Grundrente als dem Monopolpreise der qualifizierten Bodenkraft. Oppenheimer aber erblickt das maßgebende Problem nicht in der Frage, was Profit und Grundrente ihrem Wesen nach sind, sondern woher es komme, daß beide Einkommenszweige von einer verhältnismäßig geringen Zahl von Wirtschaftspersonen bezogen werden und als Folge davon ihnen ein relativ hohes „arbeitsloses" Einkommen zufließt, während die großen Massen nur ein dürftiges Durchschnittseinkommen beziehen. Er macht sich lustig über die bürgerlichen Ökonomen, die da glaubten, das Verteilungsproblem, d. h. den Einkommensbezug durch die Angehörigen bestimmter Gesellschaftsklassen, also von Personen, gelöst zu haben, und die schließlich weiter nichts nachweisen konnten, als daß gewissen Sachen, Boden und Kapital, ein Einkommen zufließe.

Es ist klar, daß dieses zweite, nach Oppenheimers Ansicht wesentlichste Problem, die Lösung des ersten, unseres Problems, notwendig voraussetzt, denn bevor wir in der Lage sind, auf die Frage

nach dem Bezug bestimmter Einkommenszweige durch bestimmte Personen, bzw. bestimmte Klassen von Personen eine Antwort zu geben, müssen wir uns über das Wesen jener Einkommenszweige im klaren sein. In einem Zeitalter freilich, in welchem die Rechtsordnung es gestattet, daß einzelne sich auf Kosten anderer im Wege des Betruges, des Raubs und der Erpressung ein Einkommen verschaffen, bildet das Wesen des Einkommens kein Problem; es ist identisch mit ihrer Entstehungsursache. Aber es kann keinen größeren Trugschluß geben, als aus der Entstehung von Einkommen in solchen Zeitaltern auf das Wesen und die Bildung von Einkommen in einer Zeitperiode schließen zu wollen, in welcher die Rechtsordnung eben jene Gewaltakte als Einkommensquellen nicht mehr zuläßt und anerkennt. In einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, welche als einzige, rechtlich gestattete Art des Einkommenserwerbs die Gütererzeugung und den Güteraustausch kennt, müssen alle diejenigen Einkommenszweige verschwinden, welche als solche lediglich der nackten Gewalt oder Überlistung ihre Entstehung zu verdanken hatten, und damit scheiden naturgemäß auch diejenigen Gesellschaftsklassen aus, welche vorher von solchen Gewalteinkommen lebten. Finden wir in der Gesellschaft der freien Marktwirtschaft Einkommenszweige verschiedener Art, finden wir insbesondere arbeitsloses Einkommen vor, dann können solche Einkommen lediglich aus der Produktion und dem Austausche selbst resultieren und d. h. nichts anderes, als daß sie das Ergebnis einer bestimmten Marktkonstellation sein müssen. Daran freilich wird sich die weitere Frage zu schließen haben: Wirkt etwa das Gewalteigentum früherer Zeitalter noch auf die heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der Weise ein, daß sie die Konstellation auf dem Markt und damit den Tauschwert entscheidend beeinflußt? Auf diese Frage sind wir in unserer Untersuchung zu einem verneinenden Ergebnis gelangt. Der Profit ist nicht der Preis eines Monopols, welches als Folge früherer Gewaltakte heute noch auf die Marktlage einwirkt, er ist überhaupt kein Monopol-, sondern ein Konkurrenzpreis. Die Grundrente freilich ist Monopolpreis, aber nicht der Preis eines künstlichen, auf früheren Gewalttaten beruhenden Monopols, sondern der Preis eines natürlichen Monopolgutes, der höher qualifizierten Bodenkraft. Würden beide Einkommenszweige nicht als reale Werte existieren, so wäre von vornherein für die heutige Zeit sowohl die Existenz einer Kapitalisten- als auch einer Grundbesitzerklasse ausgeschlossen.

Wir glauben mithin, das wesentlichste Problem der „Verteilung" gelöst zu haben. Aber noch mehr: Wir haben das Verteilungs-

problem gelöst, soweit es die ökonomische Theorie überhaupt zu lösen vermag; denn die Theorie kann zur Frage der Einkommensverteilung nichts anderes aussagen, als daß jeder einzelne Einkommenszweig der Preis eines originären Produktivgutes ist, und daß mithin der Bezug dieser Einkommenszweige abhängig ist von der Verfügungsmacht über diejenigen Produktivgüter, deren Preise sie sind. Sie vermag uns ferner noch darüber aufzuklären, welche Ursachen in der Gegenwart, wenn die Verschiedenheit in der Verteilung des Besitzes an einzelnen Produktivgütern einmal gegeben ist, einem Ausgleich dieser Besitzunterschiede entgegenwirken. Nicht aber vermag sie uns zu sagen, auf welchem Wege ursprünglich die Verschiedenheit in der Verteilung des Besitzes sich herausgebildet hat, denn hier handelt es sich nicht um ein Problem der Theorie, sondern der Geschichte.

Fassen wir noch einmal zusammen: Die Theorie kann nichts tun, als untersuchen, ob die gegebene Besitzverteilung die Marktlage damit die Produktivgüterpreise und damit die Höhe der einzelnen Einkommenszweige beeinflußt, und ferner, ob die Marktlage ihrerseits wiederum Einfluß auf die Besitzverteilung gewinnt. Die erste Frage haben wir negativ beantwortet. Die Verfügungsmacht einzelner über Bodenkraft und Kapital läßt keinerlei Schluß zu auf das Angebot der beiden Produktivfaktoren auf dem Markte. Weder der Charakter der Bodenkraft als freies Gut, noch der des Kapitals als eines beliebig produziblen Produktivgutes erfährt durch die Besitzverteilung eine Beeinträchtigung. Auf die zweite Frage hingegen müssen wir eine positive Antwort geben. Die Marktkonstellation tendiert in der Tat dahin, einer Ausgleichung der Besitzverschiedenheit entgegenzuwirken. Der Grund dafür ist der, daß das Angebot des Produktivgutes Arbeitskraft, soweit sie durchschnittlich qualifiziert ist, die ständige Tendenz hat, sich der durch das Kapital repräsentierte Nachfrage anzupassen, so daß der Preis der einzelnen durchschnittlich qualifizierten Arbeitskraft in der Statik stets auf dem sozialen Existenzminimum steht, die Anbieter dieses Produktivgutes daher in der Dynamik nur in begrenztem Umfange, in der Statik überhaupt nicht in der Lage sind, Kapital zu akkumulieren und damit selbst zu Kapitalisten großen Stils zu werden.

II.

Das Verteilungsproblem wird vielfach als das Problem der Verteilung eines innerhalb einer Wirtschaftsgesellschaft vorhandenen naturalen Produktes an die einzelnen Klassen der Gesellschaft betrachtet. Auch Oppenheimer hat sich von dieser Auffassung nicht völlig frei machen können; zum mindesten läßt seine Definition des Distributionsproblems nach dieser Richtung hin volle Klarheit vermissen. Er bezeichnet die Distribution als den „Inbegriff der Gesetze, nach denen sich das gesamte Erzeugnis einer Wirtschaftsgesellschaft auf die drei Klassen der Einkommensempfänger: Grundrentner, Profitbezieher und Lohnbezieher verteilt". „Wenn Produktion", so sagt er, „der Inbegriff der Gesetze ist, nach denen der Markt sich mit Produkten füllt, so ist die Distribtion der Inbegriff der Gesetze, nach denen er sich entleert". An anderer Stelle faßt er die Distribution als „das Verhältnis, in dem ein seinem Stoffe und seiner Größe nach gegebener Vorrat sich auf die einzelnen Klassen der Gesellschaft verteilt" [1]). In Wirklichkeit ist die Distribution in der Marktwirtschaft nichts als die Verteilung einer gegebenen Gesamtkaufkraft, nicht Güter-, sondern zunächst Wertverteilung. Der zu verteilende Gesamtwert ist der Inbegriff der Werte der einzelnen originären Produktivgüter, welche zueinander im Verhältnis der Interdependenz stehen. In diesem Sinne entscheidet die Distribution erst über die Beschaffenheit der zu erzeugenden naturalen Güter. Andererseits freilich wird die Distribution von der Produktion soweit beeinflußt, als sich in der größeren oder geringeren Beschaffungsschwierigkeit der Genußgüter und Zwischenprodukte zugleich der Wert der originären Produktivgüter manifestiert.

Ist somit das Objekt der Verteilung nicht ein naturaler Gütervorrat, sondern eine gegebene Gesamtkaufkraft, so kann nicht die Rede davon sein, daß eine Änderung in der Verteilung der Kaufkraft das naturale Produkt an Quantität oder Qualität steigern könnte. Ein Kuchen kann dadurch nicht größer werden, daß man seine Stücke anders verteilt. Es muß daher einer Lehre, welche in dem quantitativen oder qualitativen Produkt eine Funktion der Einkommensverteilung erblickt, notwendig ein Denkfehler zugrunde liegen.

Oppenheimer, der heute wohl als der energischste Vertreter dieser Lehre anzusehen ist, argumentiert folgendermaßen: Er gibt zu, daß „die Gesamtkaufkraft des Marktes immer gleich seiner Gesamterzeugungskraft sei". Aber, so fährt er fort, es kommt für die Produktivität der Wirtschaftsgesellschaft nicht ausschließlich auf die Höhe der Gesamtkaufkraft an, sondern auch auf ihre Verwendung.

[1]) „Kapitalismus, Kommunismus" S. 222.

Die Nachfrage der durch die Verteilung begünstigten Schichten, richtet sich zu einem ungeheuer großen Teile auf Dienste und solche Güter, die mit relativ primitiven Werkzeugen, d. h. in Betrieben mit relativ geringer Produktivität hergestellt werden. „Das Massenprodukt ist demokratisch. Der Reiche will nicht haben, was jeder haben kann . . ., kurz gesagt, die Nachfrage der Reichen geht zum überaus großen Teile auf Luxusgüter, die gerade deshalb Luxusgüter sind, weil sie von relativ unproduktiven Arbeitern hergestellt werden, von Kunsthandwerkern im weitesten Sinne und von Künstlern." Die Folge davon ist, so meint Oppenheimer, daß sich die Maschinerie und damit die Produktivkraft nicht in dem Maße entfalten kann, wie es die Entwicklung der Produktionstechnik an sich gestatten würde. Darin würde aber sofort eine Änderung eintreten, wenn das Einkommen der großen Massen auf Kosten der Kapitalisten und Grundbesitzer anwachsen würde. Die Nachfrage der großen Masse geht nicht auf Luxusgüter, sondern auf Güter des notwendigen Bedarfs, auf Subsistenzgüter, und diese Güter sind zum großen Teil Maschinenprodukte. Daher „je höher der Lohn, um so mächtiger das gesellschaftliche Werkgut".

Dieser Argumentation gegenüber kann man wohl die Frage entgegenhalten, ob denn nicht, wenn sich der Arbeitslohn auf Kosten der übrigen Einkommenszweige erheblich steigern kann, auch der Arbeiter an gewissen Luxusgütern, wenn auch nicht gerade künstlerischer, so doch kunstgewerblicher Herkunft Geschmack finden und Nachfrage nach solchen entfalten wird. Wenn andererseits, wie es tatsächlich der Fall ist, bei der verhältnismäßigen Geringfügigkeit des Gesamtwertes von Profit und Rente ein Verhältnis zum Gesamtwert der Lohnmasse die Verteilung von Profit und Rente unter die Arbeiterklasse, deren Einkommen pro Kopf nur unbeträchtlich erhöht, dann ist die Frage gerechtfertigt, ob die Mehrnachfrage nach Massengütern derart erheblich wachsen würde, um die Neueinstellung von Maschinen in größerem Umfange zu rechtfertigen.

Indessen sind diese Gesichtspunkte keineswegs die entscheidenden, denn die ganze Argumentation Oppenheimers ist schon deshalb hinfällig, weil sie gewissermaßen das Pferd am Schwanze aufzäumt. Oppenheimer nimmt seinen Ausgang vom Konsum, ohne zu bedenken, daß der Konsum als Ganzes genommen bei der Grenzenlosigkeit der Bedürfnisse unendlich groß sein könnte, wenn ihm nicht durch Faktoren auf seiten des Güterangebotes Schranken auferlegt wären. Und die tiefstliegende Ursache der Beschränktheit des Güterangebotes ist wiederum die Knappheit gewisser originärer Produktivgüter. Es liegt weder ohne weiteres im Belieben des Arbeiters, noch auch des Kapitalisten, ob sie in ihrer Eigenschaft als Konsumenten ihre Nachfrage auf Produkte der Hand- oder der Maschinenarbeit richten wollen. Ob Hand- oder Maschinenarbeit angewandt werden kann, das hängt, wie wir bereits wissen, letzten Endes ausschließlich von der verhältnismäßigen Gestaltung des Angebotes von Arbeitskraft zu dem Angebot von Kapital in der Dynamik ab. Ist Arbeitskraft relativ reichlich angeboten, Kapital dagegen relativ knapp, so besteht eine Nötigung, Handarbeiter zu verwenden und von einer Verlängerung der Produktionsdauer abzusehen. Den Indikator dafür, daß die Notwendigkeit vorhanden ist, bildet der niedrige Stand der Löhne und der hohe Stand des Profits. Ist auf der anderen Seite Kapital relativ reichlich angeboten, und das Angebot an Arbeitskraft relativ knapp, so zwingt der niedere Profit und der hohe Arbeitslohn zur Verlängerung des Produktionsumwegs, was in den meisten Fällen gleichbedeutend ist mit Ersetzung der Hand- durch Maschinenarbeit. Im letzteren Falle muß das infolge der maschinellen Erzeugung vergrößerte Produkt stets Absatz finden, sofern die Gesamtheit der Produktivgüter in der Weise zur Gütererzeugung herangezogen und die einzelnen Produktivgüter so kombiniert werden, wie es dem Gesamtbedarf und der Rangordnung der Bedürfnisse entspricht; denn dann muß auf die Dauer die vergrößerte Produktmenge durch den gesunkenen Wert der Produkteinheit aufgewogen werden und es muß die vorhandene Kaufkraft imstande sein, das vermehrte Produkt aufzunehmen.

Es kann mithin „die privatwirtschaftliche Kategorie der Rentabilität" zu der „volkswirtschaftlichen Kategorie der Produktivität" niemals im Gegensatze stehen, wofern nur die Kombination der originären Produktivgüter wirtschaftlich erfolgt, d. h. derart, daß der größte Nutzen erzielt wird. Die Rentabilität ist nichts als das Barometer, welches anzeigt, wo und wie dieser größte Nutzen zu finden ist[1]). Es ist daher, wie wir schon früher betonten, die Annahme irrig, als bilde die gegenwärtige Verteilung des Einkommens ein Hindernis für eine andernfalls mögliche Steigerung der Produktivität.

[1]) Vorausgesetzt freilich, daß freie Konkurrenz herrscht und eine künstliche monopolistische Einschränkung des Angebots nicht stattfindet. Alle derartigen Maßnahmen, worunter beispielsweise auch Zölle fallen, sind ihrer Natur nach vom Standpunkte der Gesamtheit aus unwirtschaftlich. Sie sind entweder durch rein privatwirtschaftliche oder durch außerwirtschaftliche Motive veranlaßt.

III.

Wir glauben nunmehr alles gesagt zu haben, was die ökonomische Theorie zum Verteilungsproblem zu sagen imstande ist. Aber freilich ist dieses Problem keineswegs ausschließlich ein solches der theoretischen Ökonomik. Es umfaßt eine Reihe von Fragen, welche unsere Disziplin zu lösen nicht vermag, und deren Beantwortung daher anderen Zweigen der Wissenschaft anheimfällt. Um darüber zu voller Klarheit zu gelangen, wollen wir zum Schlusse auf die Einzelprobleme hinweisen, welche das Distributionsproblem außerhalb der ökonomischen Theorie umfaßt.

Hierhin gehören:

1. Das Problem des Ursprungs der Besitzverteilung und damit des Bezugs der einzelnen Einkommenszweige durch bestimmte Klassen der Gesellschaft:

Das Verteilungsproblem als historisches Problem.

2. Das Problem der Einwirkung der Besitzverteilung auf die bestmögliche Güterversorgung der größten Zahl der Wirtschaftssubjekte:

Das Verteilungsproblem als wirtschaftspolitisches Problem.

3. Das Problem der Gerechtigkeit der gegebenen Besitz- und damit Einkommensverteilung:

Das Verteilungsproblem als ethisches Problem.

4. Das Problem der Einwirkung der gegebenen Besitz- und Einkommensverteilung auf die Psyche der Angehörigen derjenigen Gesellschaftsklassen, welche die einzelnen Einkommenszweige beziehen:

Das Verteilungsproblem als kulturelles und soziologisches Problem.

5. An 3 und 4 anschließend: Das Problem der Erwünschtheit einer Änderung der gegebenen Besitz- und Einkommensverteilung aus ethischen und soziologischen Gründen:

Das Verteilungsproblem als sozialpolitisches Problem.

Die Probleme zu 3, 4 und 5 sind der ökonomischen Theorie vollkommen wesensfremd. Das wirtschaftspolitische Problem der Verteilung hingegen steht dicht an der Grenze der theorestischen Ökonomik. Wirtschaftspolitik ist die Kunstlehre der Sozialwirtschaft. Es muß sich daher jeder Satz dieser Disziplin aus Obersätzen der Theorie herleiten lassen.

Gegenüber dem Problem zu 1, dem Verteilungsproblem als historischem Problem befinden wir uns in einer eigentümlichen Lage. Dieses Problem hätte an sich mit der Theorie nur insofern etwas zu tun, als der Ursprung der Besitzverteilung auf diejenigen Faktoren nachweislich einwirken würde, welche für die Theorie der Gesellschaftswirtschaft die maßgebenden sind. Es war der Zweck der ganzen vorliegenden Untersuchungen, darzutun, daß eine solche Einwirkung nicht vorhanden ist. Und doch wäre Oppenheimer berechtigt, uns einen Vorwurf daraus zu machen, wenn wir dieses Problem völlig unbeachtet ließen. Oppenheimer behauptet nämlich, daß die Vertreter der „Bürgerlichen Lehre" ihre gesamten Deduktionen aus einer falschen Prämisse gerade über den Ursprung der Besitzverteilung herleiteten und er glaubt seine Theorie auf einer historischen Prämisse aufgebaut zu haben, welche zu der vorerwähnten im Gegensatz steht.

Die falsche Prämisse, auf welche wir soeben anspielten, ist „die Kinderfibel von der ursprünglichen Akkumulation". Ihr wesentlicher Inhalt ist, daß innerhalb der ursprünglich vorhandenen Urgesellschaft der Freien und Gleichen sich die Differenzierung der Besitz- und damit der Einkommensverteilung aus zwei natürlichen Tatsachen entwickelt habe: Der natürlichen Begrenztheit des Bodens und den naturgegebenen Unterschieden der wirtschaftlichen Begabung. Oppenheimer behauptet, daß mit dieser Lehre die ganze bürgerliche Weltanschauung stehe und falle und „das allein kann erklären, daß die tausendfach zerfetzte Theorie immer wieder vorgetragen wird, als wäre sie niemals angegriffen, geschweige denn widerlegt worden . . ." Dieser „Kinderfibel" stellt Oppenheimer seine Lehre von der Besitz- und Einkommensdifferenzierung gegenüber. Darnach ist diese Differenzierung nichts, als das Resultat von Gewalt, Raub und Verbrechen. Ihre Ursache ist die gewaltsame Aneignung des gesamten, wirtschaftlich in Betracht kommenden Grund und Bodens durch eine „Oberklasse", welche die „Unterklasse", die vom Bodenbesitze ausgeschlossen und daher auf die Leistung unselbständiger Dienste Angewiesenen gezwungen, habe dabei einen Teil ihres natürlichen Arbeitslohnes an sie abzutreten, bzw. einen Teil ihres Arbeitstages ohne Entgelt für sie zu arbeiten.

Wie verhält es sich damit? Der ganze Inhalt dieses Buches versucht die Antwort auf diese Frage zu geben. Ist unser Standpunkt, daß die Besitzverteilung weder das Wesen, noch die Höhe der Einkommenszweige notwendigerweise beeinflußt, als richtig er-

wiesen und befinden wir uns, woran nicht zu zweifeln ist, damit im Einverständnis mit der klassischen Theorie und der davon abhängigen bürgerlichen Theoretik, dann kann die Lehre von der ursprünglichen Akkumulation unmöglich die grundlegende Prämisse dieser Einkommenstheorie sein. Und sie ist es auch in Wirklichkeit nicht. Die klassische Einkommenslehre braucht nur 3 Prämissen: Das Malthussche Bevölkerungsgesetz, das Gesetz der sinkenden Bodenqualität und die Auffassung des Kapitals in dem Sinne, wie wir es definiert haben, als eines nützlichen und relativ knappen Produktivgutes. Diese 3 Prämissen sind sowohl für die klassische, als auch für unsere Einkommenstheorie unbedingt erforderlich, aber auch ausreichend. Einer weiteren historischen Prämisse bedarf es nicht. Damit soll freilich nicht geleugnet werden, daß sich bei Turgot und Adam Smith Belege dafür finden lassen, daß sie die Verschiedenheit der Besitzverhältnisse auf das Privateigentum an Grund und Boden und dieses letztere wiederum auf die ursprüngliche Akkumulation zurückführten. Es mag sie dazu das instinktive Bedürfnis verführt haben, den Bezug des „Mehrwerts" durch die Angehörigen bestimmter Gesellschaftsklassen vom Standpunkt der Ethik aus zu rechtfertigen. Aber Rechtfertigung einer vorhandenen Besitz- und Einkommensverteilung und logische Begründung einer ökonomischen Einkommenstheorie sind keineswegs das gleiche. Stellen wir uns die Frage, welches die geschichtlichen Ursachen der Verschiedenheit in der Besitzverteilung gewesen sind, ob ursprüngliche Akkumulation oder Gewalt, so wird die Antwort darauf zu lauten haben, daß keine der beiden Ursachen ausschließlich daran schuld ist, sondern daß beide gemeinschaftlich darauf hingewirkt haben. Sicher ist jedenfalls soviel, daß logischerweise die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Intelligenz, des Fleißes und der Sparsamkeit notwendigerweise eine Differenzierung nicht nur im Einkommen, sondern auch im Vermögensbesitz im Gefolge haben muß. Allerdings — diese Konzession darf man Oppenheimer machen — hätte sich ohne den Hinzutritt von Gewalt und Überlistung die Differenzierung sicherlich langsamer vollzogen, als es tatsächlich der Fall gewesen ist. Dann aber ist die Frage berechtigt, ob denn für Zeiten, deren ethische Grundsätze von denen unserer Zeit erheblich abwichen, die Überlegenheit im Kampfe als Voraussetzung der Gewaltanwendung und die größere Schlauheit als Vorbedingung der Überlistung nicht auch als „höhere Qualifikation" zu betrachten waren und ferner, ob denn die beschleunigte Konzentration des Besitzes in verhältnismäßig wenigen Händen für die Gesamtheit wirklich ein Nachteil gewesen ist.

Mit dieser letzteren Frage sind wir bereits an die wirtschaftspolitische Seite des Verteilungsproblems herangelangt. Von dieser Seite aus betrachtet, lautet das Problem: Welche Verteilung des Besitzes, insbesondere an sachlichen Produktivgütern ist diejenige, welche die höchstmögliche Güterversorgung der größten Zahl der Wirtschaftseinheiten innerhalb einer Wirtschaftsgesellschaft auf die Dauer ermöglicht? Bei unbefangener Betrachtung des Problems muß die Antwort dahin lauten: Zweifelsohne ist eine allzu große Konzentration der sachlichen Produktivgüter in einzelnen Händen von Übel. Aber von Übel ist auch die allzugroße Zersplitterung des Besitzes an denselben, denn es bedarf keiner näheren Ausführung, daß eine gewisse Höhe der Konzentration des sachlichen Produktivgüterbesitzes die Akkumulation von Kapital beschleunigt. Kapitalakkumulation aber ist der wesentlichste Hebel des wirtschaftlichen Fortschritts. Ohne das Vorhandensein dieses Faktors wären auch die begabtesten Unternehmer-Individualitäten nicht imstande, die Produktivität der Arbeit wesentlich zu steigern. Jede Steigerung der Arbeitsproduktivität aber bedeutet in der Entwicklungsdynamik, daß das natürliche, auf der Knappheit qualifizierter Böden beruhende Mißverhältnis zwischen Wachstumsmöglichkeiten der Bevölkerung und Zunahmemöglichkeit der Subsistenz- und insbesondere der Nahrungsmittel gemildert wird, daß die Kopfquote des einzelnen Wirtschaftssubjekts an Gütern sich zu erhöhen vermag, und daß damit auch das soziale Existenzminimum in der Statik eine gegen früher gesteigerte Gütermenge umfaßt. Wir haben allen Grund, anzunehmen, daß die durchschnittliche Lebenslage der niederen Klassen niemals auch nur entfernt die Höhe erreicht hätte, auf welcher sie sich in der Zeit vor dem Weltkriege befand, wenn die sachlichen, originären Produktivgüter nicht in der Hand einer verhältnismäßig geringen Zahl von Wirtschaftssubjekten konzentriert gewesen wären.

Wir sind weit davon entfernt, die starken Schattenseiten der heute so schwer bedrohten „Kapitalistischen Gesellschaftsordnung" irgendwie beschönigen zu wollen. Aber wir sind doch berechtigt, den Satz: Wo viel Licht ist, da ist viel Schatten, dahin umzukehren, wo viel Schatten ist, da muß viel Licht sein. Die Lichtseite des Kapitalismus beruht darin, daß er es ermöglicht hat, die individuelle Freiheit des Konsums und der Betätigung und die Entfaltung der Persönlichkeit und damit der individuellen Unternehmungslust und des individuellen Wagemutes mit all den Vorteilen zu vereinigen,

welche eine verhältnismäßig hohe Konzentration der sachlichen, originären Produktivgüter bietet. Der marxistische Kollektivismus, wie die von Oppenheimer angestrebte liberal-sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung lassen den Vorteil dieser Vereinigung vermissen. Mit dieser Erkenntnis ausgerüstet, sind wir in der Lage, zum Schlusse noch eine Frage zu beantworten, die sicherlich unseren Lesern schon lange auf den Lippen geschwebt hat. Wir haben den Kernpunkt des Kapital- und Profitproblems darin erklickt, daß das Kapital aus den uns bekannten Gründen einen „Mehrwert" postuliert, welcher sich in einem Mehrprodukt realisieren muß; daß aber das Kapital für die Entstehungsmöglichkeit dieses Produktes zwar die unentbehrliche Voraussetzung bildet, es aber technisch nicht zu erzeugen vermag. Wir wissen, daß das Mehrprodukt technisch nur dadurch entstehen kann, daß „Mehrarbeit" geleistet, d. h. ein größeres Quantum von Arbeit innerhalb der Wirtschaftsgesellschaft aufgewandt wird, als der Lebensbedarf der Arbeiter und ihrer Angehörigen erfordert. Welches Interesse aber, so wird man zu fragen geneigt sein, hat der einzelne Arbeiter an der Leistung dieser Mehrarbeit? Zugegeben, daß sie dem Interesse der Gesamtheit dient, so ist doch der einzelne Arbeiter an ihrem Ergebnis nicht interessiert, wenn sein Lohn immer wieder auf das ihm gewohnte Existenzminimum hin tendiert. Die Antwort, die wir darauf zu geben haben, ist die, daß gerade die Mehrarbeit die wesentlichste Voraussetzung für die Hebung des sozialen Existenzminimums und damit der Arbeiterklasse bildet. Freilich wird in vielen Fällen der einzelne Arbeiter nicht einsichtsvoll genug sein, um diesen Zusammenhang zu erkennen. Er wird, wie wir schon einmal sagten, in jeder Gesellschaftsordnung häufig geneigt sein, die „Dissutility" der Mehrarbeit höher einzuschätzen, als die „Utility" des Mehrertrages. Da aber die Gesellschaft an der Mehrarbeit interessiert ist, muß in jeder Gesellschaftsordnung, welcher Art sie auch sonst sei, eine gewisse Form des Zwanges zur Mehrarbeit existieren, sofern die Güterversorgung der Gesamtheit wachsen soll. Wären alle Arbeiter selbständig, würde jeder nur auf eigene Rechnung arbeiten, so wäre die Gefahr vorhanden, daß weniger gearbeitet würde, als das allgemeine Interesse erfordert. In einer kommunistischen Gesellschaft andererseits würde diese Gefahr nicht bestehen. Jeder Genosse einer solchen Gesellschaft müßte soviel arbeiten, als die Gesamtheit von ihm verlangt. Aber sie könnte ihren Willen dem einzelnen Arbeiter gegenüber nur durchsetzen vermittels physischen Zwanges, mithin auf Kosten der persönlichen Freiheit und das wäre gleichbedeutend

mit Sklaverei. Der Arbeiter würde zum Sklaven nicht einzelner, wohl aber der Gemeinschaft. Zwischen beiden Extremen scheint mir die kapitalistische Austauschwirtschaft die richtige Mitte zu halten. Sie bedient sich des Zwanges zur Mehrarbeit; aber die Form dieses Zwanges ist die mildeste, die denkbar ist. Es ist der Zwang mittels vertragsmäßiger Bindung bei voller Freiheit der Person.

G. Pätz'sche Buchdruckerei Lippert & Co. G. m. b. H., Naumburg a. d. S.

10 JAN 1922

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
0052011356

Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Die Preise erhöhen sich durch die auf der 2. Seite angegebenen Teuerungszuschläge.

Geldzins und Güterpreise. Eine Studie über die den Tauschwert des Geldes bestimmenden Ursachen. Von **Knut Wicksell,** Professor der Nationalökonomie, Lund. (XV, 189 S. gr. 8°.) 1898. Mk 4.50

Inhalt: 1. Einleitung. 2. Kaufkraft des Geldes und Durchschnittspreise. 3. Die relativen Preise und die Geldpreise. 4. Die sogen. Produktionskostentheorie des Geldes. 5. Die Quantitätstheorie und ihre Gegner. 6. Die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes. A. Die reine Barwirtschaft. B. Der einfache Kredit. C. Die organisierte Kreditwirtschaft. 7. Der Geldzins als Regulator der Warenpreise. 8. Der natürliche Kapitalzins und der Darlehnszins. 9. Fortsetzung. Systematische Darstellung der Theorie. A. Die Bestimmungsgründe des natürlichen Kapitalzinses. B. Der Geldverkehr. 10. Internationale Preisbeziehungen. 11. Die tatsächlichen Preisbewegungen im Lichte der voranstehenden Theorie. 12. Praktische Vorschläge zur Stabilisierung des Geldwerts. — Anhang. Das Gesetz der großen Zahlen.

Ueber Wert, Kapital und Rente nach den neueren nationalökonomischen Theorien. Von **Knut Wicksell,** Prof. der Nationalökon. an d. Univ. Lund. (XVI, 143 S. gr. 8°.) 1893. Mk 3.—

Inhalt: Einleitung. — I. Die neue Theorie des Wertes. — II. Die neue Theorie des Kapitals nebst ihren Beziehungen zur Theorie des Arbeitslohnes, der Bodenrente und der Güterwerte.

Der Wertgedanke, ein verhülltes Dogma der Nationalökonomie. Kritische Studien zur Selbstbesinnung des Forschens im Bereiche der sogenannten Wertlehre. Von Dr. **Friedr. Gottl,** Privatdoz. d. Staatswissensch., Heidelberg. (76 S. gr. 8°.) 1897. Mk 2.—

Güterverzehrung und Güterhervorbringung. Von Dr. **Wilhelm Hasbach,** ord. Prof. a. d. Univers. Kiel. (V, 88 S. gr. 8°.) 1906. Mk 2.40

Inhalt: I. Güterverzehrung und Güterhervorbringung. 1. Kritik des Systems der Sozialwirtschaftslehre. 2. Folgerungen aus dem Wesen der gesellschaftlichen Wirtschaft. 3. Nachfrage und Güterverzehrung. 4. Die Güterhervorbringung. Definition, Einteilung, ihre Probleme. 5. Der Einfluß der Nachfrage und des Handels auf die Güterhervorbringung. 6. Das Mißverhältnis zwischen Güterverzehrung und Güterhervorbringung (Die Krisen). 7. Nachfrage und Betriebsgrößen. Der Standort. 8. Bergbau, Forstwirtschaft, Landwirtschaft, Gewerbe. 9. Der Staat und die Güterhervorbringung. — II. Ergänzungen. 1. Wirtschaften und Sozialwirtschaften. Gegen Stammlers „Wirtschaft und Recht".

Ueber die Bedingungen wirtschaftlicher Tätigkeit. kritische Erörterungen zu den Wertlehren von Marx, Knies, Schäffle u. Wieser. Von Dr. **Otto Gerlach.** (VI, 87 S. gr. 8°.) 1890. Mk 2.40

Eugen Dührings Wertlehre. Nebst einem Exkurs zur Marxschen Wertlehre. Von **Gerhard Albrecht,** Doktor d. Staatswissensch. (IV, 66 S. gr. 8°.) 1914. Mk 1.80

Ertrag und Einkommen auf der Grundlage einer subjektiven Wertlehre. Ein wirtschaftstheoretischer Versuch. Von Prof. Dr. **Robert Liefmann,** Freiburg i. Br. (VIII, 72 S. gr. 8°.) 1907. Mk 2.—

Inhalt: 1. Die Ertrags- und Einkommenstheorie im allgemeinen. — 2. Die Theorie der einzelnen sog. Einkommensarten. — 3. Ergänzungen zur Kritik der Zurechnungstheorie und Verteilungslehre. 4. Prinzipien einer subjektiven Wertlehre und der Preisbildung und Ertragserzielung auf Grund derselben.

Der soziale Gehalt der Marxschen Wertheorie. Von **Franz Petry,** Doktor der Staatswissensch. (VIII, 70 S. gr. 8°.) 1916. Mk 2.—

Der objektive Wert und Preis. Grundlegung einer realen Wert- und Preistheorie. Von Dr. **Johannes Wernicke.** (116 S. gr. 8°.) 1896. Mk 2.40

G. Pätzsche Buchdr. Lippert & Co. G. m. b. H., Naumburg a. d. S.

END OF
TITLE